ittwoch, 23. März 1983 - D ***
ichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

ien 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, ßbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 69 - 12.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

lbrecht: ntsorgung Dragahn

dos. Hannover

e seit längerem diskutierte leraufarbeitungsanlage (WAA) abgebrannte Brennelemente in Dragahn (Landkreis Lü-v-Dannenberg) errichtet wer-. Diesen Beschluß faßte die nie-ächsische Landesregierung ler gestrigen Kabinettssitzung. sterpräsident Ernst Albrecht ıte mehrere Gründe für diese cheidung. Neben energiespa-en Gesichtspunkten sei die desregierung davon überzeugt, von der WAA „keine Beein-ıtigung der Gesundheit der ilkerung und Umwelt aus-". Schließlich hätten wirt-ftliche Überlegungen den Aus-ag gegeben: Die Errichtung Anlage stellte für den Land-s „eine einmalige wirtschaftli-Chance dar". Dadurch würden Dauerarbeitsplätze geschaf-und die Kaufkraft in dem kturschwachen Gebiet ge-kt. Albrecht rechnet frühestens mit der ersten Teilerrich-sgenehmigung. Die Inbetrieb-ne der WAA mit einer Kapazi-on 350 t pro Jahr sei für An-der 90er Jahre vorgesehen.

NATO berät Abbau von Sprengköpfen

AFP, Vilamoura

Die Nukleare Planungsgruppe (NPG) der NATO, die gestern in Vilamoura (Südportugal) zusammentrat, hat zu Beginn den Abbau von mehr als tausend Atomsprengköpfen in Europa, namentlich in der Bundesrepublik, erörtert. Wie verlautete, steht ein vom Pentagon ausgearbeiteter Plan zur Diskussion, wonach 1000 bis 2000 Atomsprengköpfe beseitigt werden könnten, die auf Mittelstreckenraketen (mit weniger als tausend Kilometer Reichweite), auf Bombern oder Artilleriegeschossen montiert sind. In der NPG befassen sich die Verteidigungsminister von 14 der insgesamt 16 NATO-Länder (Frankreich und Island nehmen nicht teil) auch mit der geplanten Dislozierung von 108 Pershing-2-Raketen und 464 Marschflugkörpern in Westeuropa. Die Ressortminister der betroffenen Länder – Bundesrepublik, Großbritannien, Italien, Belgien und Niederlande – berichteten über die Vorbereitungen für die Dislozierung und drängten bei ihrem Kollegen Weinberger darauf, daß die USA in Genf neue Kompromißvorschläge unterbreiten.

ZITAT DES TAGES



„Es sollte erreicht werden, daß der 17. Juni wieder oder endlich ein Tag der deutschen Freiheit für die Deutschen in Unfreiheit und unser seit nahezu vier Jahrzehnten gewaltsam geteiltes Vaterland wird."

CDU-Politiker Herbert Hupka ge- im Unionspressedienst
FOTO: DIE WELT

stungsexport?

ms. Bonn

e Haltung der neuen Bundesre-ıng in der Frage des Rüstungs-rts wird Bundeskanzler Kohl ertraulichen Gesprächen mit Parteivorsitzenden Strauß und scher festlegen. Angesichts der anz der Materie, so hieß es ge-ı in Bonn, habe sich der Bun-anzler für diesen Weg entschie-und darauf verzichtet, Einzel-en in der großen Koalitionsrun-erörtern. Im Hintergrund steht onkretes Projekt nach wie vor Frage von Panzerlieferungen an di-Arabien. CDU und CSU hat-bereits im Februar 1981 festge-daß Entscheidungen auch von alen Interessen" der Bundesre-lik von der Erhaltung der wirt-aftlichen Lebensfähigkeit sowie Verteidigungsgesichtspunkten ıngig gemacht werden müßten.

GB: Arbeit für alle

rtr, Düsseldorf

er Deutsche Gewerkschafts-d hat die Forderungen nach beschäftigung und Ausbau der bestimmung in den Mittelpunkt es Aufrufes für die gewerk-aftlichen Kundgebungen zum 1. gestellt. In dem gestern veröf-lichten DGB-Aufruf heißt es, eit für alle sei eine für jeden eitnehmer sowie für den Staat die Gesellschaft wichtige For-ung.

ETTER

ıbeständig

DW. Essen

n gesamten Bundesgebiet wech-de Bewölkung und in der zwei-Tageshälfte einsetzender Re-. Temperaturen zwischen 4 und Grad.

WIRTSCHAFT

Billigere Kredite

AP, Frankfurt

Die Zinssätze für Kredite bei den Banken sind in Bewegung geraten. Die Deutsche Bank nahm gestern ihre Zinssätze für Kredite im Privatkundengeschäft um ein halbes Prozent zurück. Persönliche Dispositionskredite kosten bei der Deutschen Bank 10,5 Prozent gegenüber dem bisherigen Satz von elf Prozent. Die Zinssätze für die persönlichen Ratenkredite werden von 0,47 auf 0,45 Prozent bei Beträgen unter 10 000 Mark gesenkt. Die Commerzbank setzte die Zinssätze gestern ebenfalls herab. Der Zins für Dispositionskredite wurde von elf auf zehn Prozent zurückgenommen. Konstant blieben die Zinssätze für Ratenkredite. Bei der Dresdner Bank kosten Dispositionskredite 10,25 Prozent gegenüber bisher 11,5 Prozent.

Aktien sehr fest

DW. Frankfurt

Bei sehr lebhaftem Geschäft kletterten die Aktienkurse auf einen neuen Höchststand. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 128,2 (125,5). Dollarmittelkurs 2,4014 (2,3870) Mark. Goldpreis pro Feinunze 421,25 (414,50) Dollar.

Keine EWS-Beteiligung

dpa/VWD, Brüssel

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat erstmals die Beteiligung des Pfund Sterling am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) auf Dauer ausgeschlossen. Sie sehe dafür „keine Chance", sagte Frau Thatcher gestern auf dem EG-Gipfel in Brüssel, da das Pfund mehr als alle anderen EG-Währungen vom Rohöl abhänge und sich daher stärker nach oben und unten bewege, als im EWS zugelassen.

Neuer Sparplan?

rtr, Paris

Nach der Einigung über neue Währungsparitäten und nach Beendigung des Europäischen Gipfeltreffens von Brüssel wird heute mit der Vorlage eines Sparprogramms der französischen Regierung zur Gesundung der Wirtschaft gerechnet. Beobachter erwarten, daß Einzelheiten des Erholungskonzepts heute im Kabinett dargelegt werden. Seite 14

Wichtige Arbeitsmoral

dpa, Berlin

Bei der Auswahl von Bewerbern für einen freien Arbeitsplatz legen die Betriebe immer größeren Wert auf eine überdurchschnittliche „Arbeitsmoral" und erwarten von ihren Mitarbeitern eine uneingeschränkte Verfügbarkeit für das Unternehmen. Fachliche Qualifikation wird als selbstverständlich vorausgesetzt. Dies sind die Ergebnisse einer Untersuchung des Internationalen Instituts für Management und Verwaltung am Wissenschaftszentrum Berlin, die soeben veröffentlicht wurde.

Heute in der WELT

Vogel setzt sich nach Appell Brandts in der Fraktion durch

Der „rechte" Flügel bleibt mit seinen Personalwünschen ohne Erfolg

STEFAN HEYDECK/DW. Bonn

Nach zähem Ringen und nach einem leidenschaftlichen Appell des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt an die neue Bundestagsfraktion der Partei hat sich gestern der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel mit seinen Vorschlägen für die Besetzung der neuen Fraktionsspitze durchgesetzt: Die SPD-Abgeordneten wählten schon im ersten Wahlgang alle von Vogel vorgeschlagenen Kandidaten, nämlich Anke Fuchs, Jürgen Schmude, Horst Ehmke, Volker Hauff, Hans Apel, Alfred Emmerlich, Wolfgang Roth und Hertha Däubler-Gmelin zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Die Abstimmung fand in geheimer Wahl statt.

Von den 188 anwesenden SPD-Abgeordneten stimmten 158 für Frau Fuchs, 157 für Schmude, 142 für Ehmke, 139 für Hauff, 138 für Apel, 137 für Emmerlich, 111 für Roth und 105 für Frau Däubler-Gmelin. Der frühere Arbeitsminister Herbert Ehrenberg, den der sogenannte „rechte" Flügel der Fraktion anstelle von Wolfgang Roth vorgeschlagen hatte, unterlag mit 74 Stimmen. Waltraud Steinhauer, die gegen Frau Däubler-Gmelin kandidierte, erhielt 80 Stimmen. Der frühere Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Wilfried Penner, der ursprünglich gegen Emmerlich hatte antreten wollen, hatte seine Bewerbung kurzfristig zurückgezogen.

Vor der Abstimmung hatte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt die Abgeordneten nachdrücklich aufgefordert, Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel voll zu unterstützen und die im Wahlkampf gefundene

SEITE 2:
Ende des Kanals

Solidarität und Geschlossenheit der Partei nicht aufs Spiel zu setzen. Brandt übte auch deutliche Kritik an den in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Flügelkämpfen. Der als Kanzlerkandidat Gescheiterte müsse jede nur mögliche Unterstützung erhalten, damit die SPD ihren politischen Führungsanspruch neu begründen könne.

Mit seinem Hinweis auf Flügelkämpfe dürfte sich Brandt insbesondere darauf bezogen haben, daß in der vergangenen Woche der noch amtierende alte Fraktionsvorstand Vogels Personalvorschlägen nur teilweise gefolgt war: Die Vorstandsmehrheit der sogenannten Kanalarbeiter um die Ex-Minister Egon Franke und Hans Apel hatte drei von Vogel vorgeschlagene stellvertretende Fraktionsvorsitzende, nämlich Wolfgang Roth, Hertha Däubler-Gmelin und Alfred Emmerlich, abgelehnt.

Nach Bekanntgabe des gestrigen Wahlergebnisses sprach Vogel von einer für die SPD-Fraktion und für die gesamte Partei insgesamt zufriedenstellenden Linie der Geschlossenheit und Integration. Sicherlich werde es in der Fraktion weiterhin Meinungsverschiedenheiten geben.

Vogel dementierte, daß er für den Fall des Scheiterns seiner Vorschläge mit Rücktritt gedroht habe. Allerdings habe er die „politischen Folgen" zu bedenken gegeben.

Vor der Abstimmung hatten Vertreter der sogenannten rechten Gruppierungen in der Fraktion Vogels Stellvertreterliste noch einmal nachdrücklich kritisiert und bemängelt, sie sei zu linkslastig und entspreche nicht dem Spektrum der Fraktion.

DER KOMMENTAR

Kein Strohfeuer

GERD BRÜGGEMANN

Es gehört seit dem überzeugenden Wahlergebnis vom 6. März, das die Unionsparteien nicht zuletzt mit dem Slogan „den Aufschwung wählen" erzielten, zum guten Ton bei den Verlierern, daran herumzumäkeln. Ein Hamburger Nachrichtenmagazin, dem der Regierungswechsel und seine jetzige Bestätigung durch den Wähler besonders mißfällt, widmete dem Thema sogar einen Titel, dessen Sinn es offenbar war, darzutun, es handele sich dabei um eine Taschenspielerei, eine Täuschung der Bürger, daß in Wirklichkeit von Aufschwung in Wirtschaft und Beschäftigung keineswegs die Rede sein könne.

Tatsächlich ist die deutsche Wirtschaft von guten Zeiten auch noch weit entfernt. Volle Nutzung der Kapazitäten und ein Abbau der außerordentlich hohen Arbeitslosigkeit sind nicht in Wochen und auch nicht in Monaten zu erwarten. Aber alle vorhandenen Daten weisen eindeutig darauf hin, daß die lange Talfahrt beendet ist und es nun wieder aufwärtsgehen kann.

Daß Bundeskanzler Helmut Kohl die Wirtschaftslage durchaus zutreffend gekennzeichnet hat, wird ihm gerade jetzt von einem Mann bestätigt, der nicht in den Verdacht kommen kann, den Regierungsparteien nahezustehen. Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, der sich in seiner bisherigen Amtszeit als Mann von sicherem Urteil und Augenmaß erwiesen hat, sprach jetzt davon, daß die Wirtschaftsbelebung in der Bundesrepublik „kein Strohfeuer" sei. Die Voraussetzungen für eine Aufwärtsentwicklung hätten sich grundlegend gebessert. Die Bundesrepublik, so die Ansicht von Pöhl, habe den nach dem Ölpreisschock notwendigen Anpassungsprozeß praktisch abgeschlossen. Die Inflationsrate sei stark zurückgegangen, und die Zinsen hätten ein Niveau erreicht, auf dem sie kein Investitionshindernis mehr seien.

Dies alles bedeutet nicht, daß nun ein Boom vor der Tür stünde; dazu sind die Probleme und Hypotheken der Vergangenheit, wie die übermäßige Staatsverschuldung und das unkontrollierte Wuchern des Sozialstaates zu groß. Aber es bedeutet doch, daß die Menschen in der Bundesrepublik wieder Hoffnung schöpfen können. Der Slogan, den Aufschwung wählen, meinte denn auch nichts anderes, als denjenigen Politikern die Stimme zu geben, von denen die richtigen Maßnahmen erwartet werden können. Wie das Wahlergebnis zeigt, haben die Bürger das auch so verstanden.

Blüm soll Rentenkompromiß vorlegen

Koalitions-Unterhändler bemühten sich um Einvernehmen über Zwangsabgabe

PETER GILLIES, Bonn

Auch ein vierstündiger Meinungsaustausch innerhalb der Koalitionsverhandlungen brachte noch keine Einigung über die umstrittene Investitionshilfeabgabe. Gleichwohl näherten sich CDU/CSU und FDP an. In der Rentenfrage wird Bundesarbeitsminister Blüm den Auftrag erteilt bekommen, bis zur Regierungserklärung ein Konzept vorzulegen, das die Rentenfinanzen ins Lot bringt, aber ohne nochmalige Verschiebung der nächsten Rentenerhöhung auskommt.

An dem Expertengespräch über die Investitionsabgabe nahmen die Minister Stoltenberg, Graf Lambsdorff und Geißler, die CSU-Politiker Streibl, Waigel, Kreile sowie Cronenberg (FDP) teil. Unmittelbar vor Schluß der Koalitionsgespräche stellt sich folgende Lage dar:

– Wer in diesem Jahr die fünfprozentige Sonderabgabe zahlt, darf sicher sein, daß er die eingezahlten Beträge zurückerhält. Das geltende Recht wird insofern nicht geändert.

– Die rückzahlbare Abgabe 1984 in eine Ergänzungsabgabe umzuwandeln, ohne daß man sich davon durch Investieren freikaufen kann, hat die FDP abgelehnt. Sie meint, das hätte sie auch in der Koalition mit der SPD haben können.

– Ausgeschieden scheint ferner die von der Union angebotene Variante, nicht nur Unternehmer, sondern auch Arbeitnehmer könnten sich durch Beteiligung an Wohnungsbaufonds von einer dann zur Ergänzungsabgabe umgestalteten Steuer befreien. Offenbar werden hier die bürokratischen Schwierigkeiten hoch eingestuft.

– Die Diskussion konzentrierte sich auf das „Modell 2" der CDU. Es sieht vor, von 1984 an eine Er-

SEITE 2:
Die Bewährungsprobe

gänzungsabgabe zwischen drei und fünf Prozent einzuführen, für die Befreiung aber die zwanzigfache Investition zu fordern. Wer also 5000 Mark im Jahr als Sonderabgabe zahlt, müßte 100 000 Mark investieren, damit er sie einspart. Dies freilich dürfte vor allem den Mittelstand treffen, während Großbetriebe eher über entsprechende Investitionsspielräume verfügen.

Diskutiert haben die Koalitionäre auch Anrechnungen zwischen dem Zehn- und Zwanzigfachen (im geltenden Gesetz reicht die fünffache Investition aus, um von der Abgabe freizukommen). Verfassungsrechtler wendeten ein, eine zu bequeme Befreiung verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Bereichert wurde der Katalog um eine neue Variante: Rückzahlung der Abgabe in beiden Jahren, aber sehr viel später als im Gesetz vorgesehen. Statt nach vier bis fünf Jahren könnte der Steuerpflichtige das Geld erst nach acht bis zwölf Jahren zurückerhalten. Der Zinsverlust und die Geldentwertung hätten die Einzahlungen dann derart stark verringert, daß es ökonomisch einer Nichtrückzahlung sehr nahe käme. Diese Lösung wird in der FDP als „gesichtswahrend" bezeichnet. Freilich ist es auch möglich, das Thema – ähnlich wie die Rentenfrage – hinauszuschieben.

Die FDP bleibt zwar dabei, daß sie das Gesetz, das sie zusammen mit der CDU/CSU vorgelegt und verabschiedet habe, nicht zu ändern gedenke, hat aber bereits deutlich gemacht, daß daran weder die Koalition noch die Kanzlerwahl scheitern werde. Damit entfällt der Zwang, es unter Zeitdruck lösen zu müssen. Das vierstündige Gespräch blieb deshalb sachbezogen und ohne Schärfen.

Norddeutsche CDU fühlt sich benachteiligt

MANFRED SCHELL, Bonn

In der norddeutschen CDU herrscht eine gewisse Unzufriedenheit darüber, daß sie bei der Besetzung des neuen Bundeskabinetts nicht ihrem Gewicht und ihrem Wählerzuwachs entsprechend berücksichtigt wird. Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht und der Vorsitzende der CDU Niedersachsens, Wilfried Hasselmann, so hieß es gestern in Bonn, wollten deshalb aus Verärgerung nicht an der heutigen Sitzung des CDU-Bundesvorstandes teilnehmen.

Stein des Anstoßes ist offensichtlich die Präsens der CSU mit fünf Ministerposten, aber auch die starke personelle Repräsentanz der CDU Nordrhein-Westfalens und Hessens in Regierung und Fraktion, zumal sich Bundeskanzler Helmut Kohl entschlossen hat, mit Ausnahme der Neubesetzung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen mit Heinrich Windelen (CDU) ansonsten keine Veränderungen auf Ministerebene vorzunehmen. Spielraum ergibt sich allenfalls bei den parlamentarischen Staatssekretären. Aber darüber ist noch nicht entschieden. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ist der einzige Minister, den die norddeutsche CDU stellt. Bauernpräsident Constantin Freiherr von Heereman, der erstmals im Bundestag ist und der fälschlicherweise der norddeutschen CDU angerechnet wird, obwohl er aus Nordrhein-Westfalen kommt, ist als Bundesernährungsminister deshalb nicht zum Zuge gekommen, weil Kohl aus einer gewissen Zwangssituation heraus der CSU dieses Ministeramt zuge-

● Fortsetzung Seite 12

Pöhl: Stabiler Aufwärtstrend der Wirtschaft

dpa, Wien

Die Wirtschaftsbelebung in der Bundesrepublik wird nach Ansicht von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl kein „Strohfeuer" sein. Die Voraussetzung für eine Aufwärtsentwicklung habe sich grundlegend verbessert.

Vor dem Verband der österreichischen Banken meinte Pöhl, die Bundesrepublik habe den nach dem Ölpreisschock notwendig gewordenen Anpassungsprozeß praktisch abgeschlossen. Die restriktive Politik der Jahre 1980/81 sei eine Voraussetzung für die jetzigen Erfolge gewesen. Diese seien gekennzeichnet durch den starken Rückgang der Inflationsrate und die deutliche Senkung des Zinsniveaus. Allerdings sei man in der Bundesrepublik an den Grenzen für weitere Zinssenkungen angelangt, wenn man nicht negative Auswirkungen auf die D-Mark in Kauf nehmen wolle.

Ein Haupthindernis für einen weiteren Rückgang der Zinsen sei in der Bundesrepublik wie auch vor allem in den USA das hohe Budgetdefizit. In den USA zeige sich derzeit bereits wieder eine etwas steigende Zinstendenz.

Hinsichtlich der Entwicklung im EWS vertrat Pöhl die Auffassung, Frankreich werde nach den währungspolitischen nun binnenwirtschaftliche Maßnahmen setzen müssen. Denn divergierende Entwicklungen in verschiedenen Ländern könnten allein durch Änderung der Wechselkurse jedenfalls nicht kompensiert werden, überhaupt seien die Wechselkursanpassungen zuletzt in zu kurzen Abständen erfolgt, was gleichsam eine „Einladung an die Spekulation" bedeutet habe.

CDU beantragt die Auflösung des Landtags

Nea. Wiesbaden

Mit einem Dringlichkeitsantrag wird die CDU-Fraktion des Hessischen Landtags heute die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen verlangen. Dies wurde gestern in der Fraktionssitzung beschlossen.

Vorher wollen die CDU-Abgeordneten den von der geschäftsführenden Landesregierung eingebrachten Etat 1983 allerdings im Plenum eingehend diskutieren und ihre Ablehnung bei jedem Einzelplan begründen. Im Haushaltsausschuß hatten CDU und Grüne ihren Fraktionen die Ablehnung des Etats empfohlen. CDU (52 Sitze) und Grüne (9) haben im Landtag gegenüber der SPD (49) eine Mehrheit.

Sollte der CDU-Antrag auf Auflösung des Landtags scheitern (die SPD tritt für Neuwahlen erst im September ein, die Grünen sind grundsätzlich dagegen), wird ein offizieller Mißtrauensantrag gegen die Regierung Börner ins Auge gefaßt. Welche juristischen Folgen ein Mißtrauensvotum gegen eine nur geschäftsführend amtierende Regierung haben könnte, ist strittig.

Knesset wählte Herzog zum neuen Präsidenten

Begins Kandidat unterlag dem Bewerber der Opposition

dpa/AFP, Jerusalem

Mit der überraschenden Mehrheit von 61 zu 57 Stimmen hat die Knesset, das israelische Parlament, gestern in Jerusalem den Abgeordneten Chaim Herzog (64) von der oppositionellen Arbeiterpartei zum neuen israelischen Staatspräsidenten gewählt.

Herzog wird am 5. Mai in der Knesset vereidigt. Der jetzige Präsident Yitzhak Navon, ebenfalls Sozialdemokrat, hatte sich nicht für eine zweite fünfjährige Amtszeit beworben. Auf den Kandidaten des Ministerpräsidenten Begin, den Oberrichter Menachim Elon (60), entfielen 57 Stimmen. Zwei Abgeordnete enthielten sich.

Zum zweiten Mal in seiner Amtszeit muß Begin damit die Wahl eines Staatspräsidenten akzeptieren, der weder sein Kandidat war noch eine ähnliche politische Philosophie vertritt. Die Wahl des ehemaligen israelischen UNO-Botschafters hat in der Regierungskoalition Schock und Bestürzung ausgelöst. Einige Koalitionsvertreter forderten herauszufinden, wer die „Verräter aus unserem Lager" seien, die bei der geheimen Wahl für Herzog stimmten. Wenigstens sieben Mitglieder der Koalitionsparteien sollen ihre Stimme Herzog gegeben haben, während zwei Sozialdemokraten für Elon votierten.

Nach der Wahl äußerte sich Herzog „sehr stolz darüber, daß ich das Vertrauen der Knesset gewonnen habe". Als seine Hauptaufgabe sieht der designierte Staatspräsident „die Förderung der Einigkeit im Volk, das hoffentlich in fünf Jahren, nach Abschluß meiner Amtszeit, bereits einen vollen Frieden mit den arabischen Nachbarn genießen" werde. Der unterlegene Gegenkandidat Elon bekundete Stolz „über unser schönes demokratisches System".

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Herzog an den Verhören der SS-Führer Kaltenbrunner und Schellenberg beteiligt und identifizierte beim Verhör subalterner SS-Führer den SS-„Reichsführer" Himmler.

Seite 2: Soldat, Diplomat, Präsident

EG mahnt Israelis und Palästinenser

Brüsseler EG-Gipfel stellt sich hinter US-Friedensplan / Andere Probleme vertagt

W. HADLER/U. LÜKE, Brüssel

In dem deutlichen Bemühen, keine neuen Spannungen zwischen den zehn EG-Staaten aufkommen zu lassen, ist gestern das zweitägige Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft in Brüssel zu Ende gegangen. Entscheidungen über alle wesentlichen EG-Probleme wurden – wie zu erwarten war – auf die nächste Sitzung des Europäischen Rates im Juni in Stuttgart verschoben.

Im Mittelpunkt der Beratungen des zweiten Konferenztages stand die Nahostfrage. Die Zehn appellierten dabei in bisher ungekannter Deutlichkeit „an das palästinensische Volk und die PLO", sich für Friedensverhandlungen auszusprechen. Ausdrücklich wurden die Gespräche zwischen Jordanien und der PLO begrüßt.

Die „Schlußfolgerungen" aus der Diskussion, wie Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher das Papier gestern nannte, stellen ausdrücklich „keine neue Nahosterklärung" der Gemeinschaft dar. Getreu der neuen Bonner Linie wurde auch die Grundsatzerklärung der EG von Venedig zum Nahen Osten nicht erwähnt.

Beobachtern fiel auf, daß der Text in einigen Teilen schärfer als frühere Erklärungen formuliert wurde, ohne daß dies Änderungen in der Substanz bedeutete. Dies gilt zum Beispiel für die Frage des Existenzrechts Israels und des Verzichts auf die Gewaltanwendung. Die Erklärung der Zehn stellt sich voll hinter die Friedensbemühungen der USA und fordert Israel auf, „von der Vergrößerung bestehender und der Gründung neuer Siedlungen" Abstand zu nehmen. Diese Siedlungen verstießen gegen das Völkerrecht und behinderten die Friedensbemühungen in „bedeutendem und zunehmendem Maße".

Zu Libanon bekräftigten die Regierungschefs ihre Forderungen nach Rückzug aller ausländischen Streitkräfte und nach Wiederherstellung der vollen Souveränität des Landes.

Wenig neue Gesichtspunkte ergaben die Schlußfolgerungen des Gipfeltreffens zu den Themen wirtschaftliche Lage, Erweiterung der Gemeinschaft und EG-Budget. So forderten die Regierungschefs eine „effektive Aktion zur Besserung der Beschäftigungslage junger Leute" und beauftragten den Ministerrat, ihnen im Juni einen Bericht über die bis dahin erzielten Fortschritte zu erstatten. Die Verhandlungen mit Spanien und Portugal müßten „jetzt substantielle Fortschritte machen".

Seite 2: Kürze ohne Würze
Seite 4: Freundlich, aber entschieden

Verzichtet Israel auf Präsenz in Südlibanon?

Jerusalems Antwort auf US-Konzept für Gemayel

AFP/AP/rtr, Beirut/Jerusalem

Der amerikanische Nahost-Sonderbeauftragte Philip Habib hat gestern in Beirut den libanesischen Staatspräsidenten Amin Gemayel über die israelische Antwort auf die US-Vorschläge informiert.

Außerdem sprach Habib mit dem libanesischen Außenminister Elie Salem. Wie das israelische Fernsehen berichtete, ist die Regierung in Jerusalem bereit, die US-Vorschläge über den Abzug aller ausländischen Truppen aus Libanon als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren.

In Beirut verlautete, Habib habe den Verzicht Israels auf seine Forderung überbracht, nach dem Truppenabzug noch eine kleine Streitmacht in Südlibanon zu behalten. Dort solle die UNO-Friedenstruppe begrenztere Aufgaben übernehmen. Zu den US-Vorschlägen gehören gemeinsame Patrouillen der israelischen und libanesischen Streitkräfte sowie eine gemeinsame Militärkommission zur Überwachung der Sicherheit. Eine US-Militärpräsenz in Südlibanon sei nicht vorgesehen.

Strittig sei noch die Forderung Israels, daß der verbündete libanesische Ex-Major Haddad das Kommando über die dem Südlibanon kontrollierende Truppe behält. Libanon lehne dies ab, doch könnten Haddads Verbände in die reguläre Armee integriert werden.

Die israelische Regierung hat beschlossen, den USA ihre im Libanon-Krieg gewonnen militärischen Erkenntnisse „ohne Gegenleistung" weiterzugeben, teilte Verteidigungsminister Arens mit. Vor der Presse äußerte Arens die Hoffnung, daß dieser Schritt die seit der israelischen Libanon-Invasion gespannten Beziehungen zu Washington verbessern werde.

Die meisten dieser Erkenntnisse rühren von den Siegen der israelischen Truppen über die sowjetisch ausgerüsteten syrischen Verbände her. Nach Angaben des Ministers wird ein Ausschuß der US-Luftwaffe im April in Israel mit zuständigen Militärs über die Abwehr sowjetisrher Flugzeuge und Boden-Luft-Raketen diskutieren, die von Syrien in Libanon eingesetzt wurden. Die USA interessieren sich ferner für die Bekämpfung der wegen ihrer starken Panzerung gerühmten sowjetischen T-72-Panzer.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ende des Kanals

Von Herbert Kremp

Nach einem mühsamen Take-off hat Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel Luft bekommen. Er hat sich mit allen seinen Personalvorschlägen durchgesetzt und damit die einst mächtige Kanalarbeiter-Riege um die früheren Minister Franke und Apel auf die Plätze verwiesen. Die Abstimmungen in der Fraktion brachten es an den Tag: Gerade ein gutes Drittel gehört zum rechten Flügel, während zwei Drittel einer schwer definierbaren Linken zuzurechnen sind.

Ob das organisatorische Ergebnis als „Integration" der beiden Willensströme in der SPD-Fraktion bezeichnet werden darf, wird die Praxis der Legislaturperiode ergeben. Sicher scheint aber jetzt schon zu sein, daß es den Sozialdemokraten nicht gelungen ist, jene starke „Schattenmannschaft" zu bilden, die der ressortmäßig aufgefächerten Regierungsequipe entgegentreten könnte. Das gilt vor allem für die Außenpolitik, für Wirtschaft, Finanzen und Inneres, wo in den nächsten Jahren „die Musik spielen" wird. Auf diesen Gebieten wirken die sozialdemokratischen Vormänner, denen gestern der Zuschlag gegeben wurde, blaß und unerfahren.

Die innere Unsicherheit, mit der die SPD-Fraktion ihre Arbeit aufnahm, die Niederlage, die Vogel im alten Fraktionsvorstand noch hatte hinnehmen müssen, kennzeichnen den inneren Zustand der Opposition nach langen Regierungsjahren, inneren Konflikten und der Wahlschlappe am Ende. Die Autorität des Oppositionsführers ist nicht unbestritten, sie mußte von Willy Brandt mühevoll aufgerichtet werden. Daß nach der Partei selbst nun auch die Bundestagsfraktion, einst Schmidts letzte Truppe, nach links driftet, gehört zu den Konsequenzen einer jahrelangen Entwicklung.

Links, wohin sie driftet, stehen nach den Wahlanalysen keine Arbeiter und Arbeitnehmer mehr, die sehnsüchtig der Botschaft Vogels harrten. Die Richtung, in die der Oppositionsführer „integriert", verweist auf Minderheiten. Die Abgrenzung von den Grünen wird für die SPD schwierig werden.

Kürze ohne Würze

Von Ulrich Lüke

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs hat in Brüssel einen wegweisenden Beschluß gefaßt: Beim nächsten Gipfel in Stuttgart soll gearbeitet werden – zwei ganze Tage lang. Bisher pflegten Gipfeltreffen nur zwei halbe Tage zu dauern. Nun soll man solche Treffen gewiß nicht nur nach ihrer Länge beurteilen. Und Helmut Kohl hat sicher recht in seinem Bemühen, langatmige Ausschweifungen jedes Regierungschefs zu vermeiden; aber auch in der Brüsseler Kürze dieses Gipfels lag keine Würze. Die Regierungschefs haben es geschafft, in weniger als vier Stunden ein Dutzend EG-Probleme abzuhandeln, was pro Thema und Redner rund zwei Minuten übrigließ. Auf diese Weise macht man Gipfel überflüssig.

Wenn die Treffen der Staats- und Regierungschefs mehr sein wollen als eine Aktivitätsschau für den Bildschirm, so müssen sich die Teilnehmer künftig auch in der Sache konzentrieren – auf einige wenige Themen, die dann wirklich gründlich diskutiert werden können.

Der ursprüngliche Sinn des Gipfels – die vertrauliche Aussprache – gerät ohnehin immer mehr ins Wanken. Helmut Kohl hat dafür in Brüssel einen weiteren Beweis erbracht, als er seine Rede im Kreis der zehn Amtskollegen sogar vorher veröffentlichen ließ. Es fragt sich auch, ob zwei Gipfel pro Jahr, einer in jeder Präsidentschaft, nicht genug wären.

Für sie gälte dann, was für den Stuttgarter Gipfel im Juni seit gestern ohnehin gilt: Sie produzieren im Vorfeld einen Erwartungsdruck, der sie zum Erfolg verdammt. Denn die Regierungschefs sind nicht in ihre Ämter berufen, damit sie unverbindlich miteinander plaudern, sondern damit sie Entscheidungen treffen.

Selbstschuß

Von Peter Philipps

Die „DDR" versucht wieder einmal mit allen Finessen der Dialektik von der eigenen Verantwortung abzulenken. Sie scheut sich nicht, dem Bundesgrenzschutz vorzuwerfen, daß er mit seinen Informationen über die innerdeutsche Grenze „Menschen- und Völkerverhetzung" betreibe. Mit seinen Führungen an der Todeslinie versuche der Bundesgrenzschutz vor allem junge Bundesbürger und „schlechtinformierte ausländische Politiker und Touristen aufzuputschen" und damit „gegen die völkerrechtlich anerkannte Staatsgrenze der DDR Hetze zu betreiben".

Es ist offensichtlich: Die unmenschliche Wunde an der westlichen Flanke schmerzt die so sehr auf Weltniveau bedachte Ostberliner Führung. Vor allem stört es sie, daß junge Menschen, die man zum Beispiel in Teilen der Friedensbewegung so gern fördert, diese Kehrseite der „DDR"-Medaille zu sehen bekommen. Und es stört, daß ausländischen Besuchern vom Westen her ein Blick hinter die biedermännische Maske geboten wird.

Doch dies ist nichts, was den Bundesgrenzschutz anzulasten wäre. Wer da einmal an der Demarkationslinie die Selbstschußanlagen, Bluthunde, den Todesstreifen, die Minen und die mit Hochspannung geladenen Todeszäune gesehen hat, der könnte sogar auf jedes erklärende Wort verzichten. Die mörderische Wirklichkeit spricht für sich selbst.

Dreist vergleicht die „DDR" die Aufklärungsarbeit des Bundesgrenzschutzes mit der „alt bekannten faschistischen Methode", mit der einst die Nationalsozialisten vor 1939 den Polenhaß angestachelt hätten.

Wird, wenn überhaupt, nicht erst umgekehrt ein Schuh daraus? Wer hat denn die Selbstschußanlagen installiert, und wer predigt denn der eigenen Jugend Tag für Tag in schlimmster Manier das Feindbild von den bösen Revanchisten jenseits der „Staatsgrenze"?



Die Bewährungsprobe

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Seit Montag kann man sagen, daß die zweite Regierung Kohl steht. Dafür war die Entscheidung von Franz Josef Strauß in eigener Sache, genauer: in Sachen der CSU, das Signal. Auch das Regierungsprogramm liegt in den Grundzügen fest. In den Koalitionsverhandlungen ist der Fehler vermieden worden, dem Kanzler und seinem Kabinett mit einer allzusehr in die Einzelheiten gehenden Festschreibung der Regierungspolitik Fesseln anzulegen. Es spricht für die außergewöhnlich starke Position Helmut Kohls, daß er dieses Ergebnis in den denkbar kürzesten Koalitionsverhandlungen durchgesetzt hat. Er brauchte dazu knappe acht Tage.

Ungeachtet seiner aus den drei Wahlen dieses Monats März gewonnenen Stärke weiß Kohl, daß seine Bewährung als der im Vermächtnis Konrad Adenauers stehende Staatsmann erst jetzt beginnt. Im letzten Jahr der Kanzlerschaft Helmut Schmidts versuchten SPD und DGB – Schmidt voran –, die sich abzeichnende Wende in Bonn mit einer ideologischen Kampagne gegen den Neokonservatismus abzublocken. Die Impulse des Neokonservatismus in den USA und Großbritannien wurden den deutschen Bürgern grob verkürzt als Restauration einer durch und durch unsozialen Marktwirtschaft, eine „Ellenbogengesellschaft" dargeboten. Kohl wurde zum unkritisch gläubigen Mitläufer Reagans degradiert, wobei die besondere Infamie dieser Rollenzuweisung darin lag, daß sich prominente SPD-Politiker vom politischen Modell und damit von der politischen Kultur Amerikas distanzierten. Dies war die bisher subtilste Form eines unterschwelligen Antiamerikanismus in der Bundesrepublik.

Man muß sich diese ideologischen Startbedingungen der Kanzlerschaft Kohls ins Gedächtnis zurückrufen, wenn es darum geht, das Fundament einer bürgerlich-liberalen Ära zu legen, nicht nur für eine Legislaturperiode, sondern voraussichtlich für acht oder mehr Jahre (Wehner sprach von 15 Jahren). In der Bundesrepublik Deutschland wird es den Neokonservatismus weder in der reinen amerikanischen noch britischen Lesart geben. Aber als Idee ist er auch für uns richtig. Er bedeutet nichts anderes als die Rückbesinnung auf die Marktwirtschaft als unserer freiheitlichen Lebensordnung und zugleich als Instrumentarium des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Für die Bonner Regierungspolitik ergeben sich daraus zweierlei Schlußfolgerungen:

1. Die ideelle Übereinstimmung mit den Amerikanern muß zur tragenden Säule unserer Außen- und Sicherheitspolitik werden.

2. Diese ideelle Übereinstimmung würde an der Wurzel zerstört, wenn wir uns aus bequemer Anpassung von einer konsequenten Politik der sozialen Marktwirtschaft abbringen ließen.

Wenn es zutrifft, daß Kohl seine glänzende Bestätigung durch die Wähler vor allem einem keimenden wirtschaftlichen Optimismus verdankt, so kann er sich nichts weniger erlauben, als diese Erwartungen zu enttäuschen. Die äußeren Gegebenheiten sind günstig. Sie kündigen einen allmählichen Aufschwung an. Die in den Koalitionsverhandlungen festgelegten Rahmendaten der Finanz- und Wirtschaftspolitik tragen dem Rechnung; aber gerade hier steckt der Teufel in den noch nicht vereinbarten Details. Die Gefahr einer zu schlappen Sparpolitik der öffentlichen Haushalte und einer findigen Suche nach verdeckten Erhöhungen der Staatseinnahmen ist keineswegs gebannt. Da möchten sich die Bürger gern auf Kohl, Stoltenberg und Lambsdorff verlassen können.

Mit der richtigen Wirtschafts- und Finanzpolitik kann die zweite Regierung Kohl nicht nur den sozialen, sondern im weitesten Sinn den inneren Frieden bewahren. Fragen der Sozial-, Innen- und Rechtspolitik werden sich dann in einem entspannten Klima beantworten lassen. Auch dafür bieten die Koalitionsverhandlungen, soweit sie bisher bekannt geworden sind, einen vernünftigen Rahmen.


Fundament für eine Ära: Bundeskanzler Helmut Kohl
FOTO: JUPP DARCHINGER

Eigene wirtschaftliche Stärke ist zugleich die Voraussetzung für eine doppelte Bewährung nach außen. Die dramatische Dynamik der soeben mühsam überstandenen Kraftprobe zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Währungssystem besteht darin, daß hier die Probe aufs Exempel gemacht wird, welche Wirtschaftsordnung unter den Bedingungen der westlichen Demokratie die bessere sei, die sozialistische oder unsere freie soziale Marktwirtschaft. Es kann sehr wohl sein, daß diese nachbarschaftliche Idealkonkurrenz zu beiden Seiten des Rheins auch darüber entscheidet, wie in Zukunft der im großen und ganzen marktwirtschaftliche Westen mit dem staatswirtschaftlichen Osten zurechtkommt. Schon jetzt, so möchte man meinen, fällt ins Auge, um wieviel effektiver und damit auch sozialer die deutsche Wirtschaftspolitik gegenüber derjenigen Mitterrands ist. Aber der Beweis wird erst geführt sein, wenn die französische Regierung sich zu schmerzhaften Korrekturen im Sinn wirtschaftlicher und finanzpolitischer Stabilität veranlaßt sieht. Dazu kann, wie sich bei der engen wirtschaftlichen Verflechtung beider Länder zeigt, eine erfolgreiche Politik konsequenter Marktwirtschaft in der Bundesrepublik einen heilsamen Zwang schaffen. Es wäre nur hilfreich, würde die Bundesrepublik von ebensolchen marktwirtschaftlichen Erfolgen in den USA und in Großbritannien begleitet.

Alle Erfahrung lehrt, daß wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Westens, nicht zuletzt der Bundesrepublik Deutschland, am ehesten den Osten zu einer entgegenkommenden Politik veranlassen kann. Dies ist das innere Gesetz einer Ost-West-Politik, die sich auf Leistung und Gegenleistung gründet. Damit wäre zugleich der Rahmen einer bestmöglichen Deutschlandpolitik abgesteckt.

So weit bisher erkennbar, liegt die vereinbarte Regierungspolitik der bürgerlich-liberalen Koalition auf diesem Generalnenner. Man möchte Helmut Kohl bei der Abgabe seiner Regierungserklärung einen großen Wurf wünschen.

IM GESPRÄCH Chaim Herzog

Soldat, Diplomat, Präsident

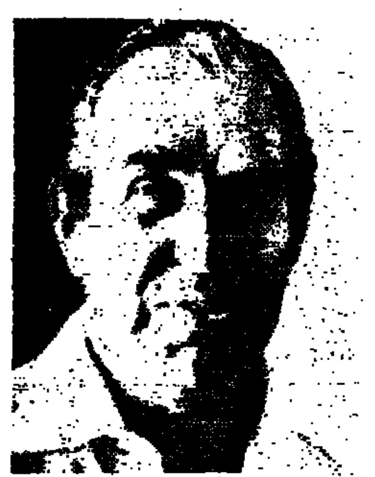
Von Rafael Seligmann

Menachem Begin, von Freund und Gegner als gewiegter Taktiker geschätzt oder gefürchtet, hat eine empfindliche Niederlage hinnehmen müssen. Israels Parlament, die Knesset, in dem Begins Likud-Block und seine Koalitionspartner über eine absolute Mehrheit gebieten, hat in geheimer Abstimmung den Kandidaten der oppositionellen Arbeiterpartei, Chaim Herzog, zum neuen Staatspräsidenten gewählt.

Das heißt, daß auch Mitglieder des Regierungslagers für Herzog gestimmt haben müssen. Dies aber weist nicht nur auf die Beliebtheit des neuen israelischen Staatsoberhauptes hin, es offenbart wohl auch die potentielle Bereitschaft eines Teils der Koalitionspartner Begins zu einem Flirt mit der Arbeiterpartei – Herzog wird einer Vertiefung dieser Beziehungen gewiß nicht im Weg stehen.

Chaim Herzog verkörpert in seiner Person den dramatischen Wandel in der Ausrichtung des jüdischen Lebens im Verlauf der letzten hundert Jahre. Von der Vertreibung der Juden aus dem Lande Israel im Jahre 70 nach Christus bis zum Beginn des politischen Zionismus, Ende des vergangenen Jahrhunderts, waren Rabbiner und Thora-Gelehrte die „Helden", also die Leitfiguren des Judentums – nur durch ihr Wirken wurde die Substanz dieser Religion und der Wunsch zur Rückkehr in die biblische Heimat gewahrt. Als diese Rückkehr tatsächlich um die Jahrhundertwende begann, ging sie nicht immer friedlich vonstatten. Physische Gewalt war am Ende nötig, den jüdischen Staat zu errichten und zu verteidigen. So ist ganz natürlich der Soldat zum neuen „Helden" des Judentums geworden.

Der Vater Chaim Herzogs war Oberrabbiner in Irland, dann, nach seiner Einwanderung in den 30er Jahren, religiöses Oberhaupt der jüdischen Gemeinschaft in Palästina. Chaim (wörtlich: Leben) 1918 in Belfast geboren, wurde General der israelischen Armee. Der schnurrbärtige Herr mit den stets ironisch gekräuselten Mundwinkeln wirkt allerdings eher britisch


Israeli mit britischem Touch: Chaim Herzog
FOTO: SVEN SIMON

– nicht von ungefähr. Herzog ist Absolvent der britischen Militärakademie Sandhurst. Im Zweiten Weltkrieg diente er in der Nachrichtenabteilung der Streitkräfte seiner britischen Majestät – zuletzt als Oberleutnant.

Schließlich kehrte er nach Palästina zurück und wurde Leiter des Sicherheitsdienstes der „Hagana", der jüdischen Selbstverteidigungskräfte. Von 1959 bis 1962 war Herzog Chef der militärischen Abwehr Israels. Nach einem Intermezzo in London wurde er 1967 am Vorabend des Sechstagekriegs Chefkommentator der israelischen Armee. Danach wirkte er als erster Militärgouverneur in den besetzten Gebieten Judäa und Samaria.

Jahre später bat ihn der damalige israelische Außenminister Allon, Israels lädiertes Image in den Vereinten Nationen aufzupolieren. Von 1975 bis 78 leitete Herzog also die israelische UN-Delegation. Die Delegierten der Dritten Welt und des Ostblocks konnte er nicht umstimmen – aber sein vehementes Eintreten für das Existenzrecht seiner Heimat brachten Israel viel Sympathien, vor allem in den Vereinigten Staaten, ein. Herzog, seit 1981 Mitglied der Knesset, tritt nun ein Amt an, das vor ihm bedeutende Männer innehatten: Chaim Weitzmann etwa oder zuletzt Yitzhak Navon.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es über Strauß:

Bonns starker Mann heißt jetzt eindeutig Helmut Kohl. Erst der triumphale Wahlsieg, dann der Erfolg im Pokerspiel mit Franz Josef Strauß – der Pfälzer hat alle, die ihn als einen Provinzpolitiker minderen Ranges einstufen wollten, zur Korrektur ihres Urteils gezwungen. Helmut Schmidt mußte sein Lehrgeld schon früher zahlen, jetzt war Franz Josef Strauß an der Reihe.

SALZBURGER NACHRICHTEN

Das Blatt befaßt sich mit dem Strauß-Entschluß, in Bayern zu bleiben:

Nachdem er offensichtlich in vielen politischen Bereichen der Regierung Kohl die Grenzen abgesteckt hat, innerhalb derer sie sich in den kommenden vier Jahren bewegen soll, kann er darauf verzichten, persönlich am Bonner Kabinettstisch Platz zu nehmen … Der Verzicht bedeutet aber keineswegs, daß künftig ohne oder gegen ihn regiert werden könnte.

LA STAMPA

Die Neuordnung des europäischen Währungssystems wurde allenthalben positiv aufgenommen:

Wenn man das Europäische Währungssystem am Leben erhalten wollte, das einzige politische Band von großer Bedeutung, das in den letzten 15 Jahren aus der EWG hervorgegangen ist, dann durfte man nicht zu sehr auf egoistische Nationalinteressen achten … Es kann sein, daß Frankreich einen falschen Weg eingeschlagen hat, indem es mit gezogener Klinge seinen Franc verteidigt hat. Was die Lira angeht, so ist der französiche Schild für sie wertvoll gewesen, weil sie dadurch vor massiven Spekulationsflüssen geschützt wurde. Zum Schluß hat Deutschland nachgeben müssen, aber dieses Land hätte auch den größten Schaden von einer Zerstörung des EWS davongetragen.

(Turin)

Le Quotidien de Paris

Die sozialistischen Führer machen uns weis, daß es sich weniger um eine Abwertung des Franc als um eine Anpassung der europäischen Währungen handle. Sie machen uns weis, daß diese Währungsanpassung der Preis sei, den Frankreich zahlen muß, um europäisch zu bleiben, während sie ein Teil des Preises ist, den man zahlen muß, um das Schlimmste zu verhindern. Sie machen uns weis, daß die Bedingungen des in Brüssel geschlossenen Abkommens ein Sieg für Frankreich seien, während sie nur ein Sieg für (Wirtschafts- und Finanzminister) Jacques Delors sind. Sie machen uns weis, daß, vorausgesetzt die Franzosen willigen in Opfer ein, das Land aus dem Schlamassel gezogen sei, während nur drakonische Heilmittel es ermöglichen würden, eine vierte Abwertung zu vermeiden. Sie machen uns weis, es sei „die Schuld der Rechten" oder der Krise, während die Rechte ihnen zumindest eine solide Währung hinterlassen hatte. Wenn sie wenigstens künftig Schamgefühl bei dem zeigten, was sie sagen. Sie sind seit kaum zwei Jahren an der Macht, und sie sind schon bankrott.

Wenn aus der Zweibahnstraße eine Sackgasse wird …

Die Rüstungs-Kooperation zwischen der Bundesrepublik und den USA ist so gut wie tot / Von Rüdiger Moniac

Die Erschütterungen, die der amerikanische Kongreß der atlantischen Sicherheitspartnerschaft mit seinen Schlägen gegen bestimmte gemeinsame Programme zufügte, wirken nach. Besonders betroffen ist die Bundesrepublik. Der Kongreß sperrte vorerst die Gelder zur Realisierung des deutsch-amerikanischen Projekts zur Unterstützung der Gaststreitkräfte im Einsatzfall (Wartime Host Nation Support Program). Er verweigerte zudem, wie erinnerlich, die Zulieferung besonderer Metalle aus dem Ausland für den Bau von Waffen und Ausrüstung für die amerikanischen Streitkräfte (Specialty Metals Clause). Damit ist die berühmte „Zweibahnstraße", die Rüstungskooperation zwischen Verbündeten in der NATO über den Atlantik hinweg, so gut wie tot.

Die Atmosphäre zwischen beiden Kontinenten droht in dieser Beziehung zu vereisen. Zwar bemühen sich vor allem die Regierungen in Bonn und Washington, das Klima zu verbessern. Doch der Kongreß verweigert sich dem Wunsch der US-Administration, der sicherheitspolitischen Harmonisierung mit den Europäern die Hand zu leihen. Auf dem Hügel des Capitols schlagen die partikularen Interessen der sehr auf Eigenständigkeit bedachten amerikanischen Teilstreitkräfte und die Regionalinteressen der am Rüstungsetat partizipierenden Industrieunternehmen voll durch. Abgeordnete und Senatoren, die verständlicherweise sehr genau darauf achten, wie ihr Auftreten in Washington auf die eigene „constituency", die eigene Wählerschaft, zu Hause wirkt, glauben es sich nicht leisten zu können, handfeste Produktionsaufträge für die Armee der amerikanisch-europäischen Partnerschaft wegen halbieren zu lassen oder womöglich zu dulden, daß sie ganz ans Ausland vergeben werden. Sie kämpfen wie die leibhaftigen Industrielobbyisten selbst.

Angesichts dieses Washingtoner Kräfteparallelogramms dürfen sich die westeuropäischen Regierungen nicht wundern, wenn die Versprechungen aus den USA zur tatsächlichen Etablierung der atlantischen „Zweibahnstraße" in der Rüstungszusammenarbeit bis auf geringfügige Zugeständnisse nur schöner Schein bleiben. Ein schlagendes Beispiel dafür war der fast bis aufs Messer geführte „Panzerkampf" zwischen Bonn und Washington um den besseren Gefechtswagen, den deutschen Leopard 2 oder den amerikanischen M 1 Abrams. Gewonnen hatte ihn am Ende mit vereinten Kräften die amerikanische Rüstungs- und Heereslobby, die sich nicht scheute, den Testvergleich zwischen beiden Panzern auf unnachahmliche Weise zugunsten des eigenen Produkts auszurichten.

Ein ganz junges Beispiel ist in diesen Tagen zu beobachten. Bonns Rüstungsdirektor, der kürzlich in Washington war, um wieder um gut' Wetter zu bitten, brachte sogar etwas mit nach Hause: einen sogenannten „Letter of Intend", eine Absichtsvereinbarung zwischen den beiden Regierungen also, in der festgelegt wird, daß Bundeswehr und amerikanische Streitkräfte bei der Luftverteidigung in der Bundesrepublik eng zusammenarbeiten sollen. Verabredet wurde darin, daß die USA das Raketenabwehrsystem „Patriot", das als Nachfolger der „Nike" zur Abwehr von Flugzeugen in mittleren und großen Höhen vorgesehen ist, zur Gänze für die amerikanischen und deutschen Verbände anschaffen. Die Bundesrepublik im Gegenzug will sich verpflichten, den Tieffliegerschutz mit der deutsch-französischen Gemeinschaftsentwicklung „Roland" für die Fliegerhorste von Bundeswehr und US-Luftwaffe auf deutschem Boden zu beschaffen. Das ist, wie gesagt, eine Regierungsvereinbarung. Was der amerikanische Kongreß dazu sagen wird, steht dahin. Doch die früheren Erfahrungen lassen kaum Gutes ahnen.

Was also muß Westeuropa tun? Wahrscheinlich kommen die größeren Partnerstaaten des europäischen Teils der NATO auf Dauer nicht darum herum, ihre eigene Rüstungsharmonisierung für sich und ohne Rücksicht auf die USA zielstrebig voranzutreiben. Erste Ansätze, freilich viel zu zaghafte, existieren bereits in der „Unabhängigen Europäischen Programm-Gruppe" (engl. IEPG). Ihr gegenüber haben die drei europäischen Kernländer der Allianz, die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien, erst vor wenigen Tagen das Entwicklungsprojekt einer Panzerabwehrrakete auch den anderen Partnern zum Mitmachen angeboten.

Dieser Weg, die europäische Kooperation zu beleben, erscheint als der einzige wirklich gangbare. Denn letztlich drängt sich die Frage auf, warum eine Staatengemeinschaft wie die westeuropäische, die mehr Wirtschafts- und Bevölkerungsgewicht hat als die USA, ihre Sicherheitspolitik nicht entschiedener koordinieren sollte. Die enge Partnerschaft zu Amerika soll dadurch ja keineswegs aufgekündigt werden.

Die Vertreibung aus dem Reich der sozialen Träume

on A. GRAF KAGENECK

rançois Mitterrand ruht im Auge des Orkans, und er denkt, wie weiland ein deut-er Dichter in der Pariser Emi-tion, an Deutschland in der cht. Stürme ziehen sich über nem sozialistischen Experiment ammen, und der Wunsch des ten Wellington bei Waterloo, es ge Nacht werden oder der Preu-kommen, mag ihn zuweilen an-ndeln. Er muß sich mit dem adoxon abfinden, daß ein Über-en seines Sozialismus à la fran-se vom guten Willen des konser-iven deutschen Bundeskanzlers d der marktwirtschaftlichen dnung der Bundesrepublik hängt.

Die französischen Wähler haben n Präsidenten am 6. und 13. rz gezeigt, daß sie die Resultate beiden ersten Jahre seines Re-es nicht akzeptieren. Sie wol-eine andere Politik. Mitter-ds Vorgänger Giscard analy-te, das Votum sei ein „non, is", ein „nein, aber", an die resse der Sozialisten. Im ersten hlgang hätten die Wähler in" zu ihrer Politik gesagt, im eiten aber ein „aber" hinzuge-t, das ihnen eine Chance zum sermachen einräumen sollte.

eute abend wird der Präsident nem Volk im Fernsehen die uen Achsen seiner Politik" vor-len. Diese Achsen können in e Richtung weisen, die Frank-h aus jenem Engpaß heraus-rt, der am Wochenende von den anzministern der Gemeinschaft Brüssel sanktioniert wurde. Das r bedeutet Abkehr von den Irr-en, die seit 1981 eingeschlagen den, und deren Marksteine Un-duktivität, Außenhandels-zit, Verschuldung und Franc-fall lauten.

ie Strategie des Präsidenten st um drei Achsen: eine wirtschaftlich-monetäre, eine strategische und eine innenpolitisch-ideologische. Sie alle werden bestimmt vom Verhältnis zum deutschen Nachbarn, auf den sich das gesamte Planen französischer Politiker in wachsendem Maße, und schon lange vor Mitterrand, ausgerichtet hat.

Welche Rolle die Bundesrepublik im Denken François Mitterrands spielt, hat er selber in seiner Rede vor dem Bundestag am 20. Januar 1983 eindrucksvoll dokumentiert. Die Rede war der bisher ernsteste Appell aus dem Munde eines Franzosen zur Zusammenarbeit mit den Deutschen auf wirtschaftlichem, industriellem, militärischem und kulturellem Gebiet. Die Tragik ist, daß dieser Appell auf dem vorerst wichtigsten Gebiet, dem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, ohne Antwort bleiben muß, solange auf der einen Seite des Rheins Sozialismus und auf der anderen marktorientierter Kapitalismus betrieben wird.

Daß dieser Sozialismus westlich des Rheins vorerst weiter betrieben wird, haben maßgebliche Führer der Sozialistischen Partei, wie Jean Poperen oder Pierre Joxe schon nach den enttäuschenden Gemeinderatswahlen gefordert und mitten in der Brüsseler Krise erneut bekräftigt. Wenn immer es eine neue Austerity-Politik geben müsse, um den Sozialismus zu retten, so sagten sie, daß dies nicht wieder auf dem Rücken der Arbeiter, sondern auf dem der Besserverdienenden geschehen müsse.

Dieselbe Ansicht vertrat in den Brüsseler Kulissen der Mann, der sich am vergangenen Wochenende als der neue Hauptverantwortliche für die kommende französische Politik in den Vordergrund schob: Jacques Delors, bisher Wirtschafts- und Finanzminister, hochgradig verdächtigt als neuer Regierungschef. Er ist jetzt für Mitterrand der Mann der Stunde. Der Mann, der auf seinen eher schmalen Schultern die Last einer unpopulären Politik tragen muß und das linke Regierungslager zum Sieg in den Parlamentswahlen des Frühjahrs 1986 führen soll. Diese Aufgabe traut Mitterrand offenbar dem eher jovialen, aber wirtschaftlich unverständigen Ministerpräsidenten Mauroy nicht mehr zu.

Niemand wäre für den schwierigen Job besser geeignet als Delors, der gleichwohl heftig dementierte, daß er der neue Regierungschef sein werde. Der Mann kommt von der christlichen Gewerkschaft und ist ein praktizierender Katholik. Er hat sich aus kleinstem Milieu selber nach oben gearbeitet, und er vertritt vor allem wie der zurückgetretene Außenhandelsminister Jobert im Kabinett die Kräfte der Mitte, die Giscard 1981 davonliefen und ihre Hoffnungen auf Mitterrand setzten. Der Präsident kann nicht auf diese Wählerschicht verzichten, wenn sein Experiment gelingen soll.

Delors ist außerdem, wie er in Brüssel sagte, ein überzeugter Europäer, und er ist weniger deutschfeindlich, als seine harschen Worte über die „arroganten" Deutschen vermuten lassen. Da ist dem eher schweigsamen Südfranzosen der Gaul durchgegangen, und er wurde auch von der französischen Presse dafür unsanft zurechtgewiesen. Denn keiner, Mitterrand als letzter, hat ein Interesse an einer dauerhaften Verstimmung mit den Deutschen, die immer noch Frankreichs wichtigster Handelspartner sind.

Die fundamentalen strukturellen Unterschiede zwischen beiden Wirtschaftssystemen datieren nicht von der Einführung des Sozialismus in Frankreich. Aber der Sozialismus hat sie verstärkt, indem er dirigistische Tendenzen, die im Zentralstaat Frankreich seit Colbert die Freiheit der Unternehmer einschränken, mit einer Verstaatlichungswelle ohnegleichen zum Dogma erhoben hat. Mitterrand weiß heute, daß dies ebenso ein Fehler war wie die Überlastung der Unternehmen durch soziale Auflagen und die Aufblähung des Beamtenapparats.

Eine Zeitlang wurde das durch die Politiker vertuscht. Eine Zeitlang wurde dem Volk auch erklärt, das Schlimmste läge hinter ihm, Inflation und Arbeitslosigkeit wären bewältigt, der Unterschied zum deutschen Vorsprung im Außenhandel verringere sich, die Indizien der französischen und der deutschen Wirtschaft näherten sich einander an, es bedürfe nur eines deutschen Opfers, um das Verhältnis zwischen beiden Partnern wieder dauerhaft ins Lot zu bringen. Der Kompromiß, zu dem man sich schließlich in Brüssel bereit finden mußte, enthüllte den wahren Sachverhalt.

Mitterrand wird den originären Struktur-Unterschied der beiden Wirtschaften, welcher Ursache der ständigen Miseren des Franc ist, in seiner Amtszeit ebensowenig beheben können wie seine Vorgänger. Seine flehentlichen Appelle an die Unternehmer, zu investieren, zu renovieren, ihre Betriebe konkurrenzfähiger zu machen, zeigen, daß er in die richtige Richtung denkt, aber diese Richtung ist unvereinbar mit seinem Dogma, und deshalb verhallen sie ebenso ungehört wie der Ruf an die deutsche Industrie, mit den Franzosen enger zusammenzuarbeiten. Das Scheitern der Thomson-Grundig-Fusion steht als Menetekel dafür.

Um die dritte Franc-Abwertung nicht wieder zum Schlag ins Wasser werden zu lassen und innenpolitisch ein neues Eingeständnis der Ohnmacht des Systems hinnehmen zu müssen, bleibt ihm nur der Rückgriff auf ein neues Austerity-Programm, das zweite in zwei Jahren. Der Präsident steht vor der Quadratur des Kreises. Um sein Experiment außenwirtschaftlich einigermaßen über die Bühne bringen zu können, muß er binnenwirtschaftlich Dinge tun, die es immer unpopulärer machen: Einfrieren der Löhne und Gehälter, Zwangssparen, Streichung von Sozialleistungen, künstliche Konsumeinschränkung nach dem verhängnisvollen Irrtum der künstlichen Konsumaufblähung.

Zu anderen Zeiten und unter anderen Regierungen hätten die Franzosen einen patriotischen Aufruf, den Gürtel enger zu schnallen, vielleicht noch hingenommen, wenn die Aussicht bestanden hätte, daß es wieder aufwärts geht. Ob diese Aussicht besteht, ist sehr zweifelhaft. Sie hängt vom guten Willen der Partner und dem Glauben der französischen Unternehmer an die Kraft ihrer Unternehmen ab, auch unter einem sozialistischen Regime profitabel produzieren zu können. Dieser Glaube ist weitgehend verlorengegangen.

Der Präsident wird versuchen, ihn wiederherzustellen. Das stellt die Frage nach der wahren Substanz seines Sozialismus. Ist er ein Dogmatiker oder ein Romantiker, der eher an die missionarische Kraft des Sozialismus als humanitäre Funktion glaubt als an seine Fähigkeit, wirtschaftliche Prozesse im Sinne größerer sozialer Gerechtigkeit zu beeinflussen. Liest man die Schriften des spätbekehrten Großbürgersohns, neigt man zum letzteren. Der Philosoph wird mit Verbitterung bemerkt haben, daß die Zwänge der ökonomischen Verflechtung der Industriestaaten stärker sind als alle sozialen Wunschvorstellungen. Bei der erwarteten Regierungsumbildung werden Technokraten die Ideologen ersetzen. Das sollte den deutschen Partner hinsichtlich der zweiten Phase des Mitterrandschen Sozialismus mit etwas mehr Zuversicht erfüllen. Die unmittelbare Zukunft wird zeigen, ob solche Zuversicht auf wirtschaftlichem Feld berechtigt ist.

In Bonn hat Mitterrand noch mehr angeboten: französische Rückendeckung in der schwersten Prüfung des deutschen Kanzlers, dem möglichen Zwang, den Nachrüstungsbeschluß der NATO zu erfüllen. Die strategische Achse im Denken des französischen Präsidenten ist ebenfalls ganz auf Deutschland ausgerichtet. Das strategische Gleichgewicht zwischen Russen und Amerikanern, zwischen Ost und West muß auf dem Kontinent wiederhergestellt werden, koste es, was es wolle. Frankreich tut dazu das seine, indem es seine atomare Rüstung auf dem höchstmöglichen Stand hält. Mehr, etwa eine französische Atomgarantie für die Bundesrepublik oder eine Teilung der Pershing-Lasten auf deutschen und französischen Schultern, ist in absehbarer Zeit nicht denkbar, da es den nationalen französischen Konsens in der Verteidigungspolitik zerstören würde.

Berechtigten deutschen Ärger über diese französische „doppelte" Moral nimmt der Präsident in der Erwartung hin, daß der augenblickliche Zustand Europas nicht von Dauer ist. Er ist überzeugt, daß die Deutschen sich eines Tages zu einer nationalen Verteidigung nach dem Muster Frankreichs durchringen werden, die durchaus auch auf einem atomaren Fundament stehen kann. Es ist das Bild eines selbständigen Europa mit eigener Verteidigung in enger Anlehnung an die USA. Diese gaullistische Doktrin hat sich auch der Sozialist Mitterrand zu eigen gemacht, seit er zu der Überzeugung gekommen ist, daß sich weder die Sowjetunion verändern noch die beiden Supermächte je ihren Anspruch aufgeben werden, eine geteilte Welt zu kontrollieren.

Minister Jacques Delors – auf dem Weg zur Regierungsspitze?
FOTO: CAMERA PRESS



Am Scheidepunkt seiner Politik: François Mitterrand
FOTO: GAMMA/STUDIO X

Engpässe in der Medizin: Beispiel Augenchirurgie

Von ALBERT MÜLLER

Wo Tausende auf Wartelisten für Operationen stehen und die Listen immer länger werden, hat man es offenbar mit Engpässen der Medizin zu tun. Die Patientenstaus können nicht so abgebaut werden, wie es dem Grundsatz der Humanität entsprechen würde. Oder soll man sich damit abfinden, daß oft Patienten sogar sterben, ehe sie mit der Operation an der Reihe sind?

Wir greifen hier einmal das Beispiel der Augenchirurgie heraus, insbesondere der Einpflanzung von Kunststofflinsen nach Staroperation. Die Vorteile für den Patienten liegen auf der Hand. Die getrübte Linse wird neuerdings immer mehr mit Hilfe des Ultraschall-Verfahrens entfernt, und im gleichen Operationsgang wird die neue Linse in der Kapsel „aufgehängt". Dies geschieht in kürzester Zeit.

Als neue Sehhilfe wird dann nur selten noch die Starbrille zugemutet, die das Sehvermögen nur unvollkommen restauriert. Auch lassen sich schon Erschwernisse und Komplikationen vermeiden, die mit Kontaktlinsen verbunden sein können. Nach Linseneinpflanzung sind unter Umständen sogar Zusatzbrillen entbehrlich. Der Patient kann zum Beispiel ohne weiteres an das Steuer seines Autos zurückkehren.

Man sollte nun denken, daß die insoweit zweifellos erzielte wissenschaftliche und technische Errungenschaft allen Menschen zugute kommen könnte, für die sie gedacht ist. Und die Zahl der Interessenten muß schon relativ hoch angesetzt werden, da grauer Star auch altersbedingt sein kann, also zu den normalen Lebensrisiken zu zählen ist. Konsequenterweise werden die Kosten denn auch von den gesetzlichen Kassen erstattet.

Dennoch scheint der Fortschritt sich selber im Wege zu stehen. Dieser Eindruck kommt auf, seit es möglich wurde, die Staroperation plus Einpflanzung einer Kunststofflinse ambulant durchzuführen. Der Patient wird schon am Tage der Operation oder einen Tag darauf nach Hause geschickt. Der Operateur lädt ihn noch zu einer oder zwei Kontrolluntersuchungen vor, und stellen sich keine Komplikationen ein, so überweist er den Operierten zur weiteren Betreuung an seinen Augenarzt zurück.

Lange Wartelisten trotz ambulanter Operation

Für den Patienten hat das zusätzliche Vorteile: Beibehaltung der häuslichen Umgebung und der gewohnten Kost, die Fortsetzung der täglichen Aktivitäten. Eben wegen dieser Vorteile hat freilich die Klinik, in der ambulant operiert wird, eine größere Anziehungskraft. Obwohl der Aufenthalt des Patienten im Krankenhaus von 10 bis 14 Tagen auf ein bis zwei Tage reduziert ist, entsteht doch eine Warteliste mit all ihren enttäuschenden Widrigkeiten.

Auf einen großen Zustrom von Patienten sind die Kliniken nicht eingestellt. Das gilt für die Verteilung der Ärzte ebenso wie der Schwestern und der Betten. Dem Fortschritt ist mit der herkömmlichen Administration nicht Geltung zu verschaffen.

Nehmen wir beispielsweise eine rheinische Universitäts-Augenklinik. Hier wurden bereits an rund 10 000 Fällen Erfahrungen mit der neuartigen Staroperation und, in Verbindung damit, an rund 5000 Fällen mit der Einpflanzung einer künstlichen Linse gesammelt. Auf der Basis dieser Erfahrungen sind Urteile über die Qualität und Vertrauenswürdigkeit des neuen Vorgehens möglich. Das Verfahren hat, von tüchtigen Chirurgen angewandt, eine minimale Komplikationsrate.

Unsere Beispiel-Klinik hält ambulantes Operieren nicht nur aus Erfahrung für vertretbar, sie kann sich die früher bei Operation des grauen Stars übliche Verweildauer auch gar nicht leisten. Denn es stehen nur 22 Betten zur Verfügung, und mehr als einen Operationstisch hat die Klinik bisher für diese moderne und vielgefragte Mikrochirurgie des Auges nicht freimachen können. Der leitende Operateur stützt sich auf drei Assistenten und allenfalls zwei OP-Schwestern. Ersatzdienstleistende, die einfache Arbeiten übernehmen könnten, hat er nicht bekommen.

Eine Zumutung für Patienten und Ärzte

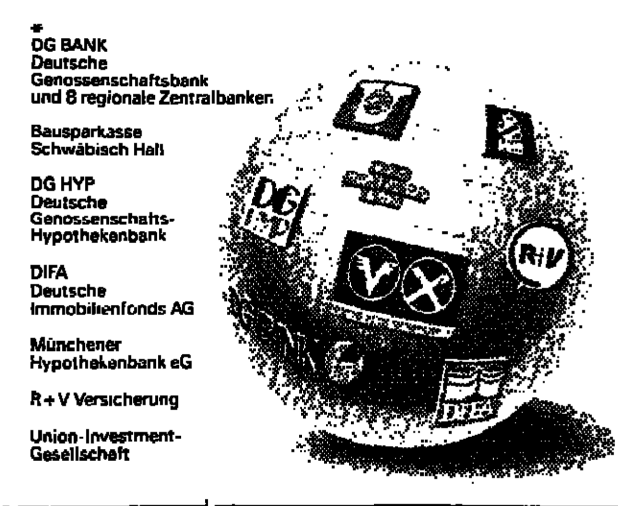
Das schlägt auf die Warteliste zurück. Zur Zeit umfaßt sie rund 3000 Namen allein an dieser Klinik. Neue Operationstermine können nicht vor April nächsten Jahres in Aussicht gestellt werden. Und das, obwohl jeder Tag mit neuem Sehvermögen ein Stück gewonnenen Lebens ist. Aber sehr viel mehr als zehn Operationen an einem Tag schafft auch der beste Operateur nicht.

Zwar hat es an Hilfszusagen nicht gefehlt. An den politisch in erster Linie zuständigen Landes-Wissenschaftsminister wandte sich der (jetzt aus dem Bundestag ausgeschiedene) FDP-Sozial- und Gesundheitspolitiker Hansheinrich Schmidt. Er hatte sich ebenfalls einer Star-Operation unterzogen. Darauf schilderte er in seinem Schreiben an die NRW-Landesregierung nicht nur seine positiven Erfahrungen, sondern auch die objektiv unhaltbaren Gründe für jene Warteliste, die immer länger wird.

Wissenschaftsminister Hans Schwier zeigte in seiner Antwort Verständnis für das Anliegen und versprach, prüfen zu lassen, „wie die Arbeitsbedingungen für die Abteilung für klinische Mikrochirurgie des Auges verbessert werden können". Das war vor einem Jahr. Nichts bewegte sich seitdem. Im Gegenteil, es wurden die Arbeitsbedingungen im Zuge von Sparmaßnahmen weiter erschwert.

Wartelisten von der genannten Länge sollte es nicht mehr geben. Sie sind bei einem jährlichen Gesamtaufwand für die Gesundheit von 200 Milliarden Mark nicht als unvermeidbar darzustellen. Vielmehr demonstrieren sie die Notwendigkeit der Umschichtung des echten Bedarfs. Unter humanem Aspekt sind sie eine nicht länger hinnehmbare Zumutung sowohl für Patienten als auch für die Ärzte. Denn eines darf zu allem Überfluß nicht auch noch riskiert werden: daß hochqualifizierte, engagierte Ärzte aus Frustration von den Stellen abwandern, wo sie am dringendsten gebraucht werden.





„Amnesty" ruft zu Protesten gegen Mord auf

rtr/dpa, London

Amnesty International hat zu einer weltweiten Kampagne gegen Morde aufgerufen, die von Regierungen zu verantworten sind. Gleichzeitig veröffentlichte die Gefangenen-Hilfsorganisation heute in London einen umfangreichen Bericht, in dem Zeugenaussagen und Beweise für Hinrichtungen ohne Gerichtsurteil in aller Welt zusammengetragen wurden.

Diese Morde haben, wie detaillierte Aussagen aus mehr als 25 Ländern seit 1980 zeigen, die unterschiedlichsten Formen. Regierungstruppen werden ebenso rücksichtslos eingesetzt wie offiziell sanktionierte „Todes-Schwadronen". Massaker an Dorfbewohnern in Guatemala gehören dazu und Anschläge auf oppositionelle Libyer, die in anderen Ländern leben. Manche Regierungen haben nach Angaben von Amnesty in den letzten 20 Jahren ihre Politik darauf gestützt, die gesamte politische Opposition zu liquidieren. Zu diesen Staaten gehörten Indonesien, Kambodscha, Uganda, Äthiopien und Burundi.

In allen Fällen sei den Opfern jeder Rechtsschutz verweigert worden. Sie wurden wegen ihrer wirklichen oder mutmaßlichen Überzeugungen oder Aktivitäten, oft auch wegen ihrer Herkunft ermordet, heißt es. Für die internationale Gemeinschaft sei es oft außerordentlich schwer, die Verantwortung für solche Morde nachzuweisen, meint Amnesty.

In über 100 Staaten wollen Mitglieder von Amnesty in den kommenden Monaten mit Öffentlichkeits-Aktionen und Petitionen an Regierungen auf das Problem ungesetzlicher Tötungen aufmerksam machen.

Amnesty will mit der Kampagne mehr erreichen als ein kurzfristiges Aufhorchen der Weltöffentlichkeit. Der Generalsekretär der Sektion der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Frenz, erklärte, Fernziel sei es, daß politische Morde, für die Regierungen die indirekte oder direkte Verantwortung tragen, von den Vereinten Nationen zu „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" erklärt würden. Dann werde es möglich sein, die verantwortlichen Politiker zu verhaften, anzuklagen und zu verurteilen, sobald sie ihr Land verließen.

„Die Armee war eine Schule für Mörder", erklärt in dem Amnesty-Bericht ein Wehrpflichtiger aus Guatemala. Auf die Frage: „Hatten Sie die Erlaubnis zum Töten?" sagte er: „Nur verdächtige Charaktere." In El Salvador töteten Angehörige der Streitkräfte seit dem Militärputsch vom Oktober 1979 Tausende – verdächtige Oppositionelle ebenso wie unbewaffnete Bauern. Erzbischof Arturo Rivera y Damas bezifferte im Januar vergangenen Jahres die Zahl nicht bewaffneter Todesopfer im Jahr 1981 auf 11 723.

Nach der Mordwelle während der achtjährigen Herrschaft des Diktators Idi Amin in Uganda gingen die Hinrichtungen Amnesty zufolge auch nach dessen Sturz weiter. In Iran sind nach dem Bericht zusätzlich zur großen Zahl der offiziell angekündigten Exekutionen Menschen hingerichtet worden, die nach den Amnesty-Informationen vermutlich oft nicht vor Gericht gestellt wurden. In Argentinien sind, so heißt es, seit dem Militärputsch vom März 1976 zwischen 7000 und 10 000 Menschen „verschwunden" oder getötet worden.

„Einstellung von Lehrern behindert"

dpa, Essen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat dem Regierungspräsidenten in Nordrhein-Westfalen vorgeworfen, die Neueinstellung von Lehrern zu behindern. Anträge von Lehrern auf längerfristigen Urlaub würden von den nachgeordneten Behörden „nur sehr schleppend und widerwillig" bearbeitet, heißt es in der gestern veröffentlichten GEW-Mitteilung in Essen. Die Landesregierung hatte zur Behebung der Lehrerarbeitslosigkeit den Pädagogen die Möglichkeit eingeräumt, bis zu drei Jahren unbezahlten Urlaub zu nehmen. So frei werdende Stellen sollten mit arbeitslosen Lehrern neu besetzt werden. Der Aufforderung der Landesregierung, die Anträge großzügig zu genehmigen, kommen die Behörden, so die GEW, bisher nicht nach.

Der Kanzler als EG-Ratspräsident: Freundlich, aber entschieden

Nach der Einigung im Währungsstreit herrschte beim Europagipfel eine gelöste Stimmung

BERNT CONRAD, Brüssel

Als der Bundeskanzler am Montag um 13.00 Uhr seine europäischen Amtskollegen im Brüsseler Charlemagne-Gebäude zum Essen bat, lag spürbare Erleichterung in der Luft. Der Währungsstreit mit Frankreich war gerade noch rechtzeitig zum Europagipfel beigelegt worden. „Nach den Gewitterwolken der letzten Tage herrschte ein besonders gelöstes und angenehmes Klima", berichtete Helmut Kohl.

Knisterte es nicht doch noch etwas im Gebälk? „Nur anfangs", meinte der Kanzler. „Wenn man gerade aus den Bonner Koalitionsverhandlungen kommt – da hat es mehr geknistert. Hier war man sehr freundlich."

Dazu bestand auf Grund der deutschen Großzügigkeit bei der Festsetzung der Währungsparitäten ja auch aller Anlaß. „Ob man auf uns bei den EWS-Verhandlungen allerdings so teutonisch einreden mußte, ist die Frage", bemerkte ein Bonner Delegationsmitglied ironisch und fügte lächelnd hinzu: „Wir haben jedenfalls lateinisch reagiert."

Auf deutsch hingegen leitete Kohl als Ratspräsident die Gipfelsitzungen. Freundlich aber entschieden, wie auch im Bundeskabinett, sorgte er ohne jemandem das Wort abzuschneiden für einen straffen Diskussionsverlauf. Langatmige Klagen über nationale Probleme suchte er – nach seinem 17seitigen Einleitungsreferat – zu vermeiden. „Was können wir tun?" fragte er die Kollegen.

Staatspräsident François Mitterrand vermochte darauf am Montagnachmittag kaum zu antworten, denn er hielt sich meist außerhalb des Sitzungssaales auf, konferierte separat mit seinem Finanzminister Jacques Delors und stimmte telefonisch mit Parteifreunden in Paris die bevorstehende Kabinettsumbildung ab.

Diese Sorgen hatte Helmut Kohl schon hinter sich. Als am Montagnachmittag die Nachricht eintraf, Franz Josef Strauß habe auf den Eintritt ins Bundeskabinett verzichtet, schien der Kanzler nicht überrascht. Mit der gleichen Gelassenheit, die er zur Verblüffung mancher Teilnehmer im gesamten Verlauf der Bonner Partei- und Koalitionsberatungen bewiesen hatte, legte er die Meldung aus München, die er für endgültig hält, zu den Akten. Auf psychologische Spielereien ließ sich der Pfälzer nicht ein.

Hans-Dietrich Genscher jedoch, der sich nun ohne Abstriche als Bundesaußenminister bestätigt fühlen konnte, mochte den Verzicht des bayerischen Landesvaters als zusätzliches Geschenk zum 56. Geburtstag empfinden, den er in echt Genscherscher Manier bei der Arbeit verbrachte. Schon vor der Abreise nach Brüssel war ihm die Information, daß er jetzt als „Mister sieben Prozent" angeredet werden könne (weil das endgültige Bundestagswahlergebnis die FDP von 6,9 auf 7 Prozent hinaufrutschen ließ) zur willkommenen Bereicherung des Gabentisches serviert worden. Der FDP-Chef wird es auch nicht ungern gehört haben, daß Kohl zu mitternächtlicher Stunde im 26. Stock des Hilton-Hotels eindringlich erläuterte, weshalb die christlichen Demokraten auf längere Sicht den liberalen Koalitionspartner für stabile Regierungsmehrheiten im Bund und in den Ländern brauchten.

So umspülten die innenpolitischen Wellen aus Paris wie aus Bonn den Brüsseler Gipfel, dessen Hauptthemen – Jugendarbeitslosigkeit, saurer Regen, Protektionismus und (inoffiziell) die Genfer Abrüstungsverhandlungen – ja auch ausgesprochen innenpolitische Relevanz hatten. Darüber konsultierten sich, wie schon seit den Zeiten des ungleichen Freundespaares Giscard/Schmidt üblich, der Kanzler und der französische Staatspräsident gestern morgen eine Stunde lang beim Frühstück. Denn Kohl ist zwar der Überzeugung, daß sich in Europa „das Prinzip Qualität und nicht das Prinzip Quantität" durchsetzen solle, im Klartext: Daß es keine Vorherrschaft der Großen über die Kleinen geben dürfe. Aber ohne deutsch-französische Absprache läuft in der EG nun einmal nichts.

Sehr produktiv im Sinne konkreter Beschlüsse waren die diesmal etwas fußkrank wirkenden europäischen Gipfelstürmer trotz der anfeuernden Zurufe des Bergführers Kohl allerdings keineswegs. Die Aufträge des Kopenhagener Gipfels vom letzten Dezember hatten sich in der Zwischenzeit nur höchst unvollständig realisieren lassen (Kohl: „Das geht sehr zähflüssig"). Deshalb konnte die Brüsseler Tagung in den Augen des Kanzlers und Ratsvorsitzenden auch nicht viel mehr sein als eine „Zwischenphase" auf dem Wege zum Stuttgarter Europäischen Rat im Juni.

In Schwaben soll dann wirklich etwas geschafft werden. Zwei volle Tage lang – und nicht zwei halbe Tage wie sonst üblich – will Kohl die Regierungschefs und Außenminister werkeln lassen und auf diese Weise konkrete Ergebnisse herbeizwingen. Vor allem zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zum Schutz der Wälder und zur Sicherung eines europäischen Binnenmarktes. „Dafür ist das Atmosphärische sehr wichtig", kommentierte Genscher.

In dieser Hinsicht ist Kohl wirklich ein Spezialist. Deshalb schätzt er Gipfeltreffen – die er als Neuling noch mit unbefangenen Augen betrachtet – hoch ein. „Ihr Nutzen liegt im Gespräch. Es ist sonst kaum möglich, Leute solchen Kalibers in derart entspannter Atmosphäre zusammenzubringen und ‚fast normal' miteinander zu diskutieren, voneinander zu lernen. Auf diese Weise kann man auch Sachthemen voranbringen", resümierte der Kanzler. Das „Brimborium drumherum" allerdings hält er für gefährlich.

Am Ende der Brüsseler Beratungen dankte der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou dem Kanzler ausdrücklich „für die sehr fähige Leitung des Europäischen Rates". Das war ein persönliches Erfolgserlebnis. Um so nachdrücklicher versprach Kohl: „In unserer Regierungserklärung werden wir europäische Initiativen ankündigen. Wir bleiben am Ball."

Pharmaindustrie unter schwerem Beschuß

Heute beginnt Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen

PETER JENTSCH, Bonn

Erstmals seit 1978 haben sich die Spitzenverbände des Medizinbetriebs, also Ärzte, Zahnärzte, Pharmaindustrie, Krankenhäuser und Krankenkassen, im Vorfeld der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen nicht auf eine Empfehlung über die Ausgabensteigerungen im Bereich der Krankenversicherung einigen können.

Wie gestern, einen Tag vor dem heute beginnenden „Konzert in Weiß", aus Kreisen der Gesetzlichen Krankenversicherung verlautete, sei dies eine Folge insbesondere der geringen Preisdisziplin der Pharmaindustrie, deren Preisindex jetzt gegenüber dem März 1982 um 5,9 Prozent zugenommen habe. Damit sei das Preisstillhalteabkommen zwischen Kassen und Pharmaindustrie als offensichtlicher Bluff entlarvt; die durch das Abkommen eingesparten 800 Millionen Mark wolle die Pharmaindustrie in diesem Jahr wieder einfahren.

Die Spitzenverbände der Gesetzlichen Krankenversicherung wollen heute mit folgender Strategie in die Verhandlungen mit den übrigen Gesundheitsanbietern im Rahmen des Konzerts gehen:

- Im Krankenhausbereich soll entweder an die Empfehlung des vergangenen Jahres angeknüpft werden, wonach die Kostenentwicklung in den Kliniken der Entwicklung der Grundlohnsumme angepaßt werden soll. Dies soll über einen Zeitraum bis etwa 1985 geschehen. Nach einer alternativen, härteren Linie soll den Krankenhäusern vorgeschrieben werden, die Pflegesätze nicht mehr als 3,5 Prozent steigen zu lassen. Wobei die Kassen davon ausgehen, diese harte Linie wohl kaum durchsetzen zu können.

Eindeutige Absicht sei es aber, die beiden Bereiche, zu denen die Kassen keine Vertragsbeziehungen besitzen, nämlich Pharmaindustrie und Krankenhäuser, „an den Pranger zu stellen".

- Bei den niedergelassenen Ärzten wollen die Krankenkassen nur Honorarsteigerungen im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklungsdaten zulassen. Dabei soll aber durchaus der Grundsatz berücksichtigt werden, „soviel ambulant wie medizinisch möglich und soviel stationär wie medizinisch nötig". Dies bedeute, daß man den niedergelassenen Ärzten weiterhin auch die Möglichkeit geben muß, in ihren Praxen zu investieren. Wobei es Aufgabe der Verhandlungspartner sei, den Konflikt zwischen den Investitionen im ambulanten und stationären Bereich zu lösen.
- Gegenüber den anderen Gesundheitsanbietern wollen, wie es heißt, die Kassen keine Honorarerhöhungen zulassen.

Die Krankenkassen gehen mit dem Ziel in die Konzertierte Aktion, die Beitragssätze 1983 weiter stabil zu halten, ja nach Möglichkeit sogar senken zu können. Voraussetzung dafür sei aber bei dem relativ geringen Finanzvolumen der Kassen, daß für Preiserhöhungen angesichts des Mengenwachstums nur ein ganz geringer Spielraum vorhanden ist und daß damit nicht jeder Gesundheitsanbieter in gleichem Umfang Preiserhöhungen realisieren könne.

Unentschlossen sind die Kassen noch, ob sie für die einzelnen Bereiche des Medizinbetriebs, also etwa für die Ärzte und die Krankenhäuser, jeweils gesonderte Empfehlungen über die Höhe der zulässigen Zuwachsraten geben sollen. Alternativ wird diskutiert – und in diese Richtung geht auch die Intention von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm –, nur im Rahmen einer allgemein gehaltenen Empfehlung den Finanzspielraum der Gesetzlichen Krankenversicherung festzuschreiben. Bei den ab 1. Juli zu treffenden Vereinbarungen mit den Leistungserbringern müßte dann dieser Rahmen realisiert werden.

Letztere Lösung halten die Kassen aber für wenig gangbar. Sie verweisen unter anderem auf die Haushaltsbegleitgesetze der Bundesregierung, in deren Folge die Krankenversicherung 1,2 Milliarden Mark an die Rentenversicherung abzuführen hat. Die Refinanzierung weise aber bereits jetzt ein Loch von etwa 300 Millionen Mark auf.

Polnischer Innenminister warnt Widerstand

dpa/KNA/AFP, Warschau

Der polnische Innenminister General Czeslaw Kiszczak hat gestern vor der Störung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche durch „westliche Zentren" gewarnt und den amerikanischen Geheimdienst beschuldigt, „Koordinator" oppositioneller Aktionen in Polen zu sein.

In seinem Bericht über die öffentliche Sicherheit versicherte Kiszczak vor dem Parlament in Warschau, die Situation im Lande habe sich in den 15 Monaten seit Verhängung des Kriegsrechts verbessert. Das Zwischenfazit der polnischen Regierung zum Thema „Normalisierung" lautete, daß die „Anarchie" in Polen zwar gestoppt worden sei, doch die „Widerstandsfront" noch nicht die Waffen gestreckt habe.

Auf der Tagesordnung der zweitägigen „Sejm"-Sitzung standen neben zwei Regierungsberichten zum „Stand der inneren Sicherheit" und zur Rechtspolitik auch Debatten über die für 1983–85 vorgesehene Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie über ein neues Programm zur Bekämpfung der Inflation.

Papst Johannes Paul II. ist von der polnischen Regierung offiziell eingeladen worden, vom 16. bis 22. Juni seinem Heimatland einen Besuch abzustatten. In einem von der polnischen Nachrichtenagentur PAP veröffentlichten Schreiben an Johannes Paul II. heißt es, daß der zweite Besuch des Papstes in Polen „dem Wohl des Landes und dem Wohl des sozialistischen Staates" dienen werde.

Dritte Runde vereinbart

rtr, Moskau

Die Sowjetunion und die Volksrepublik China haben nach den Worten des stellvertretenden chinesischen Außenministers Quian Qichen die Fortsetzung ihrer Gespräche zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen vereinbart. Der Politiker teilte am Montagabend vor seinem Abflug nach China auf dem Moskauer Flughafen vor Journalisten mit, die dritte chinesisch-sowjetische Gesprächsrunde werde in Peking stattfinden.

Unterhaus billigt Etat 1983

AP, London

Das britische Unterhaus hat am Montagabend den gestern von Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe eingebrachten Haushalt für 1983 mit 297 gegen 225 Stimmen gebilligt. Der Haushalt sieht unter anderem Steuererleichterungen vor allem für mittlere und höhere Einkommen in Höhe von 1,6 Milliarden Pfund und Investitionsanreize für die Industrie in Höhe von 215 Millionen Pfund vor.

„Ariana"-Chef in Kabul ermordet

dpa, Neu-Delhi

Der Präsident der afghanischen Luftfahrtgesellschaft „Ariana" fiel in der Hauptstadt Kabul einem Anschlag zum Opfer. Westliche Diplomaten berichteten gestern in Neu-Delhi, „Ariana"-Chef Sayyed Baba sei am 19. März in oder in unmittelbarer Nähe seiner Wohnung erschossen worden. Einen Tag später wurde er bestattet.

Athen: Zum Mord bekannt

AP, Athen

Die griechische Organisation „Antimilitärischer Kampf" hat sich zur Ermordung des Athener Zeitungsverlegers Georgios Athanasiadis bekannt. Wie die Polizei in Athen gestern mitteilte, wurde am Montag in einem Abfalleimer im Zentrum der Stadt eine entsprechende Erklärung gefunden. Darin wurde dem am Samstag in seinem Büro erschossenen 71jährigen Herausgeber der als rechts geltenden Zeitung „Vradyni" vorgeworfen, nicht auf Warnungen gehört zu haben, keine Artikel über politische Richtungskämpfe im Militär zu veröffentlichen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Bei uns wird viel zu lange studiert"

WRK-Präsident Turner fordert Reform des Bildungswesens

xhk/DW. Stuttgart

Das gesamte Schul- und Bildungssystem der Bundesrepublik ist dringend reformbedürftig. Diese Überzeugung schälte sich während eines zweistündigen Dialogs zwischen Journalisten, Vertretern der Wirtschaft und Professor George Turner, Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, in der traditionellen „Studiorunde" des ZDF in Stuttgart heraus.

Angesichts der steigenden Zahl von Studenten und Hochschulberechtigten stellt das jetzige Hochschulsystem nach Turners Ansicht vor allem für „mittelmäßige oder schlechte Studenten" eine „Katastrophe" dar. Denn wenn heute der Abiturient 20 sei, nach der Bundeswehr mit 21 zu studieren beginne, das Vorexamen erst nach vier Jahren ablege, mit 31 Jahren promoviere und dann ins Berufsleben gehe, dann sei er schon „verbraucht". Ein solches System sei „schlicht verrückt". „Wir bilden Volkswirte aus, als ob sie alle Minister werden sollen." Dabei müsse klar sein, daß jetzt und in Zukunft gar nicht soviele Stellen vorhanden seien wie die Flut von Akademikern. Und deutsche Akademiker – im Gegensatz etwa zu Japanern – seien auch gar nicht bereit, „auch etwas anderes" zu machen.

Deshalb redete Turner einmal mehr dem anglo-amerikanischen Bildungssystem das Wort: 12 Jahre Schulzeit, 3 Jahre Studium, 3 Jahre postgraduiertes Studium für eine relativ geringe Anzahl von denen, die die erste Hürde besonders gut genommen haben. Schon die Schulzeit (13 Jahre) bis zur Hochschulreife ist in der Bundesrepublik nach Ansicht Turners zu lang. In den meisten europäischen Ländern betrage sie nur 12 Jahre. Es sei zu überlegen, ob beispielsweise nicht die 4. Grundschulklasse abgeschafft werden könne.

Turner unterstützte nachdrücklich die Pläne des Stuttgarter Wissenschaftsministers Helmut Engler (CDU), bei der Gymnasiallehrerausbildung statt des Staatsexamens einen allgemeineren Universitätsabschluß einzuführen. Es sei schlimm, daß die Lehrer heute „in einem Getto" erzogen würden und die ständig „nur mit ihrer Kohorte zusammen sind". Durch eine breitere Fachausbildung wäre auch die einseitig auf den Staatsdienst fixierte „Einstellung" der Pädagogen „etwas anderes".

Kritische Worte fand Turner gegen die „allzu große Lässigkeit" der jetzigen Lehrergeneration, die auch durch die „Lockerheit" bereits zu einer gewissen „Gegenbewegung" seitens der Schüler geführt habe.

Der Präsident der Rektorenkonferenz befürwortete ferner eine „strengere" Abiturprüfung und bejahte die Hinwendung zu einer „elitären Universität". Gleichzeitig gab er sich keinerlei „Illusionen" hin, daß dies etwa „durch Erlaß zu erreichen" sei: „Die Eltern werden heftig protestieren und die Politiker werden als erste umfallen."

Wie drängend Turners Anregungen sind, beweisen auch die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Danach ist die Studierwilligkeit in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin ungebrochen. Im Wintersemester 1982/83 hat sich die Zahl der Studenten um 82 000 (7,3 Prozent) gegenüber dem Wintersemester 1981/82 auf 1 203 000 erhöht. 225 000 Studenten haben 1982 mit einer Hochschulausbildung begonnen. Rückläufig ist nur der Anteil der Frauen: Er verminderte sich von 41,6 Prozent (1981) auf 40,4 Prozent.

Grüne müssen mit AL-Abgeordneten Fraktion bilden

hey. Bonn

Die konstituierende Sitzung des 10. Deutschen Bundestages soll um 11.00 Uhr am kommenden Dienstag stattfinden. Nachdem Werner Vogel von den Grünen und Egon Franke (SPD) verzichtet hatten, wird der SPD-Vorsitzende Willy Brandt als Alterspräsident die neue Legislaturperiode eröffnen. Zur Vorbereitung traf Brandt gestern zu einem vertraulichen Gespräch mit Bundestagspräsident Richard Stücklen (CSU) zusammen.

Stücklen empfing ebenfalls die Fraktionsführer der Grünen, Otto Schily und Petra Kelly, sowie deren parlamentarischen Geschäftsführer Joschka Fischer. In dem fast einstündigen Gespräch brachten sie ihre Wünsche und Vorstellungen über ihre Arbeit im Bundestag zum Ausdruck. Mit Blick auf die finanziellen Zuschüsse erklärten sie, daß sie den Status einer Fraktion anstreben wollten. Weil sie dazu jedoch mindestens 26 parteigebundene Abgeordnete haben müssen, erklärte Stücklen ihnen, daß sie eine Fraktionsgemeinschaft mit dem Berliner Dirk Schneider von der Alternativen Liste schließen müßten. Weiter meldeten sie den Anspruch an, einen der Vizepräsidenten zu stellen. Darauf haben sie aber nach dem bisherigen Verteilungsverfahren keinen Anspruch. Noch offen ist, wo sie ihren Fraktionssitzungssaal erhalten werden. Gegen ihre Absicht, den Tagungsraum des Ältestenrates zu übernehmen, gibt es Widerstände.

Vor dem Treffen mit Stücklen hatte Schily beim Fraktionsvorsitzenden der FDP einen Antrittsbesuch nach parlamentarischem Brauch gemacht. Für heute hat er einen Termin beim Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger. Folgen soll außerdem eine Begegnung mit dem SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel.

Mehr Kompetenzen für die Landtage gefordert

Präsidenten schlagen Reform des Grundgesetzes vor

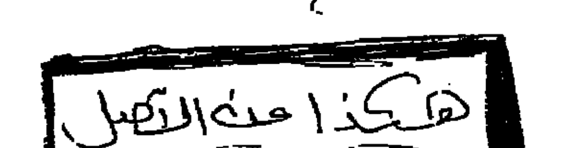
XING-HU KUO, Stuttgart

Die Präsidenten aller Landesparlamente in der Bundesrepublik haben über Parteiengrenzen hinweg einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der eine Überprüfung der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern bei der Gesetzgebung gefordert wird. Sie fordern deshalb eine „Durchforstung des Kompetenzkatalogs" des Grundgesetzes. Der Präsident des baden-württembergischen Landtags, Erich Schneider (CDU), der diese Denkschrift gestern vorstellte, erklärte, daß jetzt die Verwirklichung dieser Forderungen – bereits 1978 hatten die Parlamentspräsidenten einen ähnlichen Forderungskatalog aufgestellt – etwas leichter geworden sei. Unter Hinweis darauf, daß sowohl Bundeskanzler Kohl als auch Finanzminister Stoltenberg selber ehemalige Länderregierungschefs waren, sagte Schneider: „Die Schranken sind jetzt niedriger". Gleichzeitig warnte er jedoch vor allzu großem Optimismus.

In der Resolution der Landtagspräsidenten wird darauf hingewiesen, daß die verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik entscheidend auf der „Eigenstaatlichkeit der Länder" beruhe. In der Praxis sei diese Selbständigkeit immer mehr eingeschränkt worden. Die Gewichte hätten sich „erheblich zugunsten des Bundes" verlagert. Diese „schleichende Auszehrung" wiederum treffe in erster Linie die Gesetzgebungsorgane der Bundesländer. Hauptursachen für diesen Trend sind nach Auffassung der Parlamentspräsidenten die Kompetenzverlagerung von den Ländern auf den Bund und auf die EG sowie der „Kompetenzzuwachs" der Landesregierungen unter Umgehung der Landtage. So sei auch der Einfluß der Landesregierungen „deutlich gestiegen", über den Bundesrat an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitzuwirken, heißt es in der Resolution.

Die Präsidenten, die diese Entwicklung „mit großer Sorge" beobachten, schlagen deshalb zahlreiche Maßnahmen vor, um das vom Grundgesetz geforderte „ausgewogene Verhältnis" zwischen den Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern wiederherzustellen. So sollen diese Kompetenzen wieder auf die Länder verlagert werden, sofern sie nicht „aus zwingenden Gründen" dem Bund belassen werden müßten. Den Ländern sei ein „ausfüllungsfähiger Spielraum" durch eine Einschränkung der Rahmenkompetenz des Bundes zu gewähren. Ferner soll der „Aushöhlung" der Gesetzgebungsbefugnis der Landtage durch die Erteilung bundesgesetzlicher „Verordnungsermächtigungen an die Landesregierungen" entgegengewirkt werden. Die Landesparlamente müßten an den Grundgesetzänderungen beteiligt werden, die das Kompetenzgefüge der Verfassung und die Finanzverfassung betreffen.

Die Präsidenten fordern sodann den Abbau der „in erheblichem Umfang" gewachsenen Aufgabenverflechtung zwischen Bund und Länder. Durch sie sei es zu einer „Verwischung" der Verantwortlichkeiten und einer „weitgehenden Entmachtung" der Volksvertretungen in den Ländern gekommen. So sei im Bereich der Mischfinanzierungen eine Begrenzung auf „enge Ausnahmefälle" zu überprüfen. Die Parlamente sollten künftig über die Gesetzgebung hinaus an allen wichtigen Entscheidungen beteiligt werden, fordern die Landtagspräsidenten.



Bei der CSU „allseits ·ufriedene Gesichter"

›ayerns Ministerpräsident behält Bonn im Visier

/on PETER SCHMALZ

·anz Josef Strauß ist aus der Bonner Kutsche ausgestiegen, wird aber aus der Münchner ›atskanzlei, über der ein steiner- Preußenadler noch von kaiser- ·er Zeit kündet, als der heutige ·ierungssitz das Haus des preu- ·chen Gesandten am bayeri- ·en Hof war, mit scharfem Auge über wachen, wohin und mit ·cher Geschwindigkeit Kut- ·er Kohl steuert. Es werden die ·nstage sein, an denen der Kanz- mit besonderer Aufmerksam- ·t die Berichte aus der fernen ·erischen Landeshauptstadt stu- ·ren wird.

'enn Strauß gegen 13 Uhr die ·ister seines Kabinetts nach der ·wöchentlichen Sitzung zum Mit- ·essen entläßt und dafür die ·rnalisten an den viereckigen

Landesbericht Bayern

·atungstisch ruft, dann wird er ·ich nicht nehmen lassen, Hel- . Kohl mit öffentlichen Hinwei- und Ratschlägen, aber auch ·nungen und Rügen den ·sch nach Kurskorrektur in ·zelfragen zu signalisieren.

·b der CSU-Vorsitzende mit sei- Entscheidung für Bayern bun- ·politischen Minister-Ambitio- endgültig abgeschworen hat, ·n im Augenblick noch niemand ·en, vermutlich nicht einmal ·uß selbst. Was wäre, wenn ·h Paragraphen oder Unvor- ·esehenes die Personalkarten ·gemischt werden müßten? Für ·und Stoiber, der in der näch- Woche das Amt des CSU-Ge- ·lsekretärs an Otto Wiesheu ab- ·en wird, sind solche Spekula- ·en keine Grundlage für seriöse ·rlegungen, ausschließen ·hte er aber nichts. Nur von ·m distanziert er sich mit Vehe- ·z: daß er jemals geplant hatte, als Ohr von Strauß in Kohls ·zleramt setzen zu lassen. Ver- ·rt über derartige Vermutun- spricht er von „Unzumutbar- , fast Unerträglichkeit".

·trauß hat ihm öffentlich be- ·einigt, er habe den „Feldmar- ·allstab im Tornister", was of- ·bar als Balsam gemeint war, ·lt sich Stoiber als Staatssekre- in der Staatskanzlei unterbe- ·tet, wobei sicher nicht ohne ·fluß ist, daß seine Vorgänger in der CSU-Zentrale aus dem Stand vom Generalsekretär ins Ministeramt gehoben wurden: Max Streibl zum ersten Umweltminister eines Bundeslandes, Gerold Tandler zum Innenminister. Aber die Ministerwürde ist für den von Arbeitswut gepackten Stoiber bereits in Sicht: Im nächsten Jahr wird Ex-Ministerpräsident Alfons Goppel seinen Sitz im Europaparlament aufgeben. Für ihn wird Fritz Pirkl die CSU-Liste zur Europawahl anführen und damit nach knapp 18 Jahren das Arbeits- und Sozialministerium abgeben. Ihm kann Stoiber nachfolgen, falls er nicht doch lieber Staatssekretär von Strauß bleibt.

Nachdem am Montag der CSU-Landesvorstand die Entscheidung von Strauß mit Beifall gutgeheißen und Stoiber bei der CSU „nur allseits zufriedene Gesichter" ausgemacht hat, mied Max Streibl den Ausgang mit dem Pulk wartender Journalisten und wählte eine freie Nebentür. Er war zumindest im Augenblick um die größte Chance seines bisherigen Politikerlebens gebracht: Der Finanzminister und Vorsitzende des mitgliederstärksten CSU-Bezirks Oberbayern galt als Kronprinz für den Fall, daß Strauß nach Bonn wechselt. In der CSU wurde aber auch offen die Möglichkeit diskutiert, anstelle von Streibl den früheren Justiz- und jetzigen Innenminister Karl Hillermeier zum Regierungschef zu wählen.

Der 60jährige Protestant mit reduzierter Ausstrahlung wurde als Übergangskandidat genannt, der gegenüber dem erst 51jährigen Streibl zumindest für zwei der nachdrängenden Führungsmänner der CSU, Tandler und Stoiber, den Vorzug hätte, nach ein bis zwei Amtsperioden den Regierungssessel wieder freizumachen. Bei einem Ministerpräsidenten Streibl aber müßte der nur fünf Jahre jüngere Tandler, der die CSU-Landtagsfraktion sichtlich fester in der Hand hat als sein Vorgänger Gustl Lang, weitere Karrierepläne auf unabsehbare Zeit begraben.

Seit Montag aber ist das bayerische Nachfolge-Puzzle wieder offen. Sollte Strauß, der sich auch als 67jähriger einer robusten Gesundheit erfreut, sein bayerisches Amt in diesem Jahrzehnt behalten, dann haben noch zahlreiche potentielle Nachfolger die Chance, sich zu profilieren. Und an Nachwuchs hat die CSU bei knapp 200 000 Mitgliedern ja auch keinen Mangel.

Schon dreimal stand Franz Josef Strauß vor der für ihn qualvollen Entscheidung: Bonn oder München

Ihm blieb es nur vergönnt, andere zum König zu machen

Von GEORG SCHRÖDER

Viele Jahre hindurch hat Franz Josef Strauß nicht daran gezweifelt, daß er eines Tages auf dem Kanzlerstuhl in Bonn Platz nehmen würde. Hat der Siebenundsechzigjährige, der einst das jüngste Mitglied im Kabinett Adenauer war, mit seinem Entschluß, als Ministerpräsident in München zu bleiben, uns wirklich sagen wollen, daß er sich von diesem Vorsatz verabschiedet hat?

Dreimal stand der Bayer vor der Entscheidung, ob er das Schlachtfeld in Bonn räumen und als ungekrönter König in seinem Heimatland nervenschonender in die Bundespolitik hineinwirken sollte. Das erste Mal war einige Monate vor der „Spiegel"-Affäre. Unter dem vom „Spiegel" angeführten Trommelfeuer litt Franz Josef Strauß. Die Stichworte „Schützenpanzerwagen", „FIBAG" und „Onkel Alois" genügen zur Erinnerung daran, daß nie bewiesene Korruptions-Unterstellungen an die Rockschöße des Bundesverteidigungsministers geklebt werden sollten. In jenen Tagen zeigte sich, wie sehr der äußere Anschein täuscht: Strauß hat eine dünne Haut, er ist sehr empfindlich.

Damals bat er mich wie mit Sicherheit noch den einen oder anderen ihm Vertrauten zu sich, um unter vier Augen sein Leid zu klagen und um Rat einzuholen, ob er Bonn verlassen und das Amt des Ministerpräsidenten in München anstreben sollte. Soweit ich weiß, hat ihm damals niemand zugeraten, seine Flagge in Bonn einzuziehen.

Sechzehn Jahre später, am 29. November 1978, war es dann soweit. Strauß legte sein Bundestagsmandat nieder, wurde Ministerpräsident des Freistaates Bayern. Der Grund: Ihn wurmte es tief drinnen in seinem Herzen, nur zweiter Mann in der Fraktionsführung unter Helmut Kohl sein zu können.

Zum dritten Mal mußte Strauß sich in der Wahlnacht vom 6. März entscheiden, als er wußte, daß ohne die FDP in Bonn nicht zu regieren sein würde, daß sein Traum von einem Bundesaußenminister Strauß damit verflogen sei. Ob gern oder ungern, weiß wohl nur Marianne Strauß. Sicher aber ist, daß er schon in jener Nacht für sich entschied, in München zu bleiben.

Ändert das etwas an der Bedeutung, welche die Historiker einst dem Bonner Wirken von Franz Josef Strauß zumessen werden? Wir glauben das nicht. Konrad Adenauer, der so spröde mit Lob für seine Mitarbeiter umging, zeichnete 1961 bei seinem 85. Geburtstag den Verteidigungsminister ungewöhnlich aus: „Ihre Tätigkeit wird einmal von der Geschichtsschreibung mit an erster Stelle gewürdigt werden." Er rühmte damit den Mann, der ihm und seiner Politik den schwersten und zugleich bedeutendsten Dienst erwiesen hatte: den Aufbau der Bundeswehr und zugleich ihre Integration in die NATO, wobei er deutsche Interessen und deutsches Gewicht in der Formung der Strategie zur Geltung zu bringen verstand.



Die deutsche Nachkriegsgeschichte hat „Adenauers junger Mann" entscheidend mitgestaltet. Wohl niemand, der FJS kennt, zweifelt daran, daß er auch von München aus weiter deutsche Geschichte schreiben wird.
FOTO: WOLFGANG STECHE/VISUM

Schon fünf Jahre früher, im Oktober 1956, sagte Adenauer bei einem Abendessen im Palais Schaumburg über den frischgebackenen Verteidigungsminister zu Eleanor Dulles, der Schwester des amerikanischen Außenministers: „Sehen Sie den jungen Mann da? Er ist ein sehr fähiger Mann mit einer vielversprechenden Zukunft, aber ich wünschte, er würde ruhiger. Ich wünschte, er würde besonnener. Er sollte nicht nur die Stimmen seiner ergebenen Anhängerschaft, sondern auch die der anderen zu gewinnen lernen. Er braucht diese Stimmen, um eine Führungsposition in Deutschland zu erringen, und er hat viel zu bieten." Eleanor Dulles erzählte vor Jahren, daß sie Adenauer beigepflichtet habe: „Ich hatte Strauß in meinen Gesprächen als außergewöhnlich brillant erlebt."

Außergewöhnlich brillant, von ungewöhnlicher Intelligenz, ein hervorragender Redner, ein vorwärtstreibender Motor, aber mit unzureichenden Bremsen – das sind die Charakteristika, die man schon in den frühen fünfziger Jahren allgemein in Bonn über den vorwärtsdrängenden jungen Mann aus Bayern hören konnte. Er sei ein Genie der Ellbogen, wurde hinzugefügt.

Wie das zu nutzen sei, erkannte Konrad Adenauer 1952, als der 36jährige Strauß in einer stürmischen Wehrdebatte den im Hagel von Oppositions-Angriffen stehenden Bundeskanzler mit einer massiven Gegenattacke auf die SPD herausboxte. Aus dem Vorsitzenden des Jugendausschusses des Bundestages wurde nun der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses. Strauß wurde, wie Schumacher ironisierte, des Kanzlers „junger Mann". Er war es auch in seinem Einsatz.

Das öffnete ihm schon 1953 den Weg in das Kabinett. Erst als Sonderminister ohne Geschäftsbereich, dann zwei Jahre später als Minister des neu geschaffenen Ministeriums für Atomfragen und noch ein Jahr später als Verteidigungsminister auf dem erstrebten Gipfel in der Ermekeilkaserne.

Spätestens 1957 war Fritz Schäffer nicht mehr der bedeutendste Mann der CSU in Bonn. Er verlor das Finanzministerium, konnte sich nur noch mit Mühe und Not vier Jahre als Justizminister halten. Strauß war nun schon der unbestrittene König der CSU in der Bundeshauptstadt.

Als Bundesverteidigungsminister war er auch zu einer internationalen Figur geworden. Er war damals Atlantiker mit Haut und Haaren. Er meinte, der Nordatlantik habe heute strategisch gesehen die gleiche Bedeutung wie das Mittelmeer für die Antike. Der Mann, den die Opposition zum kriegs- und atomsüchtigen Buhmann abzustempeln versuchte, sprach klipp und klar aus: „Wir können nie wieder Großmacht sein." Er sagte auch, die Möglichkeit, daß Europa die dritte Kraft werde, sei vorbei. Das erste Ziel jeder Verteidigung müsse es sein, in einem globalen Verteidigungssystem den Ausbruch eines Krieges zu verhindern.

All das wurde in West und Ost sehr aufmerksam verfolgt. Damals errang Strauß eine internationale Position, die für ihn bis zum heutigen Tag Früchte getragen hat. Erinnert sei nur an die ungewöhnliche Aufmerksamkeit, mit der Breschnew Strauß nach einer Unterredung 1981 in Gymnich zu seinem Wagen geleitete. Erinnert auch an seine China-Reise, während der Strauß sogar von Mao Zedong und auch von dem erkrankten Regierungschef Zhou Enlai empfangen wurde.

War dies ein Nachfolger Konrad Adenauers? Je öfter Anfang der 60er Jahre diese Frage auftauchte, um so massiver wurden die Angriffe der Linken gegen Strauß. Sie trugen nur dazu bei, dessen Position in Bayern zu stärken. Im Frühjahr 1961 war es soweit, daß er dort als Vorsitzender an die Spitze der CSU gewählt wurde. 1961 war aber auch das Jahr, in dem Strauß die Ablösung des uralten Konrad Adenauer durch Ludwig Erhard anstrebte, in der Erwartung, daß er später dessen Nachfolge antreten könnte.

In der Villa Horten in Düsseldorf trafen sich Strauß, Mende und dessen Stellvertreter Weyer. Sie waren sich einig darin, daß der nächste Bundeskanzler Erhard heißen sollte. Allerdings stellte Strauß die Frage, ob es zweckmäßig sei, Adenauer eine Übergangslösung von einem Jahr Kanzlerschaft anzubieten. Man weiß, daß Adenauer sie alle überspielte und noch einmal Bundeskanzler wurde. Man erinnert sich, daß im Jahr darauf der so schnell und so hoch gestiegene Bayer seinen tiefsten Fall erlebte. Über die „Spiegel"-Affäre kam es zum Auszug der FDP aus der Koalition. Strauß mußte sich von Adenauer sagen lassen, daß er zurücktreten müsse, weil sonst weder mit der FDP noch mit der SPD eine Koalition zu bilden sei.

Ein neuer Abschnitt im Leben des Politikers Strauß begann. Aus der „Spiegel"-Affäre verblieb ihm bis zum heutigen Tag die wechselseitige Feindschaft mit der FDP. Verblieb ihm auch die persönliche Gegnerschaft gegenüber dem damaligen Außenminister Gerhard Schröder. Seine Rolle in der Gruppe der FDP-Geschädigten – Adenauer, Brentano, Barzel und Strauß – war bedeutend. Ludwig Erhard bekam das zu spüren, als Strauß und Barzel sich 1966 daran machten, die Koalition mit der FDP zu sprengen, mit dem Blick auf die Bildung einer großen Koalition mit der SPD.

Als es daran ging, den Nachfolger Erhards zu küren, wußte Strauß, daß er keine Chancen hatte. Er vorhehlte das auch nicht in vertraulichen Gesprächen. Zugleich aber wußte er, daß angesichts der Fülle der Anwärter – Schröder, Gerstenmaier, Barzel, Kiesinger – die CDU-Abgeordneten unter sich gespalten waren und damit seiner CSU die Rolle des Königsmachers zufiel.

Strauß entschied sich für Kiesinger. Nun kehrte er als Bundesfinanzminister an die Regierung zurück: als ein guter Finanzminister, der in überraschend reibungslosem Zusammenspiel mit Professor Schiller große Erfolge bei der Sanierung des Haushalts vorweisen konnte. Verblüfft haben Freund und Gegner damals diesen Bundesfinanzminister Strauß lobend anerkannt.

Was blieb nach dem Ende der Großen Koalition? Die massiven Versuche von Strauß, sich an die Spitze der Opposition als Kanzlerkandidat zu setzen, sind in aller Erinnerung. Straußens Versuch, seine CSU zur selbständigen vierten Partei zu machen, führte zu mühsam vernarbenden Wunden – der CDU, aber auch des Mannes Strauß. Seine Kandidatur für das Kanzleramt 1980 endete mit einer Niederlage, die ihn schwer getroffen hat. Aber trotz allem bleibt Franz Josef Strauß, wie gerade die letzten Tage gezeigt haben, heute und wohl auch morgen eine deutsche Figur von einem Gewicht, das niemand unterschätzen sollte.

Finnland steht vor langen Koalitions-Gesprächen

Linke Mitte behauptet sich / Grüne erstmals im Parlament

R. GATERMANN, Helsinki

„Meine Befürchtungen sind noch übertroffen worden, die Veränderungen sind größer als erwartet", so kommentierte der Vorsitzende der Sozialdemokraten und Ministerpräsident Kalevi Sorsa das Ergebnis der finnischen Reichstagswahl. Dabei kann er mit dem Abschneiden seiner Partei durchaus zufrieden sein. Sie baute ihre Position als stärkste Kraft aus. Was Sorsa beunruhigt, sind die teilweise beachtlichen Verschiebungen bei den meisten übrigen Parteien, die die Kabinettsbildung erheblich erschweren.

Die Abstimmung kam einer Protestwahl sehr nahe. Davon zeugt vor allem der sensationelle Aufstieg der Landpartei, eine Ansammlung von Querulanten unter dem Poujadisten Veikko Vennamo und seinem Sohn Pekka. Im neuen Reichstag werden neun Parteien vertreten sein; hinzugekommen sind die Konstitutionelle Rechtspartei und erstmals auch die Grünen.

Wahlgewinner Landpartei

Die Meinungsforscher hatten der konservativen Sammlungspartei einen steilen Aufstieg prophezeit, sie sollte zumindest mit den Sozialdemokraten gleichziehen. Zwar stockten die Konservativen ihren Stimmenanteil um 0,5 auf 22,2 Prozent auf, verloren jedoch mit 24 Mandaten (von insgesamt 200) zwei Sitze. Die Sozialdemokraten verstärkten ihre Fraktion um fünf auf 57 Abgeordnete, bei einem Stimmenzuwachs um 2,9 auf 26,8 Prozent. Die Zentrumspartei behielt zwar ihre 38 Mandate; die durch die Fusion mit den Liberalen hinzugekommenen drei Sitze verschwanden jedoch wieder. Der prozentuale Rückgang lag bei 3,3 auf 17,7 Prozent. Der Verlust der Volksdemokraten (Kommunisten und Linkssozialisten) war größer als erwartet, um vier auf 14 Prozent, die Fraktion schrumpfte um acht auf 27 Sitze. Die Schwedische Volkspartei verteidigte ihre Position: Sie kam auf 4,6 Prozent (plus 0,4) und gewann 11 Mandate (plus eins). Die Christliche Union dagegen erlitt mit einem Stimmenschwund um 1,7 auf 3,1 Prozent eine schwere Niederlage, statt neun kann sie nur noch drei Abgeordnete in den Reichstag schicken. Aufgrund einer Wahlgemeinschaft bekam auch die Konstitutionelle Rechtspartei ein Mandat, bei einem Stimmenanteil von 0,4 Prozent (minus 0,8). Die Grünen, die sich weigern, als Partei aufzutreten, und ihren Wahlkampf auf Umweltschutz und Körperbehinderte konzentrierten, sicherten sich 1,5 Prozent der Stimmen und belegten damit zwei Sitze.

Der große Wahlgewinner, die Landpartei, hatte einen Zulauf von fast allen übrigen Parteien zu verzeichnen, insbesondere aber vom Zentrum, den Volksdemokraten und der Christlichen Union. Ihr Vormarsch ist nur noch mit ihrem großen parlamentarischen Durchbruch von 1970 zu vergleichen. 1979 lag sie bei 4,6 Prozent, noch im Januar 1983 waren es nur 2,7 und jetzt kletterte sie auf 9,7 Prozent und verstärkte ihre Fraktion von sechs auf 17 Mandate.

Protest gegen Etablierte

Die Reichstagswahl gilt in erster Linie dem Kandidaten, erst dann folgt die Partei. Deshalb konkurrieren auch die Anwärter derselben Partei gegeneinander um die Wählergunst. Eine Absicherung wie in der Bundesrepublik über die Landesliste gibt es in Finnland nicht. Das hatte diesmal zur Folge, daß ein Drittel der 200 Abgeordneten kein neues Vertrauen erhielt, darunter vier bisherige Minister.

Diese Tatsache und der Ansturm auf die Landpartei sind die deutlichsten Protestzeichen gegen die in den letzten Monaten aufgedeckten Spesenskandale einiger Parlamentarier, ihre Verwicklung in Bestechungsaffären und den sich allgemein ausbreitenden Mißmut über die etablierten Politiker. Diesem Trend fiel allerdings auch Johannes Virolainen, bisher Parlamentspräsident und vor einem Jahr noch der Kandidat der Zentrumspartei für den Posten des Staatsoberhauptes, zum Opfer. Er mußte nach 38jähriger Reichszugehörigkeit seine politische Karriere mit einer bitteren Niederlage beenden.

Niemand vermag heute zu sagen, wie das neue Kabinett aussehen wird. Finnland wurde bisher von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und der Schwedischen Volkspartei regiert; bis Ende 1982 saßen auch die Volksdemokraten im Kabinett. Sowohl das Zentrum als auch die Volksdemokraten ziehen derzeit allerdings die Oppositionsrolle vor und von einer rotblauen sozialdemokratisch-konservativen Koalition verspricht sich Sorsa keinen größeren Erfolg.

„Afghanen erleben durch Folter buchstäblich die Hölle auf Erden"

Betroffene über sowjetische Verhörmethoden / Hunderttausende ohne Prozeß hingerichtet

Von WALTER H. RUEB

Im großen Saal des Osloer Gewerkschaftshauses hielten zweihundert Menschen den Atem an. Nur das Surren der Fernsehkameras war zu hören, Journalisten saßen mit versteinerten Gesichtern da, weinende Frauen und Männer vergruben ihre Gesichter in den Händen: der ehemalige Oberst der afghanischen Polizei, Mohammad Ayyoub Assil, sagte im Internationalen Afghanistan-Hearing über die Schreckensherrschaft der Sowjets in Kabul aus.

„Nach der Invasion sowjetischer Truppen änderten sich Form und Ziel der afghanischen Polizei", sagte Assil. „Die Sowjets allein sind nun die Chefs. Sie geben die Befehle im Innenministerium ebenso wie bei der Verkehrsregelung. Die Polizei dient nur noch zur Realisierung der sowjetischen Ziele. Konfiszierung von Eigentum ist normal und geschieht laufend, Verfolgung, Plünderung und Folter sind an der Tagesordnung. Um das ungestört tun zu können, wurden viele alte Polizeibeamte versetzt, pensioniert und getötet. Die alten Rechtsbegriffe wurden umgekrempelt oder außer Kraft gesetzt. Alles, was dem Interesse des kommunistischen Staates schadet, wird als Verbrechen betrachtet. Wehe dem, der als Verbrecher abgestempelt ist. 12 000 Menschen wurden allein im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums zu Tode gefoltert. 10 000 gelten als vermißt, Hunderttausende wurden hingerichtet – ohne Prozeß, Verteidiger und Urteil."

Tod als Gnade

Ehe die vermeintlichen oder wirklichen Regimegegner der Gnade des Todes teilhaftig würden, erleben sie nach Angaben von Assil bei schrecklichen Folterungen buchstäblich die Hölle auf Erden. Unter Befehl des KGB und mit Hilfe von Spezialisten aus der „DDR" sei ein komplettes Instrumentarium der Gewalt und Quälerei entstanden.

„Gefoltert wird oft mit Elektrostäben", sagte Assil. „Sie gleichen Fahrradpumpen. Bei Männern sind die Genitalien, bei Frauen die Brüste die hauptsächlichen Ziele. Ein beliebtes Foltermittel ist es, den Häftlingen die Verrichtung der Notdurft zu verbieten oder diese nur vor Augenzeugen zuzulassen. Das demütigt und ist eine beabsichtigte psychologische Maßnahme. Beliebt ist es auch, den Häftlingen Holzstücke in den After zu stoßen, an Bärten die Haare büschelweise auszureißen, in den Mund zu urinieren oder die Häftlinge kopfüber an die Decke zu hängen. Oft werden Gefangene in feuchte oder infernalisch laute Verliese gesperrt. Es gibt auch Fälle, wo scharfe Schäferhunde auf die Häftlinge gehetzt werden – mit der Drohung, entweder zu gestehen oder zerrissen zu werden."

Oberst Assil nannte die Schauplätze der Folterungen: „Die wichtigsten befinden sich im Zimmer des Gefängnis-Direktors und im schalldichten Saal 66 des Innenministeriums ... Im Saal 66 wohnte ich im März 1980 der Folterung einer im achten Monat schwangeren Frau bei. Auf einen Spezialstuhl geschnallt, wurden ihr Holzstücke und Nägel in die Vagina gestoßen ... Nie werde ich ihr Schreien vergessen ... Auf einem zweiten Stuhl mußte ihr Ehemann die entsetzliche Tortur mit ansehen ..."

Über die grausamen Aktivitäten der Folterknechte im Gefängnis Pol-e-Charki sagte auch der 18jährige Student Tamim Ahmad Tayyeb aus. Er hatte sie wegen seiner Kontakte zum Widerstand am eigenen Leib erfahren. „Bei der Geheimpolizei sind Beweise erwünscht, deshalb wird zu Folterungen gegriffen", sagte Tayyeb. Er zählte weitere Foltermethoden auf: Hinderung am Schlaf während 10 bis 14 Tagen, Ausreißen von Fingernägeln, Brechen von Armen und Beinen.

„Schlimm waren im Pol-e-Charki die Raumverhältnisse. In einer Zelle für 10 Personen drängten sich 30 Menschen, für 360 Personen gab es nur zwei Toiletten, und im Block 2 waren statt 300 Personen deren 4500 zusammengepfercht ... Und unter den Häftlingen wimmelte es von Spionen ..."

Der Student Mohammed Seddiq Mosadeqq sah im Gefängnis zwölfjährige Häftlinge, einmal gar eine inhaftierte Familie mit Kindern von 5 und 7 Jahren. „Ich selbst war sieben Monate im Gefängnis. Zwei Monate lang wurde ich verhört und gefoltert, einmal mit brühendem Wasser überschüttet. ..."

„Allein in Kabul haben KGB und afghanische Geheimpolizei sechs Verhör-Stationen. Im ganzen Land sind es 17. Es gibt niemals Freisprüche, doch ab und zu Freilassungen. Die Urteile reichen von zwei bis 18 Jahren Gefängnis. Viele bekommen lebenslang oder die Todesstrafe ...", sagte Mosadeqq.

Erschütternd war auch die Aussage der 22jährigen Studentin Farida Ahmadi, Mitglied der „Revolutionären Liga der Frauen Afghanistans". Sie landete im Gefängnis, weil sie auf dem Universitätsgelände ein Protestflugblatt gegen den sowjetischen Terror aufgehoben hatte ...

Sie sagte, daß Spezialisten aus der „DDR" die afghanischen Polizisten mit wirksamen Verhörmethoden bekanntmachten. Die Deutschen folterten nicht persönlich, würden aber stets die empfehlenswerte Foltermethode nennen ...

Tagelanges Stehen

Nach Angaben von Farida Ahmadi gibt es im Gefängnis Pol-e-Charki berüchtigte Räume des Schreckens. Da hängen in dunklen Fluren, welche die Häftlinge auf dem Weg zum Verhör passieren müssen, Vorhänge voll Blut, und da stehen Tische mit abgehackten Fingern, Händen, Armen und Beinen sowie ausgestochenen Augen ...

„Ich hatte davor keine Angst", sagte Farida. „Als Medizinstudentin hatte ich Derartiges schon mal gesehen. Andere aber verloren buchstäblich den Verstand ... Dennoch erlebte auch ich Grauenvolles: Ich mußte zuschauen, wie Bäuerinnen mit Elektroschocks gequält wurden, um ihnen Geständnisse zu entlocken. In meiner Gegenwart wurde einem Häftling zu Musik ein Auge ausgerissen, schließlich ein Säugling erwürgt. Ich selbst bekam Elektroschocks und wurde zum dauernden Stehen verurteilt. Tagelang durfte ich mich nicht von der Stelle rühren. Nach fünf Tagen konnte ich nicht mehr stehen. Ich fiel dauernd hin. Dann platzten meine Venen ..."

Nach vier Monaten wurde Farida überraschend aus dem Gefängnis entlassen. „Das geschah in der Hoffnung, daß ich die Polizei auf die Spur meiner Widerstandsorganisation führen werde", vermutet sie. „Dafür wanderten mehrere Mitglieder meiner Familie ins Gefängnis. Ich aber ging nach Herat, wo sich die Frauen mit der Waffe in der Hand am Kampf gegen die sowjetischen Unterdrücker beteiligen. Denn eines habe ich erkannt: Weinen ist eine schlechte Waffe gegen die Russen."

Falin drängt: Bonn soll sich endlich entscheiden

Raketenfrage entscheidet über Verhältnis zu Moskau

C. GUSTAF STRÖHM, Wien

Mit einem Kommentar zur Lage der Bundesrepublik Deutschland nach den Wahlen hat sich Valentin Falin, Ex-Botschafter Moskaus in Bonn und jetziger „politischer Beobachter" der sowjetischen Regierungszeitung „Iswestija", in seinem neuen Medium zu Wort gemeldet. Falin wurde vom neuen sowjetischen Parteichef Andropow als stellvertretender Leiter der Abteilung für Informationen des ZK der KPdSU abgesetzt. Anders als sein unmittelbarer Vorgesetzter Leonid Samjatin, der als Botschafter nach Algier abgeschoben wurde, ist er zwar offenkundig degradiert, aber nicht ganz aus dem Verkehr gezogen worden. Er darf in der sowjetischen Regierungszeitung die Deutschlandpolitik des Kreml interpretieren.

Falin beginnt, wie es der Moskauer Linie nach dem 6. März entspricht, mit einem Lob auf die „Grünen". Er bezeichnet diese Gruppierung als „Partei, welche gegen den atomaren Rüstungswettlauf antritt".

Für die SPD, deren Spitzenpolitiker einst von Falin während seiner Bonner Botschafterjahre umworben wurden, hat der „Iswestija"-Autor nicht mehr viel übrig. Er räumt sogar ein, die CDU/CSU hätte den „ökonomischen Faktor" im Kampf um die Macht zielstrebiger ausgenutzt als die Sozialdemokraten.

Falin läßt es nicht an düsteren Drohungen gegen die Bundesregierung fehlen. Die Geschichte habe gelehrt, so sinniert er, daß es Fälle gebe, in denen die Wähler, motiviert von „egoistischen Interessen", den bourgeoisen Regierungen einen „Blankoscheck" ausstellten, ohne sich über die Folgen Gedanken zu machen – „sogar, wenn diese Folgen Krieg oder erhöhte Kriegsgefahr bedeuten".

„Friedliebende Macht"

Wer nun aber glaubt, Falin werde im Namen der großen Sowjetunion die neue Bonner Bundesregierung als „Kriegskabinett" verdammen, der irrt sich. Im Gegenteil: Der sowjetische politische Beobachter nimmt die Kurve und erklärt plötzlich, „daß die Sowjetmenschen der Regierung Kohl Erfolg bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme wünschen ...".

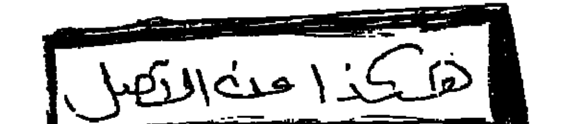
Dieser Erfolg, so schränkt Falin allerdings sofort ein, sei aber keineswegs garantiert. Die Schaffung eines einzigen neuen Arbeitsplatzes koste 40 000 bis 50 000 Mark – und dieses Geld sei nur zu verdienen, „wenn die internationale Situation dem nicht entgegensteht". Anders gesagt: Wenn die Regierung Kohl sich nicht gegenüber den sowjetischen Wünschen konform verhält, könnte Moskau das internationale Klima so verschlechtern, daß aus der Sanierung der bundesdeutschen Wirtschaft und einem Erfolg Helmut Kohls nichts wird.

Damit kommt Falin zum sowjetischen Hauptthema, zur Nachrüstung mit den amerikanischen Pershing-Raketen. Auch Konrad Adenauer habe seinerzeit einsehen müssen, daß in den fünfziger Jahren stürmische Proteste der westdeutschen Bevölkerung gegen die Installierung von Waffen einsetzten, welche auf Moskau gerichtet waren. Adenauer, so Falin, habe sich dann dazu durchgerungen, die Sowjetunion als „friedliebende Macht" zu bezeichnen.

Kurs deutlich festgelegt

Die Westdeutschen, so meint Falin, hätten auch jetzt noch die Wahl – „zwischen guter Nachbarschaft und Gegnerschaft, zwischen Übereinstimmung und Streit". Es gehe darum, ob sie den Amerikanern bei der „Sabotage" der Abrüstung helfen oder durch Taten ihrer Sorge um den europäischen Frieden Ausdruck verleihen wollten. Auch wenn die Unionsparteien ihre SPD-Gegenspieler in der Raketenfrage taktisch überspielt hätten – das Problem sei auch für die neue Bundesregierung nicht zu umgehen. Schicksalsschwer verkündet Falin: „Die Frage der Raketen, der künftigen europäischen Sicherheit und damit der Sicherheit der BRD klopft ohne Aufschub an die Bonner Tür."

Somit hat Falin – der seinen Artikel sicher nicht ohne genaue Abstimmung mit der Kreml-Führung verfaßte – den Moskauer Kurs gegenüber der Kohl-Genscher-Regierung recht deutlich festgelegt. Der Kreml wird mit außerparlamentarischen Mitteln (Demonstrationen, Friedensmärsche) auf Bonn Druck ausüben – und gleichzeitig ist Moskau auf der Suche nach „realistischen" Kräften innerhalb der Unionsparteien, die sich von Amerika distanzieren und eine sowjetfreundlichere Politik propagieren können. Ein Falin mit doppeltem Boden hat sich da seinen Lesern präsentiert.



ÖSTERREICH

Die Weltwirtschaftskrise ist auch an Österreich nicht spurlos vorbeigegangen. Der Markt für ausländische Produkte wurde schwieriger. Aber für den deutschen Export blieben die Chancen gut. Die geographische Nähe, die gemeinsame Sprache und die Qualität zahlen sich aus. Wiens Negativsaldo im Handel mit der Bundesrepublik wird durch den deutschen Touristenstrom weitgehend wettgemacht. Denn Österreich bemüht sich mit Erfolg, das Reiseland par excellence zu sein.

Eine Partnerschaft, die stets harmonisch bleibt

Von ROLF SCHÄFER

Die Bundesrepublik Deutschland ist für Österreich nach wie vor der bedeutendste ...delspartner. Der deutsche An... an den österreichischen Ge...teinfuhren liegt seit Jahren bei 40 Prozent. Wie exponiert die ...tschaftsbeziehungen sind, zeigt ...h der Abstand zwischen ...tschland und Italien, dem ...itwichtigsten Handelspartner ...erreichs. Italien war 1982 mit ... Prozent an den österreichi...en Gesamteinfuhren beteiligt.

...as große Engagement von deut...en Unternehmen beschränkt ... nicht nur auf die Lieferung ... Waren. So existieren in Öster...h ungefähr 1000 deutsche ...hterunternehmen mit eigener ...htspersönlichkeit; bei 300 bis ... österreichischen Firmen üben ...tsche Unternehmen maßgebli...n Einfluß aus.

...ie Weltwirtschaftskrise ist auch ...Österreich nicht spurlos vorbei...angen. In ihrem Gefolge ist der ...kt für ausländische Produkte ...er geworden. So wird aus ...nden der Arbeitsplatzsiche...g zunehmend gegenüber dem ...rreichischen Verbraucher pro...iert, einheimischen Produkten ... Vorzug zu geben. Dies ist si...rlich ein Hemmnis, mit dem die ...tsche Exportwirtschaft zurecht ...nmen muß.

...llerdings hat sich Qualitätsar... immer noch durchgesetzt. An...erseits bietet der österreichi...e Markt dem deutschen Unter...mer nicht zu verkennende Vor...e. Dazu zählen der große Be...ntheitsgrad deutscher Produk... die geographische Nähe, die ge...nsame Sprache und ziemlich ...blemlose Einfuhrmodalitäten. ...ade den mittelständischen Be...ben, die das Wagnis des Export...chäfts auf sich nehmen wollen, ...es eher in Österreich als anders... möglich, ihre Waren abzuset...

...e Ausfuhr ist ...ht problemlos

...em Exportwilligen steht eine ...e Palette von Vertriebsformen ... Verfügung. Direkte Ausfuhrlie...ngen an einen österreichischen ...ehmer lassen sich recht pro...nlos abwickeln, wenn alle Vor...riften des Zoll- und Ursprungs...ts eingehalten werden. Aus der ...htzugehörigkeit Österreichs ... EG ergeben sich allerdings ...dervorschriften im Agrarbe...h und bei Drittlandsware. Ein ...genmerk ist auch auf das öster...hische Umsatzsteuerrecht zu ...ten. Grundsätzlich ist nur der ...rreichische Abnehmer bei ei... direkten Lieferung an ihn zum ...ug der Einfuhrumsatzsteuer ...echtigt, und zwar unabhängig ...on, wer sie entrichtet hat.

...benso muß beachtet werden, ... bei einem Ausfuhrgeschäft als weitere Eingangsabgabe ein Außenhandelsförderungsbeitrag von 3 Promille vom Warenwert vom österreichischen Zollamt erhoben wird. Es kann daher einem potentiellen Exporteur geraten werden, möglichst nicht „frei Haus" zu liefern. Hieran ändert sich auch nichts, wenn das deutsche Unternehmen zum Vertrieb seiner Produkte Importeure/Eigenhändler oder Handelsvertreter einschaltet und diese direkt beliefert. Sie sind dann die Abnehmer der Lieferung.

Von den deutschen Lieferfirmen wird im allgemeinen der Vertriebsweg über einen Importeur/Eigenhändler bevorzugt. Vielfach wird dem österreichischen Händler dabei die Führung des Firmennamens und eines Markenzeichens gestattet. Diese Vertriebsform ist ein beliebtes Mittel, um die Reaktion des Marktes auf die Einführung des Produktes zu beachten, bevor später eine eigene Vertriebsgesellschaft (in der Regel eine GmbH) gegründet wird. Da der deutsche Unternehmer bei Einschaltung eines Eigenhändlers keinen Einfluß auf die Marktbearbeitung hat, sollte eventuell eine Mindestabnahme oder ein Verkaufsziel als Vertragspflicht vereinbart werden.

Bei der Einschaltung eines Handelsvertreters gestaltet sich die Geschäftsbeziehung sowohl für den Geschäftsführer als auch für seinen Auslandsvertreter ertragreicher, je reibungsloser sie funktioniert. Die gesetzliche Rechtsgrundlage, das Handelsvertreterrecht, ist in beiden Ländern vielfach gleich, zumindest aber wesensverwandt.

Allerdings sollte im Interesse einer gedeihlichen Zusammenarbeit der Unternehmer nicht auf den vorherigen Ausschluß des Ausgleichsanspruchs drängen, den der Handelsvertreter nach Beendigung des Handelsvertreterverhältnisses hat. Im Gegensatz zum österreichischen Recht ist dies nämlich nach deutschem Recht möglich. An und für sich empfiehlt es sich, wegen der jeweiligen Besonderheiten einer jeden Geschäftsbeziehung einen schriftlichen Individualvertrag abzuschließen. Darin sollte tunlichst die maßgebliche Rechtsordnung und der Gerichtsstand vereinbart werden.

Eine Vereinbarung über die Anwendung der maßgeblichen Rechtsordnung sollte auch bei der Anstellung eines Reisenden erfolgen. Die Einschaltung eines Reisenden gehört zu den Vertriebsformen mit firmeneigenem Apparat; hierdurch wird besonders der persönliche Verkehr mit dem Abnehmer gepflegt. Der Reisende ist Angestellter eines deutschen Unternehmens, der seine Tätigkeit von einem in Österreich gelegenem Wohnsitz ausübt und den österreichischen Steuer- und Sozialversicherungsgesetzen unterliegt.

An Vorschriften des österreichischen Arbeitsrechts, die zwingend zur Anwendung kommen, sind vor allem Schutzbestimmungen sozialpolitischer Art, z. B. solche des Angestelltengesetzes und des Urlaubsrechts zu nennen. Bei der Ausübung seiner Tätigkeit sind insbesondere gewerberechtliche Schranken zu beachten. Der Reisende benötigt so lange keine Gewerbeberechtigung, wie er nur Bestellungen für seinen deutschen Arbeitgeber sammelt und entgegennimmt.

Gewerberechtliche Besonderheiten treten auch dann auf, wenn das deutsche Unternehmen Liefergeschäfte über ein österreichisches Auslieferungslager abwickelt. Sobald rechtliche und/oder wirtschaftliche Verfügungen über die gelagerte Ware nicht mehr vom Ausland aus, sondern in Österreich durch einen Lagerhalter, Handelsvertreter oder Angestellten getroffen werden, ist das Lager im gewerbe- und steuerrechtlichen Sinne eine Betriebsstätte.

Dies hätte u. a. zur Folge, daß ein „gewerberechtlicher Geschäftsführer" mit Wohnsitz in Österreich bestellt werden müßte, der über die entsprechenden Branchenkenntnisse in Form eines Befähigungsnachweises verfügt, und daß dieses Lager in Österreich ertragssteuerpflichtig wird.

Leichter Weg zu eigener Tochter

Die Gründung einer Tochtergesellschaft in Österreich ist in allen Formen des Handelsrechts problemlos möglich. Deutsche Unternehmen dürfen zu 100 Prozent eine österreichische Kapitalgesellschaft halten oder sich an jeder anderen Gesellschaft beteiligen. Der Transfer der entsprechenden Kapitalmittel wird durch die Österreichische Nationalbank genehmigt, und die bilanzmäßig ausgewiesenen Gewinne können nach Deutschland überwiesen werden. Die vertretungsberechtigten Organe einer Gesellschaft – falls sie nicht zugleich die gewerberechtlichen Geschäftsführer sind – brauchen nicht ihren Wohnsitz in Österreich nehmen. Die persönlichen Gesellschafter einer österreichischen Personenhandelsgesellschaft (OHG, KG) sind in der Kranken- und Pensionsversicherung pflichtversichert, auch bei ausländischem Wohnsitz. Bei Vertriebsunternehmen muß auch hier ein „gewerberechtlicher Geschäftsführer" bestellt werden.

Die Deutsche Handelskammer in Österreich verfügt über ein reichhaltiges Angebot an Informationsmaterial in Form von Merkblättern, Abhandlungen und Broschüren, das sie nicht nur an ihre Mitgliedsfirmen, sondern auch an andere interessierte Unternehmen abgibt. Darüber hinaus steht sie mit individueller persönlicher Beratung sowie der in Österreich besonders wichtigen Kontaktvermittlung allen anfragenden Unternehmen zur Verfügung.



Blick vom Kapuzinerberg auf die Festung Hohensalzburg — Foto: Klaus J. Kallabis

Weltweites Problem Protektionismus

Von KARL PALE

Obwohl die westlichen Industriestaaten darunter Österreich dem freien Wettbewerb das Wort reden, so haben sie diesem gegenüber doch eine eher ambivalente Einstellung. Zwar sinken die Zölle weltweit, doch werden zur gleichen Zeit andere Handelsbarrieren errichtet. Die meisten Länder sind gerne bereit, den freien Welthandel hintenan zu stellen und statt dessen ihre nationalen Süppchen zu kochen. Allerdings übersehen sie, daß die solchermaßen erzielten Erfolge nicht von langer Dauer sind.

Seit einigen Jahren weist der Welthandel deutlich geringere Wachstumsraten auf. Betrug die durchschnittliche Wachstumsrate der Weltexporte in den Jahren 1963 – 1973 noch 8,5 Prozent, so waren es 1973 – 1980 nur mehr 4 Prozent. Diese Entwicklung läßt sich teilweise auf die hartnäckige Rezession zurückführen. Auch die Schwankungen der Wechselkurse, hervorgerufen vor allem durch die unbeständigen Kapitalströme, tragen nur wenig zu günstigen Handelsbedingungen bei. Schließlich spielt auch der Protektionismus eine nicht zu unterschätzende Rolle. Eine Studie, erschienen im Londoner National Institute of Economic and Social Research, beziffert den Anteil des Beschränkungen jedweder Art unterliegenden Außenhandels am gesamten internationalen Handel der OECD-Staaten im Jahre 1974 mit 40 Prozent und 1980 bereits mit 48 Prozent. Besonders stark sind die Fertigwaren vom freien Markt abgeschirmt worden. Hier stieg der Anteil von 13 auf 23,5 Prozent. Berücksichtigt man die Barrieren, die in den letzten beiden Jahren noch hinzukamen, nähert man sich einem 30prozentigen Anteil.

Derzeit sind rund 20 Prozent der Arbeitskräfte in den Industriestaaten im Exportsektor beschäftigt. Eine Verlagerung hin zu Branchen mit höherer Produktivität und somit besseren Wettbewerbsvoraussetzungen – nutzt auch der Gesamtwirtschaft, da nun die Produktionsfaktoren effizienter eingesetzt werden. Auch die Rückzahlung internationaler Kredite – die Dritte Welt ist mit über 200 Mrd. US-$ am Euromarkt verschuldet – stützt sich auf Exporterlöse. Überdies sorgt der internationale Wettbewerb für ein niedriges Preisniveau.

Dies setzt allerdings voraus, daß die ökonomischen Rahmenbedingungen stimmen. Wachsen etwa die Reallöhne schneller als die Produktivität, so wird diese ungleichgewichtige Entwicklung zu vermehrten Importen und zu einem steigenden Preisniveau führen. Die in Relation zum Ausland ungünstige Kostenstruktur drückt auf die Gewinne und beeinträchtigt das Investitionsklima. Schirmt man sich daraufhin vom Ausland ab, verschwinden zwar die Symptome, die grundsätzliche Fehlentwicklung wird jedoch nicht korrigiert.

Ein Gutteil der Argumentation für protektionistische Maßnahmen läßt sich auf eine solche Konstellation hoher Inflationsraten und überhöhter Wechselkurse zurückführen. Ein Beispiel sind die Handelsbeziehungen USA–Japan. Die Stärkung des US-Dollars gegenüber dem Yen und die hohen amerikanischen Inflationsraten brachten den amerikanischen Unternehmen beachtliche Nachteile, die den Ruf nach staatlichen Interventionen laut werden ließen.

Nur kurzfristige Wirkungen

Bei der Forderung nach Protektion stehen weniger Leistungsbilanzfragen sondern kurzfristige Beschäftigungswirkungen im Vordergrund der Argumentation. Daß eine protektionistische Wirtschaftspolitik durchaus Wohlfahrtseffekte in einer unterbeschäftigten Wirtschaft haben kann, beschrieb bereits Keynes in seinen „Notes on Mercantilism". Der erhöhte Geldzufluß bzw. der verminderte Geldabfluß bewirkt ein sinkendes Zinsniveau, welches die Investitionen begünstigt, so daß eine höhere Beschäftigung erzielt werden kann. Auf diese Art und Weise werden inländische Wirtschaftsprobleme in das Ausland exportiert. Diese „beggar my neighbour"-Politik, wie es Joan Robinson bezeichnet hat, führt unweigerlich zu Retorsionsmaßnahmen der betroffenen Staaten. Noch haben wir dieses Stadium der gegenseitigen Übervorteilung wie in den 30er Jahren nicht erreicht. Doch versucht man bereits recht massiv den der Weltwirtschaft exponierten Sektor zu schützen.

Keine optimale Ausnutzung

Beispiele solcher protektionistischer Maßnahmen gibt es genügend. Daneben geraten auch die weltweit gehandhabten Subventionen und Exportförderungen in immer stärkeren Verruf. Überdies verbreitet sich zusehends eine Politik der Drohungen. Unter Androhung eigener Handelssanktionen werden „freiwillige" Exportbeschränkungen ausgehandelt, oder es wird als zweite Variante der Abbau ausländischer Handelshemmnisse verlangt.

Die Einfuhrrestriktionen verschärfen zusätzlich die Leistungsbilanzprobleme der Entwicklungsländer, die bereits unter dem Verfall der Rohstoffpreise gelitten haben. Die stark subventionierte Landwirtschaft der Industriestaaten erschwert den Entwicklungsländern den Agrarexport. Die jungen Industrien der Schwellenländer werden von den Schutzmaßnahmen des Nordens in Mitleidenschaft gezogen. Der resultierende Devisenmangel beschränkt den Import notwendiger Investitionsgüter. Zu diesen Aspekten des realen Sektors gesellen sich die Auswirkungen auf den monetären Sektor, die jedoch nicht auf die Entwicklungsländer beschränkt bleiben.

Die aus den Leistungsbilanzdefiziten resultierenden Zahlungsschwierigkeiten haben die Finanzwelt bereits stark erschüttert. Die zahlreichen Umschuldungen verunsicherten die Kreditgeber. Die Gefahr eines möglichen Zusammenbruchs des internationalen Finanzgefüges ist Anlaß zahlreicher Diskussionen gewesen.

Neben diesen unmittelbaren Auswirkungen ist auch mit längerfristigen Konsequenzen zu rechnen. Die Absicherung der inländischen Wirtschaft beeinträchtigt die optimale Ausnutzung der Ressourcen. Es besteht kein unmittelbarer Anlaß zu strukturverbessernden Maßnahmen. Damit fehlt aber auch der Grundstein für künftiges Wachstum. Ganz im Gegenteil, es wird einer gefährlichen Spirale der Weg bereitet. Verhindert man die Einfuhr moderner Werkzeuge, um den Absatz der eigenen alten nicht zu gefährden, muß auch in Kauf genommen werden, damit weniger hochwertige Produkte zu erzeugen, die ihrerseits auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind. Daher wird neuerlich der Schutz weiterer Branchen gefordert werden. Mit dieser Entwicklung gehen unvermeidlich reale Einbußen einher, so daß das Land letztendlich ärmer sein wird und sich mit einem niedrigen Wohlfahrtsniveau begnügen muß.

Erfolg für offene Systeme

Offene Wirtschaftssysteme weisen bessere ökonomische Erfolge auf, sie haben aber auch den Nachteil, daß sie gegenüber einer wirtschaftspolitischen Klimaveränderung im „Rest der Welt" verletzbarer sind. Da die meisten Vorteile des freien Handels sich auf den einzelnen nur geringfügig und auch mit langen Verzögerungen auswirken, ist es um so wichtiger, den „schnellen" Lösungen, die der Protektionismus scheinbar bietet, den ihnen zustehenden geringen Stellenwert beizumessen und auf die längerfristigen Wachstumschancen zu setzen.

Karl Pale ist Generaldirektor der österreichischen Girozentrale, Wien

Auf einen Blick

FLÄCHE
83 850 km²
Einwohner
7 546 200 Mio.
STAATSFORM
Bundesstaatliche Republik
STAATSOBERHAUPT
Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger, seit 1974, zuletzt wiedergewählt auf weitere sechs Jahre am 18. Mai 1980.
VOLKSVERTRETUNG
Die österreichische Volksvertretung besteht aus zwei Kammern:
1. Der Nationalrat mit – seit 1970 – 183 vom Volk gewählten Abgeordneten, zuletzt gewählt am 6. Mai 1979 mit folgender Sitzverteilung: SPÖ 95, ÖVP 77 und FPÖ 11 Abgeordnete.
2. Der Bundesrat als Länderkammer mit 58 Mitgliedern, die von den einzelnen Länderregierungen benannt werden.
BUNDESKANZLER
Seit 1970 Bruno Kreisky, der sich am 24. April 1983 als Spitzenkandidat der SPÖ erneut zur Wahl stellt.
WIRTSCHAFT ALLGEMEIN
Österreich ist ein hochentwickeltes Industrieland mit schnell wachsendem Dienstleistungssektor. Die weitgehend verstaatlichte Schwerindustrie und der Fremdenverkehr bilden die Stützen der österreichischen Wirtschaft. Mit einer gewissen Verzögerung schwappen die Wirtschaftsprobleme der europäischen Industriestaaten jetzt auch in die Alpenrepublik.
WICHTIGE ADRESSEN
IN DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Botschaft der Republik Österreich, Johanniterstr. 2, 53 Bonn 1, Tel. 02 28 - 23 00 51 / 3.
Österreichisches Generalkonsulat, Cecilienallee 43a, 4 Düsseldorf, Tel. 02 11 - 43 41 / 2.
Weitere Generalkonsulate in Hamburg und München.
Österreichischer Handelsdelegierter für die Bundesrepublik Deutschland, Bockenheimer Landstr. 2, 6 Frankfurt, Tel. 06 11 - 72 08 66.
Austrian Airlines, Münchner Str. 1, 6 Frankfurt, Tel. 06 11 - 23 09 91.
Österreichische Fremdenverkehrswerbung, Roßmarkt 12, 6 Frankfurt, Tel. 06 11 - 29 36 73,
Tesdorpfstr. 19, 2 Hamburg 13, Tel. 0 40 - 4 10 20 13,
Rosental 21/3, 8 München 2, Tel. 0 89 - 2 60 70 35.
IN ÖSTERREICH
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Metternichgasse 3, 1030 Wien, Tel. 02 22 - 73 65 11 / 8.
Deutsches Generalkonsulat, Bürgerspitalplatz 1, 5020 Salzburg, Tel. 0 62 22 - 4 15 91.
Weitere Generalkonsulate in Graz und Innsbruck.
Deutsche Handelskammer in Österreich – Deutsch-Österreichische Außenwirtschaftskammer – Wiedner Hauptstr. 142, 1150 Wien, Tel. 02 22 - 55 65 / 8.
Deutsche Lufthansa, Kärntner Str. 42, Wien, Tel. 02 22 - 57 56 49 / 56 35 35.



GESPRÄCH MIT KURT NÖSSLINGER / 100 Jahre PSK

Bilanz, die sich sehen lassen kann

„Die Prinzipien unseres Gründungsgedankens gelten noch immer, 100 Jahre nach der Gründung", sagt der Gouverneur der Österreichischen Postsparkasse, Dipl.-Kaufmann Kurt Nößlinger. „Wir sind eine Sparkasse für alle Bevölkerungsgruppen, die Republik haftet für unsere Einlagen und wir fördern und pflegen vornehmlich den öffentlichen Kredit."

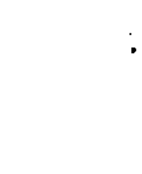
Der Haftungsfall ist noch nicht eingetreten, aber für die Übernahme des Risikos muß vom Gewinn – „und das werden 1982 etwa 127 Mio. Schilling sein", betonte Nößlinger, die Hälfte an den Staat abgeführt werden.

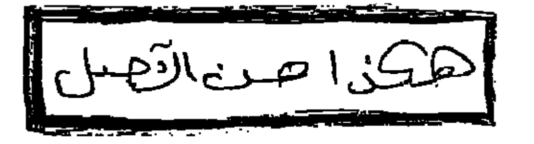
Mußte der Staat bislang noch nicht in Anspruch genommen werden, und die PSK sorgt dafür, daß dieser Fall nicht eintreten wird, bedienen sich andererseits Bund, Gebietskörperschaften und Gemeinden gerne der Kreditmöglichkeiten, die das in Wien beheimatete Bankhaus anbietet. „Wir sind eine der ältesten Postsparkassen der Welt", betont Nößlinger nicht ohne Stolz, „vor uns gab es das nur in England. Auch die Deutsche Post hat von uns den Postscheckverkehr und den Postsparverkehr übernommen."

Heute haben in Österreich 360 000 Bürger ihr Gehaltskonto bei der Postsparkasse. 60 000 Geschäftskonten werden von ihr geführt. Und seit ihrer Unabhängigkeit im Jahre 1970 hat sich die PSK zu einer Universalbank entwickelt. „Wir müssen die Österreichische Post bezahlen, soweit wir ihre Dienste in Anspruch nehmen", betont der PSK-Gouverneur. „Unsere Dienstleistungen reichen von der Abwicklung des Auslandszahlungsverkehrs über Exportfinanzierung bis in den Immobilienbereich, wo wir mit einer Leasingfinanzierungsgesellschaft aktiv sind."

Heute ist aus der PSK eine richtige „kleine Familie" geworden. Neben der Leasing GmbH gehören die Tochterbanken PSK Bank und Bankhaus Feichtner dazu und die PSK Datendienst GmbH. Seit ihrer Selbstständigkeit konnte die Bilanzsumme auf derzeit rund 109 Milliarden Schilling mehr als versiebenfacht werden.

Kein Wunder, daß Kurt Nößlinger mit Stolz auf die hinter der Postsparkasse zurückliegenden 100 Jahre und mit Zuversicht in die Zukunft schaut. er.





ANDEL MIT DEUTSCHLAND

)ynamik unter
;eweis gestellt

er Handelsverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland nte im Jahr 1982 trotz der unstigen konjunkturellen Lage in len Staaten seine Dynamik er- l unter Beweis stellen. Die idesrepublik Deutschland ist erreichs mit Abstand wichtig- Handelspartner. Rund 40 Pro- der österreichischen Importe unen aus der Bundesrepublik etwa 30 Prozent der öster- hischen Exporte haben sie zum immungsland.

itscheidenden Auftrieb für die wicklung des Warenverkehrs hte das Freihandelsabkom- zwischen der EG und Öster- n im Jahr 1972. Allein von 1975 980 verdoppelten sich die Wer- ler österreichischen Exporte erreichten im Jahr 1982 11,1 Mark. Die Bezüge Österreichs der Bundesrepublik Deutsch- beliefen sich auf 20,6 Mrd. k. Der Saldo zuungunsten rreichs war trotz rückläufiger lenz im Jahr 1982 mit 9,5 Mrd. k immer noch beträchtlich.

en ist Nummer 10

e negative Handelsbilanz wird Teil aufgewogen durch die tive Reiseverkehrsbilanz. Tou- n aus dem Nachbarland gaben ahr 1982 in Österreich 7,7 Mrd. t aus. Bei Abzug der Ausgaben reichischer Reisender in der desrepublik Deutschalnd in e von 1,5 Mrd. Mark belief sich Aktivum aus dem Fremdenver- auf 6,2 Mrd. Mark. Im bilatera- Waren- und Reiseverkehr ver- demnach ein Negativsaldo, nit 3,3 Mrd. Mark zwar weiter- eine erhebliche Belastung dar- , wenn sich dieser auch gegen- dem Vorjahr um 400 Mio. reduziert hat. Hauptursache len Rückgang des traditionel- österreichischen Handelsbi- lefizits im Jahr 1982 war die htliche österreichische Ex- teigerung, die sich auf 8,1 Pro- belief. Gleichzeitig stiegen die orte aus der Bundesrepublik schland lediglich um 3,1 Pro- an.

r Anteil Österreichs an den in Bundesrepublik Deutschland ortierten Gütern hat damit nals 3 Prozent nach 2,8 Pro- im Jahr 1981 erreicht. Mit die- Volumen ist Österreich das itwichtigste Lieferland.

sterreichs wichtigste Waren- ppen im Export waren in der enfolge ihres Liefervolumens: ktrotechnische Erzeugnisse, chinen und Fördermittel, Fahrzeuge aller Art, Eisenhalbzeug, Stab- und Formeisen sowie Eisenbleche, Bekleidung und Hüte, Gewebe aller Art, Eisenwaren und Werkzeuge, Papier und Pappe, elektrischer Strom und Kunststoffe. Der österreichische Handelsverkehr zeigt deutlich, daß Österreich über eine bedeutende Industrieproduktion verfügt, deren Exportwerte die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr erheblich übersteigen.

Kooperation wächst

Die wichtigsten österreichischen Importwaren aus der Bundesrepublik Deutschland waren: Maschinen und Fördermittel, Fahrzeuge aller Art, elektrotechnische Erzeugnisse, Eisenwaren (einschließlich Werkzeuge und landwirtschaftliche Geräte), Kraftstoffe, Schmieröle und Erdgas, Strickwaren, Bekleidung und Hüte, Kunststoffe, Gewebe aller Art, Bücher und andere Druckerzeugnisse sowie pharmazeutische Produkte. Österreich ist der achtwichtigste Abnehmer deutscher Waren.

Die wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs mit der Bundesrepublik Deutschland beschränken sich jedoch keinesfalls auf den Warenverkehr und den Tourismus. Große Bedeutung kommt auch allen Formen der Zusammenarbeit zu, die sich in mannigfaltigen gemeinsamen Vorhaben dokumentieren. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die wachsende Kooperation zwischen österreichischen und deutschen Firmen in Deutschland sowie auch die Zusammenarbeit in Drittländern.

Des weiteren ist Österreich als Transitland für den Osthandel von Bedeutung. Für österreichische Waren hingegen sind deutsche Handelshäuser, wie in Hamburg und in Bremen, bei der Bearbeitung überseeischer Märkte für österreichische Firmen tätig. Zur Verbesserung der Verkehrsstruktur ist Österreich als Binnenland am zügigen Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals interessiert.

Die weitere Entwicklung im Außenhandel zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland ist naturgemäß in erster Linie von der konjunkturellen Situation der Bundesrepublik abhängig. Eine Erholung der Wirtschaft im zweiten Halbjahr 1983 wird auch der österreichischen Exportindustrie einen wesentlichen Auftrieb verleihen.

RUPERT ROTH

GESPRÄCH MIT MINISTER JOSEF STARIBACHER

„Eine qualitative Abrundung des touristischen Angebots"

Es ist", sagte der österreichische Handelsminister Josef Staribacher bei einem Pressegespräch im Gasthof Sommerhof in Gosau, „in Österreich teurer geworden, einen Urlaub zu verbringen. Aber", fügte er sogleich hinzu, „bei erheblich gestiegenem Komfort."

Ein Blick in die Statistik gibt dem regen Verwalter der Tourismus-Interessen seines Landes recht. In den Unterkünften der niedrigsten, der D-Kategorie, stiegen die Preise vom Winter 1981/83 nur um 5,5 Prozent; in der 5-Sterne-Kategorie A1 dagegen um 11,6 Prozent. Das ergibt einen Gesamtdurchschnitt für Österreich von 8,1 Prozent. Auffallend ist, daß die Preise der Skipässe konstant blieben, in einigen Regionen sogar zurückgenommen wurden.

Die an den Zahlen für den Winter-Tourismus belegten Werte gelten, so der Minister, auch für den Sommertourismus. Ein Land, das wie kein zweites auf der Welt seine Betten den Fremden zur Verfügung stelle, müsse immer an der Spitze der Entwicklung stehen. „Und das ist die qualitative Abrundung und Ergänzung des touristischen Angebots."

„Happy Pepi", wie der Minister wegen des bürgernahen Auftretens jovial genannt wird, spricht von einem ernsten Thema, der Fremdenverkehrsförderung, die partiell neu konzipiert wurde und drei Schwerpunkte aufweist: die Förderung der Fremdenverkehrsgemeinden, der Hausaktion des Handelsministeriums und der Fremdenverkehrs-Sonderkreditanstalt der „Bürges".

Im Rahmen der Förderungsaktion für Fremdenverkehrsgemeinden sind bislang rund 387 Mio. Schilling an Bundesmitteln zur Verfügung gestellt und damit 1 053 Investitionsvorhaben gefördert worden. Gefördert werden nach den neuen, am 1. Dezember 1982 in Kraft getretenen Richtlinien

- zusätlich zu den Kur- auch Rekreationseinrichtungen
- bei den Tagungs-, Kongreß- und Veranstaltungseinrichtungen auch Gesellschafts-, Lese- und Mehrzweckräume
- zusätzlich zu den Gästekindergärten auch Einrichtungen für die Betreuung von Gästefamilien sowie von Behinderten.

„Unser Interesse besteht darin", erläuterte der Minister, „unter Beibehaltung der hohen Besucherzahlen zu einer qualitativen Steigerung zu kommen und dabei dem Trend in den Wünschen unserer Gäste zu entsprechen."

Auch im Modus der Auszahlung dieses Zweckzuschusses in Form einer Einmalprämie wurde eine Verbesserung vorgenommen. Nicht mehr 5 bis 10, sondern 7,5 bis 12,5 der förderbaren Gesamtkosten können nun zugeschossen werden. Die Jahresdotation beträgt 50 Mio. Schilling.

Im Rahmen der Hausaktion wurden in den vergangenen 23 Jahren 6,223 Förderungen für ein Kreditvolumen von insgesamt rund 7 500 Mio. Schilling bewilligt.

Zum 1. Januar 1983 sind die Zielsetzungen vollständig neu bestimmt worden. Verstärkt gefördert wird nunmehr „die Qualität des Angebotes der Gastronomie und der Hotelerie", wie Minister Staribacher ausführt. Zusätzlich zur Basisförderung gibt es Qualifizierungsprämien bis zu 15 Prozent der förderbaren Gesamtkosten, wenn

- ein wesentlicher Teil eines Beherbergungsbetriebes abgebrochen und mit höherem Standard wieder aufgebaut oder
- der gesamte Beherbergungs- oder gastronomische Betrieb modernisiert wird.

Angestrebt wird, daß der Betrieb nach Durchführung der Maßnahmen den Standard aufweist, wie er durch drei Sterne beschrieben wird. Das heißt, daß jedes Gästezimmer oder Appartement mit Bad/Dusche und WC ausgestattet sein muß.

In den neuen Richtlinien für die Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion der Bürges, die im Auftrag des Handelsministeriums tätig ist, wird zunächst einmal die Kreditobergrenze auf 1,5 Mio. Schilling angehoben. Schwerpunkt dieser Maßnahmen ist die Förderung der Umwandlung bestehender Gästezimmer in Familienappartements, vor allem in Ein- und Zweisternbetrieben.

So ist Österreich für die touristische Zukunft gut gewappnet.

Und Happy Pepi zeigt abends beim Eisstockschießen in Abtenau, daß er nicht nur bei Investitionsbestimmungen ein Meister seines Fachs ist.

HANS-HERBERT HOLZAMER

MUSIKALISCHER SOMMER IN WIEN

Ein Arkadenhof voll Schwung

Nirgendwo ist der Sommer schöner als in Wien, denn nirgendwo ist er musikalischer. Davon sind jedenfalls all die überzeugt, die sich schon heute auf die festliche Eröffnung des „Musikalischen Sommers" am 30. Juni im Großen Musikvereinssaal freuen. Die Wiener Symphoniker und die Konzertvereinigung Wiener Volksopernchor unter dem Dirigenten Gerd Albrecht geben die Carmina burana von Orff.

Im festlichen Programm schließen sich an die Tage der Chormusik vom 1. bis 4. Juli. Und am 14. September ist das Residenzorkest Den Haag zum „Festlichen Abschluß" zu Gast.

Schwung erhält der Sommer in Wien durch die außerordentlichen Konzerte. So spielt am 24. Juni das Gardebataillon Wien auf, am 9. September erfreut die Wiener Singakademie.

Von tänzerischer Leichtigkeit sind die Ballettabende am 16. Juli und 21. Juli im Arkadenhof des Rathauses. Das 4. Österreichische Blasmusikfest wird den Rathausplatz am 4. Juni in Schwingung versetzen.

Zahlreich sind die Symphonischen Orchesterkonzerte im Arkadenhof (5., 7., 12., 14., 19., 21., 26., 28. Juli, 2., 4., 9., 11., 16., 18., 23., 25. und 30. August. Kirchenkonzerte gibt es jeden Montag vom 4. Juli bis 22. August. Mittwochs und sonntags wird zu Spaziergängen zu Haydn und Mozart geladen.

Und natürlich gibt es auch Schrammelabende, Promenadenkonzerte, Platzkonerte u. a. zuhauf in dieser beschwingten Zeit.

Kartenbestellung: Postfach 73, A-1043 Wien, Tel. 00 43-2 22-4 28 00

bsb.

AUSSENHANDELSFÖRDERUNG / Weltweit

Vorsprung durch Informationen

Die Förderung des österreichischen Außenhandels zählt zu den wichtigsten Kompetenzen der 1946 als Körperschaft öffentlichen Rechts errichteten Bundeswirtschaftskammer. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wurde ein spezifisches, der österreichischen Wirtschaftsstruktur angepaßtes System entwickelt, das allen österreichischen Unternehmen (die ja ex lege Mitglieder der Bundeswirtschaftskammer sind) zur Verfügung steht.

Dieses sehr praxisorientierte System umfaßt eine breite Servicepalette und reicht von Information, Beratung und Schulung bis hin zur praktischen Hilfestellung im Auslandsgeschäft.

Frankfurt führend

Wesentliche Funktionen erfüllt dabei die Auslandsorganisation der Bundeswirtschaftskammer und ihr weltweites Netz von 88 Außenhandelsstellen. In der Bundesrepublik Deutschland – dem mit Abstand wichtigsten österreichischen Handelspartner – gibt es vier Außenhandelsstellen: die federführende in Frankfurt und je eine in Düsseldorf, Hamburg und München.

Die Außenhandelsstellenleiter sind offizielle Vertreter der österreichischen Wirtschaft und haben nur dort, wo es die Situation des Gastlandes erforderlich macht, diplomatischen Status. Als Außenhandelsexperten mit langjähriger Auslandserfahrung sind sie es gewohnt, flexibel und möglichst unbürokratisch zu agieren, um den Exporteuren so praxisnahe wie möglich zu helfen.

Da es in Österreich nur wenige Großunternehmen gibt, die sich Zweigniederlassungen im Ausland halten können, leisten die Handelsdelegierten – wie sie auch genannt werden – oft unersetzliche Dienste für die Exportwirtschaft.

Zu den weitgesteckten Aufgabenkreisen der Außenhandelsstellen zählt die laufende Markterkundung ebenso wie die individuelle Beratung, die direkte Geschäftsvermittlung, die Hilfe bei Vertretersuche oder die Werbung für die österreichische Wirtschaft im Betreuungsland. Mit Hilfe gezielter Salespromotions-Aktivitäten, wie Wirtschaftsmissionen, Interessentenmeetings, Messebeteiligungen, Technisch-Wissenschaftliche Symposien, Modeschauen oder Kaufhausaktionen, werden die individuellen Exportbemühungen der Firmen wirksam unterstützt.

Als besonders wertvolles Mittel der Außenhandelsförderung hat sich das elektronische Informationssystem der Bundeswirtschaftskammer erwiesen. Österreich ist in diesem Bereich international führend.

Die Außenhandelsdatenbank in Wien, in der alle für Export und Import relevanten Produkt- und Firmendaten gespeichert sind, ist via Fernschreiber direkt mit den wichtigsten Außenhandelsstellen verbunden. Der Handelsdelegierte kann daher jederzeit und buchstäblich auf Knopfdruck die österreichischen Liefermöglichkeiten für ein bestimmtes Produkt abfragen. Er kann aber auch ebenso rasch dringende Außenhandelsinformationen – etwa über neue Geschäftschancen – direkt an interessierte Firmen durchgeben.

Auf Knopfdruck

Einen echten internationalen Vorsprung haben die österreichischen Unternehmen seit einem Jahr durch die sogenannte Welthandelsdatenbank erhalten. Diese neue EDV-Anlage der Bundeswirtschaftskammer ist weltweit die erste, in der die Welthandelsdaten von 150 UNO-Mitgliedsstaaten – maßgerecht aufbereitet – gespeichert sind. Die österreichischen Firmen sind somit die ersten, die dieses signifikante Informationsmaterial direkt vom Computerbildschirm ablesen können.

E. S.

Österreich
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

SPORT-NACHRICHTEN

Bürger gegen Formel 1

New York (sid) – 15 000 Unterschriften hat eine Bürgerinitiative im New Yorker Stadtteil Queens für eine Petition gegen den Weltmeisterschaftslauf der Formel 1 in Flushing Meadow (25. September) gesammelt. Die Bürger befürchten, daß der als Austragungsort vorgesehene Corona Park durch das Rennen zerstört wird.

Cunningham zu Manchester

Manchester (sid) – Der farbige englische Fußballspieler Laurie Cunningham (bisher Real Madrid) unterschrieb beim englischen Erstligaklub Manchester United einen Probe-Vertrag über zwei Monate. Erst wenn sich herausstellt, daß Cunningham seine schweren Verletzungen unbeschadet überstanden hat, soll eine langfristige Verpflichtung erfolgen.

Dietzen führt

Gerona (sid) – Nach den ersten beiden Halbetappen der Radrundfahrt „Katalanische Woche" führt Raimund Dietzen (Trier) in der Gesamtwertung mit einer Sekunde Vorsprung vor den beiden Spaniern Ignacio Ibanez und Juan Ferandez.

Hoeneß rechnet mit Cramer

München (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub Bayern München konnte auf seiner Jahreshauptversammlung für das Jahr 1982 einen Rekordumsatz von 20,233 Millionen Mark und einen Reingewinn von 835 000 Mark vorweisen. Manager Uli Hoeneß äußerte auf der Versammlung, daß er sich für die Zukunft Dettmar Cramer (Leverkusen) als Jugendleiter bei Bayern vorstellen könne. Ebenso erwartet er nach Saisonende die Rückkehr des nach Leverkusen ausgeliehenen Helmut Winklhofer.

Supercup am 2. April

München (sid) – Das Finale um den Supercup im deutschen Fußball zwischen Meister Hamburger SV und Bayern München wird am 2. April (Ostersamstag) im Münchner Olympiastadion ausgetragen.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Mailand, erste Runde: Lendl (CSSR) – van Patten (USA) 4:6, 7:5, 6:3, Glickstein (Israel) – Edmondson (Australien) 6:2, 6:4.

Grand-Prix-Turnier in Nizza, erste Runde: Arias – Solomon (beide USA) 6:4, 1:6, 7:5.

SKI NORDISCH

Weltcup in Anchorage (Alaska), 10-km-Langlauf, Damen: 1. Hämäläinen (Finnland) 29:13,7 Min... 6. Jäger (Deutschland) 30:22,8.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 739 622,40 Mark, 2: 50 143,80, 3: 6912,30, 4: 129,30, 5: 10,40. – **Toto: Elferwette:** 1: 3749,80, 2: 148,40, 3: 35,30. – **6 aus 45:** 1: 463 079,20, 2: 2530,60, 3: 392,60, 4: 14,70, 5: 3,30. – **Rennquintett, Pferdetoto:** 1: 542,70, 2: 120,20. – **Pferdelotto:** 1: 432,80, 2: 13,40. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 1 073 830,20. (Ohne Gewähr)

SCHACH / Smyslow krank – Spielbeginn morgen

Eine faire Geste von Hübner

dpa, **Velden**

Eigentlich hätte morgen schon die dritte Partie zwischen Robert Hübner (Porz) und Wassili Smyslow (UdSSR) im Viertelfinale der Kandidatenrunde zur Schach-Weltmeisterschaft auf dem Programm gestanden. Es wird aber, und selbst das ist noch nicht sicher, am Donnerstag erst die Eröffnungspartie gespielt. Grund für die ungewohnt lange Verschiebung der ersten Züge sind eine anhaltende Grippe bei Smyslow und eine faire Geste von Hübner.

Nach den Regeln des Internationalen Schach-Verbandes (FIDE) nämlich stand der deutsche Großmeister bereits im Halbfinale. Nachdem der für letzten Sonntag vorgesehene Beginn des Kampfes wegen der Grippeerkrankung von Smyslow regelgerecht um zwei Tage verschoben worden war, hätte Smyslow gestern am Schachbrett erscheinen müssen. Da die Grippe den 61 Jahre alten Weltmeister von 1957 aber zu sehr geschwächt hatte, bat die sowjetische Delegation um eine in den Regeln nicht vorgesehene nochmalige Verschiebung um zwei Tage. Hübner stimmte selbstlos zu und brachte sich damit um einen kampflosen Einzug ins Halbfinale.

Auch der Internationale Schachverband, der in dieser Angelegenheit noch gehört werden mußte, erklärte sich mit der Einigung der beiden Delegationen einverstanden. So kann Hübner seinem Gegner morgen beim Eröffnungszug mit den weißen Steinen zu dessen 62. Geburtstag gratulieren.

Sollte Smyslow allerdings auch an seinem Geburtstag nicht antreten können, kann er Hübner zum Gesamtsieg beglückwünschen, denn eine nochmalige Verlegung ist nicht möglich.

SKI / Nur eine düstere Verbands-Bilanz des Weltcup-Winters und kaum Perspektiven für Sarajewo 1984

Wenn jetzt schon Olympia wäre, hätten nur die Biathleten klare Chancen auf Medaillen

KLAUS BLUME, **Bonn**

Wenn Heinz Krecek, Wirtschaftsreferent des Deutschen Ski-Verbandes (DSV), die Ausrüster-Verträge unter Dach und Fach gebracht hat, dann fehlt es selbst in wirtschaftlich schlechten Zeiten den Spitzenathleten an nichts: Vom Schnupftabak bis zum Nierenwärmer, von der Kniebundlederhose bis zum Sprudelwasser, vom Festdirndl bis zum Damenlodenkostüm schafft Krecek alles herbei. Ob das freilich künftig möglich sein wird, ist fraglich. Denn geworben werden kann mit den Skiläufern – bis auf wenige Ausnahmen – eigentlich kaum noch.

Dafür fehlt es an überragenden Leistungen. Wenn morgen Olympia wäre, wie sähe es dann aus? „Wir würden wohl keine Medaille gewinnen", sagt Kuno Messmann, der Sportwart der Alpinen. „Bei Medaillenchancen sage ich lieber nein, da bin ich ganz realistisch." Das sagt Georg Sutter, der Cheftrainer für den nordischen Bereich. Einzig Jürgen Seifert, Erfolgstrainer des Biathlon-Teams, ist mit Recht optimistisch. Zwei bis drei Medaillen – davon möglichst eine goldene – hat er bei den Olympischen Winterspielen im nächsten Jahr in Sarajewo geplant. Aus seiner Truppe kommt auch der derzeitige Superstar des Verbandes: Weltcup-Sieger Peter Angerer aus Hammer.

Absteiger Nummer eins der Saison ist die Skirennläuferin Irene Epple. Klaus Mayr, der Cheftrainer Alpin, sagt: „Sie muß für sich selbst erst wieder Tritt fassen."

Ski Alpin

„Die Spitze hat nicht das gebracht, was sie bringen kann. Von der Erfahrung und den Ranglistenplätzen her." Klaus Mayr, Cheftrainer Alpin im Deutschen Ski-Verband (DSV), meint damit Irene und Maria Epple sowie Christa Kinshofer. Irene Epples Saison-Planung, die als Höhepunkt die vorolympischen Rennen in Sarajewo vorsah, ging nicht auf. Christa Kinshofer, die Olympiazweite von 1980 in Lake Placid, rutschte endgültig ins Mittelmaß ab. Ihre Placierungen in der internationalen Weltrangliste (Stand: 20. Februar 1983): 25. im Riesentorlauf und 31. im Slalom. Maria Epple, die Ex-Weltmeisterin, wurde bei den Überseerennen dreimal Zweite im Riesentorlauf. Mayr sagt deshalb: „Mit ihrer großen Erfahrung kann sie im nächsten Jahr bei den Olympischen Spielen durchaus etwas bringen." Ihre Schwester Irene konnte in diesem Weltcup-Winter nur die neuerfundene Disziplin Super-Riesenslalom gewinnen, ansonsten bewegte sie sich zielstrebig auf die Talsohle ihrer Sportkarriere zu. Sie selbst weiß nicht warum, und der Trainerstab rätselt.

Hoffnungen gibt es hingegen bei den Herren, für die Klaus Mayr als Disziplintrainer verantwortlich zeichnet. Die beiden Slalomspezialisten Frank Wörndl und Egon Hirth erreichten bessere Placierungen als in den letzten drei Jahren. Wörndl belegte zweimal einen achten Platz in Weltcup-Rennen, Hirth einen neunten und einen zwölften. Mayr: „Gleich dahinter stehen weitere vier Leute." Was freilich nur auf den Riesentorlauf und nicht auf den Spezialslalom zutrifft. Die neuen Kippstangen im Slalomwald zwingen zur absoluten Spezialisierung, da besteht ein Nachholbedarf. In der Abfahrt ging es voran, doch auch Wildgruber und Dürr gehören noch längst nicht zur ersten internationalen Startgruppe.

Aufsteiger der Saison: Biathlet Peter Angerer FOTO: BAADER

Absteiger der Saison: Rennläuferin Irene Epple FOTO: RZEPKA

Biathlon

„Ich traue es mich gar nicht zu sagen: Aber der Angerer, Peter, kann mal ein ganz Großer werden." Das erzählte Bundestrainer Jürgen Seifert, Hauptfeldwebel in Bad Reichenhall, 1980 bei den Olympischen Winterspielen in Lake Placid. Inzwischen ist Peter Angerer, 23 Jahre alt und Stabsunteroffizier, die Nummer eins des Deutschen Ski-Verbandes. Angerer wurde im Biathlon Vize-Weltmeister und als Saisonbester Weltcup-Sieger.

Konkret: Angerer gilt neben dem „DDR"-Biathleten Frank Ullrich derzeit als Weltbester seiner Zunft. Und diese Zunft erfordert mehr als nur den gewöhnlichen Skilanglauf. Biathlon, das ist jene Disziplin, wo der Langlauf vom Schießen unterbrochen wird, wo Anspannung und Entspannung während des Wettkampfes stets in Gleichklang gebracht werden müssen.

Angerer ist zwar das Aushängeschild des Verbandes, aber er steht im Biathlon-Kader nicht allein. Die von Seifert seit vielen Jahren betreute vorzügliche Staffel gilt ebenso als Medaillenanwärter bei Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen.

Die Langläufer wollen sich deshalb mit Angerer sogar verstärken. Beim Deutschen Ski-Verband gibt es einen bereits intern diskutierten Plan. Demnach soll der laufstarke Peter Angerer die 4 x 10-km-Langlaufstaffel um Dotzler und Behle im nächsten Jahr in Sarajewo verstärken. Sportdirektor Helmut Weinbuch plant, Angerer dann bei den Spezialisten einzusetzen, wenn er in Sarajewo in seinen Einzeldisziplinen bereits Medaillen gewonnen hat. Dieses Erfolgserlebnis könnte ihn in der Langlaufstaffel zusätzlich motivieren.

Erfolgstrainer Jürgen Seifert, seit 1969 im Amt, spricht vom Rücktritt. Doch die ihn kennen, schließen das aus. Sie sagen: „Der Jürgen braucht doch den Streß."

Ski Nordisch

„Der Stefan", sagt Georg Sutter, Cheftrainer Nordisch im Deutschen Ski-Verband, „hat uns überrascht." Stefan Dotzler, 22 Jahre, Bundesgrenzschutzbeamter aus München, etablierte sich in diesem Winter in der Weltspitze der Skilangläufer. Dritter in Reit im Winkl, Siebenter in Sarajewo – damit ist Dotzler neben Jochen Behle (Willingen) der zweite DSV-Läufer internationaler Klasse. Karin Jäger (Willingen), die am Holmenkollen Zweite wurde, löste damit keine Signalwirkung im Verband aus. Sich ganz dem Skisport zu verschreiben wie Karin Jäger? „Dieser Trend ist bei den anderen Mädchen nicht da", sagt Trainer Sutter. Offenbar auch nicht bei den Herren. Das bewiesen die Junioren-Weltmeisterschaften in Kuopio (Finnland). Vier Minuten Abstand in den Einzelwettbewerben hinter den Siegern und der drittletzte Platz in der Staffel sind die düsteren Aussichten für die Zukunft. „Der Wille müßte bei den Jungen kommen", hofft Trainer Sutter, denn technisch perfekt sind sie allemal. Im Kombinationsbereich wirkten Hubert Schwarz (22) und Hermann Weinbuch (23) in diesem Winter ausgelaugt, die großen Erfolge blieben aus. Das ist wohl eine Folge der jahrelangen Überbeanspruchung der beiden. Sutter: „Eine Überforderung unserer wenigen Spitzenathleten ist nicht von der Hand zu weisen."

Bei den Skispringern fehlten zu Beginn der Saison bei der internationalen Vierschanzen-Tournee die Erfolge, bessere Resultate stellten sich erst unter Ausschluß der deutschen Öffentlichkeit ein (7., 8., 9. Platz in Amerika, 10., 11. und 12. Rang in Falun). Ursache war das fehlende Schneetraining, witterungsbedingt. Trainer Ewald Roscher, der die Saisonziele nicht allzu hoch gesteckt hatte: „Ganz klar, wir haben unser Klassenziel nicht erreicht."

STANDPUNKT

Quittung

Bernard Hinault, der Superstar des internationalen Profi-Radsports, fürchtet um seinen Ruf. Nachdem es in den Vorbereitungsrennen nicht rollte, stieg der Ex-Weltmeister beim ersten Saisonklassiker von Mailand nach San Remo vorzeitig vom Rad. Zu faul sei seine Mannschaft, damit könne er keinen Blumentopf gewinnen. Schuld daran sei Teamchef Cyrille Guimard, einst einer der Großen des französischen Straßenradsports. Hinault, einmal in Fahrt, brachte seinen Ärger auf den kleinsten Nenner: „Er oder ich, einer von uns beiden muß gehen."

Öffentliche Personaldiskussionen sind neu beim Renault-Rennstall. Hinaults Forderung obendrein unsachlich. Denn er hat jahrelang von Guimard gefordert, ein Team zu verpflichten, das aus braven Vasallen zweiter Klasse zu bestehen habe.

Nun bekommt Hinault die Quittung. Den braven Vasallen fehlt die Kraft, ihrem großen Kapitän standesgemäß die Siegesfahrt zu bereiten.

F. M.

FUSSBALL

Bremen hält Rudi Völler

dpa, **Bremen**

Das dienstälteste Präsidium der Fußball-Bundesliga wurde auf der Jahreshauptversammlung von Werder Bremen wiedergewählt. Präsident Franz Böhmert steht damit im 14. und sein Stellvertreter Klaus-Dieter Fischer im 15. Jahr an der Vereinsspitze. Die Bilanz der Bremer weist beim größten Etat der Vereinsgeschichte (9,4 Millionen Mark) einen Verlust von 130 000 Mark aus. Schatzmeister Karl-Heinz Hohnhorst zeigte sich mit dem Abschluß dennoch zufrieden. Wegen der guten Finanzlage rechnen die Bremer auch damit, daß Rudi Völler zumindest bis Ende seiner Vertragszeit (30. Juni 1984) bleiben wird. Völler sagt zu dem lukrativen Angebot des AC Turin, der vier Millionen Mark Ablösesumme bezahlen will: „Ich möchte nicht das Schicksal von Hansi Müller in Mailand erleiden. Er ist ein warnendes Beispiel für mich." Auch Bremens Trainer Otto Rehhagel zeigte sich skeptisch: „Wenn das Angebot von einem Spitzenklub wie Real Madrid oder Juventus Turin gekommen wäre, hätte ich ihm zugeraten."

Am 22. Februar 1983 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unser ehemaliger Geschäftsführer Herr

Dr. Albert Obladen

im Alter von 84 Jahren.

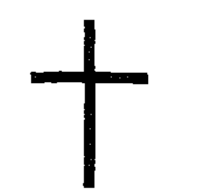
Durch seine hervorragenden Fähigkeiten und seine unermüdliche Schaffenskraft hat Herr Dr. Obladen als Geschäftsführer der SCHÜLKE & MAYR GMBH in den schwierigen Jahren der Nachkriegszeit die Weichen für die Entwicklung unseres Hauses gestellt. Mit unternehmerischem Weitblick und Initiative hat er 18 Jahre lang den Aufstieg unseres Unternehmens geprägt.

Mit dem Verstorbenen haben wir eine Unternehmerpersönlichkeit mit hohen menschlichen Qualitäten verloren. Wir werden Herrn Dr. Obladen ein ehrendes Andenken bewahren.

Norderstedt, im März 1983

Geschäftsleitung, Betriebsrat und Mitarbeiter

SCHÜLKE & MAYR GMBH **HINDS GMBH**



Auch wenn alles einmal aufhört – Glaube, Hoffnung und Liebe nicht. Diese drei werden immer bleiben, doch am höchsten steht die Liebe.

1. Kor., 13, 13

CURT W. O. RABBOW

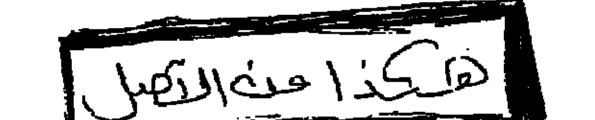
* 19. April 1915 † 19. März 1983

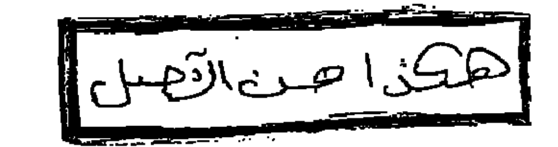
Magdalena Rabbow, geb. Lüdeking
Curt und Angelika Rabbow, geb. Detjen
Thomas Rabbow
Robert A. und Alice Rabbow, geb. Gräfin Hohenthal
Wolfgang und Beatrice Gaudes, geb. Rabbow
Hendrik M. Rabbow
Yvonne-Alice, Simon, Felix

Corinthstraße 18, 2000 Hamburg 52

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 25. März 1983, um 10.30 Uhr in der Kirche St. Paulus-Augustinus, Hamburg-Othmarschen, Ebertallee 11, statt.
Die Beisetzung erfolgt im Familienkreis auf dem Waldfriedhof in Barntrup/Lippe.

Statt zugedachter Blumen bitten wir die Förderungsgesellschaft der Hamburger Lions Clubs zu bedenken. Vereins- und Westbank Hamburg, Konto-Nr. 2/001 39.





GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, Beobachter vom Bau seit 1918, Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

Verlag vergibt regionale Anzeigenverwaltungen

...r lukratives Verlagsobjekt auf Lizenzbasis mit Gebietsschutz. ...lle Starthilfe (auch für Branchenfremde). Noch zu vergeben: Teile ...s Ruhrgebiets u. norddt. Raum. Kapitaleinsatz ab DM 15 000,– je nach Gebietsgröße.

...schrift mit kurzer Berufsangabe bitte unter G 5203 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Speditionshaus in Hamburg

mit Niederlassung im Rhein-Main-Gebiet

...etet zu günstigen Konditionen abgeschlossenes Büro (100 m²) und modernen beizbaren Lagerraum in Hamburg.

...eignet als Niederlassung, Werks-, Auslieferungs- oder Importlager.

Verteilerdienste vorhanden.

...rzugsweise an Firmen, die Ladungen aus dem Raum Frankfurt nach Hamburg oder in Gegenrichtung zu vergeben haben.

...gebote unter Y 5173 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Jetzt jede Chance nutzen!

...r Architekten, Datenverarbeiter, beratende Berufe u. a. bieten ...: 10% Berlinförderung, 75% Sonderabschreibung und I-Zulage als verlässiger Wettbewerbsvorteil durch Firmendomizil in Berlin. ...in Personal- oder Kapitaleinsatz.

Spezialvertrieb Fels, Bereich Transitcommerzservice Ullsteinstr. 194, D-1000 Berlin 42, Tel. 0 30 / 7 05 10 22

Handelsvertreter

...der gesamten BRD u. West-Berlin gesucht. Die Artikel: Neuheiten ...ltweit patentiert. Von ARD-Ratgeber, Autoverkehr u. Polizei ...pfohlen. **Die Branche:** Sport, Freizeit, Caravan, Camping, Kfz.-...behör, Fahrradzubehör u. a. **Ihre Kunden:** Kaufhausketten, Ver...uchermärkte, Fachhandel, Versandhäuser. Wenn Sie gute Kon...te zu einer oder allen der o. a. Handelformen haben, oder ...stellen können, freuen wir uns auf Ihre Zuschrift oder Ihren ...such auf der Internationalen Messe Camping-Touristik in Essen am 19.3. – 27. 3. 1983, Halle 12, Stand Nr. 1271.

...r telefonische Auskünfte steht Ihnen am 24. 3. u. 25. 3. von 9.00–...0 Uhr, -WM Wolfgang Müller, Großhandel / Im- u. Export, Wie...str. 48, 5270 Gummersbach, Herr Müller jun. unter der Tel.-Nr. 0 21 61 / 61 59, zur Verfügung.

LEASING VIDEO

...r Gründung einer Leasinggesellschaft, deren Kundschaft sich ...wiegend aus Einzelhandelsgeschäften des modernen Video...rktes zusammensetzt, werden noch

Kapitalanleger

...sucht.

...e tätige Mitarbeit auf diesem außergewöhnlich attraktiven Markt möglich.

Firmengruppe PAN, Fremersbergstr. 97, 7570 Baden-Baden

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

...chern Sie – Ihren Aufschwung – Ihre Existenz – Ihre Zukunft

Ihre Karriere 83

- mit einer Weltneuheit ● konkurrenzloses Produkt
- in den USA seit 4 Monaten auf dem Markt und schon millionenfach verkauft
- Ein Super-Massenartikel ● Jeder braucht ihn ● Ein VK-Preis, den sich jeder leisten kann (unter DM 20,–)
- Komplettes Verkaufssystem wird gestellt
- Wir haben: Europa-Alleinvertrieb, Imarkt-Know-how
- Wir bieten: Exklusiv-Vergabe für Bundesländer oder Landkreis; Realistische Einkommenserwartung DM 250 000,– p. a. und darüber
- Wir erwarten: Kapital (für schnellumschlagendes Warenlager)

...berlassen Sie Ihren Erfolg nicht anderen und schon gar nicht dem Zufall. ...ichten Sie Ihre Bewerbung mit Telefonangabe unter X 5172 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

Wollen Sie von Zuhause aus, von jedermann leicht realisierbar, auch ca. 12 000 DM monatlich verdienen? Eine völlig neuartige, krisenfeste Sache, nebenberuflicher Start möglich. Wir garantieren Selbständigkeit, Dauerbeschäftigung, Gebietsschutz, Erfolgshilfe und Einarbeitung. Kein Versicherungs- oder Warenverkauf. Kapitalnachweis erforderlich.

Zuschriften unter Z 5240 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Generalvertretung

gesucht von 2 ehem. Projektleitern, Ing. u. Meister, mit Kundendienst für Großraum Mannheim. Büro u. Lagerraum i. bester Lage Mannheims sowie 2 Pkws vorhanden. Evtl. Kapitalbeteiligung mögl.

Kontaktaufnahme unter: Tel. 0 62 21 / 2 11 39 od. 06 21 / 81 36 13

Gewinn DM 250 000,- p. a.

Tausende von deutschen und englischen Urlaubern und sonnenhungrige Umsiedler an der Costa del Sol vermissen dort ihr gewohntes FS-Programm von zu Hause. Gern sind Hunderte Leute pro Tag bereit, DM 10,- Eintritt für FS-Übertragung über Video von zu Hause zu zahlen. Wir haben dafür die geeigneten Räume im Zentrum von Torremolinos zum Kauf anzubieten. Das erforderliche Kapital beträgt DM 300 000,-. Gesamtinvestition von DM 400 000,-.

De Jong VDM
Tel. 04 31 / 32 20 55

Kommerzielle Probleme

NIGERIA?

Nigeria-Fachmann m. langj. Erfahrungen u. erstklass. Kontakten zu Banken, CBN, Behörden u. Privatwirtschaft bietet umfassende Beratung u. Problemlösung (Transfer-pushing, Inkasso, Kontaktanbahnung etc.). Referenzen vorh.

Angeb. erb. u. Y 4997 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Sie wollen

ins internationale Videogeschäft einsteigen?

Sie können!

– mit PAN – mit uns

15 000,– DM Eigenkapital ermöglichen Ihnen die Mitgliedschaft im PAN-Firmenverbund. Das PAN-Konzept garantiert Ihnen trotz Selbständigkeit hohe finanzielle Sicherheit. Mit einem gesicherten Einkommen.

Schreiben Sie an: PAN Fremersbergstr. 97 7570 Baden-Baden.

Die Antwort kommt postwendend.

SÜDAFRIKA

EDV-Profi, selbst., sucht mittelfristig (ab Jahreswechsel) Übernahme von Projektbetreuung u./o. -durchführg., Firmenvertr. o. ä. in Südafrika. 15 J. Berufserfahrung in Organisation, Systemanalyse, Software-Engineering, Programmierung, Arbeitsvorbereitung, vorwieg. auf IBM-Großanlagen.

Angeb. erb. u. W 5193 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Schweizer Handelsunternehmen der Metallbranche in Basel sucht Verbindung mit deutscher Firma, die an einem

Domizil in der Schweiz

interessiert ist. Separate Liegenschaft für Fabrikation oder Zwischenlagerung sowie Büro stehen für eine selbständige Konzeption zur Verfügung. Mitbeteiligung möglich. Ausführliche Angaben und Wünsche erbeten an

SACHS AG, Postfach 135
CH-4027 Basel

STELLENANGEBOTE

Deutscher Messebauer sucht für Raum Bundesrepublik einen erfahrenen

Akqusiteur

Bewerbungsunterlagen erbitten wir unter A 5175 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Für unsere Hotelberufsfachschule in Bayern suchen wir ab 1. 9. 1983 einen dynamischen

Schulleiter

Voraussetzungen: Hochschulabschluß, pädagogische Erfahrungen, mehrjährige Berufspraxis im Hotel- und Gaststättenwesen.

Angebote mit ausführlichen Personalunterlagen erb. u. R 4990 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.

CPA, Postfach 11 04 41, Ffm. 11

Beispiel

Niger: In der Provinz Dosso entstehen 200 neue Brunnen. Dorfbewohner graben sie selbst. Dazu wird einfaches Gerät und Baumaterial benötigt. Eine Schaufel kostet DM 20,–.

Brot für die Welt
Postscheck Köln 500 500-500

STELLENGESUCHE

Der Geschäftsführer

...iner bedeutenden Finanzierungsgesellschaft ...it vielfältigen guten Verbindungen ...ant den Schritt zur Lebensaufgabe

- führungsstarker Selfmademan
- innovativ
- technischer Background
- Vertriebserfahrung bei EDV-Hersteller
- belegbare große Erfolge
- unter 40
- nur Großraum Mannheim-Heidelberg

...m die notwendige Vertraulichkeit nach ...eiden Seiten sicher zu stellen, steht Ihnen ...ir weitergehende Auskünfte unser ...err Paulista zur Verfügung.

Schubert & Partner

...esellschaft für Beratung bei Kauf und Verkauf von Unternehmen und Beteiligungen mbH

...ahnhofstraße 55-57 · 6900 Heidelberg · Telefon (06221) 10899

Manager Einzelhandel

...s Alleingeschäftsführer eines Handelsunternehmens (SB-Waren...user, Verbrauchermärkte) erfolgreich und ungekündigt tätig ...gewohnt, qualifizierte Mitarbeiter sicher zu Erfolgen zu führen, durchsetzungsstark, jedoch kein „Einzelkämpfer", viel mehr teamorientierter, kooperativer Praktiker, kreativ und voll belastbar (Alter Mitte 30), marketing- bzw. vertriebsorientiert, ...cht „sein" neues Unternehmen, für das er auf Geschäftsleitungs...ene Erfolge verursachen darf.

...schriften erbeten unter K 5205 an WELT-Verlag, Postfach ...08 64, 4300 Essen.

Bezirksdirektor

... J., verheiratet, langj. Berufserfahrung, belegbare Erfolge in Aufbau, ...usbau und Motivation sowie Führung einer Bezirksdirektion, mit durch ...terne Fortbildung erweiterten Fachkenntnissen vornehmlich in den ...ereichen Hausrat, Haftpflicht, Unfall, Leben und Kranken, sucht sich zu Beginn d. Jahres 1984 in gleicher o. höherwertiger Position im Raum

Wiesbaden – Darmstadt – Frankfurt – Mainz

zu verändern.

...reundliche Kontaktaufnahme auf Geschäftsleitungsebene erbeten unter P 5187 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Assistentin

Ich bin
- Dipl.-Volkswirtin
- 25 Jahre alt
- erfahren als Assistentin in der Geschäftsleitung im Kfz-Handel (2 Jahre)

Ich suche
- Aufgabe als Assistentin in der kaufmännischen Geschäftsleitung oder
- Sachbearbeitung im kaufmännischen Bereich
- in Norddeutschland

Bitte nehmen Sie Kontakt auf mit der von mir beauftragten Beratung.

MANAGEMENT CONSULTING GMBH

Führungskraft Verlag

42 J., ungek. Stellung, sucht neue Herausforderung

Background: Organisation, allgem. Verwaltung, Einkauf, Vertriebsservice, Buchauslieferung, Abo-Verwaltung, Kultur- u. Fachzeitschriften.

Angebote erbeten unter Z 5174 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geschäftsführer GmbH (38 J.)

– Möbeleinzelhandel –

sucht neue Aufgabe, da jetzige Tätigkeit ohne Perspektive.

Schwerpunkte:
- Einkauf, Werbung, Organisation
- Analyse und Konzeption Aufbau neuer Betriebe
- Verbandsarbeit

Erfahrung:
- über 20 Jahre Branchenerfahrung davon 10 Jahre in der Führung
- konvtl. Möbel, Mitnahme/junges Wohnen, Randsortimente

Gesuchte Aufgabe: Gesamtverantwortung mit richtigem Verhältnis von Leistung und Einkommen

Angebote erbeten an PE 46118 WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Führungskraft - Vertrieb - Technik

Ende 30, kaufm. u. techn. Ausbildung, geschäftsführender Gesellschafter, Erfahrung und Praxis, die alle Funktionen der Unternehmensführung umfaßt (Einkauf, Verkauf, Vertrieb, Marketing, Werbung), sucht neuen Wirkungskreis als Geschäftsführer, Verkaufs-, Vertriebs- oder Niederlassungsleiter. Mit Schwerpunkt Auf- bzw. Ausbau des Vertriebsnetzes, Führung u. Motivation der Verkaufsmannschaft, Werbung.

Zuschriften erbeten unter D 5200 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Künstlervermittlung, Tourneedisposition, Veranstaltungsplanung

mache ich, 30 Jahre, weibl., seit 5 Jahren. Möchte mich aus persönl. Gründen in den Köln-Bonner Raum verändern. Termin: Juli 83 od. früher.

Angeb. erb. u. G 5181 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Chem. Dr. rer. nat.

46 J., Ungar, seit 79 in Deutschland, wissenschaftl. Tätigkeit in Belgien und England, sucht nach befrist. Forschungstätigkeit (Univ. München) neuen Wirkungskreis in Forschung, Entwicklung, evtl. Umweltschutz.

Schwerpunkt: Spuren- u. Extremspurenanalytik, instrument. Analytik, Radiochemie, Gammaspektrometrie, Tracertechnik.

Angeb. erb. u. C 5199 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (FH) Elektrotechnik

34 Jahre, langjährige Erfahrung in der Qualitätssicherung, im Anlagenbau tätig, Auslandserfahrung, sucht Tätigkeit im Raum Nordbayern.

Zuschriften erbeten unter T 5190 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen



Marketing-/Vertriebsleiter

Dipl.-Kfm., 43 J., verh., 16 J. erfolgreiche Tätigkeit im Konsumgüterbereich namhafter Unternehmen, intern. Erfahrung, beste Referenzen. Kenntnisse: Beherrschung d. absatzw. Instrumentariums; strategische Planung; Betreuung u. Akquisition v. Key Accounts; Personalführung; Vertriebs-Controlling, -Logistik, -Administration; Englisch verhandlungssicher;

sucht neue Führungsaufgabe.

Bitte nehmen Sie zunächst Kontakt auf mit

Konrad Tack Telefon 06 11 / 71 11-217

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung
Inlandsabteilung – Bereich Führungskräfte
Feuerbachstraße 42-46 · 6000 Frankfurt/M. · Telefon 06 11 / 7 11 11 · Telex 04 11632



Vertriebsleiter

42 J., verh., umfangreiche Erfahrung im Vertrieb technischer Gebrauchsgüter. Internationale Marktkenntnisse in West- u. Ost-Europa, Japan und USA. Darüber hinaus Erfahrung im Aufbau von Vertriebsorganisationen, Markt-Produktplanung und Controlling. Englisch verhandlungssicher und französische Sprachkenntnisse;

sucht vertriebsorientierte Aufgabe auf erster oder zweiter Führungsebene.

Nehmen Sie bitte zunächst Kontakt auf mit

Konrad Tack Telefon 06 11 / 71 11-217

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung
Inlandsabteilung – Bereich Führungskräfte
Feuerbachstraße 42-46 · 6000 Frankfurt/M. · Telefon 06 11 / 7 11 11 · Telex 04 11632



Dipl.-Ing. Verfahrenstechnik

43 J., TU Berlin, 3 J. in 2. Ebene von mittleren Unternehmen tätig (Int. Engineering, Maschinen- und Anlagenbau), Schwerpunkte Akquisition, Verkauf, Vertragsgestaltung und -abwicklung, Unternehmensplanung und Organisations-Management, 2 J. Aufenthalte in USA, Frankreich und UdSSR, entsprechende Sprachkenntnisse;

sucht Fertigungsposition/Leitungsfunktion in mittlerem Unternehmen des internationalen Maschinen- und Anlagenbaus.

Bitte nehmen Sie zunächst Kontakt auf mit

Helmut Hödl Telefon 06 11 / 71 11-245

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung
Inlandsabteilung – Bereich Führungskräfte
Feuerbachstraße 42-46 · 6000 Frankfurt/M. · Telefon 06 11 / 7 11 11 · Telex 04 11632

In den Bereichen Planung/Bau/Betreibung von FREIZEITANLAGEN, IMMOBILIEN, TOURISMUS, HOTELLERIE, GASTRONOMIE, UNTERHALTUNG

habe ich mir erstklassige Referenzen erworben. Zur Zeit noch versuche ich mich als

Unternehmensberater

zu spezialisieren und zu etablieren. Der Markt ist aber inzwischen damit überlaufen und mir widerfuhren „wundersame Dinge". Ich müßte viel Geld investieren, das ich nicht habe, um wieder solches zu verdienen und um mich besser durchsetzen zu können. Außerdem glaube ich, allein und als Newcomer wenig Chancen zu haben, auch wenn das Know-how vorhanden ist. Deswegen versuche ich jetzt auf diesem Weg neue Kontakte und eine neue, lukrative Anstellung zu bekommen.

Persönlicher Werdegang: Höhere Schule – Lehre als Groß- und Außenhandelskaufmann bei Chemiegroßkonzern – „Wanderjahre" – nahezu weltweit mit dem Erwerb absolut erstklassiger internationaler Spitzenreferenzen in erstgenannten Bereichen – danach zuerst freier Mitarbeiter, dann Geschäftsführer der bundesweit führenden Firmengruppe in Planung/Bau/Betreibung von großen Freizeitzentren bzw. kombinierten Einkaufs-/Freizeitzentren.

Ich bin 34 Jahre alt, jung/modern, elegant/repräsentativ, konservativ, seriös, ehrlich, zuverlässig, ungebunden und besitze einen einwandfreien Leumund und „Allround-Talent". Auch eine Tätigkeit als Ihr gewandter, vertrauenswürdiger, ggf. mit ungewohnten/unüblichen und neuen Situationen und Aufgaben belastbarer, flexibler

Persönlicher Beauftragter, Sekretär, Repräsentant

könnte ich mir vorstellen.

Bitte nur seriöse, konkrete Angebote „hochkarätiger" Privatpersonen bzw. Firmen unter N 5186 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter, Betriebswirt VWA

43 Jahre, erfahren im Innen- und Außendienst, zuletzt verantwortlich für 50 Mitarbeiter, bei überdurchschnittlichen Profiten, sucht adäquate Position in einem Unternehmen, das sich die Straffung und Ausweitung seines Vertriebes zum Ziel gesetzt hat.

Zuschr. erb. u. M 5185 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Zur Person: Kaufmann, Mitte 40, familiär ungebunden, langjährige Übersee-Erfahrung in leitender kfm. Position in Afrika und Asien für renommierte deutsche Handels- und Industrieunternehmen, Englischkenntnisse perfekt in Wort und Schrift, verhandlungssicher, flexibel und jeder neuen Aufgabe gewachsen, kontakt- und einsatzfreudig.

sucht: zur sofortigen oder späteren Übernahme

langfristige Führungsposition in Übersee

Zuschriften erbeten unter U 5191 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Als Kaufmann

in ungek. Stellung möchte ich, 40 J., ein Mann aus der Praxis m. unternehmerischem u. sicheren Auftreten, verhandlungsstark, ideenreich, zielorientiert, meine Kraft u. mein Wissen in ein Unternehmen m. Profil einbringen.

Langj. Erfahrungen i. d. Ber. Finanzen, EDV u. Vertrieb vorh.

Ich suche eine interess. Aufgabe als kaufm. Geschäftsführer o. ä. Ein Gespräch wird Sie überzeugen.

Zuschr. erb. u. PU 46112 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Garantiere Exporterhöhung 20% jährlich

Aufgrund 25jähriger Erfahrung garantiert 5sprachiger Exportfachmann, 52, obige Erhöhung vertragl. bei 3- b. 6monat. Einarbeitung.

Zuschr. erb. u. H 5182 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Industrie-Kaufmann, techn. u. kfm. orientiert, 30, ledig, ortsungebunden, bisher im zweiten Glied, möchte seinen kontinuierlichen Berufsweg als

Leiter Einkauf

in einem mittleren Industrie-Unternehmen fortsetzen. Erfahrungen in der Beschaffung von Kunststoff- u. Metallteilen sowie Kommunikations-Elektronik aus dem In- u. Ausland. Englisch, EDV, Verhandlungsgeschick, Organisationstalent.

Angebote unter PG 46120 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Führungsaufgabe im Marketing/Verkauf

HAL-Marketing, Dipl.-Kfm., 35 J., sucht neue Führungsaufgabe. Aufgabenschwerpunkte: gesamtes Marketingspektrum, vormals Verkaufsleiter National, Unternehmensplanung, EDV-Systeme für Vertrieb.

Zuschriften unter Y 5239 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chefsekretärin ! Fremdsprachenkorrespondentin

28 Jahre, Englisch einschl. Kurzschrift perfekt, Französisch sicher, Grundkenntnisse Spanisch, vertraut mit allen Sekretariatsarbeiten, bisher tätig in internationalem Konzern, sucht wegen Wohnortwechsel (früher Norddeutschland) interessante Tätigkeit im Großraum Bonn (Köln).

Ang. erb. u. L 5184 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wer sucht

für nat./intern. Vertrieb u. Marketing erfahrenen Kaufmann? 33 J., span./engl. fließend, nachweisbar erfolgreich im Auf- u. Ausbau von Märkten, bereit, ins Ausland zu gehen.

Zuschr. erb. u. PM 46163 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Repräsentant - Verkaufsleiter - Westdeutschland

33 Jahre, mittl. Reife, 10 Jahre Erfahrung im Verkauf von Konsumgütern. Sie finden in mir einen agilen Mitarbeiter, der eine hohe Einsatzbereitschaft mitbringt und einen kooperativen Führungsstil bevorzugt.

Unternehmen mit interessanten Produkten bitte ich um Zuschrift unter B 5198 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

BANKKAUFMANN

– Filialdirektor –

- 33 Jahre, nicht verheiratet
- belastbar, kontaktfreudig, ortsungebunden
- 14 Jahre tätig im Sparkassenbereich, 3 Jahre als Filialdirektor in ungek. Stellung
- fundierte Kenntnisse in allen Sparten des Bankgeschäftes
- AEVO-Qualifikation
- gute Englischkenntnisse
- Sparkassenbetriebswirt

sucht neue verantwortungsvolle Tätigkeit im In- oder Ausland (englischsprachig)

Angebote erb. unt. PR 45 742 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Belgierin

mit Büro und Fernschreiber in Lüttich sucht Firma/Firmen für Zusammenarbeit. Ihre Tätigkeit ist meine.

Zuschriften unter S 5189 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Heimtex-Abteilungsleiter

33 Jahre, erfahren in Einkauf, Sortimentsgestaltung, Disposition, Menschenführung und ergebnisorientierter Abteilungsführung, sucht neuen Wirkungskreis.

Zuschr. erb. unter A 5197 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Junge Familienmutter sucht baldigst Heimarbeit jegl. Art. Ang. erb. unter K 5183 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann

mehrj. Berufserf. im Inland sucht neuen Wirkungskreis. Nach Möglichk. mit Auslandsaufenthalt.

Angeb. erb. u. B 5176 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Suche als angehende

Masseurin und med. Bademeisterin

(Kneipp-Geundheitsschule) zum 1. 10. 83 Praktikantenstelle. Bin ausgebildete Arzthelferin.

S. Leitmann, Ratherstr. 47, 5600 Wuppertal.

Einkäufer

39 J., verh., fundierte Kenntnisse und Erfahrungen auf europ., amerik. und mittelöstl. Beschaffungsmärkten aus Stahlindustrie, Bauwirtschaft und Anlagenbau, sichere Verhandlungsführung sowie vertragsrechtliche Kenntnisse in Werks-, Subunternehmer-, Ingenieur- und Dienstleistungsverträgen, Auslandsaufenthalte (Europa, Mittl. Osten), Englisch, bisher im zweiten Glied (Hbv.) stehend, sucht Führungsposition in NRW.

Ang. erb. u. E 5201 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gel. Versicherungs-Kfm.

Anf. 30, langj. Innen- u. Außendiensterf., sucht verantwortungsv. Pos. im Großraum Kiel. Zuschr. erb. unt. PW 46 132 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Export (Fernost, Lateinamerika)

Dipl.-Kfm., 35 J., verh., langjähr. Erfahrung im Investitionsgüter-/Anlagenexport, 1½ J. Vorstandsassistent, leit. Tätigkeit i. Handelshaus ein. deutsch. Großkonzerns, fließend Englisch, Spanisch (im Ausland aufgewachsen), sucht entwicklungsf. Führungsaufgabe i. Exp., evtl. auch im Ausl.

Zuschr. u. PZ 46095 an WELT-Verlag, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bankkaufmann

24 J., sucht Aufgabenbereich in Bank, Handel, Industrie oder auch als

Privatsekretär

Büroerfahrung, Engl.-Kenntnisse, Führerschein, ungebunden.

Zuschr. erb. u. PH 46121 WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Suche für meinen Sohn

(Mittlere Reife) interessante Lehrstelle (ohne Branchenbegrenzung); biete Zuschuß zu Ausbildungskosten.

Zuschr. erb. u. 4711 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Überlastet? Keine Zeit? Mit mir nicht! – Außergewöhnlicher

Allround-Kaufmann

33, BWL, sucht Herausforderung als Assistent und/oder in Führungsfunkt. Angeb. erb. u. F 5202 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EDV/ORGANISATION

Erfahrener Praktiker sucht neue Aufgabe, auch als freier Mitarbeiter

Branchen:	Verlage – Banken – Industrie – Versicherungen – Einzelhandel
Technisch:	IBM – Siemens – Univac – HP
Funktional:	Projektleitung – Organisation – Programmierung

Ang. unter PF 46119 WELT-Verlag, Postfach, 2 Hamburg 36

Erf. Schiffahrtskfm.

52, m. besond. Kenntnissen in Aquisition, Cntr.-Verkehr u. Tarifierung w. s. z. 1. 7. zu verändern.

Tel. 0 40 / 6 47 50 83 oder unter V 5192 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Jungredakteurin, 28, su z. 1. 7. Teilzeitarbeit in Hamburg. Zuschr. u. PJ 46160 WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

In welchem Kleinunternehmen

kann Industrie-Kaufmann und Feinmechaniker (kriegsbeschädigt) eigenes Programm für feine Holzbasteleien (keine Massenware) zusätzlich zur sonstigen Mitarbeit durchführen?

Zuschriften erbeten unter PJ 46 122 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Diplom-Betriebswirt

26, abgeschl. kfm. Ausb., sucht neues Aufgabengebiet in Norddt.

Zuschr. unter PP 45741 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

27jährige sucht Startchance

nach abgeschl. Literatur- und Sprachstudium in Libanon und USA als Verlags- oder Redaktionsmitarbeiterin.

● Fremdsprachen: Englisch, Spanisch perfekt, Französisch ausbaufähig ● zielbewußt und ehrgeizig ● Bereitschaft für Auslandseinsatz.

Angeb. erb. u. E 4981 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Außenhandelskaufmann

viersprachig (dtsch, engl., franz., span.), verhandlungssicher, weltgereist, solide Marktkenntnisse, sucht Aufgabe in Süd- oder Westdeutschland, ab April 1983, auch als freier Mitarbeiter.

Ang. unter E 5179 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Erf. Büromasch.-Verkäufer

(insbes. Frankierm.) möchte sich z. 1. 7. 83 od. später i. Großraum NRW verändern.

Zuschr. u. T 5102 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Krankenschwester, 47 J., Ex 3/77, motorisiert, sucht wegen Wohnungswechsel neuen Wirkungskreis. Bis Dez. 82 Leiterin einer Sozialstation. Z. Z. in einer ambulanten Tagesklinik f. Chemotherapie tätig. Krankenhaus im südl. Einzugsgebiet HH bevorzugt. Angebote erbeten unter C 5177 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Volkswirtin

Studium: Universität Hamburg

vielseitig interessiert, engagiert, unabhängig, flexibel, sprachgewandt, Fremdsprachen (englisch/französisch/spanisch), mit umfangreichen prakt. Berufserfahrungen, möchte sich beruflich verändern in den Bereichen Organisation/Planung/Koordination.

Angebote erb. u. D 5178 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Führungskraft Rechnungswesen

staatl. gepr. Betriebswirt, Fachr. Rechnungsw., Steuern, Finanzierungen, 29 J., verh., mehrj. Erf. i. Rechnungsw., z. Z. a. Buchhaltungsleiter tätig, sucht neue verantwortungsv. Aufgabe in mittlerem Unternehmen, Raum Hannover, Minden, Bielefeld bevorzugt.

Zuschr. erb. u. PB 46 154 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Wem kann ich dienen? Pensionierter höherer Luftwaffen-Offizier fühlt sich zu jung für den Ruhestand. Langjährige Erfahrungen im Organisations- und Personalwesen sowie in Informations-, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit mit Interesse und Geschick auch für andere Aufgaben. Unbedingt loyal, unbegrenzt mobil, zeitlich unabhängig. Auch ständige Bürobereitschaft, Stellvertretung o. ä. Zuschriften erb. unter M 5207 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fachehepaar, 36/38 J., Deutsche, versiert i. Geschäftsf. u. Grillküche,

suchen Job (Club/Disko)

Südeuropa od. Übersee.

Zuschr. u. M 5097 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Exportkaufmann

30 Jahre, verb., engl./franz. verhandlungssicher, langj. Auslandserfahrung, z. Z. in leitender Stellung in Nigeria, sucht neuen Wirkungskreis in verantwortlicher Stellung.

Angebote unter R 5188 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kfm. Angestellte

33, langjährige eigenverantwortliche Tätigkeit in internationaler Spedition, gute Englischkenntnisse, sucht neue verantwortungsvolle Position, nicht branchengebunden, eventuell auch Ausland.

Zuschr. unter X 5238 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wo fehlt Nachfolger

Junger Mann (27, Examen), sucht verantwortungsvolle Tätigkeit.

Ang. unter F 5180 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bau-Ing. (Dipl.-Ing.)

42 J., ortsungeb., 14 J. Erf. i. Bauleitg. v. Hoch- u. Ing.-Bauten, sucht neuen verantwortungsv. Wirkungskr. in Bauunternehmen.

Zuschr. erb. u. PR 46109 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Dipl.-Geologe

Mitte 30, m. Schwerp. Meeresgeologie u. Sediment. Erfahrung in Erdbohrungen, sucht entspr. od. ähnl. Wirkungskreis. Zuschr. erb. u. PG 46158 WELT-Verlag, Postfach, 2 Hamburg 36

Richtmeister

Rohr- u. Anlagenbau, top-fit, langj. Erf., hoch belastbar, Iso. Pläne, Modell, 100 Monteure egal. Energisch, gewandt, freiberufl. tätig. jetzt od. später.

Zuschr. u. H 5116 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bilanzbuchhalter I.H.K.

Ende Dreißig – in ungekündigter leitender Stellung mit Erfahrung aus Industrie, Handel und Ausland, sucht neuen Wirkungskreis in Hamburg oder Umgebung.

Angebote erbeten unt. PS 45 743 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Rechtsanwalt

38 J., seit 6 J. eigene, vorw. zivilrechtl. Allgemeinpraxis in Hamburg, Schwerpunkt Bau-, Arbeits-, Zwangsvollstreckungsrecht, Präd.-Examen, Erf. i. Personalwesen u. öffentl. Dienst, nebenberufl. Lehrer f. Wirtschafts- u. Arbeitsrecht an staatl. Abend-/Wirtschaftsschulen sucht Tätigkeit i. Unternehmen o. Verband im nordd. Raum.

Angeb. erb. u. PD 46098 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Durch Streiks gingen 15 106 Tage verloren

dpa, **Wiesbaden**

39 981 Arbeitnehmer in 40 Betrieben haben 1982 im Bundesgebiet an Streiks teilgenommen. Dabei gingen nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden 15 106 Arbeitstage verloren. Im Jahr zuvor hatten sich 253 334 Arbeitnehmer in 297 Betrieben im Ausstand befunden, was 58 398 Arbeitstage kostete. Aussperrungen gab es 1982 nicht.

Gericht beanstandet Zustellgebühr

AP, **Schleswig**

Empfänger von Paketsendungen sollen nach dem Willen des schleswig-holsteinischen Verwaltungsgerichts keine Zustellgebühren mehr zahlen. Die Deutsche Bundespost, heißt es in dem gestern veröffentlichten Urteil, handele rechtswidrig, wenn sie eine derartige Gebühr verlange.

Die Richter begründeten ihr Urteil damit, daß allein der Absender mit der Post ein Nutzungsverhältnis eingehe, und zwar freiwillig. Diese Freiheit bestehe aber beim Empfänger von Paketsendungen nicht. Wenn ein Empfänger die Zustellgebühr abwenden wolle, müsse er auf das Paket verzichten (Aktenzeichen: Schleswig-holsteinisches Verwaltungsgericht 12 a 14/83).

Sondersitzung des Postverwaltungsrates

Rei. **Bonn**

Die Personalvertreter haben auf der Sitzung des Postverwaltungsrats am Montag eine Sondersitzung des Gremiums am 31. März durchgesetzt. Üblicherweise tagt der Rat jedes halbe Jahr. Die Personalvertreter hatten die Pläne von Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU) kritisiert, Privatfirmen an der Errichtung und Betreibung von Breitbandverteilnetzen u. a. für das Kabelfernsehen zu beteiligen.

Mubarak reist nach China

dpa, **Peking**

Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak kommt am 1. April zu einem viertägigen Staatsbesuch nach Peking. Es ist der erste Staatsbesuch eines ägyptischen Präsidenten in China seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1956.

Reagans Gegner nutzen Affäre um Rowny-Papier

Memorandum soll mangelnden Abrüstungswillen beweisen

TH. KIELINGER, **Washington**

Fast täglich muß derzeit die Reagan-Administration öffentlich und aus höchstem Munde eine Schlüsselfigur der US-Abrüstungsdiplomatie, den START-Chefunterhändler General a. D. Edward Rowny, verteidigen. Mit Rowny ist aber auch ein anderer Name erneut ins Gerede gekommen, Kenneth L. Adelman, der noch nicht vom Senat bestätigte zukünftige Chef der Abrüstungsbehörde (ACDA).

Es begann mit einem persönlichen Memorandum von Rowny an Adelman, vor einigen Wochen. Dieses Papier, von Mitarbeitern Rownys für ihren Chef entworfen, enthielt vertrauliche Mitteilungen über 16 Mitglieder der Abrüstungsbehörde in Washington und 2 Mitglieder aus Rownys eigenem Verhandlungsteam. Brisant war diese Liste nicht so sehr wegen der abfälligen Natur der Darstellung: Alle geschilderten Namen wurden als mehr oder weniger untauglich für den Fortgang der Abrüstungsdebatte abqualifiziert, in der Hauptsache, weil sie angeblich „zu weich" in ihrer Attitüde gegenüber den sowjetischen Verhandlungspositionen seien.

Von einem der beiden Männer aus Rownys eigenem Team, das in Genf die Reduktion der strategischen A-Waffen verhandelt, hieß es, er wolle „einen Vertrag um jeden Preis" – wohl die ungünstigste Eintragung, die ein Abrüstungsexperte in seinen Personalakten vorfinden kann.

Wie es häufig mit vertraulichen Mitteilungen geschieht, so gelangte auch der Inhalt des Rowny-Papiers durch eine Indiskretion bald an die Öffentlichkeit. Von den Kritikern wahlweise als „Hitliste" oder „Aufruf zum Schlachtfest" bezeichnet, von Rowny sofort als bloßes Gedankenspiel einiger seiner Mitarbeiter abgewiesen, absolviert das Memorandum nun das typische Washingtoner Spießrutenlaufen.

Die unmittelbaren Folgen entfalteten sich mit dramatischer Logik: Im Team von Rownys Genfer Kollegen brach eine Vertrauenskrise aus, einer der verdächtigten Offiziellen hat inzwischen seinen Stuhl in Genf entrüstet aufgegeben. Außenminister Shultz, dem Vernehmen nach tief enttäuscht über den als untadelig eingestuften START-Chef, schickte ein ganzes Feuerwehrteam von Mitarbeitern ins Kapitol, wo man im außenpolitischen Ausschuß des Senats über der Rowny-Affäre brütet.

Kenneth L. Adelman, als der Adressat des Papiers, erscheint dabei nicht im günstigsten Licht. Wieviel von all dem hat er gewußt, wie stark ist er in die „Konspiration" – wie seine Gegner es nennen – verwickelt gewesen, als er vor einem Monat zu seinen Anhörungen vor dem Senat erschien? Adelman gab damals nur zu, von „Säuberungsplänen" in der Abrüstungsbehörde gehört zu haben. Kenntnis der Rowny-Mitteilung deutete er zu keinem Zeitpunkt an. Vielmehr wies er persönlich die bloße Unterstellung von Absichten wie „Säuberungen" weit von sich.

Die nagende Frage aber bleibt, und sie wird in den Medien mit Lust ausgespielt: Was hat Adelman mit dem Rowny-Papier angefangen, oder konkreter: Was plante er, mit diesem Personal-Richtungsweiser in der Hand, in seinem zukünftigen Tätigkeitsfeld, der Abrüstungsbehörde?

Im Senat neigt man dazu, den Text des Rowny-Papiers publik zu machen. Nur dieser Schritt, so meint Ausschußvorsitzender Charles Percy, könne Adelman wirklich von allem Verdacht befreien. Das Weiße Haus ist von solchen Plänen verständlicherweise nicht erbaut. Freilich ist man auf Regierungsseite letztlich hilflos: Gegen die Veröffentlichung der vertraulichen Mitteilung gibt es kein rechtliches Mittel, nur die Überzeugungskraft von Argumenten.

Aber auch diese ist geschwächt, da sich eine Gruppe um die Senatoren Alan Cranston (Kalifornien) und Gary W. Hart (Colorado) geschworen hat, unter allen Umständen den Nachweis zu führen, daß die Reagan-Administration nicht ernsthaft an Abrüstungsfortschritten mit den Sowjets interessiert sei. Hier, und nicht in der Personalfrage als solcher, liegt dei Crux der Rowny-Affäre. Cranston und Hart sind Präsidentschaftsanwärter im Lager der Demokraten, wo man nur zu gern das Abrüstungsthema gegen Ronald Reagan ausgebeutet sähe. Edward Rowny, das zumindest steht fest, hat dieses Vorhaben unfreiwillig gefördert.

Späth: Notfalls im Alleingang Kürzungen

xhk. **Stuttgart**

Baden-Württemberg ist fest entschlossen, das Weihnachtsgeld im öffentlichen Dienst zu kürzen. Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) teilte am Dienstag in Stuttgart mit, „in Kürze" werde das Land einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundesrat einbringen. Die Eckdaten: Von 1985 bis 1990 wird das 13. Monatsgehalt im öffentlichen Dienst auf höchstens 2000 DM begrenzt, zuzüglich 200 DM pro Kind. Mit den freiwerdenden Mitteln – im Bund 3 bis 4 Milliarden, im Lande 300 Millionen Mark – sollen Teilzeitarbeitsplätze für jene jungen Menschen geschaffen werden.

Wenn dieser Vorschlag bundesweit akzeptiert würde, könnten nach den Berechnungen Späths jährlich rund 100 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Sollte eine einheitliche Regelung nicht möglich sein, wird Stuttgart eine „Ermächtigung" einholen, wenigstens in Baden-Württemberg die Weihnachtsgeld-Kürzung einzuführen. Bis zum 19. April sollen alle Ministerien im Lande Vorschläge unterbreiten, wie die Aufteilung dieser Teilzeitbeschäftigung auf die verschiedenen Berufsgruppen aussehen soll.

Mainz: Streit in FDP spitzt sich zu

Nea. **Mainz**

Weitere Zuspitzung im Führungsstreit in der rheinland-pfälzischen FDP: Der Landesvorsitzende Hans-Günther Heinz bezeichnete am Dienstag in einer öffentlichen Erklärung Äußerungen seines Stellvertreters, des pfälzischen Bezirksvorsitzenden Walter Hitschler (die WELT berichtete), als „unverschämt und ungehörig". Heinz forderte Hitschler zum Rücktritt auf. Hitschler hatte die Qualifikation von Heinz für den Vorsitz in der zu bildenden parlamentarischen Arbeitsgruppe bezweifelt.

Wörner verabschiedet Brandt und Obleser

dpa, **Bonn**

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner wird am 30. März auf der Hardthöhe den Generalinspekteur der Bundeswehr, General Jürgen Brandt, und den Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Friedrich Obleser, mit einem Zapfenstreich verabschieden. Das teilte das Verteidigungsministerium mit.

Norddeutsche CDU fühlt sich benachteiligt

● Fortsetzung von Seite 1

standen hat. Minister wird hier Ignaz Kiechle aus dem Oberallgäu. Die norddeutsche CDU stellt neben Minister Stoltenberg noch vier parlamentarische Staatssekretäre. Es sind dies Peter-Kurt Würzbach (Verteidigung), Hans Hugo Klein (Justiz), Heinz Franke (Arbeit und Sozialordnung) sowie Volkmar Köhler (Entwicklungshilfe). Daran dürfte sich nichts ändern. Erwogen wird, Rudolf Sprung, einen Finanz- und Währungsexperten, zum parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium zu berufen. Klein ist auch als künftiger Bundesverfassungsrichter im Gespräch, und Heinz Franke soll Nachfolger von Josef Stingl als Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg werden. Hier stehen also in absehbarer Zeit personelle Wechsel bevor. Dominierend sind die Landesverbände der CDU Rheinland und Westfalen, wenn man davon absieht, daß die rheinland-pfälzische CDU den Bundeskanzler, den CDU-Generalsekretär und Bundesfamilienminister Heiner Geißler sowie den Chef des Kanzleramtes, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger stellt. Staatsminister im Auswärtigen Amt wird wiederum Alois Mertes (CDU). Nordrhein-Westfalen werden Rainer Barzel, der neue Bundestagspräsident, Windelen, der neue Innerdeutsche Minister, sowie die Minister Norbert Blüm, Dorothee Wilms und Staatsminister Friedrich Vogel zugerechnet.

Relativ bescheiden werden die Baden-Württemberger bedacht. Manfred Wörner hat zwar als Bundesverteidigungsminister ein klassisches Ressort, aber dann kommt nur noch Staatsminister Philipp Jenninger (Bundeskanzleramt) zum Zuge. Daher wird erwogen, den Landwirtschaftsexperten Egon Susset zum parlamentarischen Staatssekretär im Ernährungsministerium zu berufen. Stark vertreten ist die hessische CDU mit Alfred Dregger, der aller Voraussicht nach auf der heutigen Fraktionssitzung zum Fraktionsführer gewählt wird, und mit den Ministern Christian Schwarz-Schilling (Post) und Heinz Riesenhuber (Forschung und Technologie). Für Walther Leisler Kiep, von dem es heißt, er wolle sein Engagement in Hamburg mit einem anderen Platz vertauschen, ist kein Ministeramt frei. Das in Frage kommende Ressort für wirtschaftliche Zusammenarbeit bleibt mit Jürgen Warnke (CSU) besetzt. Die CSU stellt außerdem mit Friedrich Zimmermann den Innenminister, mit Werner Dollinger den Verkehrsminister und mit Oscar Schneider den Wohnungsbauminister. CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber wird kein Ministeramt in Bonn übernehmen.

Die Kompetenzen von Bundesinnenminister Zimmermann werden um die Zuständigkeit für den Natur- und Tierschutz, die bisher beim Ernährungsminister lag, erweitert. Die FDP ist für diese Ausweitung, ebenso die CDU. Parlamentarische Staatssekretäre im Bundesinnenministerium dürften Carl-Dieter Spranger (CSU) und Horst Waffenschmidt (CDU) bleiben. Auf der Fraktionsebene sollen heute, nachdem der Vorsitzende gewählt ist, auch die parlamentarischen Geschäftsführer bestimmt werden. Es ist davon auszugehen, daß die CDU diese Aufgabe wiederum Wolfgang Schäuble, Rudolf Seiters und Frau Agnes Hürland übertragen wird. Die CSU hat bereits Wolfgang Bötsch gewählt. Die Wahlen der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und der Arbeitsgruppensprecher sollen erst später, wenn die Ausschußvorsitze vergeben sind, stattfinden.

Die Frage, ob Heiner Geißler auf längere Sicht hinaus neben dem Ministeramt Generalsekretär der CDU bleiben will, ist noch offen. Geißler hat bis zum Jahr 1985 ein Mandat. Ein Wechsel könnte aber auf dem Wahlparteitag der CDU stattfinden, der für Ende Mai in Köln vorgesehen ist, wenn nicht ein vorgezogener Wahltermin in Hessen zu anderen Dispositionen zwingt. Der rheinische CDU-Vorsitzende Bernhard Worms, ein Vertrauter Kohls, ist mit den organisatorischen Vorbereitungen dieses Parteitags betraut, hat jedoch keine Neigung, das Amt des Generalsekretärs zu übernehmen. Aber als sicher gilt, daß Worms für das CDU-Präsidium kandidieren wird, was zur Folge hätte, daß ein bisheriges Präsidiumsmitglied weichen müßte. Kurt Biedenkopf, der westfälische CDU-Vorsitzende, müßte als gefährdet angesehen werden. Worms, das war in Bonn zu hören, trifft morgen mit Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen.

Loderer sieht noch Chancen für Kompromiß

dpa, **Frankfurt**

Der zweite Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, sieht einen „Hoffnungsschimmer", daß der Tarifkonflikt in der Metallindustrie doch noch ohne Urabstimmung und Streik beendet werden kann.

Unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung des Hauptvorstandes in Frankfurt gestern in Frankfurt, dem kein Antrag auf Urabstimmung vorliegt, sprach sich Mayr dafür aus, „beide Seiten" sollten ohne Vorbedingungen die Verhandlungen wiederaufnehmen. Erst wenn Gewerkschaft und Arbeitgeber ausgelotet hätten, wie weit beide Seiten gehen könnten, sei eine Entscheidung über Urabstimmung und Streik zu fällen. Wenn sich die Unternehmerseite weigern sollte, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, „wird eine Automatik eintreten, die wir nicht aufhalten können und nicht aufhalten wollen".

Die Metall-Arbeitgeber machen dagegen ihre Verhandlungsbereitschaft davon abhängig, daß die IG Metall einem Kompromiß unter dem VW-Abschluß – vier Prozent für 15 Monate – zustimmt. Mayr, der im Herbst zum Vorsitzenden seiner Gewerkschaft gewählt werden soll, betonte gestern allerdings ebenso wie der amtierende Gewerkschaftschef Loderer, daß es keinen „Beschluß" gebe, den VW-Abschluß als Richtlinie zu betrachten. Das tarifpolitische Ziel der IG Metall, der Ausgleich der Preissteigerungsrate, sei unabhängig vom VW-Abschluß. Mayr warf den Arbeitgebern vor, zuerst Ultimaten aufgestellt zu haben.

Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, appellierte dagegen gestern erneut an die Gewerkschaft, auf die ultimative Forderung nach Übernahme des VW-Abschlusses zu verzichten. Die Metallindustrie werde sich auch durch einen Streik das „überhöhte Datum von vier Prozent" nicht aufzwingen lassen.

Die Arbeitgeber lehnten auch zunächst jede Terminvereinbarung ab. So sagte in Baden-Württemberg der Vorsitzende des Verbandes der Metallindustrie, Hans Peter Stihl, es sei nicht auszuschließen, daß die Arbeitgeber das Scheitern der Verhandlungen auch außerhalb Bayerns erklärten, wenn die IG Metall bei ihrem „ultimativen Verhalten" bleibe.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Beitrag der Rentner

„Leserbrief: Ungerechtigkeiten": WELT vom 24. Januar

Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien halten es aus Gründen der Beitragsgerechtigkeit zwischen den Erwerbstätigen und den Rentnern für notwendig, daß nicht nur die aktiven Versicherten, sondern auch die Rentner einen Beitrag für den mit hohem Aufwand verbundenen Krankenversicherungsschutz der Rentner zahlen. Damit soll auch eine ausgewogene Entwicklung der verfügbaren Einkommen von Arbeitnehmern und Rentnern gesichert werden, zumal bisher die Rentner in der Regel keine Steuern und keine Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen hatten.

Mit dem von der alten Regierungskoalition vorgelegten Rentenanpassungsgesetz 82 wurde folgende Regelung eingeführt, die auch insoweit von der neuen Bundesregierung mitgetragen wird: Die in der Krankenversicherung versicherten Rentner erhalten zu der Rente einen Beitragszuschuß von derzeit 11,8 Prozent ihrer Rente, der für die pflichtversicherten Rentner in gleicher Höhe als Beitrag für die Krankenversicherung von der Rente einbehalten und an die Krankenversicherung abgeführt wird. Mit den nächsten Rentenerhöhungen wird der Beitragszuschuß gestaffelt zum 1. Juli 1983 um 1 Prozentpunkt (bei einer gleichzeitigen Rentenerhöhung von 5,6 Prozent), zum 1. Juli 1984 um insgesamt 3 Prozentpunkte und zum 1. Juli 1985 um insgesamt 5 Beitragsprozentpunkte gekürzt, so daß die Rentner mit den genannten Prozentsätzen von ihrer Rente an der Finanzierung ihrer Krankenversicherung beteiligt sind.

Rentner, die neben ihrer Rente Versorgungsbezüge erhalten, müssen aus diesen Alterseinkünften gleichfalls Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner zahlen. Sie zahlen bereits ab 1. Januar 1983 Beiträge nach der Hälfte des allgemeinen Beitragssatzes der Krankenkassen, wie dies auch für Arbeitnehmer gilt. Im Bundesdurchschnitt sind das etwa 6 Prozent. Diese Regelung wurde bereits im Oktober 1981 beschlossen.

Mit der neuen Regelung wird erreicht, daß pflichtversicherte Rentner ab Mitte 1985 sowohl aus ihrer Rente als auch aus ihren Versorgungsbezügen etwa vergleichbare Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner zahlen werden. Durch das gestaffelte Inkrafttreten der Beitragszahlung soll vor allem verhindert werden, daß sofort die volle Belastung für die Rentner eintritt.

Für die beiden in dem Leserbrief erwähnten Beispiele werden ab Mitte 1985 folgende Beiträge zu zahlen sein:

Im Beispiel a) (= 1500,– DM monatliche Rente) beträgt die monatliche Beitragsbelastung 75,– DM.

Im Beispiel b) (= 500,– DM Rente und 1000,– DM Betriebsrente monatlich) beträgt die monatliche Beitragsbelastung etwa 85,– DM.

Ich bin der Ansicht, daß Beiträge in dieser Höhe die pflichtversicherten Rentner im Hinblick auf den umfassenden Krankenversicherungsschutz sozial nicht überfordern.

Freundliche Grüße
Ludger Reuber,
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Bonn

Stadt Graudenz

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren der Redaktion,

auf der Titelseite der WELT vom Donnerstag, dem 10. März, finde ich die Notiz „Treffen mit Glemp" (AFP/AP/rtr), die mich wie alles, was Polen betrifft, besonders interessiert hat.

Gewiß gibt es berufenere Leute, die Sie darüber informieren könnten, daß „Grudziadz" nicht bei Danzig liegt. Denn mit dieser Präposition wird ja wohl etwas in der näheren Umgebung befindliches bezeichnet. Wer auf die Karte schaut, kann erkennen, daß etwa 100 km, genauer 110 km, zwischen Danzig und dem so bezeichneten „Grudziadz" liegen.

Noch für Kopelew („Aufbewahren für alle Zeit") heißt „Grudziadz" Graudenz; seit 1235 Burg und Siedlung des Deutschen Ordens, seit 1260 Komturssitz. Solange ich lebe, ist die Stadt mir unter diesem Namen bekannt. Und der „König von Graudenz", Guillaume René Baron de L'homme de Courbière, der in der Zeit der tiefsten Erniedrigung Preußens die Festung verteidigte und nicht übergab, dürfte dem Kaiser der Franzosen auf dessen Bemerken „Es gebe keinen König von Preußen mehr" wohl kaum geantwortet haben, es gebe dann immerhin noch einen König von „Grudziadz".

Daß Sie Marienwerder nicht mehr als „Kwidzyn" bezeichnen, (was immerhin auf das prussische „Quidin" zurückgeht), erkenne ich dankend als Fortschritt an. Vielleicht können Sie es für Graudenz an der Weichsel und evtl. auch für Bromberg an der Brahe zukünftig ebenso halten.

Mit freundlichem Gruß
Hanco Maralt,
Schwaig ü. Nürnberg

Wort des Tages

„Gute Ansichten sind wertlos. Es kommt darauf an, wer sie hat."
Karl Kraus, österr. Autor (1874–1936)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

BUNDESWEHR

Bei der Ersten Panzerdivision in Hannover gibt es am Freitag einen Kommandowechsel. Kommandeur Generalmajor **Heinz Kasch** übergibt das Kommando nach dreieinhalb Jahren an Brigadegeneral **Henning von Ondarza**. Generalmajor Kasch geht als stellvertretender Inspekteur des Heeres, und damit zuständig für das Territorialheer, nach Bonn. Henning von Ondarza war bisher Leiter des Militärattachéstabes an der deutschen Botschaft in Washington.

*

Hans Henning Fuchs, Kapitän zur See und seit 1973 Leiter des Protokollreferates im Bundesverteidigungsministerium in Bonn, geht Ende des Monats in den Ruhestand. Staatssekretär **Joachim Hiehle** verabschiedete den Offizier, der inzwischen zu den meistdekorierten Soldaten der Bundeswehr gehört, da er bei allen Staatsbesuchen Orden entgegennehmen mußte, wie seine Kollegen scherzen, „für die Bundesrepublik die Soldatenbrust hingehalten hat". Nachfolger von Hans Henning Fuchs wird der stellvertretende Brigadekommandeur der Panzerbrigade 36 in Bad Mergentheim, **Paul Werner von der Schulenburg**.

GEBURTSTAGE

Der Arzt und Theologe **Hans Gödan** feierte gestern in Lemgo seinen 75. Geburtstag. Der Virologe und Krebsforscher verfaßte eine Vielzahl von allgemeinverständlichen Büchern im Bereich Medizin, Psychologie und Theologie und gewann hiermit einen internationalen Ruf. Zu seinen Werken gehören „Christus und Hippokrates", „Die Unzuständigkeit der Seele", „Die Ehe in der Zerreißprobe" sowie sein jüngstes Werk „Die sogenannte Wahrheit am Krankenbett", das zu einem Standardwerk für die Grenzbereiche von Medizin und Theologie geworden ist.

*

In der deutschen Wirtschaft und im Sport ist er gleichermaßen bekannt, **Kurt Capellmann**, der am 25. März 60 Jahre alt wird. Capellmann ist heute persönlich haftender Gesellschafter der Waggonfabrik Talbot, Aachen, und Vorstandsvorsitzender der Düwag AG, der Waggonfabrik Krefeld, Uerdingen. Kurt Capellmann ist außerdem Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes Aachen, Präsident des Aachener Marketing-Clubs und als früherer aktiver Spring- und Dressurreiter Präsident des Deutschen Reit- und Fahrverbandes.

GESTORBEN

Dr. **Wilhelm Blank**, über Jahrzehnte engagierter katholischer Journalist, starb im Alter von 78 Jahren in Bonn. Der Mitbegründer der deutschen Sektion der Vereinigung europäischer Journalisten engagierte sich in seinen langen Jahren als Bonner Parlamentskorrespondent auch besonders für die deutsch-französische Verständigung.

Eine andere Politik

ed. – Viel zu spät und nicht ısreichend. Diesen Kommentar ım Realignment hört man überl am Devisenmarkt. Und schon ıken die Devisenhändler: Die ıuen Kurse werden nicht lange alten. Derartige Kritik und Skeps nach Wechselkursveränderunen im Europäischen Währungsrstem (EWS) sind durchaus chts Neues.

Die Kritik an dem viel zu langen inausschieben der Wechselkursorrektur zwischen dem französihen Franc und der Mark ist in esem Falle besonders berechgt. Selbst Blinde konnten sehen, aß der Franc-Kurs schon seit niger Zeit nur noch mit Milliaren-Stützungsmanövern künstch hochgehalten wurde. Die Korktur war aus geldpolitischer eutscher Sicht unumgänglich, eil sich mit den Stützungskäun bei uns ein Inflationspotential ıfzubauen drohte.

Fragezeichen tauchen jedoch nter der Kritik am ungenügenen Ausmaß der Wechselkursänerungen auf. Experten, die es gentlich besser wissen müßten, ben in den Kurskorrekturen sor einen gewissen Vorhalteefkt, der schon künftiges Auseinıdergleiten der Inflationsraten i uns und unseren Partnern rücksichtigt.

Wie lange die neuen Wechselırse halten werden, hängt freih weniger von ein oder zwei rozent mehr Abwertung oder ıfwertung ab, sondern davon, ob ne Länder, deren neue Kurse vom Markt noch für zu hoch gehalten werden – und das gilt vor allem für Frankreich – künftig eine Politik betreiben, welche die Ursachen der Wechselkursspannungen beseitigt.

Auch eine addierte zehn- oder zwölfprozentige Abwertung des Franc und Aufwertung der Mark würde Frankreich ohne interne Anpassungsmaßnahmen nicht aus der Bredouille helfen. Solange sie ausbleiben, wird es immer wieder Wechselkurskorrekturen geben müssen.

Inflationsziele

J. Sch. (Paris). – Hat unter dem Schock der dritten sozialistischen Franc-Abwertung in Frankreich ein wirtschaftspolitischer Umdenkungsprozeß begonnen? Erste Anzeichen hierfür könnte man in den jüngsten Erklärungen von Wirtschafts- und Finanzminister Delors erkennen. Es sei heute nicht mehr möglich, so erklärte er im nationalen Fernsehen, die Arbeitslosigkeit als absolutes und die Inflation als nur relatives Übel zu betrachten. Denn Inflation würde Arbeitslosigkeit verursachen. Das entspricht genau deutschen Vorstellungen. Jedoch hält Delors eine so weitgehende Inflationsbekämpfung wie die deutsche in Frankreich wegen des Verhaltens der am Wirtschaftsprozeß beteiligten „Agenten" nicht für möglich. Damit können aber wohl nicht nur die Sozialpartner gemeint sein. Auch der Staat selbst als übermächtiger Hauptagent hat sich bisher ausgesprochen inflationistisch verhalten. Er sollte deshalb jetzt endlich mit gutem Beispiel vorangehen und den Kampf gegen die Inflation zur Priorität aller Prioritäten erheben.

Drei Sündenfälle

Von JOACHIM GEHLHOFF

ıwer sei, so stöhnte des Bunıswirtschaftsministers Staatsetär Dieter von Würzen dieser : vor stahlkundigen Journali- in Düsseldorf, die Position der desregierung beim Streben ı europäischer Opfergleichheit gemeinsamen Überwinden der ählebigen Stahlkrise. Auf den en Blick ein nur zu verständli; Stöhnen. Denn weiterer Katäts- und Arbeitsplatzabbau, die Branche in Europa so nötig wie der Fisch das Wasser, ist rall politisch heikel und entchend unbeliebt.

och gleich dreimal ließ der ıtssekretär der Vermutung n Raum, daß unzulängliche heit seines eigenen Hauses die sche Position unnötigerweise rschweren droht. Drei Sünden-, die sich wohl nur damit erklälassen, daß man im Hause liberaldemokratischen Wirtıftsministers die alten und in alliberaler Regierungskoalition ıngenen stahlpolitischen Fehwar nicht leugnen, in christaler Vergangenheitsbewältig aber denn doch nicht allzu erscheinen lassen möchte.

ster Sündenfall: Der Staatsseır schätzt es als geringfügig daß sich der deutsche Anteil er EG-Rohstahlproduktion seit 1974er Boomjahr bis 1982 nur zwei Prozentpunkte auf 32,2 ent vermindert hat. Tatsächaber macht dieser Zwei-Punkerlust selbst bei heutiger, stark mierter Produktion pro Jahr n gut zwei Millionen Stahltonaus. Die könnten in deutschen lwerken - 10 000 Beschäftigte in Lohn und Brot halten. Gefügig ist diese Prozentabweiıg also beileibe nicht.

veiter Sündenfall: Der Staatsetär zieht es in Zweifel, daß der *(laut Montanunionsvertrag* otene) Subventionswahnsinn meisten anderen EG-Stahlländer schon auf *80 Milliarden Mark* ere, wie die deutschen Produen behaupten. Eher nur die h nach Bonner Meinung chfalls schlimme) Hälfte dieser ıme scheint ihm die richtigere l.

ıne Not springt er da auf die längst brüchige Argumentasebene der schlimmsten Subtionsübeltäter in der Europäien Gemeinschaft. Eigene Subtionsrecherchen nämlich hat ı in Bonn nicht angestellt. Und nbar willig die Argumentation r EG-Stahlmehrheit geuckt, die schon in Staatseigen- ist und dementsprechend oft chüsse aus der Steuerkasse als ıünftigen „Eigentümerbeitrag" subventionsneutraler Form deiert. Und das in Krisenjahren, ienen kein privater Stahlkonı den Zehntausenden seiner Eigentümer mit Kapitalbeschaffungsplänen vor die Augen treten konnte.

Dritter und schlimmster Sündenfall: Offenbar kritiklos folgt Bonn der Fährte der Subventionsübeltäter beim Streit um geleisteten und noch notwendigen Abbau von Stahl-Arbeitsplätzen. Vorleistungen halten da andere zu Recht den Deutschen entgegen, wenn man das Boomjahr 1974 mit dem Stand von Ende 1982 vergleicht. Da stehen in der Tat der deutschen Minusrate von 24 Prozent weit höhere in Frankreich, Belgien, *Luxemburg* und zumal in England entgegen.

Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Die anders als das Gros ihrer EG-Konkurrenten zumeist privatwirtschaftlich organisierten und auf Gewinnerzielung aus eigener Kraft ausgerichteten deutschen Stahlunternehmen haben schon vor dem letzten Boomjahr 1974, und damals weit mehr als ihre noch träumenden EG-Partner, auf Rationalisierung und Kostenoptimierung gesetzt. Vergleicht man den heutigen Stand mit dem Mitte der 60er Jahre, so hat die deutsche Stahlindustrie 30 Prozent ihres Personals abgebaut – diese Quote ist um die Hälfte höher, als alle übrigen EG-Stahlunternehmen zusammen schafften.

Es wird hohe Zeit, daß die Bundesregierung auch diesen wichtigen Langzeit-Gesichtspunkt in ihre europäische Verhandlungsposition energisch einbringt. Strukturpolitik sollte nicht kurzatmig sein, meint der deutsche Stahlproduzentenverband zu diesem Kardinalpunkt. Auch in Bonn sollte man sich dazu *bekehren.*

Die Rückkehr zu einem freien Stahlmarkt, der nur die tüchtigsten Produzenten mit Rendite *belohnt,* wäre zwar auch mit solcher erfolgreicher Bekehrung noch nicht geschafft. Aber ein erster wichtiger Ansatz in diese Richtung wäre es immerhin. Den großen Rest muß bis 1985, der wieder einmal kodifizierten Endzeit der europäischen Stahl-Subventionslawinen, eine Neustrukturierung der deutschen Stahlunternehmen schaffen.

Sonderlich viel Verständnis für Begleitschutz oder gar Führungsrolle auf diesem Feld freilich ist in Bonn bislang nicht auszumachen. Vielleicht sieht es anders und besser aus, wenn am Donnerstag die große Stahlgesprächsrunde mit Unternehmern und Gewerkschaftern, mit Bundesländern und Stahlmoderatoren, zu Ende ist. Man kann es nur hoffen. Denn am bittersten und teuersten wird die Umstrukturierung der deutschen Stahlindustrie gewiß dann, wenn sie jetzt mangels kluger Bonner Stahlpolitik ihr Optimum weit verfehlen sollte.

WERKZEUGMASCHINENBAU / Weltweite Talfahrt ließ keinen Konkurrenten aus

Auftragsboom zum Ende des Jahres war nur ein sehr kurzes Strohfeuer

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Für den deutschen Werkzeugmaschinenbau hat sich der Auftragsboom vom Dezember 1982 – anders als für den Maschinenbau insgesamt – sehr schnell als Strohfeuer aus teils aufgeschobenen, teils vorgezogenen Aufträgen herausgestellt. Das Auftragsloch folgte schon im Januar mit einem Volumen, das nur noch die Hälfte des Monatsdurchschnitts des Gesamtjahres 1982 erreichte. Ein weiterer Produktionsrückgang um fünf Prozent wird nicht ausgeschlossen.

Zur Zeit können die Werkzeugmaschinenbauer weltweit noch keine Wachstumsmärkte ausmachen. Man sei auf eine Belebung in den wichtigsten Abnehmerländern in Europa und den USA angewiesen, meint Berthold Leibinger, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken (VDW). Doch: „Auch bei einem Aufschwung in den USA und in der Bundesrepublik werden wir noch keine Bäume ausreißen können."

Immerhin hat das Jahr 1982 die Branche auf ein Niveau zurückgeworfen, das noch unter dem von 1980 lag. Ihre Produktion schrumpfte um vier Prozent auf 9,85 (10,27) Milliarden Mark. 1980 hatte sie Maschinen im Wert von 9,88 Milliarden Mark hergestellt. Preisbereinigt sieht dieser auf den ersten Blick noch recht glimpfliche Rückgang sehr viel ernster aus: Ein Minus von mehr als zehn Prozent deutet an, daß in Stückzahlen die Flaute voll durchgeschlagen hat.

Das lag in erster Linie an den gravierenden Exporteinbußen. Der Rückgang um 7 (real: 13) Prozent auf 6,3 (6,7) Milliarden Mark wiegt umso schwerer, als mit 64 Prozent fast zwei Drittel der Produktion ins Ausland wanderten. Da war mit einem leichten Inlands-Plus von gut ein Prozent auf 3,57 (3,53) Milliarden Mark wenig auszurichten, zumal auch dies sich nach Abzug der Preiserhöhungen als ein Minus von mehr als fünf Prozent erweist.

Trotz aller Einbußen blieb die Bundesrepublik weltweit der größte Exporteur von Werkzeugmaschinen. Mit einem Weltmarktanteil von 24,2 Prozent führte sie weiterhin klar vor den Japanern mit 13,4 Prozent, den Italienern mit 7,9 Prozent, der Schweiz mit 7,1 Prozent und den USA mit 6,7 Prozent. Und auch in der Produktions-Statistik liegt sie mit 8,8 Milliarden Mark (hier ohne Zubehör gerechnet) immer noch auf dem dritten Platz hinter Japan (9,4 Milliarden Mark) und den USA (8,8 Milliarden Mark).

Angesichts ihrer kärglichen Kapazitätsauslastung von nur noch 77 Prozent zur Jahreswende 1982/83 – 1981 hatte man im Schnitt noch bei 90 Prozent, 1980 sogar bei 92 Prozent gelegen – dürften solche Ranglisten die Unternehmer der stark mittelständisch geprägten Branche kaum aufheitern. Ihr Auftragsbestand, im Jahresdurchschnitt noch bei 6,4 Monaten, war bis Ende Dezember auf 5,9 Monate abgebaut – das „Wunsch-Soll" liegt bei acht bis neun Monaten. Bei Kostensteigerungen um 7,7 Prozent und (Listen-)Preiserhöhungen um 6,2 Prozent hat sich schließlich auch die Ertragslage weiter verschlechtert.

Einziger Trost für diesen Zweig des Maschinenbaus, ohne dessen Produkte auch ein großer Teil der übrigen Industrie wenig ausrichten könnte: Auch die Konkurrenten in anderen Ländern, nicht zuletzt Japan, kamen nicht ungeschoren davon. So *ging* die japanische Produktion um 13, die der USA sogar um 24 Prozent zurück.

Einbußen erlitten die Ausländer nicht zuletzt am deutschen Markt. Die Importe gingen um fast 14, real sogar *um 20 Prozent zurück.* Daß die Einfuhren aus Japan, am Gesamtvolumen mit zehn Prozent beteiligt, um mehr als ein Viertel schrumpften, kann freilich nur bedingt fröhlich stimmen angesichts der Importanteile zwischen 30 (35) und 42 (52) Prozent bei den numerisch oder computernumerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen, dem Zukunftsbereich der Branche. Daß die Japaner nicht zuletzt wegen ihres Vorsprungs in der Mikroelektronik die Nase weit vorn haben, hat gerade im Februar die EG-Kommission der Branche klar ins Stammbuch geschrieben.

Die Entwicklung 1982 wird aber auch von den Werkzeugmaschinenbauern selbst sehr vorsichtig interpretiert: „Aus den Zahlen für 1982 darf man keineswegs schließen, daß jetzt die Offensive der Japaner deutlich abgeschlafft sei", unterstreicht Leibinger.

DEVISENMARKT / Aufwertungsgewinne nicht realisiert

Deutsche Aktien waren nach Wechselkursänderung gefragt

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Einen Tag nach der Wechselkursneuordnung im Europäischen Währungssystem ist an den am Montag noch sehr nervösen Finanzmärkten gestern wieder der normale Alltag eingezogen. Die Auf- und Abwertungen sind kaum noch ein Gesprächsthema, wenn man einmal davon absieht, daß die Wechselkurskorrekturen vielfach als unzureichend kritisiert werden.

Das aus deutscher Sicht herausragende Ereignis an den Märkten war gestern, daß Ausländer die Aufwertung der Mark nicht zum Anlaß nahmen, nun Aufwertungsgewinne zu realisieren und D-Mark in andere Währungen zu tauschen. Ganz besonders deutlich war das an der Aktienbörse zu erkennen, wo keinerlei nennenswerte Auslandsabgaben zu beobachten waren, dafür aber neue Käufe deutscher Aktien für ausländische Rechnung. Diese von vielen Börsianern unerwartete Konstellation und die Erleichterung darüber, die sich in Meinungskäufen niederschlug, sorgte gestern an der Aktienbörse für Kurssteigerungen um vier bis acht Mark bei den Publikumsaktien. Besonders lebhaft gefragt waren Aktien der Bereiche Banken, Elektro, Autos und Warenhäuser. Der Aktienindex der WELT kletterte von 125,5 auf 128,2 Punkte.

Am Devisenmarkt, wo schon am Montag das befürchtete Chaos ausgeblieben war, ist völlige Normalität eingekehrt. Die abgewerteten Währungen wurden durchweg dicht unter ihren neuen Höchstkursen innerhalb des EWS-Kursbandes gehandelt. Das ist nach Abwertungen allgemein üblich. Für die Mark bedeutete dies, daß sie derzeit die schwächste Währung im EWS ist.

Glattstellungen von spekulativen Franc-Baissepositionen waren am Devisenmarkt nicht beobachtet worden. Das wird vor allem damit erklärt, daß das Durchhalten solcher Engagements nach der Normalisierung der Kurssicherungskosten am Terminmarkt nicht mehr sonderlich teuer ist, so daß man wartet, bis sich der Französische Franc von seinem Höchstkurs löst. Beim belgischen Franc und der Dänenkrone waren Gewinnrealisationen nicht möglich, weil die aktuellen Kurse noch über ihren früheren EWS-Tiefstkursen liegen.

Auf den Kurs des US-Dollars hat das EWS-Realignment, das eine rein innereuropäische Angelegenheit ist, keinen Einfluß gehabt. Man hatte zwar am Montagabend in New York geglaubt, nun würden Gelder aus der D-Mark in den Dollar zurückkehren; deshalb stieg der Dollarkurs zeitweilig auf 2,42 DM. Aber diese Annahme erwies sich schon bald als Fehlspekulation. Bis zur gestrigen amtlichen Notierung in Frankfurt ging der Dollarkurs wieder auf 2,4010 DM zurück, womit er allerdings immer noch um 1,40 Pfennig höher war als am Montag.

Auch die Äußerung von US-Finanzminister Regan, er rechne mit Kursverlusten des Dollars, wenn sich die Devisenmärkte wieder beruhigen, machte keinen Eindruck auf den Handel. Regan sprach sich vor Journalisten in Washington nochmals gegen regelmäßige Interventionen an den Devisenmärkten aus.

AUF EIN WORT



„Der Staat ordnet zwar den Markt für Arbeit, aber dieser Markt ist selbständig und muß selbständig bleiben. Der Markt, nicht der Staat, schafft Arbeitsplätze."

Werner Then, Vorsitzender der Deutschen Management Gesellschaft FOTO: DIE WELT

Modernisierung weiter fördern

dpa/VWD, **Frankfurt**

Für eine Wiederaufnahme der direkten Modernisierungs- und Energiesparförderung und einen Abbau der steuerlichen Benachteiligung beim selbstgenutzten Wohneigentum hat sich Bundesbauminister Oscar Schneider ausgesprochen. Zur Eröffnung der Internationalen Fachmesse Sanitär Heizung Klima (ISH) in Frankfurt sagte der Minister außerdem, daß mit der Verbesserung der indirekten steuerlichen Förderung zudem die Quote bei selbstgenutztem Wohneigentum von derzeit knapp 40 Prozent auf die Hälfte aller Haushalte erhöht werden solle. Schneider warnte davor, angesichts der derzeitigen „Atempause" bei der Ölpreisentwicklung die Energiepolitik zu vernachlässigen. Langfristig notwendige Entscheidungen dürften nicht von kurzfristigen Preisschwankungen abhängig gemacht werden. Energieeinsparung bleibe unverzichtbar.

AUTOMOBILINDUSTRIE

Nachfrage und Produktion nahmen weiter deutlich zu

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Die Deutschen zeigen sich nach einer langen Pause der Enthaltsamkeit wieder aufgeschlossener für ihr angeblich liebstes Kind, das Auto: Die Nachfrage nach Personenkraftwagen zeigt auf dem Inlandsmarkt weiterhin steigende Tendenz, bekräftigt der Verband der Automobilindustrie (VDA), Frankfurt, in seiner jüngsten Produktionsstatistik. Bei den Bestellungen für Nutzkraftwagen wirken sich dagegen die wegen der Investitionszulage vorgezogenen Aufträge jetzt dämpfend aus, und auch die Auslandsbestellungen für diesen Bereich zeigen sinkende Tendenz.

Insgesamt wurden im Februar in deutschen Werken 338 000 Kraftwagen hergestellt, darunter 313 100 Pkw und Kombiwagen. Damit ist, so hält der VDA fest, der Produktionszuwachs gegenüber Januar deutlich kräftiger ausgefallen als saisonüblich. (Im Januar waren 292 816 Pkw und Kombiwagen produziert worden.) Damit hat die Produktion aber noch nicht den Vorjahresstand eingeholt, den sie in den beiden ersten Monaten zusammengenommen um 9 Prozent unterschreitet. Auch der Export ist noch weit vom Vorjahresschwung entfernt: In den ersten zwei Monaten zusammengenommen blieben die Pkw- und Kombiausfuhren um zwei Prozent unter dem – hohen – Vorjahreswert, bei den Nutzkraftwagen schlugen die Einbußen bei schweren Lastkraftwagen voll durch.

Daß die vorsichtig taktierenden Automobilhersteller, die sich in den letzten Monaten durch ausgiebige Kurzarbeit vor dem Aufbau großer Läger bewahrt haben, wieder zuversichtlicher sind, zeigt der Abbau der Kurzarbeit: Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich im Februar um 22 500 auf 138 400 Beschäftigte der Branche verringert, das sind auch weniger Mitarbeiter als im November und Dezember. Auch die Neuzulassungen zeigten mit 180 169 Pkw im Februar (nach rund 159 000 im Januar) deutlich nach oben.

VEREINIGTE STAATEN

Konjunktur entwickelt sich stärker als erwartet

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Konjunkturkurve zeigt in den USA immer deutlicher nach oben. Nach einer ersten Schätzung des Handelsministeriums in Washington, die sich auf noch unvollständigen Daten stützt, wächst Amerikas Bruttosozialprodukt im ersten Quartal 1983 real, also preisbereinigt, um vier Prozent (Jahresrate). Der Schub ist etwa doppelt so stark wie vorausgesagt. Das Weiße Haus feierte ihn als eine „Erholung, die sich rasch ausbreitet".

Das US-Handelsministerium erklärt die höchste Wachstumsrate seit zwei Jahren mit der beschleunigten Industrieproduktion, die mit einer Verlangsamung des Lagerabbaus einherging. Leicht angezogen hat die Endnachfrage, wobei die Verbraucherausgaben und der Wohnungsbau den Nettorückgang der Güter- und Dienstleistungsexporte sowie der Regierungskäufe mehr als ausgeglichen haben. Nicht verändert haben sich jedoch die betrieblichen Investitionen, die 1983 real um 3,8 Prozent abnehmen sollen.

Gemessen am Bruttosozialprodukt, betrug die Inflationsrate in Amerika im ersten Quartal 1983 auf Jahresbasis nur 2,8 Prozent, verglichen mit fünf Prozent in der Oktober-Dezember-Periode 1982. In diesem Zeitraum sank die Wertschöpfung real um 1,1 Prozent (zum zweitenmal nach unten revidiert), gegenüber plus 0,7 und 2,1 sowie minus 5,1 Prozent in den vorausgegangenen drei Quartalen. Nach den endgültigen Zahlen lag das US-Bruttosozialprodukt 1982 real um 1,7 Prozent unter dem Vorjahr. Nominal erreichte es 3059,3 Milliarden Dollar.

Wie das Ministerium weiter mitteilte, haben sich im vierten Quartal 1982 in den USA die Unternehmensgewinne aus laufender Produktion vor Steuern um 0,7 Prozent erhöht. Für die schwarzen Zahlen sorgten indes ausschließlich die Auslandsgewinne. Im Gesamtjahr 1982 sanken die US-Unternehmensgewinne um 15 Prozent. Weil die Firmen „abgespeckt" haben und die Erholung als sicher gilt, rechnet das US-Handelsministerium für 1983 mit einer „dramatischen Verbesserung der Gewinnsituation".

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Währungssorgen beim Stahl

Düsseldorf (J. G.) – Die neue Abwertungsspanne des französischen Franc gegenüber der D-Mark bringe ohne entsprechende französische Stahlpreiserhöhung für die deutsche Stahlindustrie auf dem quotierten und preisregulierten EG-Stahlmarkt die Gefahr einer drastischen Erlöseinbuße von jährlich 1,5 Milliarden Mark. Der deutsche Produzentenverband erinnert deshalb die Bundesregierung an ihre Pflicht, im Ministerrat und gegenüber der EG-Kommission für die Sicherung eines einheitlichen Stahlpreisniveaus auf Basis der deutschen Preise im EG-Markt zu sorgen; 1982 seien die Folgen geänderter Währungsparitäten zu spät und unvollkommen durch Preiserhöhungen in den Nachbarländern ausgeglichen worden.

Volle Lufthansa-Dividende

Düsseldorf (J. G.) – Trotz nur mäßigen Anstiegs der Verkehrsleistung hat die Deutsche Lufthansa AG, Köln, ihren Jahresgewinn 1982 nach zwei dürftigen Jahren auf voraussichtlich 95 (5,6) Mill. DM verbessert. Das ist mehr als ausreichend, um der Hauptversammlung am 14. Juli eine Dividende von 5 Prozent auf das volle Aktienkapital von 900 Mill. DM und eine Mitarbeiter-Ergebnisbeteiligung vorzuschlagen, nachdem in den letzten Jahren nur die 111 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien mit 5 Prozent Dividende bedient wurden. Der Vorstand begründet die Gewinnbesserung vor allem mit Eindämmung des Kostenanstiegs. Den spezifischen Treibstoffverbrauch habe man 1982 dank weiterer Flottenerneuerung um knapp 7 Prozent gesenkt.

Keine Steigerung erwartet

Berlin (dpa/VWD) – Der Energie-Sparwille wird sich auch bei sinkenden Rohölpreisen nicht ändern, zumal rund zwei Drittel des Rückgangs im Gesamtenergieverbrauch der Bundesrepublik seit 1979 auf rationellere Energienutzung zurückzuführen sind. Deshalb rechnet der Vorstandsvorsitzende der Esso AG, Hamburg, Wolfgang Oehme, auch bei einer konjunkturellen Erholung in der Bundesrepublik nicht mit einer wesentlichen Steigerung des Mineralölabsatzes, der sich von 1979 bis 1982 um 25 Prozent verringerte. Dazu sei die Substitution durch Kohle, Kernenergie und Erdgas viel zu weit vorangetrieben, sagte Oehme in Berlin.

Großhandelspreise sinken

Bonn (dpa/VWD) – Die Großhandelspreise in der Bundesrepublik sind im Februar weiter zurückgegangen. Sie lagen sowohl gegenüber dem Vormonat als auch gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat um 0,8 Prozent niedriger. Wie das Bundeswirtschaftsministerium bekanntgab, verbilligten sich von Januar bis Februar insbesondere die Mineralölerzeugnisse, wie leichtes Heizöl (minus 8,8 Prozent), Dieselkraftstoff (minus 7,3) und Benzin (minus 4,4). Billiger waren Lebensmittel wie Zitronen und Kartoffeln. Die durchschnittlichen Großhandelspreise lagen im Januar um 0,2 Prozent unter denen vom Januar 1982.

Agrardebatte vertagt

Brüssel (AFP) – Eine Verschiebung des Landwirtschafts-Marathons auf Anfang April hat die deutsche EG-Präsidentschaft gestern beschlossen. Wie aus EG-nahen Kreisen in Brüssel am Dienstag verlautete, werden die Landwirtschaftsminister der „Zehn", die ursprünglich am 28. März mit ihren Beratungen beginnen sollten, an diesem Tag nur zu einem kurzen Gespräch zusammenkommen, bei dem die Verlängerung der bisherigen Regelungen beschlossen werden soll. Ein genaues Datum für den „Marathon" wurde noch nicht festgesetzt.

Belebung erwartet

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Wirtschaft der Bundesrepublik wird sich 1983 nach Überzeugung der Dresdner Bank AG aus ihrer Schwächephase lösen und im Jahresdurchschnitt eine Zunahme des realen Sozialprodukts um etwa ein Prozent erzielen. Bei anhaltender Wirtschaftsbelebung könnten dann für die Jahre 1984 und 1985 Zuwachsraten von rund drei oder auch vier Prozent in Rechnung gestellt werden, hieß es in der in Frankfurt veröffentlichten Fünfjahresprognose der Dresdner Bank. Stütze der Konjunktur seien 1983 zunächst vor allem die Bauinvestitionen. Für den weiteren Jahresverlauf wird auch mit höheren Ausrüstungs- und Lagerinvestitionen sowie einer Erholung der Exportkonjunktur gerechnet.

IWF an Kapitalmärkte

New York (dpa/VWD) – Der Internationale Währungsfonds (IWF) sollte sich intensiver auf eine mögliche Inanspruchnahme der privaten Kapitalmärkte vorbereiten und den Weg mit der Aufnahme „kleinerer" Summen ebnen. Diese Forderung erhob die „Gruppe der 30", der international bekannte Währungs- und Wirtschaftsfachleute aus aller Welt angehören. Der IWF hat bisher seine Mittel durch Mitgliederquoten und durch Direkt-Kreditaufnahme bei einzelnen Industrie- oder Ölländern beschafft.

FRANKREICH / Sicherung der Franc-Parität

Weitere Maßnahmen erwartet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Halbierung des französischen Außenhandelsdefizits in diesem Jahr und eine Verlängerung des derzeitigen Inflationsplans bis ins nächste Jahr hält Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Delors für notwendig, um die neue Franc-Parität zu sichern. Welche konkreten Maßnahmen dafür ergriffen werden, ist noch nicht bekannt. Erwartet wird, daß sie Staatspräsident Mitterrand heute abend im Fernsehen verkündet.

In Pariser Finanzkreisen bezeichnet man die neue Franc-Parität jedenfalls gegenüber der D-Mark als „etwas knapp bemessen". Statt der vereinbarten acht Prozent war mit einer Ab- und Aufwertung von zusammen zehn bis zwölf Prozent gerechnet worden. Daß sich dennoch der Franc am Devisenmarkt gegenüber dem Kurs vom letzten Freitag nur um effektiv vier Prozent entwertete, wird auf technische Faktoren (Auflösung der Spekulationspositionen) zurückgeführt.

Für die an den Devisenmärkten mit Spannung erwarteten flankierenden Regierungsmaßnahmen zur Franc-Abwertung steckte inzwischen Delors den Rahmen ab. Danach soll das französische Handelsbilanzdefizit, welches sich 1982 auf 93 Milliarden Franc verdoppelt hatte, 1983 auf 40 bis 45 Milliarden Franc reduziert werden.

Der Minister unterstellt in seinem Kalkül, daß Frankreich bei den Energieimporten dank der Ölpreisermäßigung etwa 20 Milliarden Franc einspart. Dabei scheint die durch die Paritätsbereinigung herbeigeführte Franc-Abwertung gegenüber dem Dollar mitberücksichtigt zu sein, nicht dagegen eine eventuelle weitere Aufwertung des Dollar.

Demzufolge müßte die Regierung jetzt Maßnahmen ergreifen, durch welche die übrigen Importe ermäßigt bzw. die französischen Exporte gesteigert werden könnten. Was den Warenverkehr mit der Bundesrepublik betrifft, so wird eine Verminderung des französischen Defizits von 38,1 in 1982 auf 31,5 Milliarden Franc in 1983 angestrebt.

Dies wäre ein verhältnismäßig geringer deutscher „Beitrag" zur teilweisen Sanierung der französischen Handelsbilanz. Denn das neue „Plandefizit" läge um immer noch neun Milliarden Franc über dem von 1981 (22,6). Dabei ist unterstellt, daß auch im weiteren Verlauf dieses Jahres die Preise und Kosten in Frankreich stärker als in der Bundesrepublik steigen werden, und zwar mindestens doppelt so stark.

So bestätigte Delors jetzt ausdrücklich sein für 1983 auf acht Prozent festgesetztes „Inflationsziel". Er hält das gegenüber der 1982 registrierten Jahresinflationsrate von 11,8 Prozent für eine nach französischen Verhältnissen maximale Preisstabilisierung. Für 1984 will er den Preisanstieg auf fünf Prozent begrenzen. Neue Maßnahmen hält der Minister „persönlich" nicht für notwendig. Allerdings schloß er eine Verlängerung des derzeitigen einkommenspolitischen Dispositivs und dessen verschärfte Anwendung nicht aus.

FINANZPOLITIK / Schleppender Zahlungseingang beim Fiskus

Steuerrückstände sind stark gestiegen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Steuerrückstände sind in den letzten Jahren stärker gestiegen als die Steuereinnahmen. Der schleppende Zahlungseingang lag nach einer Untersuchung, die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegeben wurde, zum einen an der konjunkturellen Verschlechterung und zum anderen an der „Zurückhaltung der Finanzämter bei Vollstreckungsmaßnahmen aus arbeitsmarktpolitischer Sicht".

Allerdings: „Das Vorhandensein von Außenständen ist in der Steuererhebung als ebenso normal anzusehen wie bei Unternehmen", heißt es. Bei steigenden Steuereinnahmen werden diese Außenstände entsprechend zunehmen.

Die gesamten Steuerrückstände bei den Besitz- und Verkehrssteuern betrugen im vergangenen Jahr 15,4 Milliarden Mark, während das zugrunde liegende Kassensoll mit 273,6 Milliarden Mark angegeben wird. Die Rückstandsquote als Anteil der gesamten Rückstände am Kassensoll erhöhte sich damit von 5,44 Prozent 1981 auf 5,62 Prozent im vergangenen Jahr. Bei 4,6 Milliarden Mark dieser rückständigen Steuerbeträge ist die Einbeziehung ausgesetzt worden, weil von den Steuerpflichtigen eingelegte Rechtsmittel Aussicht auf Erfolg haben. Weitere 1,4 Milliarden sind von den Finanzämtern „aus guten Gründen" gestundet worden, so daß die Restbeträge von 9,4 Milliarden Mark als echte Rückstände betrachtet werden müssen, also als fällige, aber ohne Begründung nicht gezahlte Steuern.

Die Steuerrückstände bei den Besitz- und Verkehrssteuern sind zwischen dem 1. Dezember 1981 und dem 30. November 1982, verglichen mit der Vorperiode, um 820 Millionen Mark gestiegen. Mit diesem Plus von 5,6 Prozent erhöhten sie sich rascher als das Kassensoll mit 2,2 Prozent oder das kassenmäßige Aufkommen mit 1,8 Prozent. In der Vorperiode hatten das Kassensoll und das Aufkommen um 2,7 und 2,1 Prozent zugenommen, die Steuerrückstände jedoch um neun Prozent. Während die Rückstände zwischen 1970 und 1975 dreimal so schnell wie das Kassensoll und das Aufkommen stiegen, konnte zwischen 1976 und 1979 das Entwicklungstempo der Rückstände gebremst werden. In den letzten Jahren hat es sich jedoch, nicht zuletzt unter konjunkturellem Einfluß, wieder deutlich beschleunigt.

Die Zunahme der Rückstände ging vor allem auf das Konto der veranlagten Einkommensteuer (275), der Körperschaftsteuer (207), der Umsatzsteuer (179) und der Lohnsteuer (118 Millionen Mark). Die Rückstandsquote bei der Lohnsteuer liegt seit Jahren bei 0,9 Prozent, bei der veranlagten Einkommensteuer wird sie mit zuletzt 16,4 Prozent und bei der Körperschaftsteuer mit 10,2 Prozent angegeben.

LEO ADAMS / In 100 Jahren zur bedeutenden Gruppe

Alles dreht sich um das Ei

JAN BRECH, Hamburg

Die in diesen Tagen vor genau 100 Jahren in Berlin als Einzelhandelsgeschäft für Eier und Landprodukte gegründete Firma Leo Adams (GmbH & Co), Hamburg, zählt heute zu den bedeutendsten Eier-Erzeugern in der Bundesrepublik und zum größten inländischen Eier-Erfasser. Die Produktion, Erfassung und den Vertrieb von Eiern und Ei-Produkten nahm Adams Anfang der sechziger Jahre auf, nachdem durch die EG-Marktordnung der Drittlandsimport von Eiern weitgehend zum Erliegen gekommen war und Adams bis zu 80 Prozent seines Umsatzes eingebüßt hatte.

Die Leo Adams Firmengruppe erreichte 1982 einen Umsatz von rund 130 Mill. DM. Kernstück des Verbunds ist die Eier-Erfassungs-, Sortier- und Verpackungsanlage in Quakenbrück, die schon jetzt zu den größten inländischen Eierzentralen gehört und gegenwärtig für 10 Mill. DM auf eine Tageskapazität von 1,8 (bisher 1,5) Millionen Eiern erweitert wird.

Von den 360 Mill. Eiern, die bislang in Quakenbrück pro Jahr sortiert und verpackt worden sind, stammt gut die Hälfte aus zehn eigenen Hühnerfarmen. Vertrieben werden die Eier von der 100prozentigen Tochtergesellschaft Deutsche Frühstücksei GmbH & Co KG. Die Tochter Emsland Eiprodukte GmbH & Co KG produziert und vermarktet zusätzlich rund 6000 Tonnen Eiprodukte aller Art. Zu der weitreichenden Gruppe gehören außerdem der größte deutsche Zuchtsauen-Betrieb in der Nähe von Bremen und die Fleischerzeugung Visbek GmbH & Co KG.

Die Dachgesellschaft Leo Adams wird geführt von Erwin Adams, dessen Großvater die Firma in Berlin gegründet hatte, und seinem Sohn Paul Adams. Peter Adams, der zweite Sohn, leitet eine Verpackungsfolienfabrik in den USA, die eine von verschiedenen amerikanischen Industriebeteiligungen darstellt. Aufgegeben hat Adams die nach dem Krieg betriebene Schiffahrt und das eigene Außenhandelsbankgeschäft.

BILDSCHIRMTEXT / Handel bedauert neue Gebührenordnung

„Das ist nicht mittelstandsfreundlich"

GISELA REINERS, Bonn

Mit „Bedauern" hat die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) die neue Gebührenordnung für Bildschirmtext zur Kenntnis genommen. Der Postverwaltungsrat hatte sie auf Vorschlag von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) auf seiner Sitzung am Montag gebilligt. Nach Auffassung der HDE ist die Gestaltung der monatlichen Grund-, Speicher- und Verkehrsgebühren nicht mittelstandsfreundlich. Die Bundespost werde sich darauf einrichten müssen, daß zahlreiche Anbieter aus dem Einzelhandelsbereich den neuen Fernmeldedienst, der am 1. September bundesweit eingeführt wird, nicht nutzen werden.

Im Bundespostministerium ist man dagegen nach wie vor der Ansicht, daß es sich um „günstige Gebühren" handelt. Die vorgesehenen Anschließungs-, Änderungs- und Grundgebühren werden schon mit der Einführung des Systems im September fällig, die übrigen Gebühren fallen 1984 erst zur Hälfte und 1985 vollständig an. Anschließungs- und Änderungsgebühren betragen 55 Mark je Antrag. Der Anschluß, der schon die technischen Notwendigkeiten mit einschließt, acht Mark pro Anschluß.

Gestrichen wurde die Gebühr für Anbindung an Schlagwörterverzeichnisse und das Bereithalten von solchen Anbindungen. Billiger wurden das Absenden von Antwortseiten (jetzt 30 statt 40 Pfennig) und die Einträge in Teilnehmerlisten (0,5 statt 1,5 Pfennig je Eintrag/Tag). Der Einzelhandel hatte zuvor schon die Höhe der Grundgebühren kritisiert und hält auch das Absenden von Mitteilungen (40 Pfennig pro Seite) für zu teuer.

Über Bildschirmtext wird es künftig möglich sein, über eine Verbindung zwischen Telefon, Fernseher und einen zentralen Postcomputer zum Beispiel Reisen zu buchen, unbare Zahlungen über das Bankensystem abzuwickeln und Informationen wie zum Beispiel eine Fahrplanauskunft abzurufen. Die Bundespost rechnet 1986 bereits mit einem Millionenpublikum. Die Gebühren werden vorwiegend auf der Anbieterseite anfallen. Der Benutzer zahlt nur für die Inanspruchnahme des Systems.

Die Bundespost verbilligt aus diesem Grunde auch ihr Dienstleistungsangebot im Telefonbereich. So wird vom 1. Juni an der Anschluß eines zweiten Telefonapparates nur noch 13 statt bisher 27 Mark und die Anschließungsgebühr nur noch 100 statt 200 Mark betragen. Die Post erhofft sich davon einen Anreiz für die Nutzung von Bildschirmtext.

Gervais Danone mit sieben Prozent Plus

dpa/VWD, München

Die Gervais Danone AG, München, steigerte im Geschäftsjahr 1982 den Umsatz um sieben Prozent auf 362 (339) Mill. DM und verbuchte einen Jahresüberschuß von 2 (1,4) Mill. DM. Die Umsatzrendite von 0,6 (0,4.) Prozent bezeichnete der Vorstandsvorsitzende Jean Schwebel bei Vorlage des Jahresabschlusses allerdings als bescheiden. Es werden wieder 6 Prozent Dividende auf 21 (20) Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet, der Rest wird den Rücklagen zugeführt.

Der Absatz konnte bei durchschnittlich zweiprozentiger Preiserhöhung um 5 Prozent gesteigert werden. Dabei habe man etwa einen Prozentpunkt Marktanteil hinzugewonnen.

Burbach-Kali zahlt Kapital zurück

dos, Kassel

Die Burbach-Kaliwerke AG, Kassel, wird der Hauptversammlung (18. April) vorschlagen, das Grundkapital von 34 Mill. DM zum Zwecke der Kapitalrückzahlung auf 100 000 DM herabzusetzen. Die Gesellschaft, die Ende 1982 ihre 7,2prozentige Beteiligung an der Kali und Salz AG (K+S) an die Wintershall AG veräußert hat, wird ihren Aktionären ferner eine Dividende von 47,30 DM je 50-DM-Aktie zahlen. Der Bilanzgewinn von 32,2 Mill. DM stamme fast ausschließlich aus der Veräußerung des K+S-Pakets. Beiden Maßnahmen, so schreibt der Vorstand, liege das Bestreben zugrunde, den wesentlichen Teil des Gesellschaftsvermögens den Aktionären zur eigenverantwortlichen Neuanlage zur Verfügung zu stellen.

FREIE BERUFE / Lehrstellenangebot wächst

Bei Ärzten droht Überfüllung

HANNA GIESKES, Bonn

„Wir sind sozusagen eine Wachstumsbranche." Rolf Schlögell, Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB), Bonn, beziffert die Zahl der von seinem Verband repräsentierten Freiberufler auf rund 330 000; im Jahr 1970 seien es erst rund 222 000 gewesen. Dieses Wachstum sei einerseits erfreulich, sagte Schlögell gestern in Bonn während der Vorlage des BFB-Jahresberichts, „aber es beweist auch, daß viele junge Akademiker weder beim Staat noch in der Wirtschaft eine Anstellung finden können".

Der Präsident befürchtet für die nächsten Jahre „eine Überfüllung der steuerberatenden und ärztlichen Berufe"; bei Rechtsanwälten, Architekten und Apothekern sei die Schwemme bereits da. Dennoch sei man „in keiner Weise Vertreter einer irgendwie gearteten Beschränkung der Niederlassungsfreiheit"; dies gelte auch für die Freizügigkeit der Apotheker-Niederlassung innerhalb der erweiterten Europäischen Gemeinschaft, die mit besonderen Problemen behaftet ist, weil Niederlassungsfreiheit bisher nur in der Bundesrepublik besteht.

„Überaus zufrieden" ist Schlögell mit der Entwicklung des Lehrstellenangebots der Freiberufler. Hier sei die Zahl der Stellen mit sechs Prozent im vergangenen Jahr stärker gestiegen als im Durchschnitt der Wirtschaft, „und wir gehen auch in diesem Jahr von einer Steigerung aus". Insgesamt bestanden zum 31. Dezember des vergangenen Jahres 123 646 Ausbildungsverträge.

Im Verband hofft man, daß die Öffnung der freiwilligen Kfz-Überwachung für freiberufliche Sachverständige „in Bälde" realisiert werden kann. Im übrigen „werden wir nicht müde werden, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Selbständigen steuerlich benachteiligt werden"; ihnen fehle nach wie vor ein ausreichendes Äquivalent für die Steuerfreiheit des Arbeitgeberbeitrags zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung der Arbeitnehmer.

USA / Beim Streit mit der EG um Agrarexporte endlich mildere Töne angeschlagen

Handelskrieg kann keiner gewinnen

H.-A. SIEBERT, Washington

Im Streit um die Subventionierung von Agrarexporten in Drittländer schlagen die USA jetzt mildere Töne an. Vor dem Nationalen Presseklub in Washington warnte der amerikanische Landwirtschaftsminister John Block ausdrücklich vor einem „Handelskrieg, den keiner gewinnen kann". Die Vereinigten Staaten und die EG müßten konstruktiv zusammenarbeiten und nach fairen und gerechten Lösungen suchen. Noch vor wenigen Wochen hatte Block den Europäern eine „Agrarschlacht an allen Fronten" angedroht.

Für den Rückzug auf vorsichtigere Positionen gibt es nur diese Erklärung: Die USA befürchten protektionistische Gegenmaßnahmen. Immerhin erzielen sie allein im Agrarhandel mit der EG Überschüsse von rund acht Milliarden Dollar jährlich. Zum anderen kann sich Washington wegen der ohnehin schon riesigen Haushaltsdefizite keine massiven Ausfuhrsubventionen leisten. Dazu Block: „Die Programme sind zu teuer; wir müssen uns mit der EG auf Einsparungen einigen." Die Verhandlungen letzte Woche seien nur der Beginn einer langen Gesprächskette.

Erstmals gab Block auch zu, daß die „Landwirtschaft einen Mindestschutz benötigt". Zwischen den USA und der EG bestehe aber keine Übereinstimmung, wie das System auszusehen habe. Der Minister: „Wir zahlen unseren Farmern direkte Beihilfen und überlassen die Preisgestaltung dem Markt. Der Schutz der EG besteht dagegen aus konstant hohen Preisen." Block bezifferte die Agrarbeihilfen in den USA auf 18 (EG: 30 bis 40) Milliarden Dollar. Das sind jedoch nur die Aufwendungen des amerikanischen Bundes. Hinzu kommen die Ausgaben der einzelnen Staaten, die diesen Betrag etwa verdoppeln.

Block ließ aber keinen Zweifel daran, daß die USA die Agrarexporte noch ausweiten werden. Eine Delegation unter seiner Leitung hat eine Werbereise nach England, Tunesien, Ägypten, Saudi-Arabien und die Türkei angetreten. Eröffnet werden Verkaufsbüros. Vom 17. bis 19. Mai findet überdies in Atlanta, Georgia, eine große amerikanische Agrarmesse statt, zu der auch mehrere hundert Einkäufer aus der Bundesrepublik erwartet werden. Nicht festlegen wollte sich Block, ob die USA subventionierte Lieferungen ins Ausland wiederholen. In der EG hatte die Ausfuhr von stark verbilligtem Weizenmehl nach Ägypten große Aufregung ausgelöst.

BW-BANK / Vom Ertrag her glänzendes Geschäftsjahr

Kapital wird aufgestockt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Wie schon für 1982 rechnet die Baden-Württembergische Bank AG (BW-Bank), Stuttgart, auch für das laufende Jahr mit einem beträchtlichen Aufwand für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Bei zahlreichen Unternehmen habe sich die Bonität wegen unbefriedigender Erträge weiter verschlechtert. Selbst im Falle eines Aufschwungs würden solche Unternehmen nach Meinung des BW-Bank-Vorstandssprechers Manfred Prechtl noch einige Zeit krisenanfällig bleiben. Immerhin erwartet er, daß die BW-Bank auch 1983 wieder einen „ordentlichen Abschluß" vorlegen könne.

Unter Ertragsaspekten fiel das Geschäftsjahr 1982 für diese Regionalbank glänzend aus. Der Zinsüberschuß verbesserte sich um fast ein Drittel auf 187 Mill. DM. Es wurde ein um 71 Prozent auf 84 Mill. DM erhöhtes Teilbetriebsergebnis erzielt. Die durchschnittliche Zinsspanne vergrößerte sich auf 2,25 (1,8) Prozent. Das Ergebnis ermöglichte es, Forderungs- und Wertpapierabschreibungen zusammen mit den Rückstellungen für das Kreditgeschäft mit 36 (20) Mill. DM zu bedienen und auf Beteiligungen 11 (-) Mill. DM abzuschreiben. Zu den wesentlichsten Beteiligungen im Industriebereich zählen Mehrheitsanteile an der Wolldeckenfabrik Zoeppritz und der Papierfabrik Weißenstein, die beide in der Verlustzone sind.

Der Hauptversammlung am 3. Mai wird aus dem auf 21 (18,5) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 18 Prozent zuzüglich eines Bonus von 2 (-) Prozent vorgeschlagen. Außerdem soll das Kapital im Verhältnis 5 zu 1 zum Kurs von 340 Prozent von 80 auf 96 Mill. DM aufgestockt werden. Die Bilanzsumme war im Berichtsjahr um 6,7 Prozent auf 8,20 Mrd. DM gewachsen. Das Kundenkreditvolumen weitete sich dabei um 8,2 Prozent auf 5,9 Mrd. DM aus. Kräftig zugenommen haben die Kundeneinlagen, nämlich um 12,2 Prozent auf 5,1 Mrd. DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bensheim: G. u. G. Feinwerk- u. Sondermaschinenbau GmbH, Zwingenberg; **Coesfeld:** Hedwig Rengshausen, Kauffrau, Münster-Mecklenbeck, Inh. d. Heinrich Rengshausen Nachf., Nottuln; **Donauwörth:** Hanel & Co. Bau GmbH, Hollenbach, Lkrs. Neuburg/Donau; **Düsseldorf:** la Casa bella Wohnbedarf GmbH i. L.; **Emmendingen:** Autohaus Bergerhoff GmbH, Emmendingen-Mundingen; **Gelsenkirchen:** Westhoven & Reul GmbH; **Köln:** Sieglinde Pfeil, handelnd u. PKH Kunststoff-Verpackungen; **Mönchengladbach:** Friedhelm Florack GmbH; **Nürnberg:** Betonwerk Walter Schricker KG.

Vergleich beantragt: Cloppenburg: Kälte Klima Krawietz GmbH; **Köln:** Musik Sales GmbH.

ASF / Bessere Ergebnisse bei veredelten Produkten – Auftragseingang belebt

Gewinnsturz noch etwas gemildert

J. WEBER, **Ludwigshafen**

Die BASF AG, Ludwigshafen, ɔeint im Gesamtjahr 1982 doch ɔh etwas glimpflicher davongemmen zu sein, als es nach den artalsberichten zunächst aus-. Hatte das Ergebnis vor Steu- der weltweiten Gruppe nach n Monaten noch um nahezu 40 ozent unter dem Vorjahreseau gelegen, so verminderte h der Abstand bis zum Jahreıde auf knapp 22 Prozent. Der ckgang von 1,3 auf 1,0 Mrd. DM trotzdem spürbar.

Auch die Umsatzentwicklung ıtet auf eine gewisse Erholung . Mit 32,5 (31,8) Mrd. DM hat die ıppe 1982 insgesamt 2,3 Prozent hr umgesetzt als im Vorjahr. r Jahresmitte hatte sie nur ein ıs von 1,0, nach neun Monaten s von 1,1 Prozent ausgewiesen. das letzte Quartal errechnet ı nun ein Zuwachs um 6 Pro-t, der freilich auch auf Wähıgsverschiebungen zurückgeı dürfte.

Bei offenbar minimalen Preiserıungen war die Hälfte des Gesamtwachstums mengenbedingt. Gut liefen vor allem die Arbeitsgebiete mit höherveredelten Produkten, die teilweise sogar Marktanteile hinzugewinnen konnten. Ihre Ergebnisverbesserungen reichten jedoch nicht aus, die negativen Entwicklungen bei den Raffinerien (Wintershall), den Standard-Kunststoffen, den Fasern und beim Kali-Dünger auszugleichen.

Auch regional gab es erhebliche Unterschiede in der Geschäftsentwicklung. Wirtschaftliche Schwierigkeiten bremsten das Geschäft vor allem in Nordamerika und Mexiko, in den übrigen Märkten ergab sich eine leichte Verbesserung. Im Inland und in Europa lag die Zunahme über dem Gruppendurchschnitt.

Bei der AG ist die Erholung zum Jahresende weniger ausgeprägt als in der Gruppe. Zwar ist auch hier der Gewinnrückgang (vor Steuern) zum Jahresende mit gut 23 Prozent weniger ausgeprägt als noch Ende September (26,5 Prozent) oder gar zur Jahresmitte (33 Prozent). Doch mit 556 (725) Mill. DM wurde hier weitaus weniger „aufgeholt" als im Weltgeschäft.

Beim Umsatz kam es mit einer Steigerung um 5,4 Prozent auf 15 (14,2) Mrd. DM offenbar zu einem Wachstums-Rückgang im letzten Quartal 1982 (auf 3,6 Prozent) – nach neun Monaten hatte das Plus noch bei 6,1 Prozent, zur Jahresmitte bei 7,9 Prozent gelegen. Obwohl der Zuwachs der AG ausschließlich mengenbedingt war, blieb die Kapazitätsauslastung unbefriedigend. Das hat ebenso zur Ergebnisverschlechterung beigetragen wie Währungsverluste, geringere Beteiligungserträge und erhöhte Pensionsrückstellungen.

Zu den Aussichten in der näheren Zukunft äußert sich der Vorstand in seinem Zwischenbericht noch sehr vorsichtig. Während der Auftragseingang aus dem Inland und dem europäischen Ausland in jüngster Zeit wieder „etwas" zugenommen habe, seien die Überseeorders weiter zurückgegangen, heißt es da. Und, ganz sibyllinisch: „In einigen Bereichen wird mit einer Belebung des Geschäfts gerechnet."

ESTHYPO / Nachfrage zieht langsam an

Veiterer Schritt nach vorn

INGE ADHAM, **Frankfurt**

ɛr Vorstand der Westfälischen othekenbank, Dortmund, net 1983 bei langsam sich belelder Nachfrage nach Hypothemit einem „guten Jahr". In den en Wochen dieses Jahres hat Institut, das mehrheitlich zur erischen Hypothekenbank ge- und unter den 18 größten schen Hypothekeninstituten Bilanzsumme nach an achter le rangiert, 313 Mill. DM Hypoen und 536 Mill. DM Kommuarlehen neu zugesagt, das sind rozent mehr als in der entsprelden Vorjahreszeit. Und dies ordentlichen Margen", wie tandsvorsitzender Robert ter betont. Auch netto mache Plus bei den Hypotheken imin noch 16 Prozent aus.

r Vorstand geht davon aus, ı in diesem Jahr den überwielen Teil der Prolongationen im se halten zu können. 1982 wadas 355 (118) Mill. DM oder 84 zent. Zunehmen wird in diesem neben der Umschlagsgewindigkeit – die Rückflüsse den 2,2 Mrd. nach 1,7 Mrd. DM ichen – die Zahl der Zwangsahren. Die neue „Klasse von Zwangsmaßnahmen" (überwiegend aus Scheidungsfällen) zwangen dem Institut per Jahresende 51 (7) Fälle mit Einzelwertberichtigungen auf, ein Risiko, für das, wie für 7,6 (3,3) Mill. DM Zinsrückstände „reichlich vorgesorgt" wurde.

Mit einem Bilanzsummenwachstum von 13 Prozent auf 12,17 (10,77) Mrd. DM hat die Westhypo nach Bekunden ihres Vorstands 1982 „erneut einen Schritt nach vorn getan". Die Neuzusagen im Hypothekengeschäft stiegen um 41 Prozent auf 982 (698) Mill. DM, davon 53 (39) Prozent für Wohnungsneubaufinanzierung. Bewußt kürzer getreten ist die Bank bei den Kommunaldarlehen, deren Anteil an den gesamten Brutto-Neuzusagen von 2,82 (2,89) Mrd. DM auf 53 (72) Prozent gesunken ist. Refinanziert hat sich die Westhypo mit 3,02 (3,10) Mrd. DM Schuldverschreibungen.

Bei einem erweiterten Zinssaldo von 72 (57,6) Mill. DM weist die Bank 24,45 (23,82) Mill. DM Jahresüberschuß aus, aus dem 15 Mill. DM in die Rücklagen fließen und 18 (16 + 2) Prozent Dividende auf 56 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet werden.

Deutsche Ericsson expandiert rasch

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Die drei deutschen Unternehmen des schwedischen Elektronik-Konzerns Ericsson, die sich noch in diesem Jahr unter einem Dach zusammenfinden wollen, haben ehrgeizige Pläne. Schon in diesem Jahr will die Gruppe – auch durch weitere Firmenzukäufe – ihren Umsatz auf 200 (112) Mill. DM steigern. Der vergleichbare Umsatz von 1981 hatte bei 107 Mill. DM gelegen. 1985 sollten 0,5 Mrd. DM erreicht werden.

Zur raschen Expansion der Ericsson Information Systems GmbH, Düsseldorf, mit ihren Bereichen Datenverarbeitung (aus der Akquisition von Datasaab 1982), Nachrichtentechnik und Bürotechnik (bisher Facit GmbH) sollen auch neue Produkte wesentlich beitragen. Das bedeutet unter anderem neue Konkurrenz für die Telefon-Anbieter: Mit seinen elektronischen Nebenstellen will Ericsson in drei Jahren auf 3 bis 5 Prozent Marktanteil kommen. Die Zahl der Mitarbeiter soll bis 1985 von heute 464 auf rund 1000 steigen.

Insgesamt setzte der schwedische Mutterkonzern 1982 mit 19,6 Mrd. skr (rund 6,3 Mrd. DM) 21 Prozent mehr um als im Vorjahr. Das Auslandsgeschäft hatte daran einen Anteil von 80 Prozent. Zum Vergleich: An den Investitionen von insgesamt 1,7 (1,3) Mrd. skr waren die Auslandstöchter mit 44 (55) Prozent beteiligt, von den 66 300 (69 860) Mitarbeitern der Gruppe arbeiten 53 (56) Prozent im Ausland.

Der Konzerngewinn vor Steuern wuchs nicht ganz so schnell wie der Umsatz um 12 Prozent auf 1,3 Mrd. skr, 6,8 Prozent vom Umsatz. Gut 6 Mill. DM (knapp 20 Mill. skr) haben dazu auch die deutschen Töchter beigetragen, die damit trotz des Konsolidierungsbedarfs etlicher Firmenakquisitionen auf eine Brutto-Umsatzrendite von 5,6 Prozent kamen.

NDENER GILDE / Solide Kapitalstruktur

Bierabsatz steigt wieder

D. SCHMIDT, **Hannover**

Die Lindener Gilde-Bräu AG (B), Hannover, größte Brauerei Niedersachsen, verzeichnet h dem seit drei Jahren anhallen Absatzrückgang im Geäftsjahr 1982/83 (30. 9.) wieder steigende Tendenz. Nach Anen des Vorstands nahm der rabsatz in den ersten fünf Moen um 2 Prozent zu. Unbefriedid, so LGB-Vorstandschef Ger-l Nienaber, sei die Preisentklung. Preiserhöhungen indes n derzeit nicht durchsetzbar, rohl der Anstieg der Malzpreise Weitergabe der Kosten erfore.

n Geschäftsjahr 1981/82 verrine sich der Absatz an Bier und holfreien Getränken um 1,9 Prozent auf 1,36 (1,4) Mill. tolliter. Die Absatzverluste seivor allem in der Preiserhögsphase der Sommermonate 2 eingetreten, nachdem die tbewerber nur zögernd und in ngerem Umfang nachzogen. LGB setzt rund 30 Prozent des stoßes in der Gastronomie und Prozent über den Handel ab.

Im Gegensatz zum Ausstoß erhöhten sich die Umsatzerlöse im Berichtsjahr leicht auf 149,2 (148,1) Mill. DM. Bei einem um 2,9 Mill. DM auf rund 93 Mill. DM verringerten Rohertrag weist die LGB einen Jahresüberschuß von 2,6 (3,6) Mill. DM aus. Daraus werden der freien Rücklage 0,5 (1,5) Mill. DM zugeführt. Danach verbleibt ein Bilanzgewinn von wieder knapp 2,1 Mill. DM.

Der Hauptversammlung am 26. April wird eine unveränderte Dividende von 13 Prozent vorgeschlagen. Die Muttergesellschaft, die Brauergilde Hannover AG, deren Jahresabschluß maßgeblich von dem der Tochter bestimmt wird, zahlt wieder 16 Prozent auf 9,15 Mill. DM Aktienkapital.

Trotz des etwas schlechteren Abschlusses ist die Eigenkapitalstruktur der LGB unverändert solide. Unter Einbeziehung der Pensionsrückstellungen deckt das Eigenkapital (94,6 Mill. DM) 106 Prozent der Sach- und Finanzanlagen. Die liquiden Mittel stiegen um 11,4 Mill. DM auf 20,1 Mill. DM.

Hannover Papier ohne Dividende

dos, **Alfeld**

Die Hannoversche Papierfabriken Alfeld-Gronau AG, Alfeld, wird auch für 1982 keine Dividende zahlen. Nach Angaben des Unternehmens blieb die Entwicklung im zweiten Halbjahr hinter den Erwartungen zurück, so daß insgesamt nur ein ausgeglichener Abschluß vorgelegt werden kann. Angesichts der verbesserten Bilanzrelationen – eigene Mittel, Pensionsrückstellungen und langfristige Fremdmittel übersteigen erstmals das Anlagevermögen – sei das Ergebnis aber dennoch positiv zu bewerten. Zuversichtlicher beurteilt der Vorstand das laufende Jahr. Der Auftragsbestand sichere in allen Bereichen Vollbeschäftigung.

1982 erzielte die AG eine Umsatzsteigerung um 4,3 Prozent auf 341 (327) Mill. DM. Die Produktion holzfreier Papiere wuchs um 2,2 Prozent auf 176 700 t, die von Zellstoff um 2 Prozent auf 69 200 t und wurde voll abgesetzt. Der Exportanteil nahm auf 32,3 (30,4) Prozent zu. Der Konzernumsatz erhöhte sich auf 412 (394) Mill. DM. Bei Investitionen von 25 Mill. DM erreichten die Abschreibungen 18 Mill. DM.

NAMEN

r. Richard Meusers, vormals ıptgeschäftsführer des Verban- der Deutschen Heimtextilienlustrie, Wuppertal, wird am 24. rz 70 Jahre.

r. Hans Koppe wurde zum alleien Geschäftsführer der Neunkirr Sauerstoff GmbH, einer huntprozentigen Tochter von Arbed rstahl, bestellt. Er ist Nachfolger ı **Willi Fuchs**, der nach 40jähriger Betriebszugehörigkeit am 31. März in den Ruhestand tritt.

Ernst Walter David, früherer Leiter der Presse- und PR-Arbeit des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft und danach Pressesprecher des Gerling-Konzerns, Köln, vollendet am 25. März das 75. Lebensjahr.

Fritz Wälter, Vorstandsmitglied der Thyssen Handelsunion AG, Düsseldorf, wird heute 60 Jahre.

CHUHINDUSTRIE / Neue Importflut erwartet – Produktion ging weiter zurück

Kaum Zuversicht für deutschen Markt

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Der Zweifrontenkrieg der deutıen Schuhindustrie gegen Imrtflut und Exporthemmnisse bst der EG-Partner nimmt kein ıde. Nach den jüngsten Wähngsbeschlüssen des EWS-Verndes wird auch eine neue Bonr Regierung der seit Jahren geutelten Branche keine wertvolle lfe sein. Entsprechend pessimisch fiel auch die aktuelle Lageurteilung des Vorsitzenden des uptverbandes der Deutschen huhindustrie, Horst H. Bassler, läßlich der bevorstehenden 55. DS-Internationale Schuhmesse Düsseldorf (26. bis 28. März) aus: alien, ohnehin mit über 100 Mill. ar eingeführter Schuhe, Numer 1 auf dem deutschen Markt, ınn sich einen Preisvorsprung ırch die Brüsseler Beschlüsse n 8 Prozent ausrechnen. Im gleien Rahmen wird sich die Verueruug der durch allerlei Kleinhkeiten behinderten Exporte ıch Frankreich, hinter den Nierlanden die Nummer 2 im deuthen 1982 erneut erfolgreichen xport, auswirken.

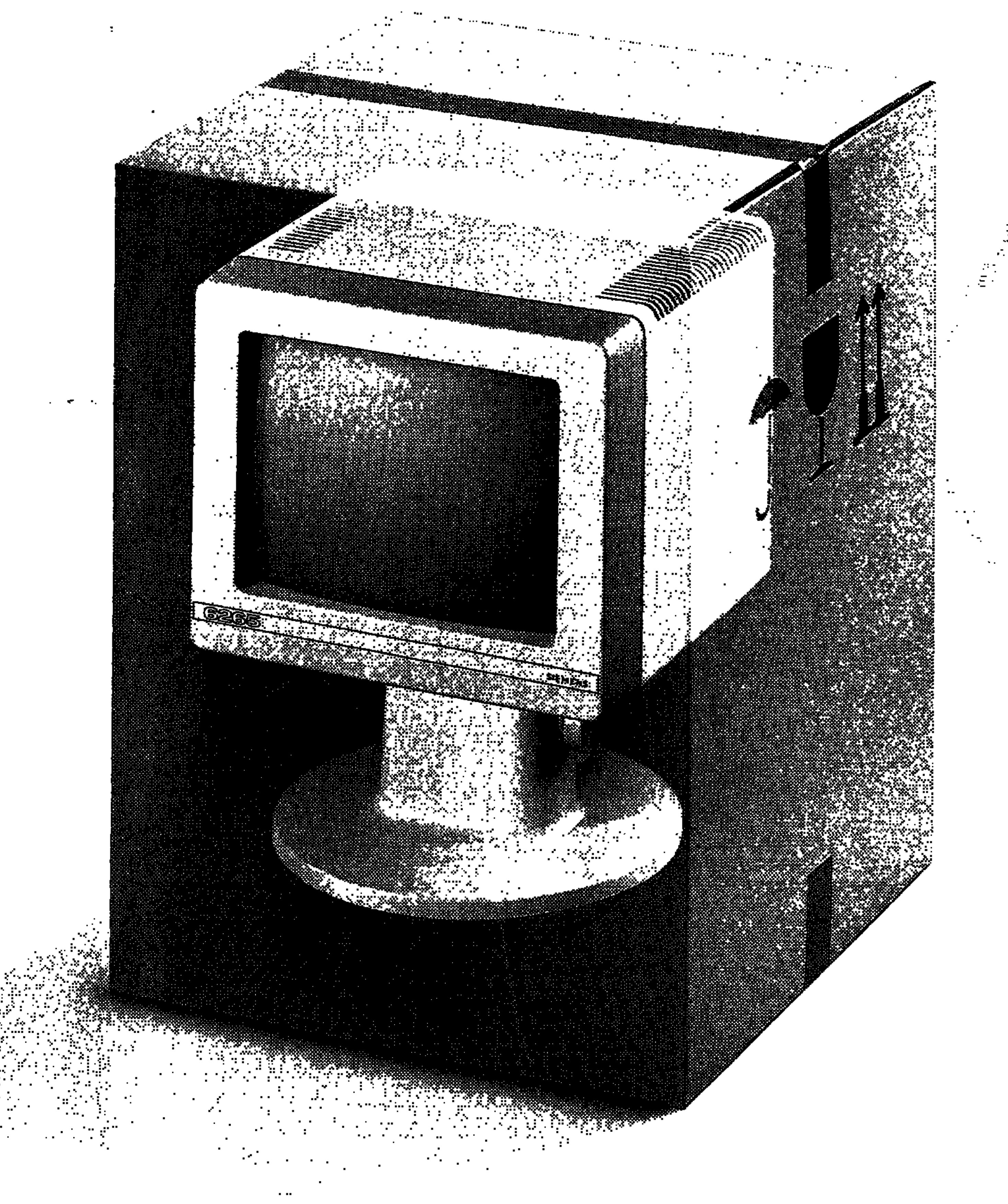
Wenig Trost bieten die gemeinsam mit den europäischen Herstellerverbänden ausgehandelten Selbstbeschränkungsabkommen mit einigen südostasiatischen Wettbewerbern. Die Forderung nach Protektionismus kommt den Verbandspräsidenten nur schwer von den Lippen. Gern ist man jedoch nicht unter den Branchen, die als Letzte das Fähnlein des Liberalismus hochhalten.

Auch der deutsche Verbraucher zog 1982 nicht mit. Die eigene Produktion ging abermals zurück, bei Straßenschuhen aus Leder noch stärker als bei der Gesamtfertigung. Dabei fielen die Preissteigerungen bei den Produzenten mit 2,9 und im Handel mit 3,8 Prozent noch recht bescheiden aus. Dennoch wuchsen die Importe (davon 14 Prozent aus deutscher Auslandsfertigung) nach einer „Pause" im letzten Jahr nach Paarzahl und Wert 1982 um so schneller.

Vor allem die Italiener versuchten mit Preissenkungen entgegen ihrem heimischen Kostentrend den Markt zu halten. Das gehe, so Bassler, eindeutig auf Kosten von Qualität (Plastik statt Leder), was aber den Verbraucher nicht störe, solange die Schuhe „schön billig" angeboten würden. Die Absatzaussichten im Inland werden demgemäß verhalten beurteilt. Notwendige Preissteigerungen zwischen 3 und 7 Prozent seien nicht durchsetzbar, mit der Hälfte ist man 1983 schon zufrieden.

Schuhindustrie	1982 [1]	± %
Produktion (Mill. Paar)	96,3	– 2,0
dav. Straßenschuhe aus Leder	51,4	– 5,4
Umsatz (Mill. DM)	5575	+ 2,2
Import (Mill. Paar)	202,9	+ 6,5
(Mill. DM)	3804	+ 5,5
Importquote (%) [2]	74,6	(72,1)
Export (Mill. Paar)	27,2	+ 11,1
(Mill. DM)	910	+ 14,1
Exportquote (%) [2]	28,2	(24,9
Betriebe [3]	401	– 7,0
Beschäftigte [3]	49 350	– 5,5

[1] vorläufige Zahlen; [2] Menge; [3] im Jahresdurchschnitt ab 20 Beschäftigte ohne Heimarbeiter



Aktien auf neuem Höchststand

Kaufwelle brachte wieder zweistellige Tagesgewinne

DW. – Massive Kaufaufträge aus dem Ausland lösten an der Dienstag-Börse eine weitere Kaufwelle aus, an der sich im Verlaufe auch inländische institutionelle Anleger und zunehmend die private Bankenkundschaft beteiligte. Für die Ausländer war die DM-Aufwertung kein Grund, sich von deutschen Aktien zu verabschieden, die sie nach wie vor als ungewöhnlich preiswert ansehen. Der sich abzeichnende Konjunkturaufschwung, die vergleichsweise niedrige Inflationsrate sowie die gesunkenen Zinsen stellen in den Augen der ausländischen Aktienkäufer eine Idealkonstellation dar, wie sie sonst in der Welt kaum zu finden ist. Die Aktienkurse erreichten einen neuen Höchststand.

Die neue Hausse begann bei den Bankaktien, wo es bei kräftig steigenden Kursen Rekordumsätze gab. Von den bevorstehenden Bilanzpressekonferenzen der drei Großbanken erhofft man sich neue Anregungen. Sehr fest lag auch wieder die BHF-Bank, die zeitweise um 13 DM über dem Vortagsstand gehandelt wurde. Zu den von Anfang an bevorzugten Papieren zählten wieder Veba-Aktien, aber auch Siemens, wo es einen Tagesgewinn von rund 6 DM gab. Im späteren Verlaufe wurden auch Autoaktien entdeckt. Hier zog der Kurs von Daimler um rund 10 und von Mercedes um 11 DM an. Selbst VW, wo ein Dividendenausfall so gut wie sicher ist, nahmen mit einem Plus von 4 DM an der allgemeinen Aufwärtsbewegung teil. In der zweiten Börsenstunde richtete sich das Interesse der Anleger zunehmend auf die Papiere der Großchemie, deren Kursgewinne von annähernd 4 DM sich allerdings vergleichsweise bescheiden ausnahmen. Schering lagen um 11 DM fester, Aachen-Münchener Beteiligung erreichten mit 720 DM (plus 22 DM) einen neuen Spitzenstand.

Düsseldorf: Keramag befestigten sich um 8 DM auf 176 DM, Bonner Zement erhöhten sich um 4 DM auf 140 DM und Gerresheimer Glas konnten sich um 2,70 DM auf 93,80 DM verbessern.

Frankfurt: Die Standardwerte wurden bis zu 8 DM heraufgesetzt, mit dem Schwergewicht bei Großbanken und Kaufhäusern. Von Nebenwerten blieben Aesculap 373 DM plus 21 DM, Rosenthal Porzellan 307 DM plus 14 DM, Steigenberger 1180 DM plus 40 DM, Stolberger Zink 1280 DM plus 40 DM, Holzmann 550 DM plus 20 DM und Südzucker bei Plusankündigung 305 DM plus 15 DM.

Hamburg: Holsten legten 1,50 DM zu. Von den Versorgungswerten waren HEW mit 126 DM plus 3 DM und NWK Vz. mit 181 DM plus 4,50 DM fester.

München: Audi NSU erhöhten sich um 6 DM auf 258 DM, Deckel stiegen um 4,60 DM auf 107,80 DM und Flachglas befestigten sich um 3 DM auf 290 DM. Agrob St. sanken um 6,50 DM auf 360 DM.

Berlin: DeTeWe zogen um 18 DM, BHF-Bank um 16 DM, Berthold um 11 DM und Schering um 10 DM an. Siemens befestigten sich um 6,50 DM.

Nachbörse: fest

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

"Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

22. 3. 83: BMW 278; Bavaria 212; Jut[illegible] Spinnerei 150G; Philips Komm. 290[illegible] VEW 133; Herlitz St. 242; Herlitz Vz. 2[illegible]

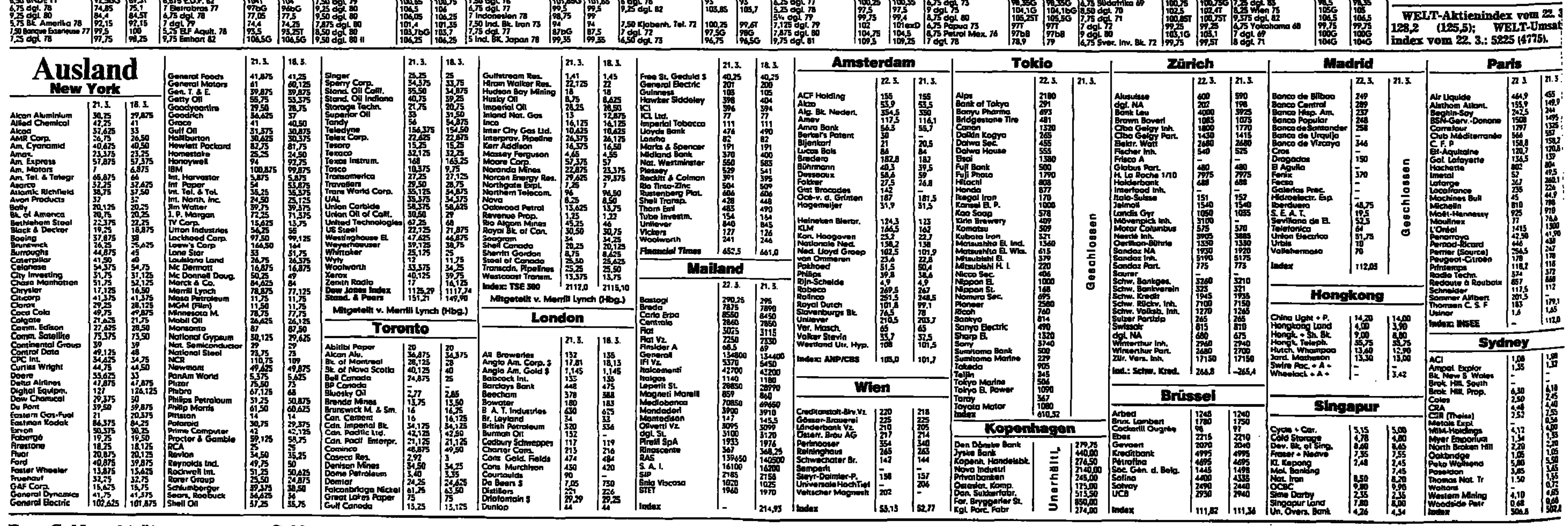
Freiverkehr: Reag 415G.

Bezüge: RWE St. 23,80; RWE Vz. 22,[illegible] Nord Hypo 11,80.

WELT-Aktienindex vom 22. 3.: 128,2 (125,5); WELT-Umsatzindex vom 22. 3.: 5225 (4775).

Ausländische DM-Anleihen

Ausland



Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 21. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼– 9½	4⅞–5⅛	4⅛–4⅜
3 Monate	9½– 9¾	4⅞–5⅛	4 –4¼
6 Monate	9⅝– 9⅞	5 –5¼	4 –4¼
12 Monate	9¾–10	5⅛–5⅜	4 –4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 22. 3.: Tagesgeld 5,0–5,1 Prozent; Monatsgeld 5,25–5,35 Prozent; Dreimonatsgeld 5,3–5,4 Prozent.

Privatdiskontsätze am 22. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 22. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 22. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 22,00 Verkauf 26,00 DM West.



Goldmünzen

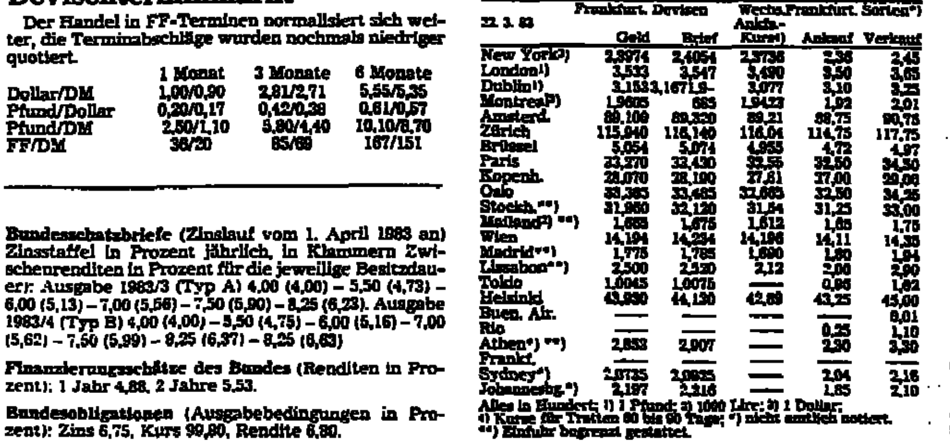
In Frankfurt wurdem am 22. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1215,00	1598,95
10 US-Dollar (Indian) **)	978,00	1169,37
5 US-Dollar (Liberty)	353,00	551,44
1 £ Sovereign alt	233,00	285,89
1 £ Sovereign Elizabeth II	231,00	283,63
20 belgische Franken	177,00	233,91
10 Rubel Tscherwonez	244,00	303,87
2 südafrikanische Rand	229,00	281,37
Krüger Rand, neu	1025,00	1203,45
Maple Leaf	1023,00	1201,19
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	242,00	307,36
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	272,33
20 franz. Franken „Napoléon"	209,00	264,42
100 österr. Kronen (Neuprägung)	945,00	1130,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	238,00
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	129,95
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	438,00	534,49
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	138,99

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Die hohen Kurse des Vortages konnten am 22. 3. zwar nicht gehalten werden, doch muß man feststellen, daß sich der US-Dollar gut behauptete. Einen Rückgang zur Tagesmitte auf 2,3990 wurde von einer Erholung bis 2,4060 am Nachmittag wieder abgelöst. Die weiterhin versteifte Situation am amerikanischen Zinsmarkt dämpft wohl alle Hoffnungen auf schnelle Kursgewinne der D-Mark, auch wenn der amerikanische Finanzminister Regan in einem Interview Äußerungen in dieser Richtung machte. Nach der Neufestsetzung der Paritäten in EWS notierten der französische Franc und das irische Pfund zum oberen Interventionspunkt. Zur amtlichen Notierung gab die Bundesbank 290 000 irische Pfunde ab, französische Franc-Abgaben fanden jedoch nur im Freiverkehr statt. Einige anderen Währungen erzielten kräftige Kursgewinne, lediglich der holländische Gulden fiel etwas überraschend um 77 Pfennig auf 89,21. US-Dollar in: Amsterdam 2,6950; Brüssel 47,5025; Paris 7,2095; Mailand 1439,95; Wien 16,9020. Pfund/Dollar 1,4741.



Devisenterminmarkt

Der Handel in FF-Terminen normalisiert sich weiter, die Terminabschläge wurden nochmals niedriger quotiert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,81/2,71	5,55/5,35
Pfund/Dollar	0,20/0,17	0,42/0,38	0,61/0,57
Pfund/DM	2,50/1,10	5,80/4,40	10,10/8,70
FF/DM	36/20	85/69	167/151

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/3 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,25 (6,23). Ausgabe 1983/4 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,25 (6,37) – 8,25 (6,63)

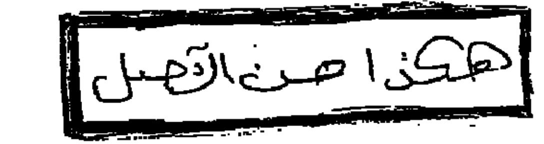
Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,88, 2 Jahre 5,53.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,80, Rendite 6,80.

Devisen und Sorten

Optionshandel

Frankfurt: 22. 3.: 641 Optionen, 34 189 (24 550) Ak[illegible] **Kaufoptionen:** AEG 6-8,50, 3-5, 2-4, BASF 6-8,40, 3-[illegible] 3-4,30, Bayer 6-10, 3-6,50, 2-4, BMW 6-30, 3-17,80, B[illegible] 3-5, BBC 6-17, Conti 2-4,50, Daimler 6-30, 3-20,70, [illegible] Deutsche Babcock 6-15, GHH Vorzüge 6-13,90, Hoe[illegible] 6-8,50, 3-6,60, 2-5,30, Hoesch 6-6,90, 3-5,50, 3-3,70, Kar[illegible] 2-12, Klöckner 3-5, Lufthansa 6-9,50, Mannesmann 6,[illegible] 3-7,50, 2-6, M.A.N. 6-16, RWE 6-16,80, Schering 2-12, [illegible]mens 6-24,80, 3-16, 2-13,60, Thyssen 6-6, 2-4,50, V[illegible] 6-12,80, 3-7,40, 2-6,50, VEW 2-7,70, Bay. Vereinsbank [illegible] BHF-Bank 6-25,50, 3-18, 2-16, Commerzbank 6-13, 2-[illegible] Deutsche Bank 6-27,80, 3-23, 2-19, Dresdner Bank [illegible] 3-11, 2-10, Chrysler 6-5,90, IBM 6-23, Xerox 6-13, Ph[illegible] 6-3,40, Royal Dutch 6-10,50, Norsk Hydro 6-12,80. [illegible]kaufoptionen: AEG 2-4, 6-6,40, Bayer 3-4,40, BMW [illegible] 6-15,80, BBC 2-8, 3-13,50, 6-16,50, Conti 3-4,00, [illegible] Daimler 2-14, 3-18,95, 6-21,20, Deutsche Babcock 3-[illegible] 3-10, 6-15, Deutsche Babcock Vorzüge 6-11,80, Hoe[illegible] 2-2,60, 6-4,10, Klöckner 3-4,30, 6-6, Linde 2-7,45, [illegible] Mannesmann 6-7,40, Preussag 6-9,20, Siemens 2-[illegible] 6-11,80, Thyssen 2-3,10, 6-4,60, Veba 6-6, VW 6-11, C[illegible]merzbank 2-3, 6-6,50, Deutsche Bank 2-7, 3-8,00, [illegible] Dresdner Bank 2-5,20, 6-9,20, Alcan 2-2,80, 6-4,95, [illegible] 6-14,40, Litton 6-8, Xerox 6-5,60, Philips 6-3,80, Royal Du[illegible] 6-5.



Je anspruchsvoller unsere Produkte werden, desto anspruchsvoller wird auch die Arbeit.

Unsere Kunden wissen, was sie von uns verlangen können. Ihren Ansprüchen müssen wir mit immer besseren Automobilen gerecht werden.

Deshalb sind unsere Fahrzeuge aufwendiger geworden. Sie bieten noch mehr Sicherheit. Sie sind sparsamer und umweltfreundlicher. Sie sind komfortabler, und sie leisten mehr.

Wir investieren Milliarden in die Forschung, in die Entwicklung neuer Produkte, in die Verbesserung der Fertigungsqualität.

Aber wir vergessen nicht, daß Qualität nicht ohne den Menschen gemacht wird.

Deshalb dienen unsere Investitionen nicht nur dazu, unsere Automobile besser zu machen, sie dienen auch dazu, unsere Arbeitsplätze sicherer und humaner zu gestalten.

Die Arbeitsplätze sind heute noch besser geworden, – und ihre Zahl ist gestiegen, bei uns und bei unseren Zulieferfirmen.

Unsere langfristig angelegte Unternehmenspolitik hat in der Kontinuität ihre Früchte getragen: In den vergangenen sechs Jahren konnten wir 22.000 Arbeitsplätze neu schaffen und immer mehr Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten eröffnen. Heute bilden wir 8.500 junge Menschen aus. So viel wie nie zuvor. In 35 technischen und 8 kaufmännischen Berufen, im Berufskolleg und in der Berufsakademie. Dabei haben soziale Gesichtspunkte ein hohes Gewicht. Auch Jugendliche ohne Schulabschluß, Sonderschüler, Lernbehinderte und junge Ausländer brauchen einen Ausbildungsplatz. Wir leisten unseren Beitrag.

Etwas Wichtiges kommt hinzu: Die Mitgestaltung technischer Entwicklungen. Wir sehen nicht nur die Folgen der neuesten technischen Entwicklungen für die Zukunft, sondern setzen uns mit ihnen aktiv auseinander.

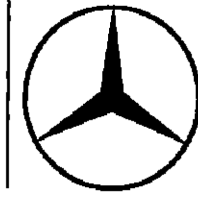
Auf neue Technologien können wir nicht verzichten, wenn wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit bewahren wollen. Der Einsatz neuer Techniken ist ein wichtiger Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens. Das heißt jedoch nicht etwa, daß wir diesen Entwicklungen passiv gegenüberstehen müssen. Sie eröffnen neue Chancen, neue Spielräume zur aktiven Gestaltung. Aber neue Technologien verändern auch Arbeitsplätze und Arbeitsinhalte. Wer gewöhnt war, eine bestimmte Arbeit auszuführen, muß umlernen. Auch Führungskräfte werden vor veränderte Aufgaben gestellt. Wir helfen dabei. Mit fachlicher Weiterbildung und mit der Fortbildung unserer Führungskräfte.

Die Bereitschaft zum Lernen und zum Mitgestalten ist groß. 53.000 Teilnehmer haben im vergangenen Jahr an den verschiedensten Weiterbildungsveranstaltungen teilgenommen, in 17.000 Verbesserungsvorschläge haben Mitarbeiter ihre Ideen eingebracht.

Unsere Personalarbeit vertraut auf Mitarbeiter, die zum persönlichen Einsatz bereit sind. Ihnen wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sie arbeiten und zusammenarbeiten können. Das ist ein wichtiger Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens.

Unsere Kunden vertrauen auf unsere Produkte, unsere Mitarbeiter vertrauen auf die Zukunft unseres Unternehmens und die Stetigkeit unserer Personalarbeit. Das verpflichtet uns.

Denn: Je anspruchsvoller unsere Produkte werden, desto anspruchsvoller wird auch die Arbeit.



Daimler-Benz Aktiengesellschaft

Warenpreise – Termine

Deutlich fester schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Montag an der New Yorker Comex. Während sich auch Kaffee befestigen konnte, mußte Kakao Verluste hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

	21. 3.	18. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	346,00	340,50
Mai	355,00	350,00
Juli	362,75	356,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	21. 3.	18. 3.
St. Lawrence 1 CW	239,96	239,46
Amber Durum	222,21	219,38
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	113,30	113,30
Mai	116,70	116,50
Juli	120,20	120,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	104,70	104,70
Mai	99,50	99,40
Juli	97,40	97,00
Hafer Chicago (c/bush)	21. 3.	18. 3.
März	160,00	158,00
Mai	165,75	163,25
Juli	171,50	169,00
Mais Chicago (c/bush)		
März	291,25	286,75
Mai	300,00	195,50
Juli	307,75	303,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	21. 3.	18. 3.
März	102,70	101,90
Mai	102,10	101,90
Juli	102,70	102,00
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	21. 3.	18. 3.
März	9,93	9,62
Mai	10,20	9,90
Juli	10,38	10,08
Sept.	10,44	10,14
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
März	18,25	17,90
Mai	18,40	18,40
Sept.	18,40	18,40

Genußmittel

	21. 3.	18. 3.
Kaffee		
New York (c/lb)	21. 3.	18. 3.
Terminkontr. März	123,50	122,90
Mai	123,70	121,85
Juli	123,50	121,15
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1661	1695
Juli	1698	1725
Sept.	1727	–
Umsatz	5000	8755
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,66	6,46
Juli	6,85	6,72
Sept.	7,25	7,05
Okt.	7,52	7,30
Jan.	8,10	7,75
Umsatz	5128	6418
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	21. 3. / 6,18	18. 3. / 6,18
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	21. 3.	18. 3.
Kontr. März	1802–1820	1820–1825
Mai	1810–1813	1845–1847
Juli	1671–1672	1674–1675
Umsatz	5477	6338
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt März	1230–1231	1235–1240
Mai	1243–1244	1247–1248
Juli	1264–1268	1267–1268
Umsatz	–	6482
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Mai	116,15–116,20	115,85–115,95
Aug.	123,85–123,95	123,55–123,60
Okt.	130,30–130,40	129,80–130,00
Dez.	136,25–136,75	135,80–136,00
März	145,40–145,75	144,50–144,75
Mai	148,00–150,00	148,25–149,00
Umsatz	1660	1782

	21. 3.	18. 3.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	21. 3.	18. 3.
schw. Sarawak spez.	285,00	270,00
weißer Sarawak	350,00	355,00
weißer Muntok	360,00	360,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	21. 3.	18. 3.
Mai	112,60	110,80
Juli	110,60	109,20
Sept.	109,50	108,50
Nov.	107,50	106,70
Jan.	104,60	–
Umsatz	500	700

Öle, Fette, Tierprodukte

	21. 3.	18. 3.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	21. 3.	18. 3.
Südstaaten fob Werk	23,50	24,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	20,50	20,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	17,58	17,30
Mai	17,81	17,55
Juli	18,20	17,95
Aug.	18,36	18,12
Sept.	18,52	18,25
Okt.	18,70	18,40
Dez.	19,05	18,80
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	18,50	18,25
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	16,00	16,00
Choise white hog 4% fr. F.	14,875	14,875
Talg		
New York (c/lb)		
top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	13,00	13,00
Schweine		
Chicago (c/lb)		
April	51,17	50,55
Juni	54,85	54,65
Juli	55,20	55,00
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
März	75,70	73,70
Mai	76,40	74,35
Juli	76,42	74,50

	21. 3.	18. 3.
Häute		
Chicago (c/lb)	21. 3.	18. 3.
Ochsen einh. schwere River Northern	41,00	41,00
Kühe einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
März	501,00	537,50
Mai	613,00	507,50
Juli	528,00	521,50
Aug.	532,00	527,00
Sept.	540,50	531,00
Nov.	553,50	543,75
Jan.	565,50	555,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
März	178,00	177,50
Mai	183,00	181,40
Juli	197,50	195,30
Aug.	189,70	187,20
Sept.	191,00	189,00
Okt.	132,50	130,30
Dez.	178,00	154,80
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	21. 3.	18. 3.
März	257,00	257,00
Mai	292,00	292,00
Juli	299,00	299,00
Kokosöl		
New York (c/lb)	21. 3.	18. 3.
Westküste fob Werk	21,50	21,50
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	22. 3.	21. 3.
jegl. Herk. cif	442,50	440,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	375,00	380,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	370,00	370,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	107,50	105,50
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	485,00	482,50
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	247,50	248,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	21. 3.	18. 3.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	21. 3.	18. 3.
Mai	74,80	73,90
Juli	73,77	72,90
Okt.	72,55	72,00
Dez.	72,25	71,50
März	73,35	72,70
Juli	73,95	73,45
Kautschuk New York		
(c/lb) Händlerpreis loco RSS-1	54,75	57,25
Wolle		
Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	21. 3.	18. 3.
März	–	405
Mai	397–436	396–402
Aug.	414–416	418–420
Umsatz	43	84
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge	21. 3.	18. 3.
Mai	43,80	43,20
Juli	44,30	43,90
Okt.	45,20	44,80
Dez.	45,50	45,20
Umsatz	42750	49500
Tendenz: –		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	21. 3.	18. 3.
März	554,0–555,0	552,0–553,0
Mai	569,0–570,0	568,5
Juli	589,0–590,0	589,0–589,5
Umsatz	160	192
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	21. 3.	18. 3.
East African 3 long	670,00	670,00
ungraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	21. 3.	18. 3.
März	–	14 090
April	–	14 188
Kautschuk		
London (p/kg)	21. 3.	18. 3.
Nr. 1 RSS loco	76,00–78,00	–
April	76,00–78,50	74,50–77,00
Mai	77,20–79,00	75,30–77,50
Juni/Sept.	77,00–77,90	76,10–78,50
Tendenz: zurückhaltend		

	21. 3.	18. 3.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	21. 3.	18. 3.
Nr. 1 RSS loco	239,00–240,00	238,50–239,50
April	245,50–246,00	245,00–246,00
Mai	255,50–256,00	254,00–255,00
Nr. 2 RSS April	236,50–237,00	236,00–237,00
Nr. 3 RSS April	233,50–234,50	233,00–234,00
Nr. 4 RSS April	226,00–227,00	225,50–226,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	21. 3.	18. 3.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	22. 3.	21. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	104,28–104,46	103,51–103,69
drittfolg. Monat	108,18–108,35	107,59–107,77
Zink: Basis London		
laufend. Monat	162,10–162,28	158,99–159,17
drittfolg. Monat	167,77–167,95	164,49–164,67
Produz.-Preis	180,41	179,33
Reinzinn 99,9%	3484–3519	3486–3520

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	22. 3.	21. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	379,18–381,30	376,12–378,25
Blei in Kabeln	112,00–113,00	111,25–112,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbearbeiter.

Messingnotierungen

	22. 3.	21. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	322–325	321–323
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	362–364	360–362
MS 63	362–364	359–362

Zinn-Preis Penang

	21. 3.	18. 3.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring.-kg)	30,53	30,53

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	22. 3.	21. 3.
Leg. 225	297–301	297–301
Leg. 226	300–303	300–303
Leg. 231	339–347	339–347
Leg. 233	353–364	353–364

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	22. 3.	21. 3.
Platin (DM je g)	33,508	33,10
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 100	32 300
Rücknahmepr.	32 300	31 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	32 990	32 380
Rücknahmepr.	32 000	31 410
verarbeitet	34 620	33 990
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 710	31 970
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	832,00	799,00
Rücknahmepr.	802,90	771,00
Verarbeitet	866,90	834,40

Internationale Edelmetalle

	22. 3.	21. 3.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	420,75	414,50
15.00	421,25	414,50
Zürich mittags	421,50–422,50	413,25–414,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	97 050	97 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	718,95	691,90
3 Monate	737,15	709,80
6 Monate	755,15	727,85
12 Monate	790,50	762,45
Platin (£-Feinunze)	21. 3.	18. 3.
London fr. Markt	268,60	273,00
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	86,90	87,00

New Yorker Preise	21. 3.	18. 3.
Gold H & H Ankauf	414,50	421,75
Silber H & H Ankauf	1031,00	1051,00
Platin fr. Händlerpr.	400,00–405,00	400,00–405,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	99,00–101,00	99,00–101,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
März	1053,00	1032,00
April	1051,50	1036,50
Mai	1060,00	1040,00
Juli	1083,00	1059,00
Sept.	1095,00	1079,50
Dez.	1130,00	1108,00
Jan.	1129,50	1114,50
Umsatz	22 007	20 000

New Yorker Metallbörse

	21. 3.	18. 3.
Kupfer (c/lb)		
März	70,60	72,00
April	70,56	71,50
Mai	71,35	72,20
Juli	72,75	73,00
Sept.	74,25	75,50
Dez.	76,15	76,00
Jan.	76,80	77,20
Umsatz	15 000	12 000

Londoner Metallbörse

	22. 3.	21. 3.
Aluminium (£/t)		
Kasse	859,50–860,50	841,50–842,50
3 Monate	886,50–887,00	868,00–869,50
Blei (£/t) Kasse	294,00–294,50	293,00–294,00
3 Monate	305,00–305,50	304,00–304,50
Kupfer		
Higher grade (£/t) mittags Kasse	1056,5–1057,0	1048,5–1049,0
3 Monate	1087,5–1088,0	1079,5–1080,0
abends Kasse	–	1050,0–1050,5
3 Monate	–	1081,5–1082,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1035,0–1035,5	1030,0–1031,0
3 Monate	1065,0–1066,0	1060,0–1061,0
Zink (£/t) Kasse	457,00–457,50	451,50–452,50
3 Monate	473,00–473,50	466,50–467,50
Zinn (£/t) Kasse	9135–9140	9180–9185
3 Monate	9155–9160	9120–9125
Quecksilber ($/Fl.)	–	325–340
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	85–88



Peine+Salzgitter
Ihr Partner für Stahl

– Wertpapier-Kenn-Nr. 620 200 –

Hiermit laden wir die Aktionäre unserer Gesellschaft ein zu der am Mittwoch, dem 11. Mai 1983, 11.00 Uhr, im Bildungszentrum P+S, Herner Platz, Peine, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1981/82 mit dem Bericht des Aufsichtsrates.
2. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1981/82.
3. Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat.
4. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1982/1983.

Die vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 57 vom 23.3.1983 veröffentlicht. Wir bitten, dieser Bekanntmachung die Erläuterungen zur Tagesordnung zu entnehmen. Im übrigen verweisen wir auf den unseren Aktionären von ihren Depotbanken zugehenden Geschäftsbericht, dem die Mitteilung gemäß § 125 AktG mit der ungekürzten Einladung beigefügt ist.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens Freitag, 6. Mai 1983, bei einer der in der vollständigen Einladung genannten Hinterlegungsstellen hinterlegen und dort bis zur Beendigung der Hauptversammlung hinterlegt halten. Es kann auch in der Weise hinterlegt werden, daß Aktien mit Zustimmung einer der Hinterlegungsstellen für diese bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden. Auch kann bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank hinterlegt werden. In diesem Fall ist der Hinterlegungsschein bis spätestens Sonnabend, 7. Mai 1983, unserer Gesellschaft einzureichen.

Über die Hinterlegung wird eine als Eintrittskarte dienende Bescheinigung ausgestellt.

Salzgitter, im März 1983

Stahlwerke Peine-Salzgitter AG
Der Vorstand

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

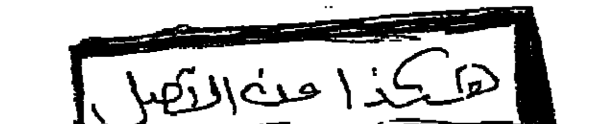
Herstellung: Werner Koziak

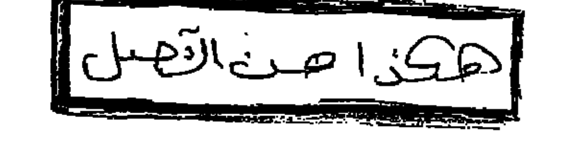
Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.





Bundesanleihen

Bundespost

Bundesbahn

Länder – Städte

Renten vernachlässigt

Der Rentenmarkt stand völlig im Schatten des Aktienhandels. Auf die Diskontsenkung der vergangenen Woche ist bisher jede positive Reaktion ausgeblieben. Öffentliche Anleihen schwankten um 0,20 Prozentpunkte nach beiden Seiten. Die Anlagetätigkeit ist denkbar gering. Offenbar werden vom Rentenmarkt Beträge abgezogen und bei den Aktien eingesetzt. Nun hofft man auf den nächsten Zinstermin am 1. April. DM-Auslandsanleihen lagen nur knapp behauptet.

Sonderinstitute

	22. 3.	21. 3.
5 DSLB Pf 35	88,5	88,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 63	94,5bG	94,5
8 dgl. Pf 118	99	99
5 dgl. KO 36	98,75bG	98,75
5½ dgl. KO 45	98	98
7 dgl. KO 58	105	105
6½ dgl. KO 63	98,75	98,75
8½ dgl. KO 94	109	109
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	99,5G	99,5G
6½ dgl. 69	99,75	99,75
6½ dgl. IS 90	95,6	95,6
6 dgl. IS 105	94,9T	94,9T
6 dgl. IS 108	87,75	87,75
5½ dgl. IS 114	95,7	95,7
7½ K. f. W. 70	101,2	101,25
8 dgl. 70	102,25	102,25
8 dgl. 76	102	102
7½ dgl. 79	100,8	100,9
10 dgl. 81	113,4G	113,5
8½ dgl. 82	105,5	105,5
6 Landw.-Rtbk. 20	99,75	99,75G
6 dgl. 26	100G	100G
7½ dgl. 27	100,5	100,5
8 dgl. 29	100,15G	100,15G
9½ dgl. 36	103,15	103,15
6½ dgl. 59	100,75G	100,75G
10 dgl. 120	107G	107G
8½ dgl. 127	104,5G	104,5G
9 dgl. 131	106,5G	106,5G

	21. 3.	21. 3.
7½ D. GiroKO 101	102,6G	102,6G
10 dgl. KO 125	104,55G	104,55G
9 dgl. KO 179	107,75G	107,75G
9½ dgl. KO 180	110,4G	110,4G
9½ dgl. KO 181	110,25G	110,25G
9 dgl. IS/K	101,05G	101,05G
6 D.Hyp.Brem.Pf118	83G	83G
7 dgl. Pf 123	100,7G	100,7G
6½ dgl. KO 125	97,15G	97,15G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	84G	84G
7 dgl. Pf 130	94	94
6½ dgl. Pf 149	88,5G	88,5G
8½ D. Schiffb. Pf 83	103,65	104
7½ dgl. Pf 84	102,15	102,35
6 Fr. Hyp Pf 98	82G	83G
7 dgl. Pf. 113	95,5G	95,5G
6½ dgl. Pf 119	90G	90G
10 dgl. Pf 168	101,85	101,85
8 dgl. KO 220	102,4G	102,4G
7½ dgl. KO 222	105,55G	105,55G
10 dgl. KO 224	106,25G	106,25G
9½ dgl. KO 228	110,6G	110,6G
8½ dgl. KO 231	105,45G	105,45G
9 dgl. KO 232	104,65G	104,65G
6 Hbg. Ldbk. Pf 48	84	84
9 dgl. IS 44	100,45	100,5
10 dgl. IS 46	101	101
9½ dgl. IS 53	105,65	105,65
8½ dgl. IS 92	105,5	105,5
8 dgl. IS 96	105,7	103,7
9½ dgl. KO 110	110,75	110,75
9 dgl. KO 111	108	108
5½ H. Ldbk. Pf 43	81G	81G
7 dgl. Pf 54	97,1G	97,1

	22. 3.	21. 3.
8½ dgl. Pf 174	103,9	103,9
8½ dgl. Pf 175	104,25	104,25
9½ dgl. Pf 178	106,1	106,1
6 dgl. KO 39	85	85
7½ dgl. KO 170	102	102
9 dgl. KO 180	105,4	105,4
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	88,5	88,5
7½ dgl. Pf 111	99	99
7 dgl. KO 25	96	96
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	99,5	99,5
6½ dgl. Pf 34	91	91
6 dgl. KO 27	88	88
9 Nord.LB IS 20	100,9	100,9
8 Old. Lbk. IS 75	100,55	100,55
8 dgl. IS 76 I	102,5	102,5
8 dgl. IS 76 II	103,55	103,55
7½ dgl. IS 77	103	103
6 dgl. IS 78	99,75	99,75
6 Pfälz. Hyp. 57	92,4G	92,4G
7 dgl. Pf 99	100G	100G
8½ dgl. Pf 124	102,9G	102,9G
7½ dgl. Pf 191	100G	100G
9 dgl. Pf 195	102,85	102,85
9½ dgl. Pf 196	103,8G	103,8G
7½ dgl. Pf 197	102,1G	102,1G
8½ dgl. KO 169	103,1G	103,1G
8 dgl. KO 173	102,1G	102,1G
7½ dgl. KO 180	100,9G	100,9G
7 Rheinbod. Pf 60	92bG	92bG
6½ dgl. Pf 64	84,5	84,5
6 S.H. Ldsch. Pf 19	84	86
7 dgl. Pf 20	94	94
6½ dgl. Pf 21	88,5	88,5
8½ dgl. Pf 31	106,5	106,5

Bankschuldverschreib.

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsscheine

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Eine „Reise in die Jetztzeit“ von Meichsner/Hädrich: „Bergpredigt“

Im 20. Jahrhundert anständig leben

Dieter Meichsner (Buch) und Rolf Hädrich (Regie) stellen heute abend das neueste Produkt ihrer langjährigen Zusammenarbeit vor: „Bergpredigt“. Der Titel habe auf Anhieb große Verwunderung bei den Mitarbeitern hervorgerufen, sagte der Autor – bis sie das Drehbuch gelesen hatten. Da wurde klar, daß weder der historische Schauplatz noch die Zeit vor 2000 Jahren gemeint war; es handelt sich um Gespräche zwischen Menschen von heute, die immer wieder auf die Gesinnungsethik der Bergpredigt zurückführen. Meichsner und Hädrich haben – nach eigenem Bekunden – mit ihren Filmen seit jeher „Reisen in die Jetztzeit“ unternommen. Auch das Stück „Bergpredigt“ will sich nicht damit begnügen, die sattsam bekannten Argumente um Pershing 2, Startbahn West oder Nullösung zu wiederholen. Es verzichtet auf jede These, gibt dem „ideologischen Schaulaufen“ dieser Tage keine Bewertungen.

Auf dem Frankfurter Flughafen gibt es ein Wiedersehen unter alten Freunden, dem ehemaligen Oberlandesgerichtspräsidenten Paul Regensburger mit Frau und dem pensionierten Pfarrer Stadelmann. Ihr lebenslanger Dialog um die Frage, wie man in unserem Jahrhundert des Schreckens anständig leben soll, erhält vor dem Zeitgeschehen eine neue Dimension. Paul Regensburer wird in New York einen Vortrag über die Fragwürdigkeit der Doppelmoral im Atomzeitalter halten. In langen Diskussionen mit Pfarrer Stadelmann gewinnt er neue Einsichten. Telefonisch läßt er entscheidende Sätze seines Manuskripts ändern. Seine Abschiedsworte an den Freund lauten: „Lesen Sie am Sonntag mal die Zeitung, da finden Sie sich. Benutzt habe ich Sie nicht – nur ... gebraucht.“

Bergpredigt – ARD, 20.15 Uhr

Als Parallelhandlung läuft eine zweite Begegnung: Die Krankenhausärztin Dr. Anne Söhnlein holt auf dem Rhein-Main-Flughafen ihren alten Freund Marc und dessen Bekannten Dr. Jim Davis ab, einen schwarzen Physiker. Die beiden Amerikaner werden ein paar Wochen ihrer Reserveübung auf der Air-Base Ramstein verbringen. Daß Anne und Marc vor dreizehn Jahren, als sie sich in den Staaten kennenlernten, kein Liebespaar geworden sind, ist eine andere Geschichte. Vielleicht könnte jetzt eine gemeinsame Zukunft beginnen? Marc ist begeistert von Frankfurt, dem „Mainhattan“ Deutschlands. Anne verhält sich skeptisch, abwartend. Das Staunen und die Unbefangenheit der Besucher erscheinen ihr naiv und oberflächlich. Kann man in diesem „verfluchten Jahrhundert“ noch Freude erleben?

Indem Hädrich die beiden Figuren Regensburger und Stadelmann durch die Hallen, die Höhlen und Lichtungen, die Katakomben des hochtechnisierten Rhein-Main-Flughafens wandern läßt, widersetzt er sich der doktrinären Kritik an „Fortschritt“ und „Technik“.

GERDA LOTTMANN

KRITIK

Eindrucksvolle Zeitzeugen

Zwei Kämpfer gegen nationalsozialistische Gewaltherrschaft gaben im zweiten Teil von **„Kriegsverbrechen – nach den Akten der Wehrmachtuntersuchungsstelle“** (ARD), der sich auf die „Ostfront 1939 bis 1945“ bezog, das charakteristische Gepräge: Einmal war es der – leider biographisch nur sehr dürftig vorgestellte – ehemalige Generalstabsoffizier Rudolf Christoph Freiherr von Gersdorff. Er hatte 1941 als Major an der Ostfront gemeinsam mit Henning von Tresckow die Ausführungen des Kommissarbefehls – das heißt die von Hitler befohlene Erschießung aller sowjetischen Polit-Kommissare – bei der Heeresgruppe Mitte zu vereiteln vermocht. Derselbe Freiherr von Gersdorff versuchte zwei Jahre später als Oberst vergeblich, sich mit Hitler in die Luft zu sprengen – eine Tatsache, die der Film bedauerlicherweise nicht erwähnte.

Der andere Widerstandskämpfer ist der 57jährige, nun im rheinisch-bergischen Kreis wohnhafte Pole Janusz Piekalkiewicz, der während des letzten Krieges in der polnischen Untergrundarmee kämpfte, heute als renommierter Militär-Schriftsteller sich entschieden gegen die antideutsche sowjetische Geschichtsfälschung wendet. Er erklärte am Schluß des Filmes: „Völkermord ist keine deutsche Spezialität. Übersehen wurde der Mord der bolschewistischen Machthaber an den Tatarenvölkern.“ Piekalkiewicz vermied jedes Ressentiment. Sein Kommentar gab diesem Film mit seinen grauenvollen Bilddokumenten über die Massaker an Volksdeutschen in Polen und über ähnliche Greueltaten, verübt von der sowjetischen Geheimpolizei und der Roten Armee nicht nur an Deutschen, sondern auch an Landsleuten, einen Schimmer der Versöhnung und der Hoffnung.

GISELHER SCHMIDT

Opfer eines Arbeitsunfalls

Der steife Finger eines Arbeiters ist die Folge eines Betriebsunfalls, für den er als nunmehr 20prozentig Arbeitsunfähiger eine monatliche Rente von 420 Mark kassiert – zusätzlich quasi; denn der Mann erhält weiterhin, wenn auch an anderer Stelle, seinen vollen Lohn. Jahre später will die Berufsgenossenschaft (BG) ihm die Rente wieder entziehen. Der Arbeiter soll sich zur Wiederherstellung seiner vollen Arbeitsfähigkeit seinen steifen Finger amputieren lassen: Amputation als Heilung – eine makabre Vorstellung, die zudem für den Betroffenen noch mit dem Nachteil verbunden ist, daß er, wie immer er sich auch verhält, seine Rente verlieren soll.

In Gerd Jauchs **„Wie würden Sie entschieden?“** (ZDF) war man ob soviel Zynismus denn auch einmütig wie selten gegen diesen Vorschlag der BG. Der Mann darf Finger und Rente behalten. Vergleicht man freilich seinen Fall mit dem Schicksal anderer Unfallopfer, wird man nachdenklich: Ein 100prozentig Arbeitsunfähiger, ein Querschnittsgelähmter beispielsweise, erhält maximal 80 Prozent seines Bruttolohnes als Rente und zwar im Gegensatz zum „Fingerfall“ anstelle des Lohnes, denn er kann ja nicht mehr arbeiten.

Dieses Mißverhältnis aufzudekken mag hinter der seltsam anmutenden Forderung der BG gestanden haben – auch wenn es ein Versuch am untauglichen Objekt war. Das Unfallversicherungs-System weist erhebliche Ungereimtheiten auf. Jauch hat darauf aufmerksam gemacht.

KNUT TESKE

STUDIO

Mit verschärften Strafbestimmungen sollen Regierungen künftig die **Urheberrechte für Rundfunk- und Fernsehaufnahmen** sowie für Buchautoren gegen unerlaubte Auswertung schützen. Das forderten die Teilnehmer an einem von der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) veranstaltetem Forum, das jetzt in Genf zu Ende ging. In einer Resolution traten Vertreter von Regierungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten und Verlagen dafür ein, daß die Copyright-Bestimmungen der technischen Entwicklung angepaßt werden. Raubdrucke und illegale Ton- und Video-Aufnahmen werden den Angaben zufolge auf dem internationalen Markt weit unter dem regulären Preis vertrieben, weil ihre Hersteller weder Copyright-Gebühren noch Gagen für Künstler und Honorare für Autoren zahlen und auch nur unverhältnismäßig geringe Herstellungskosten aufzuwenden haben. Dem Fachhandel und damit den Urhebern der betroffenen Werke gehen dadurch weltweit alljährlich Milliardenbeträge verloren.

Unter den Ländern, die den westlichen Markt mit solchen Produkten geradezu überschwemmen, steht Taiwan nach Angaben der WIPO an erster Stelle. Zu den in Genf genannten Möglichkeiten, wie man gegen die Video-Piraten und Literatur-Räuber vorgehen könnte, gehörte auch der Vorschlag einer durch intensive Zollkontrollen unterstützten Importsperre für solche Produkte.

*

Für sechs Hörfunksendungen hat das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) in Duisburg seinen **Wilhelmine-Lübke-Preis 1982** verliehen. Um die 1970 gestiftete, mit insgesamt 20 000 Mark dotierte Auszeichnung hatten sich zehn Rundfunkanstalten mit zusammen 28 zwischen Mai 1979 und Juni 1982 ausgestrahlten Produktionen boworben. 5000 Mark gingen an Sabine Markert und Helga Lampe für die Sendung „Kinder und alte Menschen“ (Radio Bremen), je 4000 Mark an Gisela Richter für „Heirat im Alter“ (Radio Bremen) und Lore Walb für „Rede an die ältere Generation“ (Sender Freies Berlin), je 3000 Mark an Hans Nekielski/Karl Rössel für „Rentnerleben – Vergnügtes Leben mit der Rente?“ (Westdeutscher Rundfunk) und Doris Gothe für „Alt werden – aktiv bleiben“ (Süddeutscher Rundfunk) sowie 1000 Mark an Evamaria Miner für „... und ein bißchen weise – wenn Frauen älter werden“ (RIAS Berlin).

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 An hellen Tagen
11.10 Kultur-Weltspiegel
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Mode, Mädchen, Manager
Ein Streifzug durch die Münchner Mode-Woche
17.00 Deutsche Puppenbühnen
„Soldiner Puppenbühne“
Fritz Leese
Fritz Leese (Jahrgang 1909) ist einer der ältesten Puppenspieler in Deutschland und einer der wenigen, die sich das Puppenspiel von Anfang an als Beruf gewählt haben. Er bemühte sich auch immer, neben der Arbeit etwas für seine Puppenspieler-Kollegen zu tun.
18.30 Klamottenkiste
Ben und die Prinzessin
Eine orientalische Prinzessin flieht mit ihrem Geliebten aus einem Harem. Auf ihrer Flucht begegnen sie Ben und zwingen ihn, mit der Prinzessin die Kleider zu tauschen. Die Jagd kann beginnen ...
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Bergpredigt
Buch: Dieter Meichsner
Mit Stefan Schnabel, Marion Schnabel, Emil Stöhr, Diana Körner u. a.
Sängerin: Joy Fleming
22.00 Neu in Moskau
Erkundung einer Stadt
Als neuer ARD-Korrespondent in Moskau schildert Lutz Lehmann seine ersten Eindrücke von dieser Stadt.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Kochen von Kieselsteinen
Beobachtungen bei einem Nationalkongreß der Palästinenser von Hans Lechleitner
Hans Lechleitner hat auf dem Nationalkongreß der Palästinenser in Algier Fragen nach dem Zustand und der Zukunft der PLO und des palästinensischen Volkes gestellt.
23.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Lauter alte Schachteln
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Fjutscher
Ein Berufsquiz für junge Leute
Moderation: Andreas Ernst
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ilja und Beatrice Richter, Mia Martini
17.35 Rauchende Colts
Der Sprengstoffexperte (Teil 3)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rauchende Colts
Der Sprengstoffexperte (Teil 4)
19.00 heute
19.30 Direkt
Jugendliche und Alkohol
20.15 ZDF-Magazin
Themen: Lohnrunde '83: Was dient dem Aufschwung? / Grüne in Bonn: Was muß geheim bleiben? / Jüdische Auswanderer klagen Sowjets an / Bürgerrechtler Schtscharanski weiter in Lebensgefahr
Moderation: Fritz Schenk
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Die Straßen von San Francisco
Spur des Schreckens
22.10 Kirche in Not
Zur Situation der Katholiken in der Tschechoslowakei
22.40 Elisabeths Kind
Fernsehfilm von Wolf Christian Schröder und Rainer Bodt nach einer Idee von Christoph Mattner
Die elfjährige Andrea ist viel allein. Ihr Vater arbeitet im Stellwerk und lebt mit Andrea von seiner Frau, Andreas Mutter, getrennt. Andrea geht zur Schule, sorgt für ihren Vater, so gut sie kann, und kommt kaum zum Spielen oder zu Begegnung mit gleichaltrigen Kindern.
00.50 heute



Diana Körner als Anne mit Burt Nelson, der den Marc spielt in dem Fernsehspiel „Bergpredigt“, ARD, 20.15 Uhr FOTO: KÖVESDI

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Englisch (21)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Information und Unterhaltung
Gesang: Petra Pascal
21.45 Auslandsreporter
Dierk Ludwig Schaaf aus Marseille:
Die Viertel am Alten Hafen
22.15 Maskulin – Feminin
Franz. Spielfilm, 1966
23.55 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Das Leben auf unserer Erde
Jäger und Gejagte
19.15 Das Bauen wird menschlicher
Architektur auf neuen Wegen
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Streitpunkte (9)
Live-Sendung
Moderation: Hermann P. Reiser
22.05 Der Film-Club:
W. C. Fields (8)
Der Bankraub
Amerik. Spielfilm, 1940
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN

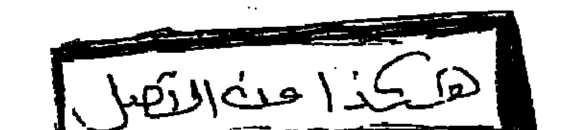
18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna Iberica
19.00 For better understanding
The United Nations International School
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Parlamente, Parteien, Perspektiven
21.15 Drei aktuell
21.30 Autoreport
21.35 Halbzeit
21.55 Club 2

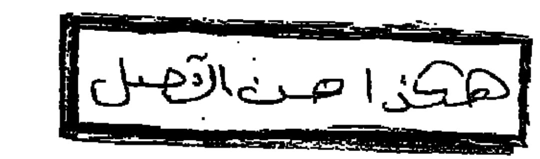
SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (21)
19.00 Reden ist Gold
Eine Talk-Show für Jugendliche mit Elke Heidenreich
19.50 Ariane
Dt. Spielfilm 1930
Mit Elisabeth Bergner und Rudolf Forster u. a.
Regie: Paul Czinner
21.10 Sammelsurium
Beobachtetes und Aufgelesenes aus dem Kulturleben

BAYERN

18.15 Marco
18.40 Der Verkehrswürfel
18.45 Rundschau
19.00 Ich habe meinen Glauben gefunden
Situation: Ich und die anderen
19.45 Joan und Harry (10)
20.30 Mickey Mc Guire
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z. E. N.
21.50 Teleclub
Verschwendetes Leben
Ung. Spielfilm, 1981
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week





Striptease vorm Alten

blu – Neulich im Fernsehen beim „Alten" gab es einen merkwürdigen Zwischenfall. Die Beamten der Mordkommission durchsuchten ein Haus und stießen dabei auf den in Schauspielerkreisen sehr bekannten Raimund Harmsdorf. Der Mime wollte sich wahrscheinlich gerade ein bißchen frisch machen. Nackt und muskelbepackt stand er mitten im Zimmer, und der Alte sagte „Hallo!" und „Auf Sie haben wir gerade noch gewartet", ließ die Handschellen schnappen und nahm Harmsdorf mit ins Präsidium.

Wohlgemerkt: Der Vorgang hatte nicht das geringste zu tun mit der gerade laufenden Krimi-Handlung. Harmsdorf wurde mitgenommen und verschwand auf Nimmerwiedersehen, ohne daß das irgendwelche Auswirkungen auf die Lösung des anstehenden Falles gehabt hätte. Sein Striptease war eine gewissermaßen zweckfreie Einlage, ein Muster ohne Wert, wenn man so will. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, als sei es einzig und allein darum gegangen, den Mann wieder einmal in voller Pracht einem Millionenpublikum vorzustellen. Vielleicht sucht er eine Rolle und hoffte, auf diese Weise an einen Agenten zu kommen.

Für kreative Drehbuchschreiber von Fernsehserien eröffnet sich hier ein weites Feld: der abendliche Krimi als Vermittlungsbüro für einigermaßen bekannte, aber zur Zeit engagementlose Schauspielerkollegen. Der Mörder hat sich zunächst einmal in der Tür vertan, verirrt sich in ein fremdes Badezimmer, sagt verwirrt Verzeihung und entschwindet; in der Badewanne aber sitzt das Filmsternchen Soundso und läßt seine Reize spielen.

Oder Polizisten suchen im Wald nach der Tatwaffe und finden – ganz nebenbei – einen im Gras schlafenden Penner, der sich unwillig auf die Seite dreht und weiterschläft; es ist der Altmime XYZ, der sich so seiner zahlreichen Gemeinde in Erinnerung bringt. Wie gesagt, dem Einfallsreichtum sind bei diesem Spiel keine Grenzen gesetzt, und auf die Glaubwürdigkeit der Handlung kommt es ohnehin nicht an.

ondon: Ein Musical für Marilyn und anderes

Vo blieben die Noten?

ı Londoner Westend wird dieser age der Starkult großgeschrie-ı. Showbusiness-Superstar Man Monroe wird am Adelphi-eatre von der hochbegabten gländerin Stephanie Lawrence Musical-Heroine zu neuem Le-ı erweckt. Und zum anderen irte der nicht zuletzt als Musi-Held unvergessene Publikums-ling Rex Harrison nach langer ıse als 75jähriger zum Londoner eater zurück, als Captain Shoto-in Shaws „Haus Herzenstod". e in Sprechkultur, Liebreiz und ncenreichem Spiel atemberau-de Diana Rigg ist am Haymar-Theatre die Partnerin Harri-s, der sich hier zum ersten Mal eine Bühnenrolle einen Voll-t wachsen ließ.

ı ihrem Musical „Marilyn!" ap-lieren Jacques Wilson und der mponist Mort Garson bereits in n Eingangschor „Did you know rilyn Monroe?" an das geheime ıverständnis des Publikums: r Mythos Marilyn soll wiederbe-t werden. Freilich erfährt man hts Neues über die Monroe. Das ick spult die Stationen ihrer rriere von der 15jährigen Norma ın durch die Ehen und die Bet-ı der Steigbügelhalter bis hin n Ruhm als Sexidol ab, bis zur blettenleiche. Das geschieht ıventionell und schematisch. ß Marilyn Monroe, jene bezau-nde Blondine mit dem kleinen n, von Hollywood zu einer Sym-figur hochstilisiert wurde – Ma-n als Marionette also –, dieser entscheidende Aspekt für eine auch nur einigermaßen differenzierte Darstellung des Phänomens Marilyn, fiel unter den Tisch.

Diese Marilyn ist das seelisch beschädigte Geschöpf, das bei Pflegeeltern aufwuchs, in Angstpsychosen nach seiner Mutter ruft, die in eine Anstalt kam. Es ist die arme, gebeutelte Marilyn, an der sich die anderen versündigten. Wenigstens versuchte man, die besondere Qualität Marilyns durch einen bühnentechnischen Trick einzufangen: durch Einführung einer personifizierten Kamera (John Christie mit rauchiger, an den Popstar David Essex erinnernder Stimme). Er steht hinter dem Spiegel, vor dem Marilyn als Teenager beim Betrachten ihrer Figur die Ahnung von ihrer Bestimmung zu Großem ankommt, und er interpretiert ihre geheimsten Gedanken. Er ist, auf einem Kamerakran reitend, als Erzähler und Deuter des Geschehens präsent.

Die große Schwäche dieses Musicals ist – und das ist beinahe unverzeihlich – die Musik. Dem kanadischen Routinier Mort Garson fiel kein einziger Hit ein, und damit fehlt der Show gleichsam der Lebensnerv. Garson bekannte, er habe vor dem Problem gestanden, die musikalischen Moden der vierziger und der fünfziger Jahre einzufangen und außerdem noch seine eigene Handschrift zu zeigen. Die Musik kommt selten über blassen Eklektizismus hinaus, was die Enttäuschung der englischen Kritik erklären mag.

Zu ungetrübter Freude gibt nur Stephanie Lawrence in der Titelpartie Anlaß. Es macht nichts, daß diese herrlich tanzende, singende und spielende Künstlerin (sie hat bereits in der Rolle der „Evita" großen Ruhm geerntet) nur eine entfernte Ähnlichkeit mit Marilyn besitzt. Sie besitzt den Magnetismus der Sexbombe, und sie hat die Posen der Monroe mit unglaublicher Virtuosität einstudiert.

Auch Regisseur John Dexter konnte Shaws hintergründige Analyse der geistigen Situation der Zeit in „Haus Herzenstod" nicht zum erregenden Ereignis machen. Zwar spielt Rex Harrison den uralten Kapitän, der seine Seele dem Teufel verkauft, als Drahtseilakt zwischen Senilität und Weisheit, und Diana Rigg als seine Tochter Hesione hat noch heute Emma Peels Feuer. Aber es ist bezeichnend für die gegenwärtige Londoner Theaterszene, daß die besten Kräfte in Nostalgie-Übungen eingesetzt sind.

SIEGFRIED HELM

ot Anlaß zu ungetrübter Freude: ephanie Lawrence in der Titel-le des Musicals „Marilyn" im ndoner Adelphi-Theatre. FOTO: AP

do Lindenbergs Konflikt mit Erich Honecker

Honeys Unterindianer

gendwie muß der Udo Lindenberg in Panik geraten sein – ausrechnet im deutschen Arbeiter-d-Bauern-Staat nämlich darf er cht singen. Dabei hatte er sich hon Hoffnung auf eine Tournee macht, nachdem der dortige aats-Verlag „VEB Lied der Zeit" n sogar in seinem „Beat-Lexin" namentlich erwähnt hatte. ber die Funktionäre strichen ihn rzerhand wieder, als er in einem chlager eine „Rock'n'Roll-Arena Jena" forderte.

Also versuchte es „die Nachtigall n Billerbeck" (Udo über Udo) it einem Liedchen für den Genossen Staatsratsvorsitzenden rich Honecker. Im „Sonderzug ach Pankow" – Renner in den estdeutschen Hitparaden – nacht er „Honey" despektierlich n: „Ich hab' 'ne Flasche Cognac it und die schmeckt sehr lecker, ie trink' ich dann ganz locker mit em Erich Honecker und ich sag': ey, Honey, ich sing' für wenig Ioney im Republikpalast, wenn ır mich laßt..."

Oder auch: „Honey, ich glaub', u bist doch eigentlich auch ganz ocker; ich weiß, tief in dir drin bist u doch eigentlich auch'n Rocker. ıu ziehst ja doch auch gerne mal ie Lederjacke an und schließt ich ein auf'm Klo und hörst Westadio – hallo Erich, kannst du mich ör'n, hallöchen, hallo?"

Verbieten können die „DDR"-unktionäre den Song nicht – lenn es gibt ihn drüben offiziell ıicht. Aber sie verbieten inzwichen den „Chaatanooga Choo Choo" – die musikalische Unterlage für die Verhöhnung. Sie wissen sehr wohl, daß nicht nur Erich auf dem Klo Westradio hört, sondern viele Jugendliche das ganz offen tun. Die Reaktion von Lindenberg: Er schrieb jetzt einen offiziellen Brief nach Berlin-Ost „an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker (betr. Jodel-Lizenz für die DDR)".

Da mokiert sich der Pop-Barde denn: „Hallo, Honey! Nachdem meine Freunde und ich schon seit Jahren vergeblich versucht haben, über Euren Künstlerdienst, über jede Menge Unter-, Zwischen- und Flüsterhändler 'ne Auftrittsgenehmigung zu erhalten, wende ich mich nun direkt an Dich, lieber Erich, weil Du doch da der Oberindianer bist und das Sagen hast. Du als Staatsratsvorsitzender hast viele Heavysachen um die Ohren und hast wahrscheinlich deshalb noch nicht die Zeit gefunden, auf meinen Song zu antworten. Ich verstehe das, ich hab' auch immer viel zu tun. Nun hoffe ich aber, daß Du mir bald grünes Licht gibst für meine Reise ins rote Land. Wenn nicht, dann sei so lieb und laß mir von Deinen Unterindianern klar und klipp mitteilen, warum."

Und Udo schließt: „Sieh das alles nicht so eng und verkniffen, Genosse Honey, und gib Dein ok für meine DDR-Tournee (Dein Fan-Club kann nur noch größer werden). Wegen der Einzelheiten schlage ich Pankow oder auch West-Berlin (gleich um die Ecke) vor."

WILM HERLYN

Entdecker der Hormone, Retter der Max-Planck-Institute: Nobelpreisträger Adolf Butenandt wird 80

Aber ans große Geld kam er nie heran

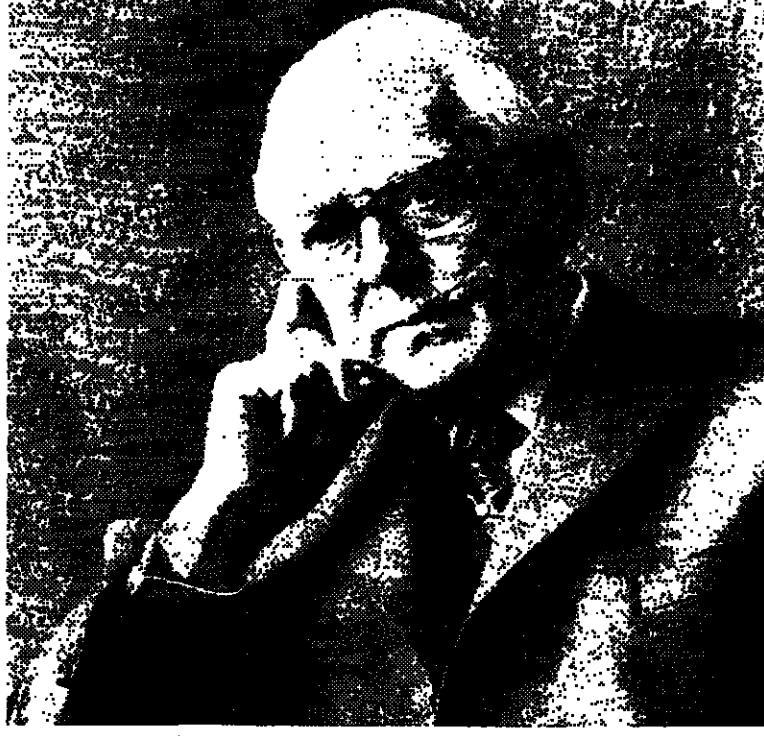
Die goldenen zwanziger Jahre gingen ihrem Ende zu, als von Berlin aus ein Kuriosum eigener Art in Szene gesetzt wurde: der Welt größter Urin-Handel. Überall in Europa, bis hinunter zum Balkan, traten Unterhändler der Firma Schering an die Pferdezüchter heran, um ihnen für gutes Geld hektoliterweise den Harn trächtiger Stuten abzukaufen. In großen Milchkannen, zur Vorsicht grün angestrichen, flossen jährlich 500 000 Liter in die Reichshauptstadt.

In Adlershof, einem Vorort Berlins, endete die „Eimerkette" in einem 20 000 Liter fassenden Holzbottich. Mit einer Dampfheizung wurde der nun schon fauligen Flüssigkeit das Wasser ausgetrieben. Der Gestank war bestialisch. Schering-Mitarbeiter hatten damals in der S-Bahn stets ihr „Knoblauch"-Erlebnis: *Man machte ihnen geradezu fluchtartig Platz.* Aber sie stanken für die Wissenschaft. Ein gewisser Adolf Butenandt, damals gerade 24 Jahre alt, hatte sich eine, wie sich später herausstellte, wissenschaftliche Großtat in den Kopf gesetzt: Er suchte nach Hormonen.

Die Beschäftigung mit diesen flüchtigen Stoffen galt damals als wissenschaftliches Roulette. Butenandt und seine ebenfalls junge Assistentin, Erika von Ziegner, wagten das Spiel – und gewannen. Aus dem eingedickten Urinkonzentrat, das ihnen die Schering-Werke aus Berlin zukommen ließen, isolierten sie nach zwei Jahren harter Arbeit eine winzige Menge feiner Kristalle – das reine Hormon „Östron", Ursubstanz aller weiblichen Geschlechtshormone, der „Östrogene".

Zehn Jahre später erhielt Butenandt dafür den Nobelpreis. Den zugehörigen Geldpreis – damals 50 000 Reichsmark – bekam Butenandt wegen der damaligen politischen Umstände nie. „Geld war ja nicht das Entscheidende", meint der Gelehrte heute mit der ganzen Würde des Alters. Er ist gerade 80 Jahre alt geworden.

Damals, vor einem guten halben Jahrhundert, bevor sich die weißen Kristalle wie Farnkraut an der Innenwand der Retorte emporrankten, hatte der hoffnungsvolle Wissenschaftler in der Tat ganz andere Probleme. War die Substanz, der er nachspürte, wirklich das gesuchte Hormon? Den Beweis dafür traten die weiblichen Ratten und Mäuse im Keller des Instituts an. Sie mußten ihre Keimdrüsen drangeben, um dann als sensible Indikatoren zu funktionieren: Winzige Mengen des Konzentrats unter die Haut gespritzt setzten einen „Brunstzyklus" in Gang. Damit war klar: In der Retorte waren weibliche Prägungsstoffe, Hormone.



Großer alter Mann der Grundlagenforschung: Prof. Adolf Butenandt. FOTO: ERICA LOO

Es dauerte noch einmal zwei Jahre, dann hatte Butenandt abermals Erfolg. Aus 15 000 Litern Männerharn stellte er das erste männliche Hormon, das „Andosteron", in reiner Form dar. Wenngleich damals sicher noch niemand an eine so bedeutende und lukrative Anwendung der Hormonforschung wie die „Pille" dachte – die Karriere des so talentierten Experimentators war vorgezeichnet. Zunächst aber heiratete Butenandt. Die Auserwählte war seine Assistentin.

An das „große Geld" kam Butenandt damals aber nicht. Zwar beteiligte ihn die Schering AG an den Patentrechten; als aber nach dem Krieg der Hormon-Boom richtig losging, waren die Patente von den Alliierten enteignet. Butenandt sah keinen Pfennig.

Butenandts Berliner Institut wurde 1944 nach Tübingen verlegt. Die Studenten der Universitätsstadt feierten den großen Biochemiker mit einem Fackelzug, als er 1948 den Ruf an die Universität Basel ablehnte. 1953 aber verließ Butenandt Tübingen dennoch. München bot ihm mit einer Reihe großzügig ausgestatteter neuer Forschungsinstitute die Chance uneingeschränkten Wirkens. Butenandt wurde Chef des Instituts für physiologische Chemie in der medizinischen Fakultät der Universität München und übernahm außerdem die Leitung des Max-Planck-Instituts für Biochemie. Auch nach seiner Emeritierung 1972 behielt er hier einen Arbeitsplatz.

Internationales Aufsehen erregte Butenandt noch zweimal. 1959 als Biochemiker gelang ihm die erste Reindarstellung des Sexual-Lockstoffes des Seidenspinners, eines Dufthormons, das Schmetterlingsmännchen und -weibchen über Kilometer hinweg zusammenführt. Dieser Erfolg hatte praktische Bedeutung unter anderem für die Schädlingsbekämpfung und machte nicht zuletzt deswegen Furore.

Und dann rückte Butenandt im Zusammenhang mit der Hochschulreform in den Brennpunkt der öffentlichen Diskussion. 1960 hatte er als Nachfolger von Otto Hahn die Präsidentschaft der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften übernommen. 1967 warnte er vor der Stagnation der wissenschaftlichen Forschung wegen fehlender Mittel. Die dramatischen Entwicklungen an den deutschen Hochschulen schmeckten dem hochkarätigen Wissenschaftler nicht. Laut und vernehmlich trug er seit 1969 seine Forderung nach einer qualifizierteren Grundlagenforschung vor, um der fortschreitenden Abwanderung von Professoren und jungen Wissenschaftlern ins Ausland und in die Industrie entgegenzuwirken. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Bundes-Assistenten-Konferenz und dem Verband der Wissenschaftler an den Forschungsinstituten. Wegen angeblich mangelnder Reformbereitschaft forderten sie Butenandts Rücktritt.

Butenandt trat nicht zurück. Durch eine neue Wahlordnung für den Senat der Max-Planck-Gesellschaft, die er durchsetzte, gelang es ihm, die berühmte Wissenschaftsvereinigung gegen den Zugriff der Kaputtmacher abzuschirmen. 1972 wirkte er mit bei der Verabschiedung einer neuen Satzung der Gesellschaft zugunsten eines größeren Mitspracherechts der jüngeren Mitarbeiter.

Als „ganz bedauerliches Ereignis" wertete der Nobelpreisträger 1978, „daß sich die Universitäten die neuen Hochschulgesetze haben aufzwingen lassen". Mit diesen Gesetzen sei der Charakter der deutschen Universitäten grundlegend verändert worden. Die alte deutsche Universität in ihrer hohen wissenschaftlichen Blüte sei nun vermutlich kaum jemals wieder zu erwecken. Die Forschung werde zwangsläufig zurückgedrängt.

Butenandt, der sich stets der Grundlagenforschung verpflichtet fühlte, war sich dennoch immer über deren eminent praktische Bedeutung im klaren. Nach seiner Ansicht führen Fortschritte auf dem Gebiet zweckfreier naturwissenschaftlicher Grundlagenforschung – nach mehr oder weniger langer Zeit – so gut wie immer zu praktischen Anwendungen, und zwar oft ganz unvorhergesehener Art. Man kann diese These auch umkehren: Die Vernachlässigung der Grundlagenforschung führt unweigerlich zu einem Ideendefizit, was schließlich nicht ohne verheerende Auswirkungen auch auf die wirtschaftlich-technische Wettbewerbsfähigkeit eines Landes bleiben kann. Wir erleben es heute.

Der „Grand Old Man" der Hormonforschung, der seinen ersten Triumph in der „Gelehrtenrepublik Göttingen" feierte, in einer Zeit, als die Vorlesungen noch „Kollegium" hießen, als man das Streitgespräch „Disput" nannte, als Lehrer und Schüler, Gott und die Welt bedenkend, noch fruchtbare Gemeinsamkeit pflegten – dieser Adolf Butenandt hat bis heute nicht aufgehört, von Studenten, Wissenschaftlern, Hochschulen zu fordern, was er selbst zur Genüge bewiesen hat: Leistungswille, Zielstrebigkeit, Qualität.

KLAUS BRUNS

J. P. Ponnelles „Parsifal"-Inszenierung in Köln

Gründlich entrümpelt

Der „Parsifal"-Film von Hans Jürgen Syberberg, die Bayreuther Jubiläumsinszenierung von Götz Friedrich und der entschiedene Frankfurter Interpretationsversuch von Ruth Berghaus bilden den Vergleichsmaßstab, dem Jean-Pierre Ponnelle sich in Köln gegenübersah. Ponnelle, der sich seit seiner ersten Opernregie vor rund 20 Jahren („Tristan und Isolde" in Düsseldorf) immer wieder mit Wagner auseinandersetzt, entzog sich mit einer radikalen Kehrtwendung den kritischen Schiedsrichtern.

Nach dem Motto „Zurück zu den Quellen" versuchte Ponnelle die Wagner-Exegeten der Studier- und Philosophierstuben hinter sich zu lassen, obwohl er im Detail durchaus erkennen läßt, wie gut er die tiefsinnigen Analysen eines Adorno, Boulez oder Wapnewski gelesen hat. Dank Ponnelle gibt es in Köln endlich einmal einen „Parsifal zum Kennenlernen". Man mag eine solche Annäherung als illustrativ oder unkritisch bemängeln – und mancher Premierenbesucher ließ das deutlich vernehmen! Doch der Kölner „Parsifal" ist wie ein reinigendes Gewitter, das die Dunstwolken und Staubschichten wegfegt, die sich weit Wieland Wagners Entrümpelungsaktionen der fünfziger Jahre wieder angesammelt haben.

Ponnelle stellt das Musikdrama und nicht das mystifizierte „Bühnenweihfestspiel" in helles konturenscharfes Bühnenlicht. Er erzählt ein christliches Epos aus dem Hochmittelalter. Die Bühne ist das Gewölbe einer romanischen Kathedrale mit Rundbogen, vielfältiger Ornamentik und einem Taufbecken als Mittelpunkt der Szene. In dieser monumentalen monochromen, eine Weltordnung repräsentierenden Architektur ist kein Zweifel daran erlaubt, daß die Gralsritter ihren Erlöser finden werden.

Die starre Ordnung, die dem schuldig gewordenen Gralskönig Amfortas zwar Erlösung verspricht, dem todkrank über die Bühne taumelnden Menschen Amfortas aber keine Hilfe gewährt, diese Weltordnung duldet keine heidnische Gegenwelt. So ist Klingsors Zauberreich ein mit Bunsenbrennern und Reagenzgläsern als Alchimistenlabor getarnter subversiver Untergrund, in dem der Zauberer mit Peitschenschlägen und Spiegeltricks mühsam über die bunt und hurtig dahintippelnden Blumenmädchen waltet. Kundry ist dieser heidnischen Hölle schon lange verloren. Sie betreibt aktiv ihre Erlösung. Parsifal bringt ihr den erlösenden Tod, die Gralsritter finden in ihm den neuen Hüter der alten Ordnung.

Parsifal, die Titelfigur, rückt aus dem Zentrum des Geschehens, was durchaus konsequent ist, aber in der blassen Verkörperung durch Peter Lindroos etwas zu deutlich gerät. Ansonsten lassen die Sänger kaum einen Wunsch offen. Der Amfortas des Thomas Stewart hat über die Jahre an darstellerischem Ausdruck gewonnen; Karl Ridderbusch als Gurnemanz ist unter der Anleitung des Regisseurs ein fast überraschend präziser und überzeugender Sängerdarsteller, der zum Mittelpunkt der Aufführung wird. In der jungen Waltraud Meier steht eine Kundry auf der Bühne, die nach Lebensalter und stimmlicher Verfassung eine in der Tat jugendliche Verführerin ist.

Ponnelles Erzählstil wird ideal ergänzt durch den Dirigenten John Pritchard. Man kann sich gewiß eine erhabenere oder analytischere Lesart der Partitur vorstellen, kaum aber eine dramatischere und sensiblere Interpretation, als sie Pritchard mit dem Gürzenich-Orchester gelingt. Ponnelle und Pritchard haben nicht nur für Köln eine bedeutende Aufführung zu Wege gebracht. Die scheinbare Einfachheit und Gradlinigkeit dieses „Parsifals zum Anfassen" bietet das Fundament zu einer neuen, an den Erfordernissen des Theaters orientierten Deutung.

ALBIN HÄNSEROTH

KULTURNOTIZEN

Brüssels Marionettentheater „Toone" zeigt bis 9. April täglich Michel de Ghelderodes Passionsspiel.

Ottokar Runzes Film „Der Schnüffler" ist bei dem Festival des Humoristischen Films in Grenoble mit dem Publikumspreis ausgezeichnet worden.

Die „Würzburger Festspiele '83" finden vom 23. bis 28. Juli auf der Festung Marienberg statt.

Niki de Saint-Phalle und Jean Tinguely schufen die jüngste Pariser Brunnenanlage beim Centre Pompidou.

Das Pariser Musée des Arts Décoratifs zeigt bis 30. April sowjetische Pioniere der Fotografie.

Der Sixtina-Saal im Dresdener Zwinger mit seinem Prunkstück, der „Sixtinischen Madonna" von Raffael, ist jetzt wiedereröffnet worden.

Der Vertrag des Intendanten der Berliner Festspiele, Ulrich Eckhardt, wird um weitere sechs Jahre verlängert.

Dankenswerte Publikation: Gotik in Finnland

Waffen draußen lassen!

Gotik in Finnland", das klingt obskur. Denn wo soll es schon hochaufragende Dome im Land der tausend Seen geben? Wer billigt den Finnen überhaupt eine Bautradition zu, die über den Klassizismus des 19. Jahrhunderts, wie er sich durchaus eigenwillig in Helsinki darbietet, hinausgeht? Und doch trägt der schmale Band mit Fotografien und knappen Texten von Rolf und Helvi Wendeler den Titel „Gotik in Finnland" zu Recht. Er stellt vier wuchtige Steinkirchen vor, die zwischen dem 13. und 16. Jahrhundert entstanden und von denen die drei in Hollola, Vanaja und Hattula noch heute benutzt werden, während in Pälkäne nur die Ruine erhalten blieb.

Es sind schlichte, rechteckige Bauten, ein- oder dreischiffig, denen auf der einen Längsseite die Sakristei, auf der anderen das Waffenhaus angefügt wurde. Dieses Waffenhaus war nicht der Ort der Auf-, sondern der Abrüstung. Hier legten die Kirchenbesucher ihre Waffen ab, bevor sie das Kirchenschiff betraten. Drei der Kirchen wurden aus mächtigen Feldsteinen errichtet; nur die Giebel sind mit Backsteinen verziert. Einzig die Heilig-Kreuz-Kirche von Hattula ist (neben der Domkirche von Turku) eine der beiden reinen Backsteinkirchen in Finnland. Ohne großen Aufwand, jedoch mit eindrucksvollen Bildern werden diese Kirchen und ihre geschnitzte Innenausstattung hier vorgestellt.

Dieselben Tugenden der Präsentation beherrschen einen zweiten Band desselben Verlages und derselben Autoren: „Alte Holzkirchen in Finnland". Die Auswahl reicht vom Glockentrum der zerstörten Kirche in Ruokolahti, der für Touristen verhältnismäßig leicht zu erreichen ist, bis zu der Lappenkirche von Pielppajärvi am Inari-See im hohen Norden, die eine Zweistundenwanderung durch Wald und Sumpf erfordert (mit dem Risiko, sich zu verlaufen). Auch hier wird mit unprätentiösen Aufnahmen die Kunst der meist unbekannten „Volksbaumeister" vorgeführt.

Die beiden Bände erschienen im Münchner Verlag B. Werzinger, der sich mit der einen Hälfte seines Programms auf Finnland-Literatur spezialisiert hat. Da gibt es noch eine Sammlung von deutschen und finnischen Kinderversen von Lea Koch-Auvo „Entten tentten, lirum larum . . ." oder mit „Liedern aus Finnland" von Trudelies Hofmann. Alle diese Bücher sind zweisprachig, deutsch und finnisch.

Mit deutschem Vokabular begnügen sich demgegenüber die beiden mit vielen Zeichnungen bebilderten Kochbücher „Finnische Küche für Kenner" und „Finnische Backspezialitäten", die anschaulich die kulinarische Folklore darbieten. So eröffnen diese sechs schmalen und preiswerten Bände beinah beiläufig Einblicke in die Eigenarten einer – nicht zuletzt wegen der schwierigen Sprache – leider nur allzu wenig bekannten Kultur. Es ist zu hoffen, daß die Idee des Münchner Verlags auf ein Interesse stößt, das eine Fortsetzung erlaubt.

PETER JOVISHOFF

Rolf und Helvi Wendeler, „Gotik in Finnland"/„Alte Holzkirchen in Finnland", 80 S. mit zahlr. Abb., je 22,50 Mark.
Lea Koch-Auvo, „Entten tentten, lirum larum . . .", 72 S. mit Zeichn., 14,80 Mark.
Trudelies Hofmann, „Lieder aus Finnland", 96 S. mit Noten, 19,80 Mark.
Sieghart und Ritva Müller, „Finnische Küche für Kenner", 96 S. mit 100 Zeichn., 19,50 Mark.
„Finnische Backspezialitäten", 96 S. mit 100 Zeichn., 14,80 Mark.



St.-Georgs-Plastik in der Eingangshalle der 1480 erbauten gotischen Kirche in Hollola. FOTO: WERZINGER VERLAG

JOURNAL

Graphik-Auktion für polnisches Theater

Ch. O. **Marburg**

Um den vielen, aus politischen Gründen geflüchteten polnischen Schauspielern beim Aufbau eines eigenen Theaters in Deutschland zu helfen, hat der Kieler Buch- und Kunstantiquar Bernd Schramm im Kieler Stadtmuseum eine überaus erfolgreiche Benefiz-Auktion durchgeführt. Entgegen vielen Erwartungen waren auf der 206 Nummern umfassenden Versteigerung zahlreiche Kaufwillige erschienen, die fast das gesamte Angebot zu erstaunlichen Preisen wegkauften. So konnte Schramm für A. Paul Webers signierte Originallithographie „Flüsternde Männer" 460 Mark erzielen. Noldes Farblithographie „Ältere Herren" von 1926 brachte 900 Mark. Insgesamt reicht das finanzielle Ergebnis dieser Auktion zugunsten der „Initiative Polnisches Theater" natürlich nicht aus. Aber es ist eine erfreuliche Privatinitiative mit überraschend gutem Erfolg, die Anerkennung verdient.

Günter Kunert wird neuer „Stadtschreiber"

dpa, **Frankfurt**

Zum zehnten „Stadtschreiber" von Bergen ist einstimmig der Schriftsteller Günter Kunert gewählt worden. Der Preis gilt als der originellste Literaturpreis der Bundesrepublik Deutschland und ist mit 24 000 Mark und freier Wohnung für die Dauer eines Jahres im Frankfurter Vorort Bergen-Enkheim dotiert. In der Jury-Begründung heißt es, Kunert habe in seinen poetischen Werken „ein anschauliches und überzeugendes Bild des Menschen unserer Zeit" entworfen. Vorgänger von Günter Kunert waren Wolfgang Koeppen, Karl Krolow, Peter Rühmkorf, Peter Härtling, Peter Bichsel und zuletzt Jurek Becker.

Attenboroughs „Gandhi" mit Preisen überhäuft

dpa, **London**

Richard Attenboroughs Film „Gandhi" hat bei der jährlichen Preisverleihung der „Britischen Akademie für Film und Fernsehen" alle Hauptpreise erhalten: Er wurde als bester Film ausgezeichnet, der Hauptdarsteller Ben Kingsley als bester Schauspieler und Attenborough selbst als bester Regisseur. Darüber hinaus verlieh die Akademie Attenborough den Sonderpreis für eine Leistung, die auf der Leinwand oder auf dem Bildschirm einen bleibenden Einfluß hinterläßt. Kingsley erhielt zusätzlich den Preis für den besten neuen Film-Darsteller – vor der Titelrolle in „Gandhi", war er Kinogängern unbekannt gewesen.

143-Kilogramm-Kristall in der UdSSR gezüchtet

wb, **Charkow**

Ein 143 Kilogramm schwerer Kristall ist von sowjetischen Wissenschaftlern des Unionsforschungsinstituts für Monokristalle in Charkow gezüchtet worden. In der Natur wurden derartige Riesenkristalle bisher noch nicht gefunden. Kristalle solcher Größenordnung wie der gezüchtete sind vor allem in der optischen Industrie gefragt.

Vasarely-Stiftung in Budapest

ly. **Budapest**

Eine Vasarely-Stiftung in Budapest will der seit 1930 in Paris lebende Maler Victor Vasarely errichten, die vierte nach New York, Oslo und Gordes. Als Grundstock sollen jene 400 Werke dienen, die der 1908 in Ungarn geborene Maler dem ungarischen Staat geschenkt hat.

Venedig zeigt chinesische Kulturschätze

dpa, **Venedig**

In Venedig soll vom Juni bis zum Jahresende die bisher größte im Westen veranstaltete Ausstellung archäologischer Funde aus China stattfinden. Sie wird unter dem Motto „7000 Jahre in China" stehen. Mit mehr als 100 Exponaten, die zu einem großen Teil China bisher noch nie verlassen haben, soll die Ursprungszeit der Kultur des asiatischen Landes bis zur Han-Dynastie (206 vor Christus bis 220 nach Christus) dokumentiert werden.

Plakate gegen Rassentrennung

AFP, **Paris**

15 Künstler aus elf Staaten, unter ihnen Roy Liechtenstein, Robert Rauschenberg (beide USA) und der Deutsche Wolf Vostell, haben auf Anregung der Pariser Galerie Maeght Plakate gegen die Apartheid entworfen. Von jedem Entwurf werden außer den in großer Auflage geplanten Drucken 100 Litographien hergestellt. Die Originale werden je nach „Kurswert" des Künstlers zwischen 1000 und 10 000 Franc pro Stück verkauft.

Kanarische Pflanzenwelt nach Marburg versetzt

wm, **Marburg**

Das Warmhaus im Botanischen Garten der Universität Marburg vermittelt jetzt allen Besuchern einen umfassenden Überblick über die Pflanzenwelt der Kanarischen Inseln. Der Botanische Garten verfügt bereits seit längerer Zeit über eine Sammlung von ursprünglichen Wildpflanzen dieser atlantischen Inselwelt, die jedoch der Öffentlichkeit in den Aufzuchthäusern bisher kaum zugänglich war.

1,5 Millionen Mark für hundert neue Hessen

Per Staatsvertrag wurde baden-württembergischer Grenzort dem Nachbarland zugeschlagen / Volksfest für Neubürger

H. KANNENBERG, **Lampertheim**

Hundert Baden-Württemberger, Einwohner des Grenzortes Rennhof im Städte-Dreieck Lampertheim-Heppenheim-Weinheim (Bergstraße) zählen die Tage bis zum Sommer. Spätestens im Juni dieses Jahres werden sie zu Hessen. Der „Kaufpreis" von 1,5 Millionen Mark, abzuführen an die bisherige baden-württembergische Muttergemeinde Hemsbach, liegt zur Auszahlung bereit bei der Stadtkasse von Lampertheim/Hessen, das die Rennhofer als neue Bürger vereinnahmt.

Der Staatsvertrag, staatsrechtliche Grundlage des Handels mit hundert Bürgern und 31 Hektar Landfläche, wurde letzte Woche von den Länderchefs Lothar Späth (Baden-Württemberg) und Holger Börner (Hessen) in Bonn unterzeichnet. Jetzt steht noch das formelle Plazet der Regierungspräsidenten von Darmstadt und Karlsruhe, danach der Segen der Landtage beider Länder aus. In Wiesbaden, wo der landespolitische Haussegen im allgemeinen schief hängt, haben SPD, CDU und Grüne bereits Einverständnis signalisiert. Die hundert „Neu-Hessen" sollten, sobald juristisch alles unter Dach und Fach ist, von ihren alten und neuen „Schirmherren" mit einem gewaltigen Volksfest gefeiert werden.

Im Alltag der Neu-Hessen ändert sich durch den „Grenzübertritt" nur wenig. Einige Haus- und Grundbesitzer werden vom Papierkrieg entlastet. Seit jeher führte die Landesgrenze mitten durch Häuser und Äcker. Die Eigentümer mußten ihre Grundsteuer je nach Anteil an Baden-Württemberg und Hessen aufteilen. Glücklicherweise waren hüben wie drüben die Hebesätze gleich. Auch andere kommunale Steuern wie die Gewerbesteuer gleichen sich in Hessen und Baden-Württemberg. Für die „verkauften" baden-württembergischen Landeskinder ändert sich also nur die Steueranschrift.

Alle anderen Fäden zwischen Bürger und Staat oder Kommune bleiben durch den Grenzwechsel unberührt. Gisbert Dieter, Bürgermeister von Lampertheim auf hessischer Seite: „Wasser, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung, Schulen, Kindergarten, Straßenbau sind von jeher für Rennhof von Hessen aus dirigiert und finanziert worden!" Die Rennhofer revanchierten sich als behördlich verwaltete Baden-Württemberger mit stiller Neigung zum hessischen Umland. Sie kauften ein in hessischen Nachbarstädten, schickten ihre Kinder in hessische Schulen und träumten jahrzehntelang davon, offiziell die Seite zu wechseln.

1981 waren Stuttgart und Wiesbaden soweit: Sie fragten die hundert Grenzkinder in einer Bürgerversammlung, ob sie Baden-Württemberger bleiben oder Hessen werden wollten. Dreiviertel entschieden sich für den Grenzwechsel. Lampertheims Bürgermeister Dieter: „Jetzt haben die Rennhofer zwar drei Kilometer weiter bis zu ihrem Rathaus, doch wir empfangen sie mit offenen Armen!" Daß dies keine politische Pflichtübung, sondern lautere Wahrheit ist, beweisen die Zahlen: Lampertheim hat sich jeden „Überläufer" 15 000 kosten lassen. Freute sich Ministerpräsident Späth, ganz nebenbei habe man dem sozialdemokratischen Kollegen Börner 80 CDU-Wähler untergejubelt.



FOTO: KEYSTONE

Der Winter trotzt dem Kalender

AP, **Frankfurt**

Einen Tag nach Frühlingsanfang herrschten gestern in weiten Teilen Deutschlands wieder winterliche Verhältnisse, die im morgendlichen Berufsverkehr zu erheblichen Behinderungen führten. Die Temperaturen lagen am Morgen nur knapp über dem Nullpunkt. Vor allem in Norddeutschland, Nordrhein-Westfalen und Nordhessen sowie in Baden-Württemberg und Bayern war der Straßenverkehr durch Schneematsch stark beeinträchtigt. Zudem machten Sturmböen mit Geschwindigkeiten von mehr als 100 Stundenkilometern den Autofahrern schwer zu schaffen. Auf dem Feldberg (Schwarzwald) wurden Spitzengeschwindigkeiten bis zu 134 Stundenkilometern gemessen. Die Meteorologen rechnen auch für die kommenden Tage mit nassem und kühlem Wetter sowie Nachtfrösten in den Mittelgebirgslagen.

15 000 Bittbriefe gestohlen

dpa, **Ranschbach**

Rund 15 000 Bittbriefe von Wundergläubigen haben Diebe in der Nacht zu gestern aus dem Rathaus der Gemeinde Ranschbach (Landkreis Südliche Weinstraße) gestohlen. Durchschnittlich zehn bis 20 Mark sollen in jedem der Briefe gewesen sein, mit denen Heilungssuchende um Wasser aus der angeblich heilkräftigen „Wunderquelle" baten.

Hubschrauber-Absturz

rtr, **Venedig**

Beim Absturz eines irakischen Militärhubschraubers in der Nähe von Venedig sind acht Soldaten ums Leben gekommen. Die Maschine war auf dem Weg zur Überholung in Mailand.

Landebahn für Raumfähre?

AFP, **Moskau**

Sowjetische Techniker bauen derzeit in der Nähe von Wolgograd eine Landebahn, die von Raumfähren genutzt werden könnte. Das berichtet die amerikanische Fachzeitschrift „Aviation Week and Space Technology" in ihrer neuesten Ausgabe. Weiter hieß es, daß die Sowjets einen wiederverwendbaren Kleintransporter erproben.

Kokain-Fang

AP, **München**

Insgesamt 2,8 Kilogramm Kokain im Verkaufswert von rund zwei Millionen Mark sind im Reisegepäck eines 31jährigen Bolivianers auf dem Flughafen München-Riem sichergestellt worden. Noch auf dem Flughafen konnte auch der Abholer des Rauschgiftschmugglers, ein Deutsch-Bolivianer, festgenommen werden.

Deutscher vor Militärgericht

AFP, **Ankara**

Der stellvertretende Lufthansa-Direktor in der Türkei, Franz Reißig, steht wegen „separatistischer Propaganda" vor einem Militärgericht in Ankara. Ihm droht Haft bis zu drei Jahren. Die Anklage stützt sich auf eine Lufthansa-Luftkarte, in der türkische Gebiete am Schwarzen Meer dem griechischen Hoheitsgebiet zugeschrieben wurden.

Minister rät dem Todesschützen zur Aussage

PETER SCHMALZ, **München**

Die Ermittlungen gegen den Gautinger Todesschützen kommen nur langsam voran. Der 30jährige Polizeibeamte Friedrich K., der in der Nacht zum Sonntag im Jugendzentrum von Gauting den 14jährigen Schüler Jürgen Bergbauer erschossen hat, verweigert nach wie vor jede Auskunft. „Ich kann ihn nicht zur Aussage zwingen", meinte dazu gestern Bayerns Innenminister Karl Hillermeier. „Aber ich würde es auch in seinem Interesse für besser halten, wenn er unter Hinzuziehung eines Anwalts aussagte."

Nach bisher bekanntgegebenen Erkenntnissen hat der Beamte ohne Anruf auf den Jungen, den er offenbar für einen Einbrecher hielt, geschossen und ihn tödlich getroffen. Erst nach drei Schüssen, von denen einer den Jungen ins rechte Auge traf, rief der Todesschütze über Funk nach dem Notarzt. Dann gab er seinen beiden Kollegen, die während der Schüsse auf der anderen Seite des Hauses waren, wortlos die Pistole.

Ungeklärt ist, warum die Polizei erst 14 Stunden nach den Schüssen die Mutter des Toten informierte, obwohl das Kind kurz nach der Tat identifiziert gewesen sein soll. Innenminister Hillermeier mußte vor der Landtagspresse zugeben, daß er darüber drei Tage nach dem Vorfall noch nicht informiert ist. Er mußte auch eingestehen, daß der Mutter von staatlicher Seite noch keine Hilfe bei der Abwicklung der Beerdigung angeboten wurde. In einem Brief an Marianne Bergbauer habe er aber seine „tiefe Betroffenheit und Trauer" ausgedrückt. Der Schüler wird morgen beerdigt.

Ein Pflaster schützt vor der Herzattacke

„Nitradisc" hilft vor allem Angina-pectoris-Patienten

DW. **München**

Neu eingeführt wird in diesen Tagen in der Bundesrepublik die Nitradisc-Haftscheibe von der G. D. Searle, München. Die aufgeklebte Haftscheibe gibt mehr als 24 Stunden lang gleichmäßig Nitroglycerin durch die Haut in den Blutkreislauf ab. Damit kann man erfolgreich koronaren Herzerkrankungen und vor allem Angina-pectoris-Anfällen vorbeugen. Der Wirkstoff befindet sich bei dem speziell entwickelten und in den USA patentierten MDD-System (Micro-Drug-Delivery) in einer Vielzahl winziger Mikrokammern, die in einer flexiblen Kunststoffmasse eingebettet sind. Je nach Bedarf stehen zwei verschiedene Dosierungen zur Verfügung.

Eine Beschädigung der Nitradisc-Haftscheibe hat keine Nachteile. Der Wirkstoff läuft nicht aus, und damit kommt es weder zu einer Überdosierung, noch wird der 24-Stunden-Schutz unterbrochen. Da Nitradisc wasserresistent ist, kann der Träger damit auch bedenkenlos baden oder duschen.

*

ANGELA HECK, **Bonn**

Dieses „Herzpflaster" – ein vergleichbares wurde von der Firma Ciba Geigy in den Handel gebracht – bringt deutliche Vorteile für diejenigen Patienten, die zur Vorbeugung eines Herzanfalls ständig mit den sogenannten Nitro-Präparaten behandelt werden müssen. Der durch das Pflaster über 24 Stunden in relativ geringer, aber ausreichender Menge freigesetzte Wirkstoff beugt den gefürchteten Herzattacken wirksam vor. Gleichzeitig sind aber die Nachteile geringer, die mit der sonst notwendigen regelmäßigen Tabletteneinnahme verbunden sind. Dazu zählt vor allem der Blutdruckabfall und der dadurch entstehende schon legendäre Nitrat-Kopfschmerz. Solche Nebenwirkungen, die zwar meist nicht gefährlich, für den Patienten jedoch äußerst unangenehm sind, können dank des neuen „transdermalen" therapeutischen Systems weitgehend reduziert werden. Für Herzkranke ist es eine große Erleichterung, von der regelmäßigen Tabletteneinnahme unabhängig zu werden.

Die Ärzte sehen einen weiteren Vorteil der Herzpflaster darin, daß sie zusätzlich die „Compliance" steigern, das heißt, daß die Zuverlässigkeit der Einhaltung einer notwendigen Behandlung mehr als bisher gewährleistet werden kann.

Mit Hilfe dieses neuen therapeutischen Systems sollen in Zukunft aber auch andere Medikamente ohne lästiges Tablettenschlucken über die Haut direkt ins Blut gelangen können. Beispielsweise arbeitet die pharmazeutische Industrie daran, sich des transdermalen therapeutischen Systems zu bedienen, um auch Hochdruckmittel in dieser Verabreichungsform anbieten zu können. Dies wäre ein wichtiger Beitrag gerade für die Behandlung des Bluthochdrucks, bei der gerade Einnahmefehler einen hohen Risikofaktor darstellen. Ob sich die insgesamt nicht billige Therapieform aber durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.

In Polens Wäldern tobt der Krieg gegen die Wilderer

J. G. G. **Warschau**

In Polen grassiert ein „Freizeitvergnügen", das die Sicherheitskräfte des Landes nicht in den Griff bekommen: Wilddieberei.

1981 wurden, berichtete jetzt die Warschauer Boulevardzeitung „Kulisy", 178 Wilddiebe verurteilt. Nur ein Bruchteil der enorm hohen Dunkelziffer, wie das Blatt kommentierte.

Die Wilderer, die von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch machen, wenn sie ertappt werden, sind zur „Plage der Wälder" geworden. Die Männer haben sich zu Banden zusammengetan und schießen auf alles, was sich bewegt. Es soll sogar schon Tote gegeben haben.

Neben Jägern und staatlichen Forstbeamten sehen sich die Wilderer auch der „Waldwacht" gegenüber, einer speziellen Polizeieinheit.

Bewaffnet sind die Jagdfrevler besonders häufig mit einer sowjetischen MP vom Typ „Djegtarow". Das Wild – Wisente, Elche, Gemsen, ja sogar Bären, aber auch Bussarde und Habichte, die zu Tausenden abgeschossen werden – stammt aus allen Revieren des Landes, die besonders bewachten Nationalparks eingeschlossen.

Für die Behörden besteht kein Zweifel, daß das Problem bereits grenzüberschreitende Ausmaße angenommen hat: Ganze Dörfer treiben mit der illegalen Beute Handel und verschieben die Waren über die Grenze Richtung tschechoslowakische Tatra.

LEUTE HEUTE

Harrison macht's möglich

Nur wenige englische Schauspieler haben so viel für George Bernard Shaw getan wie **Rex Harrison**. 1941 machte er „Major Barbara" populär. Dann war er als Henry Higgins Star in „My Fair Lady", und jetzt feierte der 65jährige einen Triumph in dem so gut wie nie gespielten Shaw-Lustspiel „Haus Herzenstod". Partnerin ist **Diana Rigg**, bekannt aus „Schirm, Charme und Melone".

Glückwunsch zum 108.

Die älteste Einwohnerin der Bundesrepublik, **Agnes Gerrath**, ist gestern in Kiel 108 Jahre alt geworden. Kultusminister **Peter Bendixen** überbrachte ihr die Glückwünsche der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Agnes Gerrath wurde 1875 in Posen geboren, wo sie viele Jahre lang eine Gaststätte führte. In den Wirren des Zweiten Weltkrieges flüchtete sie, fast 70jährig, aus ihrer Heimat nach Schleswig-Holstein.

Klassiker in Serie

Der Filmklassiker „Casablanca" kommt in einer Neuauflage als Fernsehserie heraus. **David Soul** aus der Serie „Starsky und Hutch" wird die Rolle übernehmen, die im Jahre 1943 Humphrey Bogart gespielt hatte. Der Produzent **David Walper** hat über die Vergabe der weiblichen Hauptrolle noch nicht entschieden.

Sorge um Clark

Der Gesundheitszustand des amerikanischen Zahnarztes **Barney Clark**, der seit dem 2. Dezember letzten Jahres mit einem künstlichen Herzen lebt, hat sich gestern verschlechtert. Die Nierenfunktionen ihres Patienten ließen nach, sagten die Ärzte; außerdem habe er Fieber. Man versuche jetzt zu ergründen, ob sich im Körper Clarks eine Infektion festgesetzt habe. Der Zustand gebe zur Besorgnis Anlaß, gaben die Ärzte des Universitätsklinikums von Salt Lake City zu.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: An der Südflanke eines Tiefs über Südskandinavien fließt zunächst noch polare Merresluft nach Deutschland ein. In der zweiten Tageshällfte greift das über Island gelegene Tief mit seinem Frontensystem auf das Bundesgebiet über und bringt eine vorübergehende Milderung.

Deutscher Wetterdienst 22. März 1983, nachm.

Vorhersage für Mittwoch:

Gesamtes Bundesgebiet: Anfangs wechselnde, im Tagesverlauf zunehmende Bewölkung und am Nachmittag einsetzender Regen, der während der Nacht länger andauert. Höchste Temperaturen zwischen 4 und 8 Grad. In der Nacht nur geringer Temperaturrückgang. Anfangs mäßiger Westwind, abends und nachts wider auffrischend und auf Südwest drehend.

Weitere Aussichten:

Wechselhaftes Schauerwetter.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	6°	Kairo	23°
Bonn	6°	Kopenh.	4°
Dresden	4°	Las Palmas	18°
Essen	4°	London	7°
Frankfurt	5°	Madrid	19°
Hamburg	3°	Mailand	16°
List/Sylt	3°	Mallorca	18°
München	1°	Moskau	0°
Stuttgart	6°	Nizza	15°
Algier	22°	Oslo	2°
Amsterdam	6°	Paris	8°
Athen	17°	Prag	5°
Barcelona	16°	Rom	15°
Brüssel	6°	Stockholm	2°
Budapest	11°	Tel Aviv	22°
Bukarest	18°	Tunis	21°
Helsinki	0°	Wien	9°
Istanbul	10°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.17 Uhr, Untergang: 18.41 Uhr, **Mondaufgang:** 12.49 Uhr, Untergang: 4.32 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ladung macht die Cap Anamur flott

Rei. **Bonn**

Das Komitee Cap Anamur / Deutsche Notärzte e. V. hofft, eine geeignete Ladung für die Fahrt seines neuen Rettungsschiffes „Cap Anamur II/Goelo" von Europa ins Südchinesische Meer zu bekommen. So wird es möglich, die Reise in den Golf von Thailand, wo die Not der aus Vietnam fliehenden Menschen am größten ist, nicht aus Spendenmitteln zu finanzieren.

Das Schiff wird unter französischer Flagge laufen, nicht nur, weil französische Ärzte das Projekt mittragen, sondern weil Frankreich eine Aufnahmegarantie für aus Seenot gerettete Flüchtlinge gegeben hat.

(Spenden-Konto: Siebenmal die 2 bei der Stadtsparkasse in Köln; Stichwort: Komitee Cap Anamur)

Das Komitee ist aber nicht nur mit der Entsendung des Hilfsschiffes beschäftigt, es kümmert sich auch, in Verbindung mit der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe, um die Verbesserung der Zustände in den Palästinenserlagern in Libanon. So wurde unter anderem im Lager Raschidiye zusammen mit anderen Hilfsorganisationen die Stromversorgung wiederhergestellt.

Computer contra Rezeptbetrug

Modellversuch der AOK Heilbronn für mehr Transparenz im Gesundheitswesen

XING-HU KUO, **Stuttgart**

„Die Kriminalisierung im Gesundheitswesen nimmt immer mehr zu." Dieser Ansicht ist der Geschäftsführer der Ortskrankenkassen Württemberg-Baden, Willy Wurster. Neuestes Beispiel: Ein AOK-Direktor habe jetzt festgestellt, daß in drei Fällen Rezepte für bereits verstorbene Patienten verschrieben und abgerechnet worden seien. Um die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nicht zu gefährden, nannte Wurster keine weiteren Einzelheiten.

Auch der Bekämpfung dieser Kriminalität soll ein Modellversuch der AOK Heilbronn und Emmendingen dienen. Der Stuttgarter Gesundheits- und Sozialminister Dietmar Schlee (CDU) stellte diesen bundesweit „bisher einmaligen Modellversuch" vor. Ähnliche Vorhaben sind zwar auch in Dortmund und Lindau geplant, der Modellversuch im „Ländle" sei jedoch umfassender.

Die bisherige „Anonymität des Leistungs- und Kostengeschehens im Gesundheitswesen", so Schlee, wirke „kostentreibend" und sei deshalb gerade in den letzten Jahren immer mehr zu einem „sozialpolitischen Sprengsatz" geworden.

Der Modellversuch sieht nun eine „Individualsteuerung" vor: Mit Hilfe der modernen Datentechnik werden künftig alle Beteiligten (Ärzte, Optiker, Masseure usw.), aber auch jeder Versicherte einzeln erfaßt.

Damit hat die Krankenkasse erstmalig die Möglichkeit, genau festzustellen, wieviel Leistungen der einzelne Arzt und Patient verschrieben bzw. in Anspruch genommen hat. Ferner können die Kassen auch registrieren, ob und wieviel Parallelbehandlungen vom Arzt (durch Überweisungen) oder vom Versicherten in die Wege geleitet wurden. „Globalziel" dieser Kostentransparenz, so Schlee, sei die „Verbesserung der Wirtschaftlichkeit". Denn nunmehr könnten die Krankenkassen sowohl auf die Leistungs-„Verordner" (Ärzte usw.) als auch auf den unwirtschaftlich handelnden Patienten Einfluß nehmen.

Als Beispiele nannte der Minister: Stellt die Kasse einen Arzneimittelmißbrauch eines Versicherten fest, der bei mehreren Medizinern Rezepte einholt, so könne er jetzt „gerügt" werden. Die Ärzte, die nicht wissen konnten, daß sie denselben Patienten wegen derselben Krankheit behandeln, werden ihrerseits entsprechend informiert.

Geht ein wetterfühliger Versicherter wegen dieser Störungen zu oft zum Arzt, wird ihm die Kasse künftig mitteilen, wieviel seine Arztbesuche gekostet haben. Zumindest der gesundheits- und kostenbewußte Versicherte werde dann einsehen, daß er auch ohne Arztbesuch die wetterbedingten Störungen ertragen könne, hofft der Minister.

Schlee versicherte, daß der Datenschutz bei diesem Modellversuch, der im 3. Quartal dieses Jahres anlaufen wird, gewährleistet sei. Die jetzt zusammengefaßten Daten seien ohnehin bei den Kassen vorhanden, bisher seien sie lediglich noch nicht individuell zusammengefaßt worden. Erste Gespräche mit der engagierten baden-württembergischen Datenschutzbeauftragten Ruth Lenze hätten schon stattgefunden.

Für dieses Modell müssen jährlich bei den genannten AOK 3,6 Millionen Belege zusammengeführt und ausgewertet werden. Das Land gewährt den Kassen für die Kosten des Modellversuchs für 1983 und 1984 Zuschüsse in Höhe von 1,6 Millionen DM.

ZU GUTER LETZT

„Nach Laboruntersuchungen in den Vereinigten Staaten sind die Skelette von 20 Männern, sechs Frauen, zehn Kindern und zehn Tieren jetzt nach Italien zurückgekehrt." Aus der WELT

